Kursbuch 30

Der Sozialismus als Staatsmacht:
Ein Dilemma und fünf Berichte

Rossana Rossanda, Unsere Schwierigkeiten
mit den sozialistischen Ländern
Fünf Reiseberichte:
DDR (Bernd Rabehl). ČSSR (Sibylle Plogstedt)
Volksrepublik Nordkorea (Horst Kurnitzky, K. D. Wolff)
Cuba (Günter Maschke)
Dossier: Revolutions-Tourismus

Kursbogen: Die Pyramide der Unterdrückung

Kursbuch Verlag/Wagenbach 7 Mark

25401

Kursbuch

Herausgegeben von Hans Magnus Enzensberger und Karl Markus Michel

Kursbuch 30 Dezember 1972

Der Sozialismus als Staatsmacht:
Ein Dilemma und fünf Berichte

Rossana Rossanda, Die sozialistischen Länder: Ein Dilemma der westeuropäischen Linken 1
Bernd Rabehl, Eine Reise in die DDR. Gespräche und Notizen 37
Sibylle Plogstedt, Am Beispiel der ČSSR 51
Horst Kurnitzky, Chollima Korea: Ein Besuch im Jahre 23 87
K. D. Wolff, Korea und Korea 119
Günter Maschke, Cubanischer Taschenkalender 129
Dossier: Revolutions-Tourismus 155

Bilanzübersicht 1970/71 (Kursbuch 21 bis 25) 182/183
Index Kursbuch 21 bis 30 184

Kursbogen: Die Pyramide der Unterdrückung

Goethe Institut e.V. Bibliothek
ausgeschieden am: 05
Kur

Das Kursbuch erscheint in unregelmäßiger Folge, doch mit wenigstens vier Nummern im Jahr. Jedes Heft kostet im Jahresabonnement DM 5, im Einzelverkauf DM 7. Anschrift der Redaktion: Kursbuch Verlag/Wagenbach, 1 Berlin 31, Jenaer Straße 9, Telefon 8 54 16 06. Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein, bittet jedoch darum, Rückporto beizufügen; sie erklärt, daß sie solche Sendungen in der Regel nicht kommentieren und keine Haftung für sie übernehmen kann. Verantwortlich für den Inhalt: Hans Magnus Enzensberger und Karl Markus Michel. Redaktion: Ingrid Karsunke.
© 1973 Kursbuch Verlag, Berlin. Alle Rechte, auch das der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten.
Druck: Georg Wagner, Nördlingen. Bindung: Hans Klotz, Augsburg.

Diesem Heft liegen Prospekte der Firmen Athenäum/Fischer, R. Boorberg, Informations-Zentrum Buch, Rowohlt und Wagenbach bei.

Rossana Rossanda
Die sozialistischen Länder: Ein Dilemma der westeuropäischen Linken

Das Verhältnis zu den sozialistischen Ländern, und damit zu den »anderswo« durchgeführten Revolutionen, macht nun schon seit über fünfzig Jahren einen Teil der Geschichte der europäischen Linken aus, die es zu ihrer eigenen Revolution nicht gebracht hat. Dieses Verhältnis kennt Hoffnungen und Enttäuschungen, Solidarisierungen und Absagen, begeisternde Utopien und deprimierende Einsichten in die Realitäten. Aber da es schier immer ein unterwürfiges, ein subalternes Verhältnis war, ist es schließlich zu einem Moment der Niederlage der Linken in den »spätkapitalistischen Ländern« geworden. Ein Verhältnis der Haßliebe, ein Hoffnungs- und Enttäuschungszusammenhang hat immer etwas Lächerliches an sich; früher oder später enthüllt ein solches Verhältnis stets die Schwäche, die ihm zugrunde liegt. Deshalb hat die europäische Linke auch mehr als einmal versucht, es loszuwerden, indem sie das Problem als solches nicht gelten ließ: »Egal, wie die ›anderen‹ Revolutionen aussahen und was aus ihnen geworden ist, sie gehen mich nichts an; meine Revolution wird ›etwas ganz anderes‹ sein.« Freilich ist eine solche Argumentation nichts anderes als ein Exorzismus, eine Art Teufelsaustreibung. Jene »anderen« Revolutionen sind geschehen, sie sind da, und sie bestimmen die Welt, in der wir leben. Sie haben ihre Rückwirkungen, ob uns das lieb ist oder nicht. Wir kommen nicht um sie herum.

Und zwar aus zwei guten Gründen nicht. Erstens ist die globale Einheit der internationalen Politik eine offensichtliche Tatsache geworden; der Kapitalismus hat ein System, einen Mechanismus hervorgebracht, innerhalb dessen Zentrum und Peripherie immer rascher und unmittelbarer aufeinander reagieren. Jede kleinste Veränderung wird sofort verarbeitet. Zweitens hat das begriffliche Instrumentarium des Marxismus eine gemeinsame politische Sprache geschaffen, einen Schlüssel zur Entzifferung und Deutung der Realität, der ebenfalls zur Vereinheitlichung tendiert – und zwar trotz (oder vielleicht gerade wegen) der Deformationen, die der Marxismus in den Katechismen der kommunistischen Parteien erfahren hat, trotz der Schwächung durch seine reformistischen Abweichungen, trotz der Verfälschungen der Theorie durch den Schwindel linker Subkulturen. Aus diesen Gründen wird jeder Bruch im imperialistischen Block, in der Front des Kapitalismus, aber auch im »sozialistischen Lager« – mag das Epizentrum der Störung noch so entlegen sein – sofort als ein gemein-

sames Problem erfahren, das die jeweilige Seite im Ganzen betrifft, und die Fragen, die es aufwirft, werden als gemeinsame erkannt. Immer und in jedem Fall gilt: *de te fabula narratur*. Was auch geschehen sein mag, die Geschichte der *Revolutionen* erweist sich wieder, oder immer noch, als bloße Erscheinungsform der Geschichte der *Revolution*.

Und folglich sind wir in sie verwickelt. Wir können weder dem faktischen noch dem qualifizierenden Urteil über die sozialistischen Länder aus dem Wege gehen. Diese Beurteilung ist nicht zufällig mit dem Engagement der Linken auf ihrem eigenen Terrain untrennbar verknüpft. In allen Wendungen und Krisen der europäischen Arbeiterbewegung hat sich die Frage nach der Haltung gestellt, die sie den sozialistischen Ländern gegenüber einnehmen sollten. Waren diese, so wie sie sind, hinzunehmen? In welchem Ausmaß? Oder waren sie abzulehnen? Und wenn ja, mit welcher Begründung, und um welchen Preis? Diese Alternative hat immer direkte Auswirkungen auf das Revolutionsverständnis, auf die unmittelbare Frontenbildung im politischen Kampf gezeitigt.

Ein Teil der marxistischen Linken hat die Notwendigkeit geleugnet, diese Auseinandersetzung zu führen. Aber er hat damit seine eigene politische Dynamik eingebüßt und ist unfruchtbar geworden. Von entgegengesetzten Standpunkten aus haben Sozialdemokraten und die Trotzkisten versucht, das Problem der sozialistischen Länder auszuklammern. Die Zweite Internationale hat, soweit in ihr und für sie überhaupt jemand dachte, im großen und ganzen nicht wahrgenommen, daß es zu Revolutionen gekommen war. Erst als sie deren sperrige Präsenz nicht mehr länger ignorieren konnte, hat die Sozialdemokratie sie zur Kenntnis genommen als einen Unfall, eine Verirrung der Geschichte, die diese Revolutionen am falschen Ort und zur falschen Zeit hervorgebracht habe. Schließlich hatte Marx doch vorausgesagt, der Sozialismus werde sich als Bruch mit dem Kapitalismus, aber auch als dessen Krönung, aus dessen höchster Blüte heraus entwickeln, und zwar erst dann, wenn die explosive Entfaltung der Produktivkräfte mit den Produktionsverhältnissen in Widerspruch geriete. Und damit war es doch eine ausgemachte Sache, daß die Oktoberrevolution, diesem Schema der sozialistischen Revolution gemäß, eine höchst verdächtige Angelegenheit war, ganz zu schweigen von China; was Cuba betrifft, handelt es sich ohnehin um einen Sonderfall ... Die Marxisten der Zweiten Internationale haben diesen Revolutionen ihre Legitimität sozusagen aus Prinzip abgesprochen und sich somit von ihnen nicht weiter stören lassen. Die inneren Schwierigkeiten der sozialistischen Länder haben ihnen allenfalls dazu gedient, die eigene Berufung auf den Gradualismus, das »langsame Hinüberwachsen«, kurzum, ihren eigenen Frieden mit der kapitalistischen Gesellschaft zu rechtfertigen. Ist dieser Frieden aber einmal geschlossen, so hat alles weitere Nachdenken über die »sozialisti-

schen Wege« ohnehin seine Dringlichkeit verloren. Wer an die Revolution nicht glaubt, für den sind die Revolutionen erst recht kein Problem.
Auch die trotzkistische Richtung hat – von einigen Ausnahmefällen abgesehen – die Zündschnur zerschnitten und das Problem entschärft, allerdings unter umgekehrtem Vorzeichen: nicht aus Gleichgültigkeit, sondern durch übermäßige Zuspitzung. Selbstverständlich erkannten die Trotzkisten das, was im Oktober 1917 geschah, als Revolution an; nur daß diese Revolution, wie sie sagen, durch eine fatale bürokratische Entartung entstellt worden ist; und von diesem Augenblick an betrachten sie ihre Geschichte als eine einzige Verirrung, als ein Stück Nicht-Geschichte (was, politisch gesehen, ungefähr auf dasselbe hinausläuft). Ich hoffe die Gefühle der Trotzkisten nicht zu verletzen, wenn ich feststelle, daß ihr Verhalten den sozialistischen Ländern gegenüber einem vierzig Jahre lang andauernden Ehekrach ähnelt. Und wie jede reine Verneinung, so bringt es auch diese Haltung weder dazu, die angefeindete Wirklichkeit niederzukämpfen, noch sie zu analysieren. Und wenn schon die UdSSR für die Trotzkisten nur das Vaterland des verratenen Leninismus ist, so bleibt ihnen die chinesische Revolution vollends unbegreiflich (und die Kulturrevolution schierer Wahnsinn); was aber Cuba angeht, so ist es, von ihren Grundsätzen her, nicht recht klar, worauf sie ihre Sympathie für dieses Land gründen, die im übrigen kaum erwidert wird. Festzuhalten ist, daß aus alledem ein Weltverständnis folgt, in dem die bisherigen Revolutionen, und zwar die verwirklichten wie die nicht verwirklichten, als ein permanentes Scheitern erscheinen. Übrig bleibt von ihnen nur ein zwieschlächtiger Tatbestand von zweifelhafter theoretischer Legitimität, dessen Gesicht verschwommen (der »bürokratisch degenerierte Arbeiterstaat«) und dessen Stellenwert unsicher ist.
Demgegenüber sind es die in den kommunistischen Parteien organisierten Linken und ihre mehr oder weniger engen Verbündeten, die das Verhältnis zu den sozialistischen Ländern zu ihrer eigenen Sache, zum Bestandteil ihres eigenen Lebens gemacht haben. Dieses Verhältnis hat eine lange Geschichte, in der sich viele Phasen unterscheiden lassen, und in der es nicht an Narben fehlt. Hier handelt es sich um eine echte Problematik, die sich immer weiter entfaltet hat. Und für diese Genossen hat sich in ihrem Verhältnis zum Sozialismus als Staatsmacht auch ihre eigene Einstellung zur Revolution am klarsten ausgedrückt und verdichtet.

Ich habe nicht die Absicht, hier eine Geschichte dieses Verhältnisses zu entwerfen. Dazu bedürfte es einer weit größeren Anstrengung; denn diese Geschichte ist weder einfach noch linear. Nicht einmal, was die Führungsgruppen der Parteien betrifft, obgleich diese alles daran gesetzt haben, von ihren quälenden Auseinandersetzungen mit der Komintern und spä-

ter mit den sozialistischen Staaten so wenig wie möglich durchsickern zu lassen. Im übrigen würde, wie ich glaube, selbst die sorgfältigste Untersuchung kaum etwas an den Schlußfolgerungen ändern, die sich heute schon ziehen lassen.

Die wichtigste unter diesen Schlußfolgerungen läßt sich in dem Satz zusammenfassen: daß für die kommunistischen Parteien die *Existenz* und die *internationale Rolle* der sozialistischen Länder stets absoluten Vorrang vor einer Beurteilung der *inneren Struktur* dieser Länder hatte. Diese Priorität war schon sehr früh sichtbar, und gerade die kommunistischen Parteien sind sich darüber durchaus im klaren gewesen.

Aus der Nähe kenne ich nur die Geschichte der Kommunistischen Partei Italiens und die einiger Aktivisten aus der KP anderer Länder; aber schon das, was ich von ihnen weiß, spricht Bände. In Italien hat Antonio Gramsci bereits 1923, nach dem Scheitern der Fabrikbesetzungen und dem Niedergang der Arbeiterräte, mit klarem Blick gesagt, daß seit dem Ende der revolutionären Welle in Westeuropa 1918/19 die Oktoberrevolution und damit der sozialistische Arbeiterstaat einen ganz bestimmten Stellenwert angenommen hat: weniger als das Bild einer trotz allem verwirklichten Hoffnung, sondern eher als Garant dafür, daß die Arbeiterbewegung nicht endgültig geschlagen ist. Von da an hat sich die Achse seines politischen Denkens verschoben. In seinem berühmten Anklagebrief an die Exekutive der Komintern wirft er Stalin vor, daß dieser durch den Bruch mit Trockij die Einheit der Führungsgruppe zerschlagen hat (er hielt dafür, daß Trockij im Unrecht war, sah in ihm jedoch einen unentbehrlichen Führer der Revolution). Bei dieser Intervention hatte Gramsci jedoch weniger die sowjetischen Verhältnisse im Sinn; er dachte vielmehr an die Zukunft der Kommunisten auf der ganzen Welt. Togliatti antwortete ihm mit einer Härte, die fortan für den Meinungsstreit innerhalb der kommunistischen Parteien bezeichnend geblieben ist: die Frage sei nicht, ob uns Stalin gefalle oder nicht; Stalin sei nunmehr die Sowjetunion, und die Sowjetunion sei der einzige Garant dafür, daß die Arbeiterklasse nicht besiegt werde.[1]

Es ist in diesem Zusammenhang nicht wichtig, wer recht hatte, Gramsci oder Togliatti. Worauf es hier ankommt, das ist die Tatsache, daß das Verhältnis zur UdSSR schon damals zu einer Sache der Strategie geworden war. Diese bedingungslose Zustimmung bedeutete aber keineswegs die Anerkennung der sowjetischen »Identität«. Im Gegenteil: das eine wurde vom andern absichtlich getrennt. Daß es den KPs nicht gelang, in ihrer Presse ein einleuchtendes Bild vom sowjetischen Staat zu entwerfen, eine wenn nicht kritische, so doch wenigstens problembewußte Auffassung von ihm hervorzubringen; daß sie es stattdessen bei völlig äußerlichen Abziehbildern vom »Vaterland des Sozialismus« beließen und über jede

tiefere Analyse den Mantel des Schweigens ausbreiteten – das alles bedeutete eben nicht, daß sie ihrer Sache sicher waren, daß sie an die Übereinstimmung zwischen der sowjetischen Realität mit den Zielen der Revolution glaubten; es bedeutete im Gegenteil, daß sie beschlossen hatten, dieses Kapitel gar nicht erst aufzuschlagen. Die Sowjetunion, sagten sie, ist der erste sozialistische Staat; überdies ist sie eingekreist: und damit basta. Worauf es ihr und den kommunistischen Parteien ankommt, das ist ganz einfach ihr Fortbestand. Und somit kann die ganze Geschichte der Komintern verstanden werden als die Unterordnung der KPs unter die Interessen der UdSSR; zugleich bedeutet sie die Verankerung der vorerst gescheiterten europäischen Revolutionen in der einzigen Realität, die dem Kapital *als Staat* gegenübersteht, also dem einzigen Antagonisten, der dem Klassenkampf im internationalen Maßstab eine objektiv neue Chance eröffnen kann.
Wie grundlegend dieses politische Interpretationsschema die Linke beherrscht hat, und zwar nicht nur die kommunistischen Parteiapparate – das zeigt sich an Fällen wie Paul Nizan, Ernst Fischer und Jean-Paul Sartre, um nur drei marxistische Intellektuelle herauszugreifen, die sich übrigens in ihrem Engagement deutlich voneinander unterschieden: Nizan als kämpferischer Journalist in den Reihen der KPF; Fischer als Funktionär der Komintern; Sartre frei von jeder Parteidisziplin.

Nizan kann als Prototyp des militanten kommunistischen Intellektuellen gelten. Dieser Mann hat an einem einzigen Tag (dem 24. August 1939) den Widerspruch zwischen der Argumentation der weltweiten antifaschistischen Front und der Argumentation der sowjetischen Regierung erfahren; dieser Widerspruch hat ihn wie ein Blitz getroffen. Vorangegangen waren diesem Tag lange Jahre des politischen Kampfes, die für Nizan, wie für jeden Intellektuellen, Jahre der Selbstüberwindung waren, Jahre, in denen er mit seinen eigenen Anfängen, seinen kulturellen Neigungen und schlechten Gewohnheiten, ja sogar mit seinem eigenen Differenzierungsvermögen fertig werden mußte. Dies alles hat er in Kauf genommen, um durch seinen Gehorsam gegenüber der Partei »dem Volke zu dienen« – eine Aussicht, die auf ihn, wie auf viele Intellektuelle, einen ziemlich morbiden Zauber ausgeübt hat. Im Laufe weniger Stunden nun tritt dieser Mann aus der Partei aus, meldet sich freiwillig und stürzt sich demonstrativ in einen Krieg, von dem die UdSSR nichts wissen will; ein knappes Jahr später ist er bei Dünkirchen gefallen. Das sieht wie ein Selbstmord aus, auch wenn es keiner war: so genau trifft ihn der Tod zu eben der Zeit, da er gleichsam aufgehört hatte, zu »leben«. Denn ein Leben ohne politischen Einsatz war für ihn nicht denkbar.
Auch nach seinem Tod ist Nizan ein Symbol geblieben – zum Beispiel für

die Niedertracht, zu der die Parteikommunisten fähig sind, wenn sie einen ihrer Leute kaputtmachen wollen. Noch war er am Leben, da fiel Maurice Thorez bereits über ihn her: »Der Polizeispitzel Paul Nizan hat sich zum Paladin eines Nationalkommunismus entwickelt.« Nach dem Zweiten Weltkrieg haben dann Henri Lefebvre und Louis Aragon versucht, ihn zum Inbegriff des Verräters zu stempeln.[2] Und obgleich die französischen Kommunisten den Beweis für eine so schwerwiegende Beschuldigung bis heute nicht erbringen konnten, haben sie ihre Verleumdung nie zurückgenommen.

Bei alledem jedoch hat Nizans Drama seinen Grund nicht in der Enttäuschung über das Wesen der sowjetischen Gesellschaft. Daß die UdSSR nicht das Paradies auf Erden war, dürfte ihm schon beizeiten aufgegangen sein; das geht auch aus einer zweideutigen Bemerkung hervor, die er Simone de Beauvoir gegenüber gemacht hat. Sie berichtet, Nizan habe sich nach einer Reise in die Sowjetunion, als er einerseits Lobeshymnen für die Parteipresse schrieb, andererseits unter Freunden jedem Urteil aus dem Wege ging, mit dem er sich festgelegt hätte, zu der Bemerkung hinreißen lassen: »Das war eine außerordentlich korrumpierende Reise.« Die Korruption, die er meinte, war sicher nicht materieller, sondern intellektueller, ideologischer Art. Sie lief offenbar auf die definitive Anerkennung der UdSSR als »positiver Religion« hinaus; auf der Strecke blieb dabei eine schöpferische Auffassung von der Revolution und ihrem eigentlichen Ziel, der Schaffung einer neuen Welt. An dieser Hinnahme der Sowjetunion als des einzigen stabilen sozialistischen Staates haben Nizan nicht einmal die Moskauer Prozesse irremachen können, über die er sich nie geäußert hat. Wie tragisch ihm ihre Verirrungen auch erschienen sein mögen, er hat sich immer dabei beruhigt, daß sie durch die Härten und Schwierigkeiten der russischen Revolution, sozusagen durch ihre Geburtswehen, erklärbar waren. Entweder man machte sich Trockijs These zu eigen und hielt das, was in Moskau vorging, für bewußten Verrat an den Ideen von 1917, oder man sagte sich, die »Errungenschaften« der Sowjetunion seien den hohen politischen Preis wert, der dafür zu bezahlen sei. Die Kommunisten haben sich zu dieser Art von Realismus immer rasch bereitgefunden, und es ist nicht einmal gesagt, daß dies ihr größter Fehler wäre. Als Argument für ihre Haltung konnten sie die Tatsache buchen, daß alle diejenigen, die wie Gide enttäuscht aus der UdSSR zurückkehrten – und ihrer Enttäuschung Luft machten –, schließlich auf der anderen Seite der Barrikade gelandet sind. Dieser Seitenwechsel war aber in den dreißiger Jahren, angesichts der faschistischen Hochflut, für einen kompromißlosen Intellektuellen keine Lösung mehr, mit der er sich abfinden konnte. Angefangen mit dem Dimitrov-Prozeß vor dem Reichsgericht über den VII. Kongreß der Komintern bis hin zur roten Volksfront des Jahres 1936

konnte die massenhafte Mobilisierung gegen die faschistische Gefahr die stalinistischen Prozesse in den Hintergrund drängen; Leuten wie Romain Rolland gelang es damals sogar, sie einfach zu übersehen. Das galt nicht nur für die Funktionäre; die besten Kräfte des europäischen Antifaschismus haben sich, angesichts der Bedrohung durch Hitler, über die Vorgänge in der Sowjetunion hinwegtäuschen lassen oder sich wenigstens jeder kritischen Äußerung dazu enthalten.

Erst als die Haltung der UdSSR dem Hauptfeind gegenüber sich zu wandeln, ja umzukehren schien, als der Nichtangriffspakt vom August 1939 geschlossen wurde, brach für Nizan diese Gewißheit zusammen. Zwar versuchte er ein paar Monate lang an der Hoffnung festzuhalten, die Sowjetunion werde nach wie vor *objektiv* der strategische Feind des Faschismus bleiben, und dementsprechend richtete er seine Polemik eher gegen die französischen Kommunisten als gegen Stalin. Doch auf die Dauer erschien ihm diese Unterscheidung zwischen langfristiger Objektivität und unmittelbarer subjektiver Entscheidung als eine unerträgliche Seiltänzerei, bei der das Wichtigste unwiederbringlich preisgegeben und zerstört werde. »Um zu begreifen, was vorgeht, müssen wir uns von nun an offensichtlich eher an die Geschichte König Karl XII. halten als an die Gesammelten Werke von Karl Marx«, schreibt er an seine Frau.[3] Er will damit sagen, daß die UdSSR fortan weniger als »sozialistischer Staat« und vielmehr als traditionelle »Großmacht« aufgefaßt werden müsse. Daraus würde aber folgen, daß die alte Gleichung, nach der die Verteidigung der Sowjetunion mit der Verteidigung des Kommunismus identisch sei, möglicherweise nicht mehr aufgeht. Vor dieser Konsequenz schreckt Nizan allerdings zurück, jedenfalls zieht er sie nicht ausdrücklich. Er versucht, Distanz zu gewinnen. In einem seiner letzten Briefe schreibt er: »In diesen Zeiten erkenne ich nur noch eine einzige Qualität an, und das ist weder der Mut, noch das Märtyrertum, noch die Selbstverleugnung, noch die Verblendung, sondern einzig und allein die Entschlossenheit, zu verstehen. Die einzige ehrenhafte Sache, die uns bleibt, ist die Einsicht.«[4]

Aber wenn man diese Einsicht gewonnen hat, was dann? Wir wissen nicht, wie Nizan auf diese Frage geantwortet hätte; wahrscheinlich wäre er, hätte ihm die Partei nicht voreilig die erwähnten Verleumdungen angehängt, nach dem Krieg wieder in ihre Reihen eingetreten, so wie viele andere Aktivisten, die sich ihr 1939 entfremdet hatten. Der berühmte Händedruck zwischen Stalin und Ribbentrop wäre nicht nur vergeben, sondern durch Stalingrad, durch die Millionen von Todesopfern und durch die Eroberung Berlins ausgelöscht worden. Die Probleme, die 1939 zum Vorschein gekommen waren: das Verhältnis von Revolution und Staatsmacht, die Widersprüche zwischen der Verteidigungsstrategie der UdSSR und der internationalen Taktik, zwischen sozialistischen Staaten und kommunisti-

scher Weltbewegung – diesen verwickelten, kaum auflösbaren Problemknoten hatte der Sieg im Zweiten Weltkrieg zunächst einmal einfach durchhauen. Die Konfrontation von Politik und Moral, die sich in Nizans Krise abzeichnete, war noch nicht ausgereift: sie war aufgeschoben, nicht aufgehoben.

Der Fall Ernst Fischer kann in gewisser Weise als Gegenprobe dienen für das, was wir über Nizan gesagt haben. Noch weniger als dieser brachte Fischer die intellektuellen Voraussetzungen mit, die einen guten Stalinisten auszeichnen. Sein kultureller Hintergrund befähigte ihn zu sorgfältigen Unterscheidungen, und seine ausgeprägte Neigung zum kritischen Denken hielt ihm die Verführungen der Rhetorik vom Leibe, denen besonders die französische Intelligenz ausgesetzt ist, und die den Kommunisten unter ihnen oft als bequemes Alibi dienen. Während sich Nizan, vor seiner Wendung zum Kommunismus, zum Rebellentum der Rechten hingezogen fühlte, war Fischer von Anfang an Demokrat und Sozialist, schon vor seinem Eintritt in die österreichische KP. Er hat die Jahre der Niederlage am eigenen Leib erlebt, und gerade sie haben ihn zum Beitritt veranlaßt. In dieser Zeit wurde er Delegierter der Partei bei der Komintern. Wenn man heute in seinen Erinnerungen nachliest und seine Moskauer Erfahrungen studiert, stößt man auf einen verblüffenden Tatbestand, der in meinen Gesprächen mit Fischer im Lauf der letzten Jahre nur noch deutlicher zutagegetreten ist. Wie, so fragt man sich, hat dieser Mann über einen so langen Zeitraum hinweg einen historischen Prozeß miterleben und überleben können, und zwar ohne jede Distanzierung, der mit seinen eigenen Wertvorstellungen so vollkommen unvereinbar war, und in dem sich nichts von dem retten ließ, was für Fischer wesentlich war – seine kritische Toleranz und seine tiefverwurzelte Ablehnung des Manichäismus. Er hat sich damals damit zufriedengegeben, daß Leute wie Togliatti und Dimitrov, in denen er Männer sah, die sich ebensowenig blenden ließen wie er, ihm gesprächsweise sagten: »Hier in Rußland hat die Sache gar nicht anders ausgehen können; ›unser‹ Sozialismus wird ganz anders aussehen; aber wer soll für diese unsere Chance einstehen, wenn nicht die UdSSR?« – So hat Fischer seine eigene Haltung jener Realpolitik eingeschrieben, die ihm wahrlich nicht auf den Leib geschnitten war. Er hat sich auf sie eingelassen, einfach deshalb, weil er zwischen zwei Feuern stand: hinter ihm die Niederlage der Revolutionen in Europa, vor ihm Hitler.

Nicht, als wäre die Sowjetunion damals das letzte Aufgebot gewesen, der letzte Schützengraben, und weiter nichts. Zur gleichen Zeit, da der innenpolitische Druck sein Maximum erreicht hatte, nahm die Außenpolitik der UdSSR eine fast paradoxale Wendung: auf dem 7. Kongreß der Kommu-

nistischen Internationale wurde die »Volksfrontpolitik« beschlossen, die den Kommunistischen Parteien, so eng sie auch an die Moskauer Disziplin gebunden waren, ein beträchtliches Maß an operativem Spielraum zurückgab; dementsprechend wuchsen auch die Mitgliederzahlen steil an. Das hatte eine ähnliche Wirkung wie später der Sieg von 1945, der, samt den Kräfteverschiebungen, die er im Gefolge hatte, lange Zeit als Garantie für einen neuen Ansatz der Arbeiterbewegung, als Beweis für ihre Unzerstörbarkeit verstanden worden ist, und nicht als das, was er uns heute zu bedeuten scheint: die Besiegelung der Aufteilung der Welt unter die Großmächte, zwischen denen die Revolution in Europa erdrückt wird. Mit alledem ist gesagt, daß die Realpolitik der »harten Zeiten« keineswegs aussichtlos zu sein schien. So ist es zu erklären, daß Ernst Fischer mit der Partei weder anläßlich der Moskauer Prozesse gebrochen hat, noch zur Zeit des deutsch-sowjetischen Paktes, noch 1948, noch während der Prager Prozesse, noch 1956 – einem Datum, dessen volle und doppelsinnige Bedeutung für die europäische Linke sich erst später herausgestellt hat: es zeigte nicht nur die Aufkündigung einer alten, sondern auch die Möglichkeit einer neuen Hoffnung an. Fischer hat seinen Bruch erst 1968 vollzogen, als der sowjetische Staat, mit der Entsendung seiner Panzer nach Prag, eine Handlung vorgenommen hat, die mit der Verteidigung des Sozialismus und seiner Prinzipien auf gar keine Weise, nicht einmal die fadenscheinigste, zu begründen war, und die nur noch aus der reinen Logik der Macht abgeleitet werden konnte, einer Logik, die sich von der der herkömmlichen Mächte in nichts unterscheidet; kein Wunder, daß die Aktion mit der stillschweigenden Billigung jener Mächte rechnen durfte. In diesem Augenblick sich auf die Seite der UdSSR zu stellen hätte mithin nicht mehr bedeutet, die Seite eines Widerspruchs zum System zu ergreifen, auch nicht eine Seite, die sich nur negativ definieren ließe. Der Bruch mit der Sowjetunion, den Fischer 1968 vollzog, war auch keineswegs allein durch die tschechoslowakischen Ereignisse motiviert; dahinter stand eine Kritik, die zehn Jahre hindurch innerhalb des sozialistischen Lagers selbst laut geworden war: eine direkte, wie im Falle Chinas, oder eine indirekte, wie im Falle Cubas und anderer revolutionärer Bewegungen, in jedem Fall aber einer Kritik an der Position, die die Sowjetunion im Spiel der internationalen Kräfte eingenommen hatte. Dahinter stand das zweideutige Verhalten Chruščevs in der Vietnam-Frage; dahinter stand das Erlöschen jenes alternativen politischen Gehalts, den das Vorgehen der Sowjetunion, befleckt von nationalistischen Zügen, unter Stalin noch behalten hatte.

Wenn der Unterschied zwischen dem sowjetischen und anderen Staaten im Bewußtsein eines Kommunisten vollständig dahinschwindet, dann und erst dann ist der Augenblick gekommen, wo er mit ihr bricht. Bis dahin

aber hält die Nabelschnur zu den sozialistischen Ländern allen Belastungen stand; die Beziehung kann sich auf einen einzigen Strang reduzieren, der aber von größter Festigkeit ist: die gegenseitige Ausschließlichkeit beider Lager. Tausend Differenzierungen, Kritiken, Reserven, ja sogar offene Gegenäußerungen – und doch weiß man, solange dieser Strang hält, immer noch, wo die Front verläuft und auf welcher Seite man steht. Ein Beispiel für diese Haltung gegenüber der UdSSR, die übrigens auch von einem großen Teil der nicht-parteigebundenen Linken geteilt wird, bietet die Kommunistische Partei Italiens, eine Partei, die sich durch relativ große Autonomie gegenüber Moskau auszeichnet.

Diese Überlegung bedarf jedoch einer Ergänzung, die zugleich eine Einschränkung ist. Wenn sich die Beziehung zur Sowjetunion erst einmal auf diese Ebene reduziert hat, wird der Bruch mit ihr immer schwieriger. Denn es ist zwar leicht einzusehen, daß man die UdSSR *nicht* mit der Weltrevolution identifizieren kann (das hat sich bereits in der Krise der Linken vor dem Zweiten Weltkrieg ausgedrückt); es hat sich inzwischen auch herumgesprochen, daß die UdSSR nicht immer und nicht spezifisch einen antagonistischen Widerspruch zum Imperialismus darstellt (was zur Bewußtseinskrise der Linken in der Nachkriegszeit und besonders in den sechziger Jahren geführt hat); aber es ist schwer zu leugnen, daß die Sowjetunion sich vom System des Kapitalismus und des Imperialismus nach wie vor *unterscheidet*. Es ist daher auch immer noch möglich, eine Demarkationslinie auszumachen, die es rechtfertigt, sich auf ihre Seite zu stellen. (Bisher haben nur die Chinesen versucht, den Wert dieser Unterscheidung zunichtezumachen, indem sie sie auf einen »Widerspruch zwischen Fraktionen des Imperialismus« zurückführen, nämlich zwischen Imperialismus und »Sozialimperialismus«; aber auch diese Formulierung läßt noch eine Hintertür offen, um so mehr, da die Chinesen keine auch nur annähernd überzeugende Analyse geliefert haben, aus der hervorginge, wie, wann und warum sich die Natur der UdSSR geändert haben soll.)

Im übrigen berufen sich die sozialistischen Länder durchaus auf die Objektivität des Widerspruchs, den die Chinesen zu leugnen scheinen. Die Sowjetunion hat sich auf ihn besonders in den dreißiger Jahren versteift, aber sie hat auch heute keineswegs die These aufgegeben, daß es sich darum handle, gegenüber den Angriffen des internationalen Klassenfeindes die Stellung zu halten; eine These, die sie in ihrem Stolz und in ihrer Selbstbehauptung nur stärken kann. Man braucht in diesem Zusammenhang nur daran zu denken, welche Konfusion die sowjetischen Argumente ausgerechnet in den Reihen der extremen, außerparlamentarischen Linken gesät haben, als es um die Invasion der Tschechoslowakei ging; allerlei linke Gruppen haben in dieser sowjetischen Aktion einen Eingriff »von links« gegen Machenschaften der Westdeutschen gesehen. Noch mehr als

die Sowjets haben die Cubaner von dieser Argumentation Gebrauch gemacht: das kleine und isolierte Cuba, der ständigen Bedrohung durch den amerikanischen Giganten ausgesetzt, sei eo ipso über jeden Tadel erhaben, es stehe jenseits jeder möglichen Kritik. Weite Teile der europäischen Linken haben sich bis auf den heutigen Tag an diese Kalkulation gehalten. Soweit wir sehen, ist China das einzige Land, das sich, bei aller Schärfe seiner Polemik, nie auf ein solches Argument berufen und nie gesagt hat: »Wir sind von Feinden umgeben, und daraus leiten wir das Recht ab, von euch bedingungslose Zustimmung zu allem zu fordern, was wir tun.«
Auf diese Weise kann die europäische Linke an den Punkt kommen, wo sie die sozialistischen Länder mit äußerster Skepsis betrachtet und gleichwohl beschließt, sich auf ihre Seite zu stellen, um zu retten, was zu retten ist: jene Spur von Widersprüchlichkeit, die geblieben ist und mit der sie rechnen kann. Zum Beispiel so: Mag auch die Sowjetunion kein Bollwerk der Revolution mehr sein, so kann sie uns doch dabei helfen, die Entwicklung auf einen europäischen Faschismus hin einzudämmen; der Pakt mit der Sozialdemokratie ist jedenfalls besser als die Ausbreitung eines neuen Faschismus. Oder so: Zwar hat die UdSSR den Überfall der Amerikaner auf Vietnam nicht verhindert; aber hätte sich Vietnam halten können ohne die Hilfe der Sowjets? Außerdem: Die List der Geschichte hat dazu geführt, daß sich ein Teil der europäischen Linken heute mit der Sowjetunion ganz gut arrangiert hat, und zwar gerade jene nicht-parteigebundene Linke, welche die UdSSR der Bolschewisierung am meisten gefürchtet hat, und die sich nun mit einer UdSSR verständigt, die das Gleichgewicht in Europa garantiert – noch dazu zu einem Zeitpunkt, wo die Hegemonie des amerikanischen Imperialismus in eine Krise geraten ist. So ist es zu erklären, daß der typische italienische Arbeiter heute – nicht der Altkommunist, sondern der junge, politisch avancierte Arbeiter, ein radikaler Antagonist des Systems und ein radikaler Skeptiker in bezug auf Brežnev – seine Zeit nicht damit verliert, sich über die Sowjetunion aufzuregen; er stellt ganz kaltblütig in Rechnung, welchen politischen Wert für ihn deren Existenz am Rande Europas hat, und was das Kräftegleichgewicht zwischen der UdSSR und den USA für ihn bedeutet, der es mit der italienischen Regierung und mit den Unternehmern im eigenen Land aufnehmen muß.

Man kann hierin die äußerste Konsequenz jener zweideutigen »Verführbarkeit durch die Kraft des Faktischen« sehen, die einst Merleau-Ponty Sartre zum Vorwurf gemacht hat. Denn jene »realistische« Beziehung zur Sowjetunion ist nirgends exemplarischer zum Vorschein gekommen als im Falle Sartres – des letzten, den wir hier als Beispiel heranziehen werden. Sartre hat diese Beziehung frei gewählt, ohne an die Disziplin einer Partei

und an die üblichen Erpressungen gebunden zu sein. Er ist erst sehr spät, während des Zweiten Weltkriegs, zur militanten politischen Aktivität gekommen, er war nie Mitglied der KPF, ja er hat sich um die Mitgliedschaft nie bemüht.[5] Seine größte Annäherung an die Partei fällt in das Jahr 1952, also in eine Zeit, zu der die Partei weit davon entfernt war, zu triumphieren, zu der sie vielmehr ihre tiefste Isolation und ihre ernsteste Krise durchmachte. Auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, am 28. Mai 1952, hatte die KPF die Massen zu einer Demonstration gegen den amerikanischen General Ridgway aufgerufen, die Regierung hatte diese Demonstration verboten, die eingeschüchterten Arbeiter waren zu Hause geblieben. Das ganze offizielle Frankreich jubelte. Aber nicht nur das: ein gewisser Flügel der Linken sah in dieser Niederlage eine Befreiung der französischen Arbeiterklasse vom Joch der Partei und von der sowjetischen Abhängigkeit. Eben zu diesem Zeitpunkt ergriff Sartre das Wort und verkündete auf das Heftigste die Notwendigkeit, nicht allein in seinem eigenen, sondern im Namen der Arbeiterklasse, die Partei der gesamten kommunistischen Bewegung zu ergreifen, ohne dabei zwischen Staaten und KPs zu unterscheiden, und zwar im eigenen, unauslöschlichen Interesse der Klasse. Diese Forderung ist der Inhalt seiner Schrift *Die Kommunisten und der Frieden;* Merleau-Ponty hat von ihr nicht ohne Bosheit bemerkt, sie enthalte die beredteste Rechtfertigung und Verteidigung der kommunistischen Parteien, leider jedoch auf Argumente gegründet, die diese zurückwiesen.[6] Sartre behauptet, das politische Dasein der Arbeiterklasse – d. h. der Gedanke des Sozialismus und die Hoffnung auf ihn – sei historisch an die Oktoberrevolution und an den sowjetischen Staat gebunden. (Er bezieht sich dabei, nicht zufälligerweise, auf Lenins Text *Lieber weniger, aber besser* von 1923, und er macht einen Unterschied zwischen der Unvermeidlichkeit des Sieges für den Sozialismus auf Grund der Unfähigkeit des Kapitalismus, seine inneren Widersprüche zu meistern, und der konkreten historischen Notwendigkeit, die es gebiete, die Sowjetunion zu verteidigen.)[7] Aus all diesen Gründen, so Sartre, kämpfe jeder, der sich heute gegen die UdSSR und gegen die KP wende, gleichgültig welche Gründe er dafür vorbringe, gegen die Arbeiterklasse und gegen die Revolution. Diese Parteien und jener Staat mögen uns passen oder nicht passen, sie seien jedenfalls der einzig vorhandene Ausdruck des Hauptwiderspruchs in einer Welt, die ohne sie *vollkommen* bürgerlich wäre. Hier liege die einzig wahre Grenze; sie zugunsten einer anderen Vorstellung von Revolution, Partei und Klassenkampf aufzugeben, heiße den Kampf überhaupt aufgeben, da jene »anderen« Vorstellungen etwas bezeichnen, was nicht existiert, also in der Konfrontation mit dem System weder Subjekt noch Objekt sein kann.

Mit diesem Argument steht und fällt Sartres Position in dem Streit, der

auf seine Schrift hin zwischen ihm und Merleau-Ponty auf der einen, Lefort auf der andern Seite entbrannt ist. Als Kenner von Marx, als »Philologen«, waren ihm diese Gegner überlegen. Lefort hat mit großer theoretischer Klarheit das Verhältnis zwischen Partei und Arbeiterklasse wiederhergestellt, im Einklang mit den Prinzipien und methodisch absolut korrekt; aber er hat auch nebenbei die Abweichungen konstatiert: die Parteien als »verfehlte« Ablagerungen der Arbeiterklasse, die sowjetische Revolution als »verfehlte« sozialistische Wirklichkeit, und sich damit dem Gegenangriff Sartres ausgesetzt, der behauptete, Lefort verwirre die Frontstellungen im politischen Kampf und spiele damit objektiv das Spiel des Klassenfeinds und der Regierung, ob er es darauf nun abgesehen habe oder nicht. Merleau-Ponty, geschickter als Lefort, versuchte dieser Zwickmühle zu entgehen, doch hat auch er sich nicht ganz aus der Schlinge zu ziehen vermocht. Er ging davon aus, daß der Kommunismus, *wie er ist*, sich losgelöst habe vom Kommunismus, *wie er sein soll;* doch weigerte er sich zugleich, den Kommunismus, *wie er ist*, im Namen jenes andern Kommunismus anzugreifen, da dies bedeutet hätte, sich objektiv auf die Seite der Kapitalisten zu stellen.[8] Diese Haltung bezeichnete er als *Akommunismus;* indem er sie einnehme, verbleibe er auf der Seite der Arbeiterbewegung und vermeide so den Antikommunismus. Aber auch diese Operation führt nicht zu einem überzeugenden Resultat; sie bleibt demselben Einwand ausgesetzt, den Sartre seinerzeit gegen Camus erhoben hat: »Wenn du dem Proletariat vorwirfst, es sei prosowjetisch, und den Regierungen, sie seien profaschistisch, so bleibt dir am Ende nichts anders übrig, als auf die Galapagos-Inseln auszuwandern.«[9]

Immerhin hat niemand die Sackgassen einer Linken besser beschrieben, die angesichts der Sowjetunion und der Praxis der kommunistischen Parteien marxistisch bleiben will, als Merleau-Ponty. Diese Linke bleibt, ihm zufolge, dazu verdammt, Marx auf zwiefache Art und Weise zu verraten und zwischen zwei Unmöglichkeiten hin- und herzuschwanken: entweder sie läßt sich auf die Faktizität (*dieser* konkreten Revolution, *dieser* vorhandenen Partei, *dieses* gegebenen Widerspruchs zur bürgerlichen Gesellschaft) ein – dann ist es ihr möglich, tatsächlich in den Kampf einzugreifen, aber um den Preis des Verzichts auf eben jene Prinzipien, die den Kampf rechtfertigen. Oder sie flüchtet sich in die sterile Ruhe einer Philosophie, die zwar die Prinzipien bewahrt, aber dennoch an demselben Marx, dem sie treu bleiben möchte, Verrat begeht; denn ein Marxismus, der keiner unmittelbaren Praxis fähig ist, degeneriert zur »Philosophie in des Wortes schlechtester Bedeutung«.

Das Dilemma hat also zwei Seiten. Auf der einen Seite, der eines nur »gedachten« Marxismus, eines imaginären Proletariats, bleibt eigentlich nur die Kritik einer Denkweise übrig, die sich selbst genügt und in schiere

»Ideologie« verwandelt hat. Die andere Seite des Dilemmas ist nicht so leicht aufzulösen. Vielleicht läßt sich die Faktizität der (sowjetischen, oder cubanischen, oder chinesischen) Revolutionen und die der kommunistischen Parteien überhaupt nur negativ bestimmen, durch das, was sie *nicht* sind, durch ihre Nicht-Übereinstimmung mit einem Modell? Wenn dem so wäre, wie könnte eine derartige reine Negativität einen politischen Widerspruch konstituieren, wie könnten sich an ihr historische Subjekte und Objekte des Kampfes herausbilden? Um was für eine zweideutige Faktizität handelt es sich hier eigentlich? Was sind das für Bewegungen, die weder »die« Revolution sind noch die »Nicht-Revolution«? Und was für Gesellschaften gehen aus ihnen hervor, Gesellschaften, die weder »der« Sozialismus sind noch im Kapitalismus verbleiben? Was für Parteien, die weder politischer Ausdruck der Arbeiterklasse noch politischer Ausdruck der Bourgeoisie sind? Welche Rolle spielen sie in bezug auf den Kapitalprozeß, auf den Klassenkampf, auf die Bildung von Klassenbewußtsein? Welchem Mechanismus verdanken sie ihre Entstehung und welche Mechanismen rufen sie ihrerseits hervor? Auf welche Zukunft steuern sie zu?
Sartre geht auf alle diese Fragen nicht ein. Er entzieht sich dem Dilemma, indem er sich auf die stärkste und authentischste Seite seines Denkens und Handelns zurückzieht: die existentielle Entscheidung. Es fällt ihm nicht ein, die Realität, das Tatsächliche, mit Hilfe einer Idee austreiben zu wollen. Er hat immer das, was *da ist*, auf sich genommen. Diese Haltung ist es, die ihn, der intellektuell so weit von ihnen entfernt war, in die nächste Nachbarschaft der Kommunisten gebracht hat: sein Realismus und der ihre sehen sich oft zum Verwechseln ähnlich, obgleich ihre Wurzeln so verschieden sind. Auf diese Weise ist Sartre zu einem ebenso zuverlässigen wie unzähmbaren Weggenossen der KP geworden, und aus den gleichen Gründen hat er sich nie mit den Sozialdemokraten eingelassen, deren Faktizität für ihn immer eine feindliche war, ebensowenig wie mit den Trotzkisten, in deren Denkweise er den reinsten Talmudismus sah. Das erklärt auch, warum sein Verhältnis zu den sozialistischen Ländern nie so leidenschaftlich gewesen ist wie das anderer europäischer Intellektueller: kühl und undramatisch hat er es vermieden, sie an einem Modell zu messen, kaum je hat er in ihnen eine ursprüngliche Reinheit wiederzufinden versucht oder im Namen der verratenen Revolution das eine Land gegen das andere ausgespielt, Cuba gegen die UdSSR oder China gegen Cuba. Er hat sie als *existierende* Erfahrungen objektiviert, als *existierenden* Widerspruch zum Imperialismus, und sich auf ihre Seite gestellt. Daß er dafür wenig Dank geerntet hat, steht auf einem anderen Blatt.
Von dieser Historizität der Kommunisten hat er sich erst 1968 wirklich losgesagt; aber nicht, weil er, wie Ernst Fischer, im Prager August am Höhepunkt einer unerträglichen Enttäuschung angelangt wäre, sondern um-

gekehrt, weil er im Pariser Mai eine neue Hoffnung erblickt hat, eine Alternative zur Praxis der KPs, getragen von der Arbeiterklasse und der Jugend. Diese Realität, der er im Mai begegnet ist, war in der Minderheit, sie war ihrerseits zweideutig und ungenügend, aber sie war nicht, wie die Alternative eines Lefort, ein bloß ideologisches Produkt, sondern der Embryo einer neuen, wirklichen Klassenbewegung, eine neue Faktizität. Und erst an diesem Punkt wurde das Verhältnis zu den sozialistischen Ländern und zu den KPs für Sartre zu einer zweitrangigen Frage; diese spielen zwar nach wie vor ihre Rolle im Weltsystem, aber sie stellen nicht mehr den einzigen realen Widerspruch zum Bestehenden dar, ja ihre Widersprüchlichkeit kann sogar, wie im Pariser Mai, ganz erlöschen. Sie hören auf, der notwendige Felsengrund für jeden Aktivisten, sein »Friß, Vogel, oder stirb« zu sein.

Dennoch scheint es, als hätte Sartres Lösung des Problems kurze Beine. Sie ist kurzfristig, weil die Bewegung des Mai als Massenbewegung nicht angedauert hat und unfähig war, das Kräftegleichgewicht tiefgreifend zu verschieben und eine neue geschichtliche Phase einzuleiten, und weil das, was von ihr geblieben ist, nach den ersten Rückschlägen eben das eingebüßt hat, was sie einst auszeichnete: Originalität und Naivität. Schien es anfangs, als hätte diese Welle die überkommenen Definitionen von Avantgarde und Klasse, Taktik und Strategie hinweggefegt, so zeigte sich nach ihrem Abebben, daß sie ein Bewußtsein hinterließ, das von neuem den alten begrifflichen Schemata anheimfällt und sich in müden Wiederholungen zu erschöpfen droht. Dabei hatte es doch zunächst ganz anders ausgesehen, so als hätte die studentische Bewegung in einem außerordentlichen Anlauf eine neue Aneignung der Geschichte des Kommunismus möglich gemacht und die großen exemplarischen Optionen an sich gerissen, indem sie sich auf Lenin, Rosa Luxemburg, Trockij, Guevara, Ho Chi-minh und Mao Tse-tung berief. Jeder dieser Namen schien für ein gegenwärtiges Bedürfnis einzustehen: die ersten drei für die revolutionäre Strenge (mit drei verschiedenen Akzenten, dem auf der Organisation, dem auf der Spontaneität und dem auf der Unversöhnlichkeit), der Name Guevaras für die subjektive Bereitschaft und den Willen zur Revolution, der Name Ho Chiminhs für die Aussicht der Armen auf den Sieg, der Name Maos für die Gleichheit. Für einen Augenblick schien es möglich, die kommunistische Erfahrung in Theorie und Praxis wiederzugewinnen, sie sich neu anzueignen, ohne von den Traumata der Geschichte gelähmt, von ihren Sackgassen verschluckt zu werden, durch einen Akt der freien Wahl, der positiven Wiederaufnahme. Mit dem Rückgang der Mai-Bewegung aber hat sich auch diese glückliche Beziehung zur eigenen Vergangenheit wieder kompliziert und verwickelt. Lenin, Rosa, Trockij und Mao wurden wieder, was sie auch zuvor gewesen waren: Gegenstand der theoretischen

Streiterei und Anlaß für organisatorische Abgrenzungen. In den kleinen Gruppierungen finden sich heute alle traditionellen Gebrechen der Arbeiterbewegung wieder, noch dazu ohne das Gegengewicht der Größe und mit einer historischen Verspätung von einem halben Jahrhundert.
Diesmal hat Sartre vergeblich versucht, mit der Realität, die er »annahm«, fertigzuwerden. Er unternahm es, hinter den ideologischen Kategorien, welche die Mai-Bewegung vor sich hertrug, andere, neue Kategorien aufzuspüren, und er fand drei, die ihm sozusagen auf den Leib geschrieben waren: die Wiederentdeckung der Gewalt, den Vorrang der exemplarischen Praxis vor der Theorie, und die Identifikation von Politik und Moral.[10] Dabei ist weniger ein überzeugendes Bildnis der »Maos de France« entstanden als eine Art von Selbstporträt, das von drei Seiten her Sartres persönliche Rückkehr zur Ästhetik der Geste und zur Moralität (mehr als zur Politik) zeigt. Darin drückt sich eine ungewöhnliche Malaise aus, das Bedürfnis, um jeden Preis den Samen, den unartikulierten Keim einer Zukunft aufzuspüren, ganz gleich wo und in wem, und dessen Partei zu ergreifen – eine Partei, die freilich in den zwanzig Jahren seit 1952 erschreckend eingeschrumpft ist. Was an »Nicht-Bürgerlichem« übrigbleibt in einer ansonsten total integrierten Welt, ist ein winziger Spielraum. Das Proletariat und seine historischen Organisationen haben aufgehört, Ausdruck eines wenn auch nur teilweisen Widerspruchs zu sein, wie ihn Sartre zur Zeit seiner Schrift *Die Kommunisten und der Frieden* noch konstatieren konnte. So hat der Optimismus des Pariser Mai sich in sein Gegenteil verkehrt: in eine Hoffnungslosigkeit, die größer scheint als je zuvor.
In dieser Leere erscheint auch der Schatten der Faktizität von neuem und riesenhafter denn je. Die Revolutionen, »wie sie sind«, und die Kommunistischen Parteien, die neuerdings Terrain gewinnen, sind in ihrer puren Tatsächlichkeit ungreifbar, Teil einer feindlichen Welt. Was von der revolutionären Bewegung im Westen übrig ist, heute, da ihre Fahnen nicht mehr über besetzten Universitäten und Fabriken wehen, da die leuchtenden Verkürzungen ihrer Slogans erloschen sind, – dieser Überrest hat es nicht mehr mit dem Bild und den Worten Che Guevaras zu tun. Wenn die Kräfte dieser Restbewegung dazu hinreichend wären, so müßte sie sich heute mit einem Cuba auseinandersetzen, das in eine schwere ökonomische Krise geraten und dadurch völlig ins sowjetische Netz verstrickt ist; mit einem Vietnam, das nach zwanzig entsetzlichen Jahren in schwierigen Verhandlungen steht und auch nach deren Abschluß immer noch ums Überleben wird kämpfen müssen; und mit einem China, das nach der Kulturrevolution seinen Hauptfeind zur Linken sucht. Wieder einmal fegen die Gründe der Geschichte die Illusionen der Ideologie hinweg. Die Europäer sehen sich vor die Probleme von eh und je gestellt, nur daß sie um eine Erfahrung reicher geworden sind: was die Linke hier für Knoten

und Sackgassen der »anderen« gehalten hatte, sind auch unsre eigenen; das hat sich im Wechsel von Auf- und Abstieg der Bewegung gezeigt. Nichts ist überwunden, kein Problem gelöst. Der Moment der Hoffnung auf eine eigene Revolution, die sich ihr Maß selber setzen könnte, war kurz.

Die Wegstrecke, die wir hier rekonstruiert haben, ließe sich auch an Hand von andern Fällen, andern Protagonisten veranschaulichen. Dabei ließen sich einige Komplikationen zeigen, die wir vernachlässigt haben. Aber wir bezweifeln, daß ein solcher Diskurs, wie sehr er auch ins Einzelne ginge, zu einem andern Ergebnis führen würde. Das Dilemma, das Merleau-Ponty als erster aufgezeigt hat, bliebe dasselbe: Wer sich, unter Berufung auf Marx, gegen die Geschichtlichkeit der sozialistischen Länder und der KPs gewendet hat, der fand sich zunächst im Abseits, und schließlich hat ihn die Geschichte gewöhnlich aufs Kreuz gelegt. Wer sich andererseits auf die Historizität berief und glaubte, er könne frei für das »sozialistische Lager« optieren (Länder und Parteien lassen sich dabei nicht voneinander trennen), ohne zu fragen, was dieser Sozialismus marxistisch bedeutet, der fand sich nicht nur in eine Logik verstrickt, die, jeder Kritik enthoben, zur Zwangsjacke und zum Taschenspiel wurde; früher oder später sah er sich auch wieder eben dem Problem gegenüber, dem er gehofft hatte zu entrinnen.

Man wird das Problem der sozialistischen Länder mit einem Wort nicht los, weder ideologisch nach Art der Trotzkisten, noch nach Art der Parteikommunisten, die heutzutage fast durchwegs Skeptiker und Relativisten sind. Jene Länder begegnen den Trotzkisten, nicht ohne Ironie, mit dem Gewicht ihres bloßen Vorhandenseins und mit allem, was daraus nach fünfzig Jahren an Unwiderruflichkeit folgt. Die skeptische Orthodoxie der westlichen KPs hingegen muß sich auf andere Weise mit den sozialistischen Ländern herumschlagen: nicht nur mit dem Problem ihrer Haltung in internationalen Fragen, sondern auch mit dem ihrer inneren »Natur«. Da half auch Togliattis Versuch wenig, der in seinen letzten Lebensjahren die »Verschiedenheit der nationalen Wege zum Sozialismus« propagierte. Dieser These zufolge wäre jede nachrevolutionäre Gesellschaft nur mit ihrem eigenen Maßstab zu messen; sie könne keiner andern als Vorbild dienen; dennoch stehe sie mit andern ihresgleichen in einer gemeinsamen Front – ein Konzept, das sich als Ausdruck des »Realismus« verstand, und das die Realität alsbald in Trümmer gelegt hat. Denn die »Natur« eines jeden sozialistischen Landes determiniert nicht nur seinen inneren Zustand, sondern auch seine Beziehungen zu allen andern sozialistischen Ländern, zu allen andern Staaten und zu den revolutionären Bewegungen auf der ganzen Welt; jene »Natur« impliziert auch ein Verständnis des histori-

schen Prozesses im Ganzen, das mit anderen Interpretationen dieser Totalität nicht einfach koexistieren kann, in einem relativistischen Nebeneinander. Aus diesen Divergenzen entwickeln sich vielmehr starke Kräfte, die zum Auseinanderbrechen des »Lagers« führen müssen. Es scheint unmöglich, zugleich für Brežnev und für Mao, für Dubček und für Husak, für Castro und für Tito, für die Guerilla und für Allende einzutreten. Damit hat nicht nur das Problem der *Sozialismen*, sondern das des *Sozialismus* einen Grad von Dringlichkeit erreicht und eine Zuspitzung erfahren, die angesichts der Verschiebung der Machtverhältnisse in der internationalen Politik dramatisch wirkt. Die europäische Linke sieht sich in eben dem Moment, wo sie mit der These von den »nationalen Wegen« einen letzten Versuch gemacht hat, sich die Hände zu waschen, von neuem mit der Schwierigkeit konfrontiert, der sie ausweichen wollte. Mit dem Ende des Kalten Krieges ist auch der Versuch gescheitert, die Parteinahme für die sozialistischen Länder zu trennen von einem Urteil über die Revolutionen, aus denen sie hervorgegangen sind. Diese beiden Fragen lassen sich nicht auf zwei verschiedenen Ebenen abhandeln. Die Linke, auch die nicht-parteigebundene Linke, muß endlich von ihrer eigenen politischen Verwirrung, vom Bankrott ihrer Begriffe und Vorstellungen Notiz nehmen, nachdem sie jahrzehntelang versucht hat, auf die eine oder andere Art und Weise einer historisch-politischen Analyse der bisherigen sozialistischen Revolutionen aus dem Weg zu gehen. Man kann einwenden, diese kritische und theoretische Impotenz sei eben die Folge der versäumten eigenen Revolution, und der europäischen Linken fehle es an geeigneten analytischen Instrumenten, weil sie selber politisch verkrüppelt sei. Man kann allerdings auch umgekehrt argumentieren und in jener intellektuellen Lähmung (die keineswegs, wie es oft geschieht, allein der »Rechtgläubigkeit« der Parteien anzulasten ist) eine Bremse der eigenen Revolution, ein Alibi dafür sehen, daß über diese eigene Revolution noch nicht einmal genau nachgedacht worden ist. Dann wäre diese Hemmung selbst eine Ideologie, im vollen Sinn eines falschen Bewußtseins.

Seit Lenin und Rosa Luxemburg sind die Mechanismen des Imperialismus nicht mehr gründlich neu durchdacht worden; die Neigung revolutionärer Gruppen im Westen, analytische Forschung durch Wiederholung verarmter Schemata zu ersetzen, ist nur ein Teil dieser Unfähigkeit. Es sieht ganz so aus, als wäre es denen, die in der Festung des Imperialismus leben, gar nicht so wichtig, das Ungeheuer genauer zu kennen, um ihm den Garaus machen zu können. Die westliche Linke sucht in der Dritten Welt zwar von Zeit zu Zeit Erneuerung, sie schüttelt aber den Kopf über die Primitivität der simplen Thesen, die in den unterentwickelten Ländern vorherrschen. Freilich sind diese Äußerungen der Not undifferenziert, doch drücken sie immerhin ein Bedürfnis nach Befreiung aus. Die theoretische

Trägheit der Europäer dagegen verrät, daß sie sich an die Vorzüge eines schlechten Gewissens gewöhnt haben. Wir sind nach wie vor fest davon überzeugt, daß die Revolution bei uns auf sich warten läßt, weil in jeder Krise des Westens Integration und Revolte einander die Waage halten, weil das Bedürfnis nach dem Kommunismus durch die passive Hinnahme des Konsumzyklus neutralisiert wird, und weil das Spiel dieser Widersprüche eben auf absehbare Zeit so weitergehen kann, da für den unmittelbaren Lebensunterhalt gesorgt ist. Ein wenig Materialismus kann dabei schließlich nicht schaden. Das alles deutet darauf hin, daß sich in den vielen Spaltungen und Rissen und in den wenigen ernsthaften Analysen, zu denen die sozialistischen Länder im Westen Anlaß gaben, noch etwas anderes verrät: eine uneingestandene Komplizenschaft, eine unbewußte Flucht.

Welche andere Erklärung könnte es geben für die Armut an Versuchen, die sozialistischen Gesellschaften zu deuten und zu begreifen, die im Lauf der letzten fünfzig Jahre entstanden sind? Wenn man von dem stumpfen Arsenal des Antikommunismus absieht, der heute mehr und mehr diskreditiert ist, so bleibt von der ganzen Reflexion der europäischen Linken wenig übrig: sie ist den Bahnen des Trotzkismus (im weitesten Sinn) gefolgt, oder sie ist steckengeblieben. Was dabei herausgekommen ist, läßt sich etwa so zusammenfassen: Die Sowjetunion ist *nicht* der unmittelbare, unzweifelhafte Ausdruck der proletarischen Macht. Frage: Warum nicht? Antwort: Weil die Staatsmacht, als politischer Ausdruck der Klasse, degenerierte, nachdem der Kapitalismus abgeschafft und die Grundlage für den Aufbau des Sozialismus gelegt war. Zweite Frage: Woher diese Entartung? Antwort: Sie geht auf subjektive Fehler zurück. (Zu dieser Auskunft gibt es verschiedene Varianten, die allesamt auf Tautologien hinauslaufen: die Sowjetmacht ist entartet, weil sie entartet ist. Weil die Staatsmacht undemokratisch war, weil sie sich zentralisiert hat, weil sie sich bürokratisiert hat, weil sie in die falschen Hände geraten ist, in gefährliche, ungeschickte, ungenügend vorbereitete Hände. Weil die Macht Macht ist, weil der, der sie hat, sie nicht wieder losläßt. Usw.) Diese Sätze finden ihre logische Ergänzung nach beliebiger Richtung: zur Linken, von seiten der Maoisten und Trotzkisten, heißt es, die Sache lasse sich in Ordnung bringen, man müsse nur den Massen die Macht zurückgeben. Zur Mitte hin, von seiten der Parteikommunisten, heißt es ebenfalls, die Sache lasse sich ins Lot bringen, ja sie sei, objektiv gesehen, schon ins Lot gebracht, da die Entwicklung der Produktivkräfte schon dafür sorge, daß die Machtausübung sich immer massenhafter vergesellschafte. Zur Rechten sagen die Sozialdemokraten, der Fall sei unheilbar, da es nur einen Weg gebe, auf dem die Massen Macht ausüben könnten, und das sei der Weg über die Institutionen der modernen Bourgeoisie.

Bis hierher und nicht weiter. Es ist in diesem Zusammenhang überraschend zu sehen, wie wenig sich die Argumentation Trockijs in ihrer begrifflichen Struktur von jener der kommunistischen Parteien unterscheidet, und zwar auch der Parteien, die die Staatsmacht innehaben. Beim Wiederlesen der Autobiographie oder der *Verratenen Revolution* wird man feststellen, daß das Hauptgewicht ganz auf der Phänomenologie der Staatsmacht liegt, die gewissermaßen sozialpsychologisch untersucht wird.[11] Damit wird der weitere Gang der Analyse blockiert. Auf der negativen Seite die *Erscheinungsformen* der Macht, auf der positiven die »Errungenschaften«, die die UdSSR in Trockijs Augen zu einem unzweifelhaft proletarischen Staat machen. Eine Klassenanalyse wird nicht versucht; das einzige gesellschaftliche Moment, das in Betracht gezogen wird, ist die Kaste der Bürokraten, die sich des Staatsapparates bemächtigt hat und daher an den Schalthebeln sitzt, von denen aus die Verteilung der Güter geregelt wird. Indem sie sich diese Machtposition zunutze macht, sie zu ihrem eigenen Vorteil ausbeutet, gerät die Bürokratie zur Natur dieses Staates, die bereits sozialistisch ist, und dieser Widerspruch bedingt eine Instabilität, eine innere Unruhe, die zu einer von beiden Lösungen führen muß: entweder paßt sich die Verteilung der Güter den »sozialistischen Normen« an, die bereits für das Eigentum an Produktionsmitteln gelten, oder umgekehrt, die Eigentumsformen passen sich den »bürgerlichen Normen« an, die sich im Verteilungsmechanismus durchgesetzt haben.

Die Verurteilung Stalins auf dem Zwanzigsten Parteitag und der »Geheimbericht« Chruščëvs beruhen auf einer ganz ähnlichen Argumentation. Zwar ist hier weniger von der Bereicherung der Bürokratie die Rede, und es wird stattdessen eher die Verletzung der sozialistischen Gesetzlichkeit betont. Doch führt der Zwanzigste Parteitag, ebenso wie Trockij, die stalinistische Entartung ganz und gar auf subjektive Gründe zurück, auf die Person Stalins (auf die »Anti-Partei-Gruppe«, auf den von Stalin gebildeten Apparat). Die ganze Angelegenheit erscheint als etwas, das, im engsten Sinn dieses Wortes, in der »politischen Sphäre« bleibt und somit behoben, verbessert, reguliert werden kann durch eine Modifikation der »politischen« Machtmechanismen: die Rückkehr zur sozialistischen Gesetzlichkeit, zur kollektiven Führung, zur »Demokratisierung« des Staates. Drei Autoren, die ansonsten wirklich nichts miteinander gemein haben, nämlich Trockij, Chruščëv und Mao (dieser in den Schriften des Jahres 1956) stimmen in ihren Äußerungen über die »historische Erfahrung der Diktatur des Proletariats« immerhin in *einem* Punkte überein: sie beharren darauf, daß die bewußten politischen »Deformationen« und »Degenerationserscheinungen« mit dem Gesellschaftskörper nichts zu tun haben sollen, den sie entstellen; diese Gesellschaft sei durch die Ergreifung der Macht und durch die Abschaffung des Privateigentums an Produk-

tionsmitteln ein für allemal sozialistisch und damit gleichsam immun geworden.

Seit wenigen Jahren erst scheren die Chinesen aus diesem Schema aus, wodurch sich, wie wir noch sehen werden, allerdings sogleich eine neue Schwierigkeit erhebt. Die gesamte kommunistische Bewegung und der überwiegende Teil der europäischen Linken hingegen halten an diesem Schema fest, und zwar nicht erst seit dem Zwanzigsten Parteitag, sondern auch, was die Zeit davor betrifft. Damit erscheint selbst die schlimmste Zeit des Stalinismus als etwas, was man akzeptieren muß, nicht nur vermöge der Rolle, die die Sowjetunion im internationalen Kampf gegen den Faschismus gespielt hat, sondern auch infolge der Möglichkeit, den Mechanismus der Staatsmacht post festum zu korrigieren, die Auswüchse zu beseitigen, da sie nach dieser Auffassung nicht systemimmanent sind. Trockij selbst hat die UdSSR stets als einen proletarischen Staat betrachtet und verteidigt, der sozusagen nur an der bürokratischen Krankheit litt. Die Angriffe, die auf dem 20. Parteitag gegen den Stalinismus vorgebracht wurden, basieren dementsprechend auf der These, das Übel sei durch ein Mißverständnis zwischen der ökonomischen Basis, einer sozialistischen Basis, und einem Überbau verursacht worden, der hinter dem Sozialismus zurückgeblieben sei. Diese Diagnose und die günstige Prognose, die sich auf sie stützte, ist von der europäischen Linken für bare Münze genommen worden. Der Prozeß der »Liberalisierung« und »Demokratisierung«, der sich ankündigte, wurde deshalb mit Ungeduld erwartet. Auch eine Minderheit, die Chruščëv gegenüber skeptisch blieb, träumte nach dem polnischen Oktober für eine Weile von einer radikaleren Demokratisierung, einer Renaissance der Arbeiterräte, einer Rückkehr zum ursprünglichen Sinn der »Sowjets«; dieser Teil der Linken schien zu glauben, daß es möglich wäre, die Macht von oben her einfach wieder an die Basis-Instanzen zurückzugeben.

Darüber hinaus hat die ganze Linke noch eine weitere sowjetische These akzeptiert, die im übrigen auf die zwanziger Jahre zurückgeht. Ihr zufolge wären die Schwierigkeiten und Verzögerungen der Demokratisierung eine geradezu zwangsläufige Folge der Ausgangsbedingungen: Knappheit der materiellen Mittel, sozio-ökonomische Zurückgebliebenheit des Rußland von 1917. Diese Bedingungen hätten eine »autoritäre« Phase der Zentralisation und der Hypertrophie des Staates unvermeidlich gemacht. Wenn die junge Revolution überleben sollte, so mußte dem materiellen Aufbau des Sozialismus, seiner ökonomischen Stärkung und infolgedessen der Errichtung eines starken Staatsapparates der höchste Vorrang eingeräumt werden. Erst wenn diese Ziele erreicht wären, könne man an die nächste Phase denken, die der eigentlichen sozialistischen Transformationen. Dieses Raisonnement findet man nicht nur in Sartres Aufsatz

aus dem Jahre 1952, sondern auch, viele Jahre später, bei Guevara wieder. Eine gewisse Dosis »Stalinismus« erscheint so als der Preis, der notwendigerweise erlegt werden muß, wenn man der Unterentwicklung entrinnen will. Das Argument beherrscht, ausgesprochen oder nicht, alle Überlegungen des 20. Parteitags: »*Jetzt*, da die UdSSR das nötige Niveau der Produktivkräfte erreicht hat, jetzt und erst jetzt ist es möglich, das Werk zu krönen, durch die Umwandlung der menschlichen Beziehungen im sozialistischen Sinn.« Jetzt gilt dieser zweite Schritt sogar als notwendig, da die übermäßige Konzentration der Macht an der Spitze vom Motor zur Bremse zu werden droht, die die Massen daran hindert, eigene Initiativen zu entwickeln. Vor dem 22. Kongreß ging Chruščev so weit, zu sagen, daß es nun an der Zeit sei, nicht nur der zentralisierten Staatsmacht ein Ende zu machen, die schließlich der des bürgerlichen Staates immer ähnlich bleibe – auch die Diktatur des Proletariats sei von nun an entbehrlich, da der Staat bereits zu einem Staat des »ganzen Volkes« geworden sei. Die Selbstverwaltung stehe vor der Tür und sei bis 1980 zu verwirklichen.

Was aber ist seit dem 20. Parteitag wirklich geschehen? Wir sind Zeugen eines ständigen Hin und Her zwischen zaghaften »Liberalisierungs«-Versuchen und ruckartigen Rückfällen in die Repression geworden; so daß wir aus einer Distanz von zwanzig Jahren mit aller Bestimmtheit feststellen können: die Thesen des 20. Parteitags waren auf Sand gebaut. Der Neue Kurs in der ČSSR und die darauffolgende Invasion haben ihren Bankrott nur auf das Augenfälligste besiegelt. Anderswo sehen wir dieselbe Tendenz, nur auf weniger dramatische Weise, am Werk. In Polen, wo der Klassenkampf schärfere Töne als anderswo anschlägt, nimmt auch die Repression komplexere und geschicktere Formen an. In Jugoslawien deuten die bisher ziemlich undurchsichtigen Vorgänge der letzten Monate darauf hin, daß ein drohender Auflösungsprozeß mit allen Mitteln gebremst werden muß, auch um den Preis einer Führungskrise im Bund der Kommunisten. Das Tauziehen zwischen zunehmender Machtkonzentration an der Spitze und Tendenzen zur Demokratisierung kehrt auch unter den ganz anders gelagerten Bedingungen Cubas wieder; dort schien es, nach dem gescheiterten Projekt der gigantischen Zuckerernte von 1970 und nach Castros Selbstkritik, einen Augenblick lang, als würde die gesamte Machtstruktur des Landes in Frage gestellt; wenige Monate später jedoch stellte sich heraus, daß der gegenläufige Kurs gesiegt, daß sich die sowjetische Linie langsam aber sicher auf der ganzen Linie durchgesetzt hatte.
Man wird sich fragen müssen, ob das Interpretationsmuster überhaupt tauglich ist, das herkömmlicherweise zur Erklärung solcher Sachverhalte

herangezogen wird. Denn woran soll es eigentlich liegen, daß der Überbau immer weiter hinter der sozialistischen Basis zurückbleibt? Warum wird er unter keinen Umständen seinerseits »sozialistisch«, weder wenn die Revolution mit der Unterentwicklung zu kämpfen hat, noch wenn diese überwunden ist?

Eine Antwort auf diese Frage kann hier nur skizzenhaft angedeutet werden, und es bedarf sorgfältiger Untersuchungen, um sie endgültig zu klären. Wir verstehen unsere Skizze als Anregung in diesem Sinn. Immer, wenn von den »Deformationen«, den Schwierigkeiten oder der historischen Verspätung sozialistischer Gesellschaften die Rede ist (die Ausdrükke wechseln je nach dem Optimismus oder Pessimismus des Betrachters), wird eine ganz auffällige Grundannahme unbefragt mitgeschleppt: die Trennung zwischen der ökonomischen Sphäre, der (sozialistischen) Basis, und der Sphäre der gesellschaftlichen Beziehungen, dem Überbau (von dem es heißt, er sei »noch nicht« sozialistisch). Ein erster Widerspruch, der gegen eine solche Trennung spricht, liegt bereits darin, daß es schließlich Instanzen des Überbaus waren, nämlich die Partei, die revolutionäre Avantgarde, die eben jene Basis zu einer sozialistischen gemacht haben. Wenn die Staatsmacht aber in Händen dieser Avantgarde liegt, so würde daraus folgen, daß der Überbau hinter der Basis nicht zurückgeblieben, daß er ihr vielmehr vorausgeeilt wäre. Kein KP-Mitglied wird sich zu der Behauptung versteigen, die Partei, der Staatsapparat, der kulturelle Apparat, Presse, Rundfunkt usw. seien, in einem sozialistischen Land, nichtsozialistischer Natur. Aber dieser sozialistische Charakter des Überbaus scheint nur in einer Richtung zu gelten, nämlich aus dem Gesichtswinkel der Staatsmacht; sozialistisch wäre die Beziehung von Regierenden zu Regierten, nicht aber die von Regierten zu Regierenden. Statt von einem zurückgebliebenen müßte man also von einem *gespaltenen* Überbau sprechen. Die kommunistischen Parteien jedenfalls ziehen aus dieser Disparität im Überbau den Schluß, daß die direkte Demokratie unter solchen Umständen nicht zu verwirklichen ist, und daß vielmehr »der Staat bis zum Augenblick seines Absterbens gestärkt werden muß«. Diese nicht sehr einleuchtende Behauptung ist zuerst in den zwanziger Jahren aufgetaucht; noch vor dem 22. Kongreß der KPdSU, der für die Sowjetunion den Übergang zum Kommunismus bis 1980 vorsah, hat Mikojan sie in aller Ruhe wiederholt.

Aber selbst wenn man die fragwürdige Aufteilung in sozialistische und noch nicht sozialistische Stücke ein und derselben Gesellschaft hinnimmt, so wäre zu fragen, was für Hindernisse es eigentlich sind, die sich dem Fortschreiten auf eine sozialistische Totalität hin in den Weg stellen; worauf die »noch nicht sozialistischen Verhältnisse und Beziehungen« in der politischen Sphäre gründen; wo und in welcher Klasse sie ihre soziale Ba-

sis haben? Trockij führt, wie wir gesehen haben, die bürokratische Entartung der sowjetischen Staatsmacht keineswegs auf die alten Klassen zurück; er hält sie für eine Art von moralischem Asthma-Anfall, von dem gerade die Avantgarde der Revolution befallen wird. Ursprünglich hatten die Bolschewiki jene Hemmung allerdings auf die nach wie vor fortbestehenden Interessen der alten herrschenden Klasse zurückgeführt. Doch hat Stalin im Jahre 1936 diese Art des Klassenkampfes für beendet und die Hegemonie des sozialistischen Sektors für gesichert erklärt; und auch als er 1952, in einem Aufsatz über ökonomische Fragen, auf die Frage des Klassenkonflikts zurückkam, sprach er nur von einigen »Überbleibseln« und »Randerscheinungen«, in deren Gestalt das Vergangene noch Widerstand leiste. (Dagegen hat die chinesische Kulturrevolution eine Zeitlang von der Bremswirkung der »alten Ideen und Vorstellungen« gesprochen und damit das Zurückbleiben des Überbaus sozusagen durch eine Tautologie zu erklären versucht.)

Nach dieser ganzen Diskussion zu urteilen, die auch in der europäischen Linken nach wie vor weitergeführt wird[12], wäre der Sozialismus also eine historische Gesellschaftsform, die sich durch ein besonders starkes Ungleichgewicht zwischen Überbau und Basis auszeichnet. Jener bliebe hinter dieser über Jahrzehnte hinweg zurück, geprägt von einem Bewußtsein, dem keinerlei gesellschaftliche Wirklichkeit mehr entspricht, das sich aber offenbar unaufhörlich immer weiter reproduziert. Das würde bedeuten, daß der Kapitalismus leichter zu liquidieren wäre als seine Widerspiegelung in den Verkehrsformen, den gesellschaftlichen Beziehungen; dies alles ungeachtet der Tatsache, daß der überwiegende Teil des Überbaus, der Staats-, Erziehungs- und Kulturapparat, sich in den Händen einer Avantgarde befindet, von der als ausgemacht gilt, daß sie die »Sozialisierung« der ökonomischen Basis garantiert.

Unter dem Gesichtspunkt der marxistischen Theorie sind alle diese Erklärungen offensichtlich unhaltbar. Es fällt überhaupt auf, daß Marx zwar zur Erklärung der Mechanismen der kapitalistischen Gesellschaften eifrig herangezogen, bei der Diskussion der Übergangsgesellschaften hingegen meistens übergangen wird. Die Ökonomie der sozialistischen Länder wird gewöhnlich mit den herkömmlichen quantitativen und technischen Kategorien studiert, ihre politische Sphäre mit Hilfe einer Art Soziologie der Macht, die bestenfalls eine Geschichte der Entscheidungen und der Ideologie von Führungsgruppen hergibt; so zum Beispiel der *Kurze Lehrgang der Geschichte der KPdSU*.

Wenn aber das Verständnis (und Selbstverständnis) der sozialistischen Länder seinen marxistischen Charakter eingebüßt hat – und aus dieser Tatsache folgen die Ungereimtheiten, die wir in aller Kürze exponiert haben –, so bleibt zu fragen, wo der Anfang dieser Entgleisung zu suchen

ist. Wir sind der Ansicht, daß der Fehler in einer ebenso weitverbreiteten wie fragwürdigen Auffassung von der sozialistischen Revolution zu suchen ist. Nach dieser Auffassung ist eine sozialistische Basis bereits dann geschaffen, wenn das Privateigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln abgeschafft und die politische Macht errungen ist. Wir sind nicht dieser Auffassung.

Natürlich wissen auch die Führer der kommunistischen Parteien sehr wohl, daß mit der Übernahme der Staatsmacht die Revolution erst begonnen hat; sie stellen es aber als selbstverständlich hin, daß mit der Übernahme der Produktionsmittel der Kapitalismus als Produktionsweise bereits abgeschafft sei. In ihren Augen fällt das Eigentum an Produktionsmitteln mit der Struktur der Produktion zusammen. Darin liegt aber, wie wir zeigen werden, eine völlige Verdrehung der Grundgedanken von Marx.

Für Marx ist das Kapital bekanntlich keine Sache, sondern eine Beziehung zwischen den Menschen, und zwar eine verdinglichte Beziehung. Er schreibt in jenem Vorwort zur *Kritik der Politischen Ökonomie*, von dem bis heute die ganze Diskussion über Basis und Überbau ausgeht: »In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen.«[13] Basis und Überbau sind also zwei verschiedene Ebenen, auf denen die Menschen gesellschaftliche Beziehungen miteinander eingehen, und die ausschlaggebende von beiden ist die erste, auf der die »gesellschaftliche Produktion ihres Lebens« geschieht.

Heute hat sich eine gänzlich andere Auffassung breitgemacht, derzufolge die ökonomische Struktur eines gesellschaftlichen Systems sich auf die Eigentumsverhältnisse in bezug auf die Produktionsmittel *reduziert*. Der Kapitalismus bestünde nach dieser Auffassung darin, daß die Produktionsmittel Privateigentum sind, und die kapitalistische Produktionsweise wäre nichts weiter als eine bloße Konsequenz aus diesem juristischen Verhältnis, mit dem sie stünde und fiele. Eine nachrevolutionäre Gesellschaft hätte dann nichts weiter zu tun, als die Leitung der Betriebe aus den Händen der Kapitalisten zu übernehmen und sie den politischen Organen der Arbeiterklasse zu übertragen (was für die Leninisten hieße, der Partei, für die Luxemburgianer, den Räten) und schon wäre der sozialistische Charakter der Basis garantiert. Unberührt könnte dabei die Arbeiterorganisation, das System der Produktion bleiben, wie sie der Kapitalis-

mus geschaffen und der Revolution vererbt hat. Abgesehen von ein paar wichtigen Bemerkungen Lenins zur Frage des Staatskapitalismus hat sich die ganze sowjetische Diskussion der zwanziger Jahre von dieser folgenschweren Verengung der Theorie einzwängen lassen.
Demgegenüber ist festzuhalten, daß der Kapitalismus als historische Formation und als System der Produktion sich keineswegs mit der Existenz einer Klasse von Eigentümern identifizieren läßt. Er ist eine alles umfassende gesellschaftliche Produktionsweise, hervorgegangen aus einer ganz bestimmten Art der Akkumulation und Reproduktion, und hervorgebracht hat er einen Nexus von Beziehungen zwischen den Menschen, wie ihn verwickelter die menschliche Geschichte nicht kennt. Dieses System der Produktion läßt sich nicht einfach dadurch aus den Angeln heben, daß die privaten Kapitalisten enteignet werden, auch wenn diese Enteignung es praktisch möglich macht, den Mehrwert, sofern er nicht in die Akkumulationsfonds zurückfließt, anderen Zwecken nutzbar zu machen. Als bloße Eigentumsübertragung, aus der eine gerechtere Verteilung der Gewinne folgt, während alle anderen Verhältnisse entfremdet und verdinglicht bleiben, läßt die sozialistische Revolution sich nicht fassen. Sie muß vielmehr zu einer vollkommenen Umwälzung der Beziehungen zwischen den Menschen und zwischen den Menschen und den Dingen führen, das heißt, sie muß die gesamte »gesellschaftliche Produktion ihres Lebens« revolutionieren. Sie ist die tendenzielle Aufhebung der proletarischen Situation, der Entfremdung, der Trennung zwischen der Arbeit und ihrem Produkt, das Ende des Warenfetischismus, oder sie ist nicht die sozialistische Revolution. Mit anderen Worten: Die Übernahme der Staatsmacht und die Abschaffung der Klasse von Kapitalbesitzern sind lediglich (notwendige) Vorbedingungen dafür, daß die kapitalistische Produktionsweise, die vorläufig *unter der neuen Leitung weiterbesteht*, in ihrem Kern angegriffen werden kann.

Lange genug ist die marxistische Theorie vor dieser Schlußfolgerung zurückgeschreckt; so Trockij, indem er argumentierte, die Bürokratie könne keine neue Klasse ausmachen, da sie nicht Eigentümer von Produktionsmitteln sei und daher dieses Eigentum nicht weitergeben könne; so auch viele neueren und nützlichen Untersuchungen über die sozialistischen Gesellschaften.[14] Dabei genügt es, die Kontroversen nachzulesen, zu denen es nach dem Tode Lenins kam, um zu begreifen, daß die Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft nur verständlich wird, wenn man diese Konsequenz endlich zieht.
Wir greifen hier nur ein Beispiel heraus: die Diskussion über die »sozialistische Akkumulation«, weil in ihr die ganze Zählebigkeit einer Produktionsweise zum Vorschein kommt, die von der Vergangenheit ererbt ist

und die schier unentrinnbar wird, wenn ihre Voraussetzungen nicht in Frage gestellt werden. Wo dies nicht geschieht, da helfen auch die verzweifelsten Versuche nicht, eine Alternative zum kapitalistischen Akkumulationsmodell zu finden und zu garantieren. Diese theoretische Sackgasse hat Preobraženskij (ein Autor, den Stalin liquidierte, nachdem er die brauchbarsten seiner Thesen übernommen hatte) in seiner *Ökonomik* klar erkannt.[15] Selbst wenn die Revolution nicht zu einem ungeheuren Verlust an Ressourcen aller Art geführt hätte, sagt er, wäre es unter allen Umständen notwendig, daß wir akkumulieren. Wie aber soll diese Akkumulation geschehen? Der Kapitalismus leistet sie auf dreierlei Weise: indem er aus der industriellen Lohnarbeit in den Metropolen den Mehrwert abschöpft, indem er die älteren Produktionsweisen auf dem Lande rücksichtslos liquidiert, und indem er ebenso brutal alle produktiven Sektoren seiner Kolonien ausbeutet. Die junge Sowjetrepublik besitzt keine Kolonien; ihre Akkumulation muß daher, nach Preobraženskij, mit Hilfe der Landwirtschaft und des Industrieproletariats stattfinden. Was diese zweite Quelle angeht, so ist sie, wie er ausdrücklich sagt, »dieselbe wie unter dem Kapitalismus; die Akkumulation wird aus der Arbeitskraft des Proletariats gespeist, dessen Lohn geringer sein muß als der Gesamtwert der Produkte, die es erzeugt.« Ein wesentlicher Unterschied bestehe lediglich in »den Formen der Beschäftigung und der Entlohnung dieser Arbeitskraft«, will sagen im Grad ihrer Ausbeutung und in der größeren Rücksicht, die auf ihre physische Verfassung genommen wird. Da der industrielle Sektor in Rußland jedoch strukturell unterentwickelt und durch den Bürgerkrieg ruiniert sei, genüge diese erste Quelle der Akkumulation allenfalls, um einen Teil des verlorenen Terrains wiederzugewinnen; daneben und vor allem müsse die Akkumulation von der Landwirtschaft geleistet werden, die Preobraženskij unverhohlen »unsere Kolonien« nennt. Was unter dem Kapitalismus »brutale Ausplünderung des Landes« hieß, wird jetzt elegant definiert als »Übertragung von Ressourcen vom präsozialistischen auf den sozialistischen Sektor«: der Vorgang selbst bleibt sich gleich. Seine ideologische Bemäntelung ist reiner Nominalismus. Die Industrie ist ja nur in dem Sinne zum »sozialistischen« Sektor geworden, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft wurde, während auf dem Lande das private Eigentum an Grund und Boden noch teilweise fortbesteht; mit diesem Argument soll eine Abschöpfung gerechtfertigt werden, die bekanntlich bis auf den heutigen Tag weitergeht, wenn auch der zähe Widerstand der Bauern dazu geführt hat, daß sie reduziert werden mußte; im übrigen geschah diese Abschöpfung unabhängig von den Eigentumsverhältnissen in der *ganzen* Landwirtschaft, also auch in den Kolchosen. Was dies alles in Wirklichkeit besagt, ist einfach die Tatsache, daß die Sowjetunion ein Akkumulationsmodell übernom-

men hat, das sein Dasein der industriellen Revolution verdankt und das, als historische Form der kapitalistischen Produktionsweise, unauflöslich an diese gebunden bleibt. Darüber können keine Redensarten hinwegtäuschen, und die Konsequenzen sind nicht ausgeblieben: immer größere »Schere« zwischen Stadt und Land, soziales Gefälle, Einschränkung der Bewegungsfreiheit für die landwirtschaftlich tätige Bevölkerung, kumulative Unterentwicklung schwacher, das heißt unterindustrialisierter Regionen, selektive Landflucht und entsprechendes Sinken des kulturellen Niveaus auf dem Dorf, mit einem Wort: Wiederherstellung eben jener strukturellen Disparitäten, die ein kapitalistisches Entwicklungsmodell notwendig hervorbringt.

Das theoretische Problem, das hiermit aufgeworfen wird, ist ebenso schwierig wie schwerwiegend. Was soll eine politische Revolution nach der Erringung der Macht und der Enteignung der Kapitalisten mit der Organisation der Produktivkräfte anfangen, die sie bereits fertig ausgebildet vorfindet? Dieses »System« zerstören hieße Hungersnöte und in ihrem Gefolge die baldige Niederlage der Revolution herbeiführen; es beizubehalten hieße die überlieferten Mechanismen der kapitalistischen Produktionsweise konservieren. Was also kann und muß eine Revolution, die sich als sozialistische versteht, zerbrechen, was muß sie stehen lassen und auf welche Zeit? Welche Mechanismen muß sie in Gang setzen, wenn sie nicht die Gefangene der kapitalistischen Produktionsweise bleiben will, sei es durch deren überstürzten Abbau, sei es durch deren unveränderte Übernahme? Daß diese Frage so schwer zu beantworten ist, das hat mit einer Doppeldeutigkeit des Marxschen Gedankens selbst zu tun, der die sozialistische Revolution als Krönung und zugleich als Umkehrung der kapitalistischen Entwicklung sah. Die maoistische Linie der chinesischen Revolution hat, wie es scheint als einzige, das Problem erkannt und aufgegriffen. In Maos Rede von 1956 »Über die zehn großen Beziehungen«, beim »Großen Sprung nach vorn« und im Anfang der Kulturrevolution ging es darum, wie der »Tiger der Produktivkräfte« zuzureiten sei, wie ihre präkapitalistische und kapitalistische Organisation sich nutzen, und wie zugleich ihre innere Logik sich blockieren, ihre Folgerichtigkeit sich für die Zukunft verleugnen lasse im Namen einer neuen und andersartigen Rationalität der Produktion. Dabei geht es, mit dem veränderten Endzweck, letzten Endes um eine Alternative zum Entwicklungsmodell der Industrialisierung, wie es sich historisch entwickelt hat, und um die Formulierung eines neuen, produktiven Verhältnisses zwischen Industrie und Landwirtschaft, zwischen Stadt und Land.

Wenn hier das zentrale theoretische Problem für den Aufbau des Sozialismus liegt, so sind von hier aus auch die politischen Aspekte seiner Entwicklung zu bestimmen. Wir haben gesehen, daß die »sozialistische« Ak-

kumulation bisher in der Praxis dadurch zustande gekommen ist, daß sich, auf der einen Seite, die Ausbeutung der Arbeiterklasse fortgesetzt hat, nur mit dem Unterschied, daß, wie Preobraženskij es ausdrückt, das Proletariat *vom Objekt zum Subjekt seiner Ausbeutung* geworden ist, insofern es durch seine politische Hypostase, das heißt durch die Partei, beschlossen habe, sich selbst auszubeuten; auf der anderen Seite wurde akkumuliert durch die strukturelle Ausbeutung der Landwirtschaft. Diese beiden Vorgänge waren aber ganz und gar darauf abgestellt, die typische Entwicklung der Produktivkräfte zu beschleunigen, wie sie im kapitalistischen Modell vorgegeben war, ein Modell, das die sozialistischen Länder einmütig als Herausforderung und mithin als Vorbild akzeptierten, mit dem Ziel, den Herausforderer »einzuholen« und zu überrunden. Wo die Prioritäten so gesetzt werden, wird die Zentralisation der Staatsmacht unvermeidlich; die Wurzeln der Selbstverwaltung von Arbeitern und Bauern müssen von vornherein abgeschnitten werden; Räte, »Sowjets« im Sinn der russischen zwanziger Jahre, werden zu einem Ding der Unmöglichkeit. Mao Tse-tung hat diesen Zusammenhang ganz klar erkannt, und er hat aus diesem Grunde die forcierte Industrialisierung Chinas auf Kosten der Landwirtschaft abgelehnt und eine gleichmäßige, gleichzeitige Entwicklung der ganzen Wirtschaft vorgezogen. Diese Entscheidung, die der Agrikultur im Verhältnis zur Industrie, der Leichtindustrie im Verhältnis zur Schwerindustrie einen weiten Spielraum gab, widerspricht natürlich ganz und gar der kapitalistischen »Rationalität«. Indem er sie traf, vermied Mao es jedoch, eine Seite der Gesellschaft gegen die andere auszuspielen (Industrie gegen Landwirtschaft statt Klasse gegen Klasse), und er sorgte dafür, daß beide Seiten im Besitz eines Teils der realen Macht geblieben sind, sowohl das »Dorf« wie auch der »Betrieb«. Diese Lösung zielte von Anfang an auf eine künftige Selbstverwaltung ab und schuf ein Gegengewicht zur zentralisierten Staatsgewalt. (Die Entwicklung auf dem Lande ist in dieser Richtung – in Gestalt der Volkskommunen – weiter fortgeschritten als in der Stadt.) Die Kulturrevolution war nur ein weiterer Schritt auf diesem Wege. Sie hat dabei alle jene Ideologen, darunter auch die eigenen, widerlegt, die behauptet haben, es ginge, in der UdSSR oder in China, nur darum, »die alten Ideen« zu bekämpfen. Es ging um weit mehr: darum, eine neue Rationalität der ökonomischen Basis zu begründen, den »kapitalistischen Weg«, will sagen, die kapitalistische Produktionsweise selber abzuschaffen, die die Revolution überlebt und die sich ständig von neuem reproduziert, damit aber auch die Überbauformen des *bürgerlichen Staates*. Solange sie herrscht, bleibt die proletarische Diktatur prinzipiell, fortwährend und aus strukturellen Gründen gefährdet.
Die *politischen* Schwierigkeiten, Deformationen und Rückständigkeiten der sozialistischen Länder erweisen sich unter diesen Gesichtspunkten als

notwendige Folgeerscheinungen aus der Tatsache, daß ihre ökonomische Basis nach wie vor nicht sozialistisch strukturiert ist. Das ist der tiefere Grund, aus dem sie immer noch unfähig sind, die Ideale der Freiheit und der Gleichheit zu verwirklichen, um die es ursprünglich gegangen war, der Grund dafür, daß die Unterdrückung der Arbeiterklasse fortbesteht, und daß die Apparate der Staatsmacht nach wie vor ein Eigenleben führen: dies alles rührt nicht von einer Ungleichzeitigkeit zwischen Basis und Überbau her, sondern im Gegenteil daher, daß beide miteinander übereinstimmen. Die sozialistische Gesellschaft ist eine Übergangsgesellschaft geblieben, aber in einem ganz präzisen Sinn des Wortes: eine Gesellschaftsform, in der die kapitalistische Produktionsweise, vermischt mit neuen Elementen, fortbesteht und einen entscheidenden Druck auf die politische Sphäre, die Beziehungen zwischen den Menschen und das Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten ausübt. Diese Momente einer vergangenen (und zugleich gegenwärtigen) Produktionsweise verweisen ihrerseits auf den Stand der Produktivkräfte. Die *politische* Revolution hat die *soziale*, die nur als ein ununterbrochener Prozeß gedacht werden kann, allenfalls in Gang gebracht, ohne ihren Fortgang notwendigerweise zu garantieren. Das läßt sich nicht nur am Fall der UdSSR, sondern auch am Fall Cuba nachweisen, am deutlichsten jedoch am Fall China, wo das Dilemma an der Hochflut und der darauffolgenden Ebbe der Kulturrevolution abzulesen ist.

Von hier aus wäre endlich auch das Verhältnis zwischen der europäischen Linken und den sozialistischen Ländern neu zu bestimmen, und zwar in doppelter Hinsicht. Zum ersten muß die sterile Alternative von Illusionen und Desillusionen, Utopien und Ernüchterungen ersetzt werden durch ein genaues Studium und eine richtige Einschätzung der verschiedenen Transformationsprozesse. Es ist durchaus möglich, hierbei zu unterscheiden zwischen weiterführenden und »reaktionären« Momenten; den Stellenwert der einzelnen Widersprüche zu bestimmen; das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen einzuschätzen und damit auch anzugeben, wieweit einer sozialistischen Gesellschaft im Kontext des internationalen Klassenkampfs die Rolle eines Antagonisten zukommt oder nicht. Mit einem Wort, aus einem Verhältnis, das bisher ein quasi »religiöses« war (und dementsprechend zwischen Heilserwartung und Abschwörung gependelt hat), muß endlich ein laizistisches, ein »weltliches« Verhältnis werden.
Zum zweiten aber drückt das Verhältnis zu den sozialistischen Ländern immer auch eine Auffassung von der sozialistischen Revolution aus; damit wird es zu einem unmittelbaren Bezugspunkt für den eigenen Kampf, den Kampf, der hier und jetzt im westlichen Europa zu führen ist. Insofern weisen unsere Schwierigkeiten mit den sozialistischen Ländern auf

eine eigentümliche ideologische Deformation der europäischen Linken hin: darauf nämlich, daß der Entwicklungsglaube der Zweiten Internationale in uns selber so tiefe Wurzeln geschlagen hat, daß es uns schwer fällt, uns *ein anderes* Modell der ökonomischen Entwicklung, ein anderes Modell der Produktivkräfte, ein anderes Gesellschaftsmodell als das kapitalistische, in dem wir leben, überhaupt konkret vorzustellen. Diese unsere eigene Schwierigkeit projizieren wir dann auf die sozialistischen Länder. Wir erwarten von ihnen einerseits, daß sie vom kapitalistischen Modell das übernehmen, woran wir selber hängen, und andererseits, daß sie dieses Entwicklungsmodell mit einem neuartigen System der politischen und gesellschaftlichen Beziehungen verbinden. Hier liegt der Hund begraben, in dieser extremen Zweideutigkeit des westlichen Marxismus. Hierin liegt sein eigentlich revisionistischer Charakterzug, und er wird von allen, den Aktivisten wie den Sympathisanten, gleichermaßen geteilt. Vielleicht ist dies die politische und theoretische Schwäche, die bis heute jede Revolution im Westen blockiert hat. Die scheinbar unzertrennliche Nabelschnur, die uns alle mit der kapitalistischen Gebärmutter unserer Gesellschaften verbindet, und an der bislang auch noch unsere eigene Auffassung von der sozialistischen Revolution gehangen ist – diese Nabelschnur hat bisher nur einmal einen Einriß erlitten: in den Jahren 1967-1969. In erster Linie durch die chinesische Kulturrevolution, die damals ihren Höhepunkt erreichte; in zweiter Linie durch die studentische »Kontestation« in Europa und durch einige Kampfaktionen des italienischen Proletariats gegen die kapitalistische Organisation der Arbeit. All diesen Kämpfen war eines gemeinsam; sie ahnten, im Feuer der Auseinandersetzung und in der Klarheit eines radikalen Antagonismus, die Notwendigkeit einer Umwälzung nicht nur der Welt, sondern einer Umwälzung der Umwälzenden, einer totalen revolutionären Veränderung, wie Marx sie in der *Deutschen Ideologie* ins Auge gefaßt hat. Aus einer solchen Revolution heraus werden wir nichts retten und nichts behalten, außer einer Freiheit und Gleichheit, die endlich materielle Wurzeln schlagen und ihre gesicherte Basis finden – in einer historisch neuen Art und Weise der gesellschaftlichen Produktion unseres Lebens.

Aus dem Italienischen von Andreas Thalmayr unter Mitarbeit von Klaus und Vittoria Stiller

Goethe Institut e.V. Bibliothek

1 Dieser Briefwechsel ist fast vierzig Jahre später veröffentlicht worden in *Rinascita*, Mai 1964.

2 Lefebvre hat ihn in seinem Buch *L'existentialisme* wie folgt charakterisiert: »Einzelgängerisch, luzide, verzweifelt und unendlich gleichgültig, hatte Paul Nizan nur wenige Freunde. Wir haben uns damals gefragt, was sein Geheimnis, seine Besessenheit, seine Qual ausgemacht haben könnte. Heute wissen wir es: alle seine Bücher kreisen um den Gedanken des Verrats.« – Aragon gibt in seinem Roman *Les communistes* ein Bild von Nizan in der Person des Patrice Offilat, des gekauften Verräters; selbstverständlich werden ihm Sympathien für die Trotzkisten nachgesagt, die der positive Held (Politzer) einfach als »Bullen« bezeichnet.

3 *Paul Nizan, intellectuel communiste*. Hg. von J. J. Brochier. Paris 1970. Band II, S. 110. Die beiden Taschenbücher enthalten zahlreiche bisher unveröffentlichte Texte.

4 Am 30. September 1939, wenige Tage vor seinem Austritt aus der Partei, schreibt Nizan an seine Frau: »Ich habe den vollständigen Text des Moskauer Paktes gelesen. Ich glaube, das Spiel des Josip Visarianović zu durchschauen: es ist, gelinde gesagt, ein doppeltes Spiel.« Und am 22. Oktober: »Ich habe meine Entscheidung nicht getroffen, weil ich wegen des Paktes mit Berlin ›schlecht‹ von der UdSSR dächte. Im Gegenteil warf ich der KPF ihren Mangel an politischem Zynismus vor, an der Fähigkeit, das Minimum von Verlogenheit zu zeigen, das notwendig wäre, um aus einer so gefährlichen diplomatischen Operation Nutzen zu ziehen.« Die KPF hätte also seiner Ansicht nach der UdSSR insgeheim recht geben, sich aber öffentlich von ihr distanzieren sollen, um nicht für die politischen Kosten der Entscheidung aufkommen zu müssen, zu der Stalin sich gezwungen sah. Stattdessen habe sie »Treue mit blinder Unterordnung unter die Hierarchie« verwechselt und die Russen »buchstabengetreu nachgeahmt und eben damit den Geist verraten, aus dem heraus sie gehandelt haben«. Der Überfall auf Polen jedoch erschien ihm als etwas völlig Unerträgliches (»Stalins Politik kotzt mich an«). In der Zeit zwischen dem Oktober 1939 und dem Mai 1940 spitzt der Widerspruch sich derart zu, daß keine taktische Überlegung mehr über ihn hinwegtäuschen kann. Die Briefzitate a.a.O. S. 109, 114, 127.

5 Auch die KP Frankreichs hat ihm übrigens nie den Hof gemacht. In seinem Aufsatz *Materialisme et révolution* (*Temps Modernes*, Juni/Juli 1946) erzählt Sartre, daß Jean Kanapa ihn einmal zu einem Treffen mit Garaudy und Mougin eingeladen hat, das im Hause von René Maublanc stattfinden sollte. Sartre, der damals auf Kontakte mit den Kommunisten Wert legte, nahm die Einladung ohne weiteres an. Umso verblüffter war er, als Garaudy ihn mit einer wütenden Schimpfkanonade empfing. Auch im weiteren Verlauf der Diskussion stand niemals zur Debatte, was der junge Kanapa vielleicht erhofft hatte – die Gewinnung Sartres für die Partei. Dazu ist es auch später nie gekommen, obwohl Sartre sich stets und mit voller Absicht als »Weggefährte« der KP bezeichnet und die Partei, bis 1968, nur in seltenen Fällen angegriffen hat.

6 Vgl. *Les Temps Modernes*, 1952; vom April 1953 an publizierte die Zeitschrift die Polemik mit Claude Lefort, die in Sartres Aufsatz ihren Ausgangspunkt hat.

7 Sartre behauptet also zweierlei: erstens, die Weltrevolution sei unvermeidlich und werde kommen, auch wenn die Sowjetunion untergehen sollte; zweitens, es sei unter allen Umständen notwendig, die Sowjetunion zu verteidigen. Er versucht, diese beiden Thesen wie folgt zu verbinden: »Rußland ist nicht der einzige Weg,

auf dem das Endresultat erreicht werden kann. Die Sowjetunion ist aus den Antagonismen des Ersten Weltkrieges entstanden; sie kann auch wieder untergehen; doch die Antagonismen werden sie überleben und die kapitalistischen Länder werden schließlich zusammenbrechen. In diesem Sinn ist die Rettung der Sowjetunion nicht die notwendige Bedingung der Weltrevolution. Doch hat diese Überlegung keinerlei historischen Wert. Historisch gesehen ist die UdSSR die einzige Möglichkeit für das Proletariat, sein Vorbild und die Schwertspitze der Revolution.« *Les communistes et la paix I, Les Temps Modernes,* Juli 1952.

8 Merleau-Ponty skizziert das Dilemma wie folgt: »Sartres Studie ist in erster Linie eine Tatbestandaufnahme. Es ist richtig, daß heute der aktivste Teil der Arbeiterklasse der KP und CGT anhängt. Es ist daher ebenfalls richtig, daß jeder Rückschlag, der die KP trifft, auch den Einfluß der Arbeiterklasse im politischen Kampf schmälert und daß diejenigen, die das Scheitern eines von der KP angesetzten Streiks als einen Sieg der Arbeiterklasse feiern, die bestehende überwiegend kommunistische Arbeiterklasse im Stich lassen. Der linke Antikommunismus zieht sich aus der Affäre, indem er die Mattigkeit der Arbeiterklasse als Weitsicht, ihren Abscheu als revolutionären Geist bezeichnet. Er schreitet gemeinsam mit einem nur in seiner Phantasie existierenden Proletariat einer endlich von kommunistischer Bevormundung befreiten Revolution entgegen und schmückt eine Politik mit dem Namen proletarische Politik, die gleichzeitig mit der Regierung des Herrn Pinay Höhepunkte oder Tiefpunkte durchläuft. [...] Wenn Sie bereit sind, die Kommunistische Partei als Feind Nummer eins zu behandeln und danach Ihre ganze Politik auszurichten, dann ist der Feind Nummer zwei, der Kapitalismus, in gewissem Sinn ein Verbündeter; denn wenn Sie sich *in erster Linie* damit befassen, die Kommunistische Partei zu schwächen, wird Ihnen Zeit und Lust fehlen, auch deren Gegner zu schwächen. [...] All das ist richtig und mußte gesagt werden.« *Sartre und der Ultrabolschewismus,* in: *Die Abenteuer der Dialektik,* Frankfurt am Main 1968, S. 122 f. Dort auch die weitere Argumentation, die wir im Text resumiert haben.

9 *Réponse à Albert Camus,* in: *Temps Modernes,* August 1952.

10 Vgl. Sartres Einleitung zu Michèle Manceaux Buch *Les Maos en France.* Paris 1972.

11 »Ich beschränke mich hier auf die psychologische Seite der Sache und lasse die soziale Grundlage beiseite, das heißt die Veränderung der Anatomie der revolutionären Gesellschaft. Letzten Endes entscheiden natürlich diese Veränderungen. Unmittelbar stößt man jedoch auf ihre psychologische Widerspiegelung.« Das ganze Buch hindurch kehrt Trockij jedoch zur Frage der »sozialen Grundlage« mit keinem Wort zurück.
Lev Davidovič Trockij, *Mein Leben.* Frankfurt 1961. S. 460 f., 463.

12 Vgl. die Debatte über Roj Medvedevs Buch *Le stalinisme, origines, histoire, conséquences.* Paris 1972, in *Le Monde* vom 3. November 1972. Dort schreibt Jean Elleinstein im Namen der KPF: »Das alles hängt mit der Tatsache zusammen, daß die sowjetische Ökonomie und auch die sowjetische Gesellschaft sozialistisch waren, während gleichzeitig der Überbau, soweit er mit der Regierung der Menschen und der Lenkung der Sachverhalte zu tun hat, historisch außerordentlich zurückgeblieben war.« Es fällt auf, daß alle, die sich zur Stalinfrage geäußert haben, offenbar darüber einig sind, daß es sich dabei um eine reine Überbauerscheinung handelt. Die einen rechtfertigen Stalin, wie die Parteikommunisten, unter Hinweis auf die kulturelle Zurückgebliebenheit der russischen Gesellschaft, oder wie Isaac Deutscher, der kein Kommunist ist, indem sie die Zentralisierung der Entscheidungsgewalt und damit auch die »Auswüchse« für unvermeidlich erklären; die anderen verurteilen Stalin, wie die orthodoxen Trotzkisten oder Medvedev selbst, indem sie ihm

vorwerfen, daß sich die russische Gesellschaft ohne seine Übergriffe rascher und unter weniger blutigen Opfern weiterentwickelt hätte. Wir bestreiten, wie gesagt, die Voraussetzung, die beide Seiten machen: daß es sich hier um eine Frage des Überbaus handeln soll.

13 *MEW* 13, S. 8.

14 Dagegen haben sich Paul Sweezy und Charles Bettelheim dieser Frage unter verschiedenen Gesichtspunkten ausdrücklich zugewandt. Vgl. ihre jüngste Diskussion, die bei Maspéro gedruckt worden ist, und des weiteren die Analysen des Centre d'Études et de Planification socialiste unter Bettelheims Leitung.

15 Evgenij Preobraženskij, Das *Grundgesetz der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation*, zuerst erschienen in *Vestnik kommunističeskij akademii* VIII, Moskau 1924. Eine italienische Ausgabe, welche die grundlegenden Texte der damaligen Kontroverse zusammenfaßt, hat Lisa Loa herausgegeben: *L'accumulazione socialista* (Aufsätze von Bucharin und Preobraženskij). Eine veränderte Fassung des zitierten Artikels ist in Preobraženskijs *Neue Ökonomik* eingegangen (*Novaja Ekonomika*, Moskau 1926; frz. *La nouvelle économique*, Paris 1966; eng. *New Economics*, Oxford 1965; dt. Ausgabe in Vorbereitung.)

Büchner-Preisträger Elias Canetti im Hanser Verlag

Soeben erschienen:

Die gespaltene Zukunft
Hitler nach Speer/Konfuzius in seinen Gesprächen/Tolstoi, der letzte Ahne/Dr. Hachiyas Tagebuch aus Hiroshima/Gespräche mit Theodor W. Adorno, Horst Bienek, Joachim Schickel. Aufsätze und Gespräche. Reihe Hanser Band 111. 1972. 148 Seiten. Broschur 7.80 DM.

Macht und Überleben
Drei Essays. LCB-Editionen. Band 29. 56 Seiten. Broschur 4.– DM.

Früher erschienen:

Die Stimmen von Marrakesch
Aufzeichnungen nach einer Reise. Reihe Hanser Band 1. 5. Auflage 1972. 108 Seiten. Broschur 5.80 DM.

Der andere Prozeß
Kafkas Briefe an Felice. Reihe Hanser Band 23. 3. Auflage 1970. 132 Seiten. Broschur 5.80 DM.

Die Blendung
Roman. 2. Auflage 1963. 515 Seiten. Leinen 27.– DM.

Alle vergeudete Verehrung
Aufzeichnungen 1949–1960. Reihe Hanser Band 50. 1970. 144 Seiten. Broschur 7.80 DM.

Aufzeichnungen 1942–1948
1965. 204 Seiten. Leinen 13.80 DM.

Dramen
1964. 252 Seiten. Leinen 24.– DM.

Komödie der Eitelkeit
116 Seiten. Broschur 9.80 DM.

Die Befristeten
72 Seiten. Broschur 7.80 DM.

„Spätestens seit dieser Büchner-Preisverleihung sollte die Öffentlichkeit wissen, daß die Schriften von Elias Canetti bei uns unentbehrlich sind." *(Süddeutsche Zeitung)*

Rotbücher

Sozialistisches Jahrbuch 4

Gegen die **Psychiatrie.** – Kuba: **Heberto Padilla,** ein Fall. – Jacques Valier, **Kuba 1968-71.** – Fred Halliday, Der Aufstand in **Ceylon.** – Interview mit **Bernadette Devlin.** – **Klaus Hartung,** der Prozeß gegen Dieter Kunzelmann. – **Regis Debray,** Was wir von den Tupamaros lernen können.
Herausg. von **Wolfgang Dreßen.**
ROTBUCH 41. 192 Seiten. DM 6.50

Ch. Bettelheim, M.-A. Macciocchi u. a.

China 1972

Ökonomie, Betrieb und Erziehung seit der Kulturrevolution
Anhand von Dokumenten, Interviews und Protokollen aus dem heutigen China wird das Funktionieren der chinesischen Massendemokratie, der Alltag in Betrieb und Schule dargestellt.
ROTBUCH 42. 160 Seiten. DM 6.50

M. Foucault, A. Geismar, A. Glucksmann u. a.

Neuer Faschismus, Neue Demokratie

Über die Legalität des Faschismus im Rechtsstaat
Der alte und der neue Faschismus. – Gaullismus und Revisionismus. – Über Volksjustiz. Eine Diskussion.
ROTBUCH 43. 160 Seiten. DM 6.50

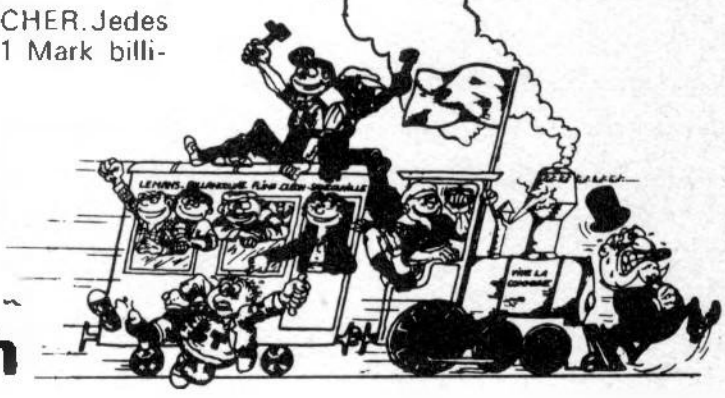
Arno Münster

Chile – friedlicher Weg?

Historischer Bericht und politische Analyse
Der Bericht liefert historische und gegenwärtige Materialien gegen zu schnelle Antworten auf die Frage, ob die Revolution in Chile friedlich verwirklicht wird oder ob die bewaffnete Auseinandersetzung noch aussteht.
ROTBUCH 44. 160 Seiten. DM 6.50

Jährlich etwa 8 **neue** ROTBÜCHER. Jedes ROTBUCH im Abonnement 1 Mark billiger. Abonnieren Sie in Ihrer Buchhandlung oder direkt: Verlag Klaus Wagenbach, 1 Berlin 31, Jenaer Str. 9. Falls Sie unsere Bücher in einer Buchhandlung nicht erhalten, schreiben Sie uns, wir nennen Ihnen eine andere.

Wagenbach



Fünf Reiseberichte

Vorbemerkung

Wir zitieren Rossana Rossanda, weil ihr Beitrag zum Verständnis dieses Heftes unentbehrlich ist; er gibt einen theoretischen Rahmen für die folgenden fünf Berichte ab; er löst die Widersprüche, die in ihnen zutage treten, nicht auf, aber er ermöglicht es, ihren Ursprung und ihre Tragweite zu begreifen.

»Wir erwarten von den sozialistischen Ländern einerseits, daß sie vom kapitalistischen Modell das übernehmen, woran wir selber hängen, und andererseits, daß sie dieses Entwicklungsmodell mit einem neuartigen System der politischen und gesellschaftlichen Beziehungen verbinden. Hier liegt der Hund begraben.«

»Die Linke, auch die nicht-parteigebundene Linke, muß endlich von ihrer eigenen politischen Verwirrung, vom Bankerott ihrer Begriffe und Vorstellungen Notiz nehmen, nachdem sie jahrzehntelang versucht hat, auf die eine oder andere Art und Weise einer historisch-politischen Analyse der bisherigen sozialistischen Revolutionen aus dem Weg zu gehen.«

»Das Verhältnis zwischen der europäischen Linken und den sozialistischen Ländern muß endlich neu bestimmt werden, und zwar in doppelter Hinsicht. Zum ersten muß die sterile Alternative von Illusionen und Desillusionen, Utopien und Ernüchterungen ersetzt werden durch ein genaues Studium und eine richtige Einschätzung der verschiedenen Transformationsprozesse. Es ist durchaus möglich, hierbei zu unterscheiden zwischen weiterführenden und ›reaktionären‹ Momenten; den Stellenwert der einzelnen Widersprüche zu bestimmen; das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen einzuschätzen und damit auch anzugeben, wieweit einer sozialistischen Gesellschaft im Kontext des internationalen Klassenkampfs die Rolle eines Antagonisten zukommt oder nicht. Mit einem Wort, aus einem Verhältnis, das bisher ein quasi ›religiöses‹ war (und dementsprechend zwischen Heilserwartung und Abschwörung gependelt hat), muß endlich ein laizistisches, ein ›weltliches‹ Verhältnis werden.«

Bernd Rabehl
Eine Reise in die DDR
Gespräche und Notizen

Zuerst entsteht der Eindruck, daß sich seit 12 Jahren nichts verändert hat. Die Schlaglöcher auf den Straßen, der geringe Verkehr, die neugierigen Blicke, die das Westauto treffen, und Menschentrauben vor den Fleischerläden lassen Vorurteile einrasten. Alles scheint beim Alten geblieben zu sein; aber dieser Gedanke wird sofort verjagt. Er wirkt peinlich. Mit solchen Meinungsbildern kann der Alltag in der ersten sozialistischen Gesellschaft auf deutschem Boden nicht erfaßt werden. Der Reisende erinnert sich an seine Absicht, nicht als bornierter Westbesucher aufzutreten und auch das abstrakte antirevisionistische Horoskop der westdeutschen Linksakademiker beiseite zu lassen.

Plötzlich wird alles vertrauter, je näher er dem märkischen Städtchen kommt. Mit dem Wiedererkennen einer alten Landschaft wird das Neue sichtbar. Dort neue Fabrikschornsteine, hier neue Häuser, neue Parolen, sogar Reklame gibt es, die Straßenbäume sind größer geworden. Wie werden die Diskussionen verlaufen?

Können Gespräche mit alten Freunden und Bekannten Einsicht in die augenblickliche Situation der DDR gewähren? Sofort stellt sich die unbehagliche Erwartung ein, Vertreter einer DDR-Bourgeoisie anzutreffen, die sich einen Dreck um den sozialistischen Aufbau ihrer Gesellschaft scheren und nur bereit sind, Privilegien zu suchen und zu genießen. Sie würden einem ehemaligen Deserteur vor dem Sozialismus der DDR nur voller Mißtrauen begegnen, das in Verachtung umschlüge, sobald die Ärzte, Lehrer, Ökonomen und Ingenieure gewahr würden, daß dieser ehemalige Kumpan sich ausgerechnet im Westen zum Sozialismus bekannt hat.

Es wird kein Zufall sein, daß die DDR in der westdeutschen sozialistischen Oppositionsbewegung der Intelligenz nur eine geringe Bedeutung gewonnen hat. Die Sozialisten an den Universitäten und Schulen holten sich das Material für ihre Utopien aus Cuba oder China, wenn sie nicht überhaupt in ganz abstrakten Bildern einer repressionslosen Gesellschaft schwelgten. Die DDR wurde verdrängt. Man reagierte höchst unwillig, riefen die Spießer den Demonstranten zu, doch nach »drüben« zu gehen, wenn man im Westen unzufrieden sei. Umständlich fiel die Antwort aus, die vom »Einerseits« zum »Andererseits« schwankte, um schließlich auszusprechen, daß man einen ähnlichen Widerwillen gegen die DDR habe, und daß man alles anders machen werde – vielleicht so wie die Kommuni-

sten in Lateinamerika oder in Asien. Und so schwebten die Gesichter von Che, Ho Chi Minh, Mao oder Stalin durch die Straßen, die einen vollständig anderen, einen »unsowjetischen«, »uneuropäischen«, einen unwirklichen Sozialismus, eben eine abstrakte Utopie für die sozialistische Bewegung Deutschlands verkündeten. In dieser Hinsicht ist der kommunistischen Kritik zuzustimmen, daß die alte antikommunistische, bürgerliche Ideologie bei den Rebellen in modifizierten Formen ihre Auferstehung feierte.

Die Befürchtungen des Besuchers erfüllen sich nicht. Die Bourgeoisie, die in den »antirevisionistischen« Prognosen auftaucht, läßt sich nicht dingfest machen. In der Konkretion treten ökonomische und politische Vermittlungen hervor, die in den abstrakten Kennzeichnungen einer Gesellschaft unterschlagen worden sind. Der Besucher trifft eine Intelligenz an, die in diesem märkischen Städtchen weitgehend die Leitung der sozialistischen Wirtschaft repräsentiert. Die Generation der Dreißigjährigen hat die Verantwortung für den sozialistischen Aufbau übernommen. Als Ingenieure, technische und ökonomische Direktoren, als Lehrer und Offiziere sitzen sie an den wichtigen Schaltstellen dieser Gesellschaft. Die Gespräche drehen sich um die sozialistischen Errungenschaften. Die Kernfrage bestimmt alle Dispute: entwickelt sich die DDR hin zum Sozialismus oder ist dieser Sozialismus nur Ausdruck einer bestimmten Form bürokratischer Politik, die den Weg ebnet für die kapitalistische Restauration?

Zwei Gespräche über dieses Thema werden hier aufgezeichnet. Sie geben Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung der DDR wieder. Die Personen, die hier Stellung beziehen, kennzeichnen zugleich den Fragenden, der gezwungen wird, sein Verhältnis zur DDR zu verdeutlichen. Diese Gesprächsaufzeichnungen sind keine Dispositionen für eine DDR-Analyse, sondern ein politischer Kommentar zum konkreten Anlaß einer »neuen« Politik in Ost und West.

Das Gespräch mit dem Parteisekretär

Da ist zuerst der Berufsschullehrer und Parteisekretär eines Kombinats. Er hat nach der Grundschule einen Beruf erlernt. Danach qualifizierte er sich auf einer Fachhochschule als Ingenieur und bildete sich weiter als Berufsschullehrer aus. Mit diesem Wissen kehrte er in seinen alten Betrieb zurück, in dem er neben seinen beruflichen Funktionen als Parteisekretär tätig ist.

Inwieweit ist die Arbeiterklasse an der Kontrolle der Produktion beteiligt und in welcher Form entwickelt sich die sozialistische Demokratie? Diese Frage bestimmt die Diskussion. Die Antwort fällt offiziell aus: Da gibt es

eine Vielfalt von Verfügungen und Gesetzen, die die Mitwirkung der Gewerkschaft in der Produktionssphäre festlegen. Produktionskomitees in den Großbetrieben oder gesellschaftliche Räte in den Großkombinaten werden bei Produktionsbesprechungen hinzugezogen. Diese Komitees und Räte werden von den Gewerkschaftsvertretern der Betriebe ausgewählt. Sie ergänzen die Funktionen der Betriebsgewerkschaftsleitungen, die sich speziell um die Interessen der Arbeiter im Betrieb kümmern, außerdem aber die Aufgabe übernommen haben, den Arbeitern die Planziele zu erklären und sie für die sozialistischen Wettbewerbe und die Planerfüllung zu mobilisieren. Die Initiativen der Neuerer und Bestarbeiter, die Wettbewerbe der sozialistischen Brigaden, die Produktionskonferenzen, die die Betriebsleitung mit den Komitees oder Räten veranstaltet, alle diese Beispiele zeugen davon, daß die Arbeiter einen großen Einfluß auf die Wirtschaft haben. Die Arbeiterklasse ist das Subjekt in dieser Übergangsgesellschaft.

Der Besucher aus dem Westen winkt ab. Er will nicht abstreiten, daß in diesen Formen der Mobilisierung der Arbeiter Elemente einer sozialistischen Gesellschaft enthalten sind. Aber es geht um mehr. Mit der Verstaatlichung der Großindustrie, mit der Enteignung der Großgrundbesitzer, mit der Kollektivierung der Landwirtschaft und mit der Errichtung der staatlichen Planwirtschaft wurden die Grundlagen einer sozialistischen Gesellschaft gelegt. Trotzdem besteht ein Widerspruch zwischen Verstaatlichung und Vergesellschaftung der Produktion. In einer verstaatlichten Wirtschaft werden die Methoden der kapitalistischen Mehrwertproduktion beibehalten. Betriebsdespotie, Stücklohnsysteme – kurz, verstärkte Ausbeutung: das kennzeichnet auch diese Wirtschaftsordnung. Vergesellschaftung der Produktion dagegen bedeutet, daß die Arbeiter die Formen der relativen Mehrwertproduktion ersetzen durch Formen der sozialen Emanzipation in der Produktionssphäre. Demokratischer Zentralismus in der Wirtschaft kann nur heißen, daß die Selbstverwaltung der Arbeiter in den einzelnen Betrieben sich ausrichtet auf die Erfordernisse einer zentralen gesellschaftlichen Planung der Produktion und Distribution. Selbstverwaltung oder Arbeiterkontrolle, das würde bedeuten, daß die Belegschaften der einzelnen Betriebe in Kooperation zugleich die grundlegenden Entscheidungen treffen. Der Zentralismus in der Wirtschaft muß aus den Betrieben selbst kommen. Gerade in einer Übergangsgesellschaft müssen sich diese Formen der sozialen Emanzipation entwickeln, um Ziel und Tendenz der gesellschaftlichen Transformation festzulegen.

Die Klassenkämpfe im Westen zeigen, daß die Arbeiter in ihren Kämpfen Elemente der Vergesellschaftung der Produktion, die in der kapitalistischen Form gefesselt liegen, in Freiheit setzen wollen. Streiks, Betriebsbesetzungen und die Forderung nach Mitbestimmung sind mehr als

nur ökonomische Forderungen nach Lohnerhöhungen. Die Arbeiter wehren sich gegen die Antreiberei und die raffinierten Methoden der Arbeitsplatzbewertung und des Stücklohnsystems. Erfolge in diesem Kampf können nur errungen werden, wenn die Arbeiter Einblick haben in die Operationen des kapitalistischen Managements. Profitkontrolle, Kontrolle der Abschreibungen, der Umverteilungen oder Dividenden sind im Kapitalismus unmöglich. Die soziale Revolution ist die einzige Alternative.
Will das sozialistische System der revolutionären Arbeiterbewegung des Westens den Spiegel seiner eigenen Entwicklung vorhalten, dann müssen zumindest in Ansätzen Formen der Arbeiterkontrolle in der sozialistischen Wirtschaft verwirklicht werden. Die Funktionen der bestehenden Komitees und Räte oder der Gewerkschaften in der DDR beschränken sich aber offensichtlich auf eine bloße Mitwirkung der Arbeiter an den Produktionsaufgaben. Die Entscheidungen werden im Staatsapparat im Z.K. der SED, in den staatlichen Planbehörden, im Management der einzelnen Betriebe getroffen. Die Organe der Arbeiter können lediglich aufgestellte Planziffern korrigieren und verbessern. Sie wachen darüber, daß die Prämienfonds des Managements nicht zu hoch ausfallen, daß die Arbeits- und Lohninteressen der Arbeiterkollegen im Betrieb gewahrt bleiben, daß der Bürokratismus bekämpft wird. Aber diese Form der Mitwirkung der Arbeiter kann nicht als Arbeiterkontrolle bezeichnet werden. Die Arbeiter bleiben weitgehend ausgeschlossen von der Leitung der einzelnen Betriebe und der Gesamtwirtschaft. Wenn die Gewerkschaft in der DDR sich in erster Linie darauf konzentriert, für die Erfüllung der Pläne Sorge zu tragen, und die Arbeiter zur Steigerung der Produktion aufruft, dann kann es leicht geschehen, daß sich die Arbeiter gerade dadurch ihrem sozialistischen Betrieb und der sozialistischen Arbeit entfremden. Denn diese Mobilisierung ist einseitig und läßt die wichtigste Vermittlung der Arbeiter zur Produktion außer Acht, die Kontrolle des Produktionsprozesses.
Die propagandistische Abstraktion, daß in der DDR alle Maßnahmen im Produktionsbereich dem Sozialismus dienen, wird zu einer billigen Rechtfertigung der jeweiligen Tagespolitik. Daran ändert auch die Behauptung nichts, daß die Arbeiterklasse die Macht im Staat hat und die Partei der Arbeiterklasse, die SED, die Richtlinien der Politik festlegt. Alle Methoden und Formen der Mehrwertproduktion auf der Basis der Verstaatlichung der Wirtschaft zersetzen sozialistische Produktionsstrukturen und damit das sozialistische Bewußtsein der Produzenten, wenn nicht die Arbeits- und Lebensformen die Vergesellschaftung der Produktion von den Fesseln kapitalistischer Produktionsmethoden lösen.
Der Parteisekretär reagiert unwillig. Die Abstraktionen bereiten ihm Mühe. Sie scheinen eher zu Mystifikationen zu führen, statt Klarheit zu ge-

ben. Er vermutet anarchistische oder maoistische Abweichungen. Er erinnert an die Illusionen des Genossen Ulbricht, der mit seiner These von der »sozialistischen Menschengemeinschaft« in der DDR von den konkreten Problemen einer Klassengesellschaft im Übergang ablenkte. Es ist unbestreitbar, daß in der DDR unzählige Relikte einer Klassengesellschaft vorhanden sind. Auch die Warenproduktion besteht in der DDR weiter. Sie erklärt die spezifischen Formen der Produktion. Mit der Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, mit der Enteignung der Großbetriebe, Banken und Großfarmen ist die wichtigste Grundlage für die sozialistische Transformation der Gesellschaft durch den proletarischen Staat geschaffen. Die genauen Kostenberechnungen der Arbeitskräfte, der Rohstoffe, der Abschreibungen für Maschinen, Gebäude, Transport etc. und die Festlegung der Gewinne implizieren die Methoden der Produktion von relativem Mehrwert. Welche anderen Methoden kann es geben? Auch nach Marx ist die Ökonomie des Sozialismus die Ökonomie der Zeit, die die Berechnung der Arbeitsleistungen pro Arbeitskraft und Zeiteinheit einschließt. Sie verlangt schließlich genauso eine Kostenkalkulation im betrieblichen und gesamtgesellschaftlichen Maßstab. Ausschlaggebend ist jedoch, daß alle diese Produktionsmethoden das gesellschaftliche Gesamtprodukt erhöhen. Von diesem Resultat der Produktion, von dem so geschaffenen gesellschaftlichen Reichtum her müssen die Warenform und die Formen der Produktion im Sozialismus beurteilt werden. Man kann von einer sozialistischen Warenwirtschaft sprechen, weil die Planaufgaben, der sozialistische Staat, die volkseigenen Betriebe, die Produktionsgenossenschaften des Handwerks und der Landwirtschaft die sozialistische Entwicklung der Gesellschaft garantieren. Diese ist noch längst nicht abgeschlossen. Gerade die Einstellung der DDR-Wirtschaft auf die Koordination und Kooperation im Rahmen des R.G.W.-Vertrags mit der Sowjetunion und den Volksdemokratien leiten eine neue Stufe der Entwicklung ein. Die Konzentration und Zentralisation der sozialistischen Wirtschaft im internationalen Maßstab schaffen erst die Grundlage für die Ausnutzung der »technischen Revolution«. Alle diese Umstellungen im Zusammenhang der Zentralisation gehen aus von einer rapiden Steigerung der Arbeitsproduktivität. Solche Produktionssteigerungen können nicht ausschließlich mit den Methoden des materiellen Anreizes und des Leistungslohnes erreicht werden. Die politischen Kampagnen werden somit ausschlaggebend. Die Produktionsberatungen zwischen Arbeitern und Betriebsleitung, die Wettbewerbe zwischen den sozialistischen Brigaden, die Patenschaften zwischen Arbeitern und Genossenschaftsbauern, der Erfahrungsaustausch zwischen Arbeitern und Betrieben verschiedener sozialistischer Staaten, die Qualifikationen der Arbeiter, die Selbstverpflichtungen – all das sind Formen, die ein kollektives Bewußtsein bei

den Arbeitern und Angestellten entstehen lassen. So ändern sich auch die Lebensformen. Im Kindergarten, in der Familie, in den Schulen, im Betrieb, in den Verwaltungen der Behörden – überall wirkt kontinuierlich ein gesellschaftlicher Erziehungsprozeß.

Der Besucher aus dem Westen ist geneigt, einen Disput über die Form-Inhalt-Bestimmung gesellschaftlicher Prozesse vom Zaun zu brechen. Historisch existieren Widersprüche zwischen Form und Inhalt, zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften auch im Sozialismus. Die Geschichte der Sowjetunion und auch der DDR beweist das. Der Kriegskommunismus, die Neue Ökonomische Politik, die Kollektivierung, die Fünfjahrespläne, die Kriegswirtschaft, das Neue Ökonomische System nach 1956, alle diese Erscheinungen in der Sowjetunion signalisieren gesellschaftliche Widersprüche auf dieser Ebene. Form und Inhalt streben immer zur Identität, zur Revolution oder zur Konterrevolution, zur Entwicklung sozialistischer Formen der Emanzipation der Arbeiterklasse oder zur bürokratischen Restauration des Kapitalismus. Zwischengesellschaften können sich historisch eine Zeitlang am Leben erhalten, sie sind aber dem Untergang geweiht, sofern sie es nicht vermögen, eine neue, die sozialistische Stufe der Produktion zu erreichen.

Aber in solcher Abstraktion mit Hilfe historischer Analogien ist der konkrete Sozialismus der DDR nicht zu diskutieren.

Der Reisende erinnert sich an ein Lenin-Zitat, das besagt, die Wahrheit sei immer konkret. Er formuliert eine Anfrage, die sich mit dem materiellen Anreiz beschäftigt. Wird nicht durch das Lohn- und Prämiensystem in der DDR das Verhältnis von Produktionssphäre und Leitung der Produktion fetischisiert? Wird dadurch die Differenzierung zwischen Management, technischer Intelligenz und Arbeitern nicht immer weiter getrieben? Wird nicht durch den materiellen Anreiz der private Bereich, die Familie, die Konsumorientierung und damit die Entpolitisierung gefördert?

Jetzt braust der Parteisekretär auf: Die Konsumorientierung der Arbeiter der DDR drückt auf keinen Fall eine Entpolitisierung aus. Indem die Arbeiter manigfaltige Waren für den privaten Gebrauch erwerben, lesen sie keine Messe für den Kapitalismus. Die Arbeiter, Angestellten und Bauern, die in der Fabrik, im Büro oder auf den Feldern die modernsten Maschinen oder Computer bedienen, entwickeln auch reale Bedürfnisse nach den modernsten Konsumgütern. Augenblicklich ist es noch notwendig, jeden Einzelnen nach seinen Leistungen zu entlohnen. Aber der Produktionsprozeß und die politischen Kampagnen formen neue Fähigkeiten und gestalten die neuen Bedürfnisse. In diesem Verhältnis von Privatsphäre und kollektiver Arbeit muß die Konsumorientierung der Arbeiter gesehen werden. Es gibt keine abgeschlossene Privat- oder Konsumsphäre

in der DDR. Im Privatleben, in der Familie, übernehmen die Einzelnen Verantwortung füreinander und für die Kinder, entstehen und erhalten sich die persönlichen Bindungen – aber Arbeit, Erziehung, Bildung und Freizeit vermitteln diese Privatheit mit der sozialistischen Kollektivität im Betrieb, in den gesellschaftlichen Institutionen und im Wohngebiet.
Der Gast aus dem Westen möchte antworten, daß erst mit der Rücknahme der staatlichen Funktionen und der Leitung der Betriebe in die Kollektive einer sozialistischen Gesellschaft die Voraussetzung für solche Verhältnisse geschaffen wäre. Die Produzenten, die Arbeiter, müssen den Produktions- und Reproduktionsprozeß kontrollieren, ehe grundsätzliche Veränderungen auch in anderen Lebensbereichen eintreten können. Solange die Arbeiter »nur« mobilisiert werden, um den Plan zu erfüllen, solange sie also von wichtigen Entscheidungen über die Aufstellung der Plandaten, Investitionsvorhaben, Abschreibungen, der Ressourcen für Verteidigung, Erholung, Sport, Gesundheitspflege, Bildung ausgeschlossen bleiben, solange sie die »große Politik« von Partei und Gewerkschaften nur nachvollziehen können, so lange bleiben die Arbeiter von der Produktion selbst und von den Zielen dieser Produktion entfremdet, und diese Entfremdung wird sich auch in der absurden Dualität von Arbeits- und Lebenssphäre des Einzelnen reproduzieren. Ein kollektives Bewußtsein kann auf diese Weise schwer entstehen. Hier Produktionsleistungen, um ausreichend Geld zu verdienen, dort die Illusion, sich in die Individualität zurückziehen zu können, in der Freizeit durch »Konsum« Entschädigung zu finden für die Anstrengungen der Arbeit. Und genau genommen wird der Sozialismus in dieser parodistischen Verkürzung auf einen Mechanismus reduziert, den man die List der Vernunft nennen könnte: Der Einzelne ackert für sich und baut dabei – gleichsam ohne es zu merken – den Sozialismus auf.
Der Besucher verschweigt diese Gedanken lieber, weil er die konkreten Verhältnisse nicht kennt und befürchtet, sein Gegenüber zu beleidigen. Er denkt an die Wochenendhäuser der Intelligenz und der Angestellten, Monumente des Privatlebens, die an den Ufern der märkischen Seen den Kontrast von Naturschönheit und privater Absonderung bezeugen.
Erst im Gespräch über den »Sozialdemokratismus« beginnt sich der Knoten zu lösen. Honnecker, Charaktermaske einer neuen Politik, liefert das Stichwort. In einer Rede kurz vor der Leipziger Messe hatte er eindringlich hervorgehoben, daß der Abschluß der Verträge zwischen DDR und BRD den ideologischen Kampf zwischen Sozialismus und Imperialismus verstärkt entfacht. Der Sozialdemokratismus in seiner demagogischen Verbindung von westlicher Demokratie und Sozialismus werde versuchen, auf die Arbeiter der DDR einzuwirken.
In der Tat sind die Beweggründe der SPD leicht zu erkennen. Die Kom-

munisten, einerseits durch jahrelanges Verbot, andererseits durch die Gleichsetzung mit dem Sozialismus in der DDR in ihrem Spielraum eingeschränkt, konnten in der Nachkriegsphase des westlichen Deutschland keine tragfähige Alternative aufstellen. Die Sozialdemokratie konnte ihren starken Einfluß auf die westdeutsche Arbeiterklasse behaupten, obgleich sie zur offenen Kollaboration mit dem Monopolkapital überging. Ihre Reformbereitschaft befähigte sie, neue Realitäten in Europa wahrzunehmen. So wurde sie zum Schrittmacher einer neuen Ostpolitik, die ohne Zweifel die Entspannung fördert, ohne ihr imperialistisches Wesen aufzugeben. Sie ersetzt die Politik der Konfrontation schrittweise durch die der zunehmenden Kooperation mit den sozialistischen Ländern und unterstützt zugleich eine wesentliche Variante der amerikanischen Globalstrategie: den Versuch, durch direkte und indirekte Einflußnahme auf die sozialistischen Gesellschaften die kapitalistische Restauration zu fördern.

Welche Motive haben nun aber umgekehrt die KPdSU und die SED für ihre Westpolitik? Die Beschlüsse des 24. Parteitages und des 8. Parteitages von KPdSU und SED zielen auf Entspannungspolitik, Erhaltung des Friedens, friedliche Handelspolitik und friedlichen Wettbewerb zwischen Ost und West. Die Gefahren einer solchen Politik werden durchaus erkannt. Die Vorteile scheinen jedoch zu überwiegen.

Solche Überlegungen liegen den Kursänderungen in der SED zugrunde. Die Abkehr von den Illusionen einer »sozialistischen Gemeinschaft«, die wachsende Einsicht, daß die DDR nach wie vor eine Klassengesellschaft ist, die stärkere Berücksichtigung der Arbeiterinteressen, der Aufnahmestopp für »Nicht-Arbeiter« bei der SED, die Einbeziehung jüngerer Parteikader in die politische Verantwortung, das bessere Konsumangebot für die Bevölkerung, die Hebung der Löhne, Renten und Sozialleistungen, die Senkung der Mieten – all das sind Anzeichen dafür, daß der Kampf gegen den »Sozialdemokratismus« aufgenommen worden ist.

Diese Kursänderungen bestätigen auch, daß die Widersprüche in der sozialistischen Produktion und in der Gesellschaft noch längst nicht überwunden sind. Der westliche Besucher fühlt sich in seiner bisherigen Argumentation bestätigt. Warum sollten sonst Teile der Arbeiterklasse in der DDR anfällig sein für die sozialdemokratische Propaganda? Die Ideologie des sozialdemokratischen Sozialismus wird ihnen vorgestellt als mehr Demokratie für die Arbeiter, als mehr Mitbestimmung im Betrieb, als mehr Einfluß auf die Gesellschaft; Sozialismus soll heißen, daß die staatliche Politik Produktion und Reproduktion regelt und höhere Konsumangebote garantiert. In Wirklichkeit meint die SPD, wenn sie von Demokratie spricht, den Einfluß bürgerlicher Ideologien auf die sozialistische Gesellschaft, meint die Anerkennung oder Zulassung sozialdemokratischer Parteien, meint die Etablierung eines »freien« Marktes und lang-

fristig die Einrichtung eines parlamentarischen Systems. Sie spricht von Sozialismus und meint Staatseingriffe zur Restauration der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.
Eine solche durchsichtige Propaganda fällt auf fruchtbaren Boden, wenn in der sozialistischen Gesellschaft die Formen der sozialistischen Demokratie nicht entwickelt sind, wenn die Arbeiterklasse von der Kontrolle der Produktion und damit von der Leitung der Gesellschaft ausgeschlossen bleibt.
Der Parteisekretär protestiert gegen solche Schlußfolgerungen. Aber er kann die Furcht vor dem »Sozialdemokratismus«, der in der SED herrscht, nicht materialisieren. Indirekt gibt er zu, daß der tschechoslowakische und der polnische »Schock« von 1968 und 1971 diese Befürchtungen noch verstärkt haben.
Aber die neue Taktik beschränkt sich nicht nur auf den ideologischen Kampf gegen den Sozialdemokratismus. Die stärkere Einbeziehung der Arbeiter in die Planbesprechungen hat andere politische Ursachen. Die Produktivitätserhöhungen, die in den Planzielen anvisiert werden, müssen zum großen Teil durch erhöhte Anstrengungen der Arbeiter erreicht werden. Die Ökonomisierung der vorhandenen Kapazitäten reicht nicht aus zur Erfüllung der Pläne. Die neuen technischen Anlagen, die Errungenschaften der »technischen Revolution« machen sich erst langfristig bemerkbar. Die Intensivierung der Arbeit muß auf die Bereitschaft der Arbeiter treffen, diese Produktionssteigerungen zu leisten.
Wenn die Löhne vorerst nicht mehr erhöht werden können, auch das Konsumangebot auf dem gleichen Niveau verharrt, dann bleibt nur noch die politische Motivierung der Arbeiter, für höhere Leistungen einzutreten. Und so lauten die jüngsten Anweisungen der Partei: Die Produktionsbesprechungen zwischen dem technischen und ökonomischen Management und den Brigaden müssen verstärkt werden. Die Produktionskomitees müssen stärker einbezogen werden in die Entscheidungen. Die Partei muß mehr denn je bemüht sein, die Planaufgaben und die Interessen der Arbeiterklasse miteinander zu verklammern.
Über dieses Thema gerät der Parteisekretär in Begeisterung. Unzählige Beispiele sind parat; sie klingen wie Erzählungen »aus einem chinesischen Dorf«.

Das Gespräch mit dem ökonomischen Direktor

Der Gesprächspartner ist ökonomischer Direktor einer Fabrik. Er hat die Mittelschule besucht, eine kaufmännische Lehre abgeschlossen und seinen Wehrdienst geleistet. Über eine Fachschulausbildung hat er dann die Kenntnisse erlangt, die ihn heute befähigen, seine Funktion auszuüben.

Mit Hilfe eines Computerzentrums ist er dabei, die Verwaltung seines Großbetriebes umzustellen und auch den Produktionsprozeß einer Neuorganisation zu unterwerfen. Er ist ein Spezialist, der sich mit seinem Beruf identifiziert. Er hat wachsende Schwierigkeiten mit den Arbeitern im Betrieb, mit den Gewerkschafts- und Parteivertretern.

Die verschiedensten Gründe halten ihn ab, sich der SED anzuschließen. Parteilos will er nicht bleiben, und um mehr politischen Rückhalt im Betrieb zu haben, will er sich das Konzept der »Nationalen Front« zunutze machen und der liberaldemokratischen Partei beitreten. Mitglieder bürgerlicher Parteien werden als Repräsentanten einer funktionierenden Bündnispolitik in der sozialistischen Demokratie unterstützt und gefördert.

Diese Haltung des Ökonomen ist listig. Er macht sich eine politische Struktur zunutze, die der Fassade einer parlamentarischen Demokratie nachgebildet ist. Parteien, Wahlen und eine Volkskammer, in der die Gesetze beraten und beschlossen werden, sollen die Idylle einer funktionierenden sozialistischen Demokratie an die Wand malen. Niemand wird bestreiten, daß die SED die entscheidende Partei in dieser Gesellschaft ist und daß sie es ist, die hinter dieser Fassade die bürgerlichen Kräfte zur Mitarbeit am Aufbau des Sozialismus aufruft. Und so bietet sich das seltsame Bild, daß Exponenten der bürgerlichen Klasse sich für die Abschaffung ihrer Klasse einsetzen. Kein Wunder also, daß die Existenz bürgerlicher Parteien, die den Sozialismus zu ihrem Programm erhoben haben, gefördert wird. Der Besucher fühlt sich bestätigt in dem Eindruck, daß auch diese Form der Volksdemokratie dazu beiträgt, die Arbeiterklasse von den politischen Entscheidungen fernzuhalten. Weder die sozialistische Demokratie kann auf diese Weise verwirklicht werden, noch kann die bürgerliche Demokratie sich durchsetzen. Der Widerspruch der ganzen DDR-Gesellschaft scheint auf den Begriff gebracht.

Der ökonomische Direktor versteht diese Auslegung nicht. In die SED tritt er deshalb nicht ein, weil die örtlichen Kader ihm mißfallen und weil er um seine persönliche Unabhängigkeit fürchtet; denn als Parteimitglied wäre er einer moralischen Kontrolle ausgesetzt. Es ist ein wenig artikuliertes Unbehagen, das ihn gegen die SED aufbringt. Sein Interesse besteht primär darin, die verwaltungstechnische Umorganisierung durchzusetzen, um Kosten einzusparen und die Produktivität zu heben. Er ist fest davon überzeugt, daß erst im Sozialismus die moderne Technik voll ausgenutzt werden kann. Die technischen Veränderungen werden zum Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus führen. Er versteht sich als ein Spezialist, der das Prinzip der Technik, der rationalen Verwaltung und der wirtschaftlichen Rechnungsführung gegen momentan irrationale Vorbehalte der Arbeiter und der Gewerkschaften vertritt. Er fühlt sich als DDR-Bürger und Sozialist.

Die Einwände gegen die mangelnde Entfaltung der Arbeiterkontrolle bleiben ihm unverständlich. Für ihn reduziert sich die sozialistische Gesellschaft auf eine bessere Anwendung der modernen Technik und auf bessere Arbeitsorganisation zur Hebung der Arbeitsproduktivität. Erst jenseits dieser Sphäre beginnt der politische Überbau der sozialistischen Gesellschaft. Seine Kritik richtet sich hauptsächlich gegen unfähige und sentimentale Funktionäre, gegen aufwendigen Bürokratismus und absurde Fehlplanungen. Die politische Unwissenheit und der Opportunismus vieler Karrieristen beweisen in seinen Augen, daß die sozialistische Demokratie noch lange nicht verwirklicht ist; doch sieht er die politische Struktur der Gesellschaft als Garantie für eine sozialistische Weiterentwicklung.

Über Abstraktionen

Es ist kein Zufall, daß die Stellungnahme von Arbeitern und Bauern der DDR zu ihrem Staat und ihrer sozialistischen Gesellschaft in diesem Bericht fehlen. Die beiden Gesprächsaufzeichnungen sind auch nicht Teil einer repräsentativen Umfrage. Ein westlicher Sozialist besucht zu Ostern alte Schulfreunde in der DDR, die inzwischen wichtige Funktionen in der Gesellschaft einnehmen. Er hat sich fast 12 Jahre lang kaum um die DDR-Realität gekümmert, und seine Vorstellungen vom Sozialismus werden nun konfrontiert mit den konkreten Ergebnissen sozialistischen Aufbaus. Aus der Vielfalt der Aufzeichnungen wählt er zwei Gespräche mit einer bestimmten Absicht aus. Die Wiedergabe der beiden Diskussionen verdeutlicht, daß die Gesprächspartner aneinander vorbeireden. Begriffe wie Sozialismus oder Arbeiterkontrolle sind aus konkreten Ereignissen und Erfahrungen in zwei spezifischen Gesellschaften hervorgegangen, die, wie sich herausstellt, in ihrer abstrakten Gegenüberstellung keinerlei historische Vermittlungen aufweisen. Die Parole der Arbeiterkontrolle resultiert aus konkreten Auseinandersetzungen der sozialistischen Opposition im Westen; die Parole der sozialistischen Demokratie ist das Resultat 20-jähriger Aufbauarbeit in der DDR. Die Unfähigkeit des Besuchers aus dem Westen, die Widersprüchlichkeit der DDR-Gesellschaft und die Unfähigkeit der DDR-Intellektuellen, die Forderungen der sozialistischen Opposition im Westen zu begreifen, signalisieren auf beiden Seiten Geschichts- und Realitätsverlust.
Für den westlichen Sozialisten wird noch eine andere Gefahr sichtbar. Die Bestimmungen der Arbeiterkontrolle und der sozialistischen Gesellschaft, die er vornimmt, sind aus der allgemeinen Marxschen Tendenzanalyse kapitalistischer Entwicklung, sowie der konkreten Marxschen Stellungnahme zur Pariser Kommune gewonnen worden. Diese abstrakte Be-

schreibung der politischen Formen der Emanzipation der Arbeiterklasse beschränkt sich also nicht auf bloße Spekulationen, sie kann aber nicht mehr sein als eine allgemeine Disposition zur Kritik konkreter Übergangsgesellschaften.

Solche allgemeinen Bestimmungen können sich aber nur dann in ihrem Wahrheitsgehalt bewähren, wenn sich die Analyse auf konkrete gesellschaftliche Phänomene einläßt und dabei die besonderen historischen Modifikationen berücksichtigt. Die abstrakte Kritik an der DDR hat das nicht getan. Ihr Ursprung läßt sich seinerseits nur historisch erklären. Die sozialistische Intellektuellenbewegung des Westens ist das Resultat eines langsamen Lernprozesses. Die Einzelkämpfe dieser Bewegung richteten sich aber vor allem gegen die kapitalistischen Herrschaftsformen im Überbau. In diese Auseinandersetzungen verwickelt, ging die Bewegung am Beispiel der sozialistischen Transformation der Gesellschaft in der DDR weitgehend vorbei und fand so weder mittelbar noch unmittelbar den Zugang zu einer konkreten Alternative. Daß die DDR für die Bundesrepublik eine solche Rolle nicht gespielt hat, ist nicht ohne weiteres dieser Opposition anzulasten. Denn daß der Sozialismus in der DDR noch lange nicht verwirklicht ist, das ist eine Tatsache, die auch in der DDR selbst nicht bestritten wird.

Erst dann und in dem Maße, in dem die Intellektuellenbewegung ihren Bezug zu der Gesellschaft verliert, das heißt aber, zu den wirklichen politischen Kämpfen in der Bundesrepublik, fällt sie einerseits der Dogmatisierung der revolutionären Theorie anheim, und andererseits erliegt sie einem Antikommunismus neuer Art. Dieser Prozeß scheint in der Bundesrepublik in vollem Gang zu sein.

Die gesellschaftliche Absonderung der westdeutschen Opposition von den konkreten Klassenkämpfen hat schon früh zur Konstruktion utopischer Projekte geführt. Unter dem Druck der Ereignisse war diese Opposition in den Jahren 1967/68 gezwungen, sich den Positionen des wissenschaftlichen Sozialismus anzunähern. Die Stagnation der Bewegung und die zunehmende Distanz zur Arbeiterbewegung hat dann die Intelligenz veranlaßt, erneut die Flucht in den utopischen Sozialismus anzutreten.

Idealvorstellungen von Revolution und sozialistischer Gesellschaft, die jeder Vermittlung zur deutschen Situation entbehren, spiegeln schließlich nichts anderes mehr wider als die schwankende Haltung der Intelligenz zu Kapitalismus und Sozialismus. Wo die kapitalistische Unterdrückung nur noch moralisch verurteilt, der Revisionismus nur noch an irgendwelchen Idealen gemessen wird, deutet sich der ideologische Bankerott an: es zeigt sich, daß die oppositionelle Bewegung die Kräfte der Umwälzung und die historische Tendenz ignoriert. Die Bewegungsformen des Kapitalismus können, wo die Kriterien unbekannt bleiben, nicht mehr richtig

untersucht werden; genauso unbekannt bleibt der Fortgang der sozialistischen Transformation in der DDR. Übrig bleibt eine »sozialistische Moral«, die ihre Maßstäbe aus vergangenen proletarischen Bewegungen oder aus den Programmen asiatischer Übergangsgesellschaften gewinnt. Alle Bezüge zur eigenen historischen Situation gehen verloren. Die politischen Aktivitäten richten sich an Polemiken aus, die sich wiederum an längst vergangenen Partei- und Flügelkämpfen oder an Auseinandersetzungen zwischen sozialistischen Staaten orientieren. So kommt es, daß die Einschätzung der DDR bei der westdeutschen Linken eine breite Skala unrealistischer Haltungen verrät. Sie reicht von der naiven Identifikation bis zu einer massiven Ablehnung, die mit dem Vorwurf begründet wird, die DDR sei ein Vasallenstaat der Sowjetunion und ein Klassenstaat, der den Kapitalismus wiederaufrichten wolle.

Wo aber die DDR beschuldigt wird, sie übe »Verrat« am Sozialismus, da fällt die Utopie wieder in bürgerliche Ideologie zurück; der abstrakte Anti-Revisionismus kommt zu Positionen, die vom Antikommunismus kaum mehr unterscheidbar sind. Die solidarische, marxistische Haltung wird aufgegeben. Es bleibt die Denunziation. Politik wird ritualisiert, bis sie nur noch die Kulisse abgibt für ein exotisches Sektierertum.

Für die sozialistische Intelligenz westlicher Länder kann Parteilichkeit nicht naive Parteinahme für die eine oder andere kommunistische Partei, für diese oder jene spezifische sozialistische Gesellschaft anderswo, sondern nur die Unterstützung des Kampfes bedeuten, den die Arbeiterklasse hier führt. Die sozialistischen Errungenschaften der DDR sind ein Moment der Bewegung des internationalen Klassenkampfs. Das ist die eine Seite. Auf der andern Seite fördert jeder bürokratische Umweg, jede Fehlentwicklung in der DDR die internationale Konterrevolution. Die Kritik an der DDR muß eine solidarische, die Solidarität mit ihr eine kritische sein. Wenn sie diese Voraussetzungen nicht erfüllen kann, wird die sozialistische Intelligenz in Westdeutschland im politischen Kampf keine Rolle mehr spielen. Eine Intelligenz, die nicht anerkennt, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur Werk der Arbeiterklasse sein kann, entfernt sich von der Klassenkampfbewegung der Arbeiter in der Bundesrepublik und entfremdet sich vollständig von den ökonomischen und politischen Problemen der DDR.

Informationen zur Zeit.
Texte zur politischen Theorie und Praxis.
Im Fischer Taschenbuch Verlag.

Am Beispiel Angela Davis
Der Kongreß in Frankfurt
Reden, Referate, Diskussionsprotokolle.
Hg: Angela Davis Solidaritätskomitee
Originalausgabe
»Informationen zur Zeit« (1350/DM 3,80)

Georg Krämer
Mord & Terror
Britischer Imperialismus: Nordirland
Originalausgabe
»Informationen zur Zeit« (1300/DM 5,80)

Heinz Rudolf Sonntag
Revolution in Chile
Der schwierige Weg zum Sozialismus
Originalausgabe
»Informationen zur Zeit« (1266/DM 3,80)

Walter Hollstein
Kein Frieden um Israel
Zur Sozialgeschichte des Palästina-Konflikts
Originalausgabe
»Informationen zur Zeit« (1226/DM 4,80)

INFORMATIONEN ZUR ZEIT

Die Reihe »**Informationen zur Zeit**« (Gesamtauflage aller Titel über 1,5 Millionen Ex.) nimmt Stellung zu aktuellen Themenkreisen aus Politik und Gesellschaft und informiert durch Berichte, Dokumente und Kommentare.

Otto Jacobi/Walther Müller-Jentsch/
Eberhard Schmidt (Hg.)
Gewerkschaften und Klassenkampf
Kritisches Jahrbuch 1972
Originalausgabe
»Informationen zur Zeit« (1312/DM 4,80)

Peter Kühne
Arbeiterklasse und Literatur
Dortmunder Gruppe 61
Werkkreis Literatur der Arbeitswelt
Originalausgabe
»Texte zur politischen Theorie und Praxis«
(6506/DM 4,80)

Thomas Blanke
Funktionswandel des Streiks
im Spätkapitalismus
Am Beispiel des Lehrlingsstreikrechts
Originalausgabe
»Texte zur politischen Theorie und Praxis«
(6509/DM 4,80)

Frigga Haug
Kritik der Rollentheorie
und ihrer Anwendung in der bürgerlichen
deutschen Soziologie
Originalausgabe
»Texte zur politischen Theorie und Praxis«
(6508/DM 3,80)

Wilfried Gottschalch
Bedingungen und Chancen politischer
Sozialisation
Originalausgabe
»Informationen zur Zeit« (1311/DM 2,80)

Wolfgang Fritz Haug
Warenästhetik. Sexualität und Herrschaft
Originalausgabe
»Bücher des Wissens« (6155/DM 3,80)

Texte zur politischen Theorie und Praxis

Die Reihe »**Texte zur politischen Theorie und Praxis**« sammelt Beiträge zur Bildung politischer Theorie und Reflexion politischer Praxis. Die Reihe bringt Analysen aus der Soziologie, Politologie, Psychologie, Erziehungswissenschaft, Rechtswissenschaft und Ökonomie.

Erhältlich
in Ihrer
Buchhandlung

Sibylle Plogstedt
Am Beispiel der ČSSR

I. Die historische Notwendigkeit der Veränderungen

1. Zur Genese der Reformen in der Čssr

Die Reformen in der Čssr im Jahre 1968 bilden einen der wenigen Versuche, die nach 1945 durch den Stalinismus[24] hervorgerufenen Deformationen des Sozialismus zu überwinden. Eine politische Antwort auf den Stalinismus setzt voraus, daß seine Wurzeln klar begriffen worden sind. Deshalb soll hier am Beispiel der Čssr ein Teil des notwendigsten Grundmaterials zusammengetragen werden, auf welches eine Analyse aufbauen kann. Die einleitende Rekapitulation zielt nicht auf Vollständigkeit; sie soll den Leser nur am Beispiel bereits offenbarer Widersprüche innerhalb der Bürokratie[25] vor die Frage stellen, wie sich der Charakter der sich sozialistisch nennenden Staaten[26] bestimmen läßt.

Die Čssr ist eines der wenigen Länder, in das der Sozialismus nach 1945 nicht auf Bajonetten importiert wurde. Im Gegensatz zu Polen, der DDR, Ungarn usw. siegte er hier im Verlauf konkreter nationaler Klassenkämpfe, in denen die tschechoslowakische Bourgeoisie unterlag. Wenn auch die Revolution von 1948 ihr Zentrum vor allem in Prag fand, und wenn auch die KPČ das Innenministerium schon vorher in der Hand hielt, geschah die Eroberung der Macht doch mit Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung. Bereits im Mai 1946 war die KPČ mit 38% als stärkste Partei aus den Wahlen hervorgegangen[27].

Ihrer revolutionären Erfolge bewußt, war die tschechoslowakische KP in ihrer Politik weit weniger von der Sowjetunion abhängig als andere Parteien. »Ungarische und polnische Führer äußerten damals ihre Besorgnis wegen der angeblichen inneren Schwächen der Čssr mit der Begründung, daß sich in der Tschechoslowakei keine sowjetischen Truppen befänden.«[28] Die angebliche Schwäche stellte aber gerade die Stärke der Čssr dar. Sie lag im Selbstbewußtsein und -verständnis einer revolutionären Partei begründet, die ihre Fähigkeiten und ihre Kampfbereitschaft in Spanien, in der Čssr und in internationalen Gefangenenlagern bewiesen hatte.[29]

Die politischen Prozesse, welche die Stalinisten nach dem Rajk-Prozeß in Ungarn[30] und ähnlichen Verfahren in der DDR und Polen auch in Prag inszenierten, mußten so anfangs notwendig auf den Widerstand der Par-

teiführung stoßen[31], ja sie wurden zum Teil ohne deren Wissen vorbereitet. Hingerichtet und verurteilt wurden schließlich überwiegend jene Mitglieder der KP-Führung, die in Spanien oder später in Frankreich gekämpft hatten. Sie hatten dort die Fehler der stalinistischen Führung gesehen, jedoch noch aus der Krisensituation heraus verstanden und entschuldigt. Liquidiert wurde in den Prager Prozessen das sich seiner Kritikfähigkeit selbst noch unbewußte Potential der Partei: Slansky war bis zu seinem selbst unterschriebenen Todesurteil davon überzeugt, daß sein Tod dem Wohl der Partei diene.[32]

Fast ebenso stark war die Identifikation der Bevölkerung mit der Revolution, trotz der beginnenden Bürokratisierung und der kritiklosen Übernahme des Modells der Sowjetunion. Erst als die Bürokratie die Verselbständigung ihrer Interessen gegenüber der Arbeiterklasse offen bewies, während der Währungsreform von 1953, reagierten die Arbeiter mit Streiks und Demonstrationen, nachdem u. a. ihre Sparguthaben beschlagnahmt worden waren.[33] Im Lauf von nur fünf Jahren war es der Bürokratie gelungen, eine revolutionäre Bewegung so weit zu demobilisieren, daß sich die Bevölkerung den stalinistischen Schauprozessen gegenüber überwiegend passiv verhielt.

Die ›Entstalinisierung‹ nach dem XX. Parteitag der KPdSU fand in der Tschechoslowakei ein vergleichsweise geringes Echo. Bewegungen in der Partei oder der Arbeiterklasse wie in Ungarn und Polen 1956 gab es kaum.[34] Die Liquidierung der wichtigsten Kader hatte die Partei handlungsunfähig gemacht. Nur zögernd und in Anlehnung an die internationalen Rehabilitierungen wurden die ehemaligen Spanienkämpfer nachträglich von der Anklage des Zionismus, Trotzkismus, Titoismus, des Hochverrats und der Kollaboration mit imperialistischen Geheimdiensten freigesprochen. Die Stellung der Bourgeoisie war durch ihre Kollaboration mit dem Faschismus bereits 1945 so erschüttert worden, daß sie elf Jahre später keinen Versuch einer politischen Reorganisierung mehr unternahm.

Die Verselbständigung der Parteispitze, ihre Verharschung zur Bürokratie, hatte in der Arbeiterklasse, die ihre Interessen nicht mehr vertreten sah, eine wachsende Passivität hervorgebracht, die die Verkrustung der Führungsstruktur eher noch förderte. Politisches Desinteresse breitete sich selbst unter den Mitgliedern der Partei aus, als diese keine Chance mehr sahen, auf die politische Entwicklung einzuwirken.

Eine Wende bildete das Jahr 1964. Schon in der Wirtschaftskrise von 1962/64 hatte sich die Wachstumsrate nicht mehr nur – wie in den vorhergehenden Jahren – verringert, sondern das Nationaleinkommen war zum ersten Mal absolut gesunken.[35] Nach den Erfahrungen der Währungsreform wagte es die Parteioligarchie nicht, der Krise durch Preis-

erhöhungen zu begegnen. Sie mußte also neue Wege suchen, um die Industrie aus der Phase der extensiven in die der intensiven Entwicklung zu führen.[36] Der Anstoß zu den Wirtschaftsreformen, die seit 1964 vorbereitet und schließlich 1967 verabschiedet wurden, kam also aus dem Inneren der Parteibürokratie. Die Auseinandersetzung wurde in ökonomischen und literarischen Publikationen in Gestalt von Diskussionsbeiträgen verschiedener Experten geführt. Die Bürokratie vermied es bewußt, die Arbeiter daran zu beteiligen.[37] So konnte sich 1964 noch keine Bewegung unter den Arbeitern entwickeln. Immerhin riskierte es die Partei nicht, die Wirtschaftskrise noch einmal auf diese abzuwälzen. Allgemein wurden die ökonomischen Schwierigkeiten darin sichtbar, daß der Lebensstandard stagnierte.

Innerhalb des Zentralkomitees stieß die Gruppe der Reformbürokratie auf starken Widerstand von Seiten der Stalinisten. Auch nachdem das Modell bereits verabschiedet war, kam es zu Schwierigkeiten bei seiner Verwirklichung. Einige seiner wichtigsten Mechanismen, die Teilunabhängigkeit der Preise und die Einführung eines kontrollierten Marktes, wurden vom konservativen Flügel der Bürokratie blockiert. Die Realisierung des Modells wurde durch solche Teilverbote verhindert. Obwohl sie vorwiegend ökonomisch orientiert waren und nur die bürokratischen Methoden der zentralen Planung kritisierten, mußten sich die Reformer zwangsläufig mit der Änderung der Führungsstruktur beschäftigen. Damit brachten sie unbewußt die Frage der politischen Revolution auf die Tagesordnung.

Da der Reformprozeß nicht im vollen Bewußtsein seiner politischen und sozialen Folgen eingeleitet wurde, mußten diese notwendig über das Intendierte hinausgehen. Die ökonomische Krise sowie der Widerstand der nationalen Minderheiten und der kulturellen Intelligenz führten zum Sturz Novotnys. Er wurde durch ein Zufallsbündnis dieser voneinander sehr verschiedenen Richtungen ausgelöst, als Novotny sowohl die Schriftsteller nach ihrem IV. Kongreß[38] als auch die Studenten nach der Strahov-Demonstration zwangsdisziplinieren wollte; die Mehrheit der Mitglieder des Zentralkomitees verlangte jedoch eine gründliche Diskussion über die Position und die Rolle der Partei.[39] Das Dezemberplenum 1967 setzte eine konsultative Gruppe ein, die in Übereinstimmung mit dem Präsidium eine Alternative zur ›Kumulation der höchsten Funktionen‹ auszuarbeiten hatte.[40] Auf dem Januarplenum 1968 wurde schließlich die Ämtertrennung zwischen Partei- und Staatsapparat beschlossen und Dubček als Vertreter der slowakischen Minderheit zum Ersten Sekretär der Partei gewählt.

Die neue Leitung der Partei war auf den Sturz Novotnys schlecht vorbereitet; die Reformbürokratie hatte – bedingt durch das Interesse, den für

die Wirtschaft notwendigen Freiraum zu schaffen – kein konkretes Konzept. Sie wußte nur, daß es notwendig war, Änderungen vorzunehmen und früher gemachte Fehler zu überwinden. Das Aktionsprogramm der Partei[41] spiegelt das Bewußtsein wider, in dem die Reformen eingeleitet wurden. Es leitet die Grundsätze der Veränderungen aus der objektiven Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft, nämlich

– »daß bereits keine antagonistischen Klassen mehr bestehen und daß der Prozeß der Annäherung aller sozialen Gruppen zum wichtigsten Charakterzug der inneren Entwicklung unserer Gesellschaft geworden ist;

– daß die bisherigen Methoden der Leitung und Organisation der Volkswirtschaft überlebt sind und dringend einer Änderung bedürfen, und zwar durch ein ökonomisches System der Leitung, welches eine Wendung zu intensivem Wachstum herbeizuführen vermag;

– daß es notwendig sein wird, die Eingliederung des Landes in den Prozeß der wissenschaftlich technischen Revolution vorzubereiten. Das erfordert eine besonders intensive Zusammenarbeit der Arbeiter und Bauern mit der technischen und Fachintelligenz und wird besonders hohe Ansprüche an Kenntnisse und Qualifikation sowie die Anwendung der Wissenschaft stellen;

– daß ein breiter Spielraum der gesellschaftlichen Initiative, offener Meinungsaustausch und Demokratisierung des gesamten gesellschaftlichen und politischen Systems buchstäblich zur Voraussetzung einer dynamischen sozialistischen Gesellschaft wird, zur Voraussetzung dafür, daß wir im Wettbewerb vor der Welt bestehen und ehrenhaft unsere Verpflichtung gegenüber der internationalen Arbeiterbewegung erfüllen.«[42]

Bereits an der Wahl der Terminologie läßt sich die entstandene Unsicherheit erkennen: Wendungen wie ›bedürfen dringender Änderung‹, ›einen Prozeß ... vorbereiten‹, ›breiter Spielraum‹, ›dynamische Gesellschaft‹ usw. drücken tatsächlich nur das Bedürfnis nach einer Änderung aus, sie geben aber nicht an, *welche* Änderungen *wie* vorgenommen werden sollen. Der Mangel an Konkretion dient jedoch auch dazu, die nach wie vor bestehenden Strukturen zu verdecken, die materiellen Unterschiede zwischen der Bürokratie und dem Proletariat zu verschleiern und die Frage zu unterdrücken, ob dieselbe Partei, die die Deformation veranlaßt und ermöglicht hat, überhaupt in der Lage sei, sie zu überwinden.[43]

Die Parteiführung war sich der Begrenztheit ihrer Maßnahmen selbst kaum bewußt. Eben diese Borniertheit der Reformbürokratie muß aus ihrer gesellschaftlichen Stellung heraus erklärt werden. Bürokratisierung, Privilegiertheit und Monopolisierung von Entscheidungen kennzeichnen vornehmlich die stalinistische Konzeption der Übergangsgesellschaft. Diese Auffassung ist während des ›Prager Frühlings‹ nur partiell in Frage gestellt worden.

Wenn man Bürokratie und Parteioligarchie als Einheit der Arbeiterklasse gegenüberstellt, so muß man die Teilung der Gesellschaft empirisch belegen, die einen derartigen Gebrauch der Begriffe rechtfertigt. »Es ist unmöglich, die Invasion in die Tschechoslowakei, die internationale politische Linie der UdSSR ... oder die ›Reformen‹ und ihre Ergebnisse, die sie mit sich bringen, ... *zu erklären*, solange man nicht die Tatsache in die Analyse mit einbezieht, daß das Proletariat nicht mehr an der Macht ist.«[44] Auch wenn ich der Bettelheimschen Analyse, daß mit der Bürokratie eine neue Bourgeoisie an der Macht sei, nicht zustimme (dagegen spricht z. B. der Wechsel innerhalb der tschechoslowakischen Bürokratie 1969-71 – oder sollte es eine neue Bourgeoisie trotz gleicher Produktionsstrukturen nur in der Sowjetunion geben?), so gilt doch die Feststellung, daß das Proletariat in der ČSSR machtlos war. Die Reformen drücken nicht die Interessen der Arbeiterklasse aus, sondern nur die zunehmenden Widersprüche zwischen Bürokratie, Technokratie und Intelligenz. Die Unfähigkeit der zentralen Bürokratie gab jenen Schichten Raum, die ihre Kritik am schnellsten formulieren konnten, und in deren Arbeitsbereichen der Widerspruch zwischen Ideologie und Realität besonders offensichtlich geworden war. Wo der fehlende Erfolg nur von denen durchschaut werden kann, die selbst die Pläne zu manipulieren und Erfolgsmeldungen zu frisieren haben, und wo Ideologie durch jene formuliert wird, die selber der Zensur unterliegen, wird jede *legale* Initiative zur Veränderung notwendig von denen ausgehen, die der Verschleierung am wenigsten unterliegen, sich nicht mit dem Herrschenden identifizieren und aus ihrer Lage im Vergleich zur Bürokratie nur begrenzte materielle Vorteile ziehen.
Materiell hat vor 1968 in nennenswertem Umfang lediglich die politische Bürokratie profitiert, die ihre Privilegien natürlich weitgehend zu verheimlichen suchte. Das slowakische Jugendorgan *Smena* berichtet[45]: »Wir wußten von den Mini-Stalins, die sich in nach eigenen Wünschen ausgestatteten Autos herumkutschieren ließen, die in fast menschenleeren Flugzeugen herumflogen, die sich von anderen Aufrufe schreiben ließen, die ihnen dann beim Aussprechen der Fremdwörter die größten Schwierigkeiten machten ... Es wurde über höchst merkwürdige Villen gemunkelt ... über Sanatorien, in denen es Betten für die Elite des Kommunismus gab, über besondere Geschäfte und Warenlager mit ausländischer Ware, über sündhaft teure Kollektionen von Statuen, Bildern und Münzen, die auf der ganzen Welt für teure Dollars eingekauft und gehortet wurden, jene Dollars, welche der Sozialismus vom Kapitalismus für unterbezahlte Exportgüter eingehandelt hatte ... Mit einem Wort – über das merkwürdige Treiben eines Teils der Gesellschaft, der, vom soziologischen Standpunkt

gesehen, tatsächlich eine ›besondere, geschlossene Gesellschaft‹ im Staate war . . .«

Materiell bestand in der ČSSR zwischen der Masse der Intellektuellen und der Arbeiter kein Unterschied. Ihre Einkommenslage war sehr ähnlich. Im Gegensatz zur Sowjetunion gab es weder eine wesentliche Differenzierung innerhalb der Arbeiterklasse selbst, noch wurden die durchschnittlichen Angehörigen der Intelligenz bevorzugt. Insofern hatten beide das Interesse, den allgemein niedrigen Lebensstandard zu erhöhen. Während der Zeit der Reformen jedoch, an deren Ausarbeitung vornehmlich Intellektuelle in den zentralen Gremien der Partei beteiligt waren[46], tauchten die Sonderinteressen dieser Gruppe als Forderungen in den Zeitungen auf[47], während die Interessen der Arbeiter nur indirekt berücksichtigt wurden. Ihre Einflußsphäre und ihre Institutionen, die Arbeiterräte, wurden von den Gewerkschaften, die schon lange für die Arbeitsgesetzgebung zuständig waren, nicht politisch definiert, sondern rein ökonomisch verstanden und nur experimentell ausgebaut. So ist es zu verstehen, daß die Arbeiter sich zurückhielten und erst nach der Intervention in den Räten engagierten.

Die Reformbürokratie, die den Ansatz einer Spaltung zwischen Intelligenz und Arbeitern angelegt hatte, sah in ihr keine Gefahr. Es genügte ihr, daß sie das Ansehen der Partei wieder stärken konnte, indem sie überhaupt Reformen zuließ. Erst die Intervention trieb die Kritik an der schwankenden Haltung Dubčeks und an den limitierten Reformkonzeptionen weiter voran. Die Autorität der Reformbürokratie als einziger Kraft der Veränderung war jedoch immer noch so stark, daß keine andere Gruppe in der Gesellschaft einen unabhängigen Führungsanspruch im Widerstand hätte anmelden können.

1. Die soziale Schichtung

Das Statistische Jahrbuch der ČSSR 1968 gliedert die Gesamtbevölkerung auf Grund früherer Volkszählungen gemäß der Beschäftigung des Ernährers in folgende Schichten[48]:

Tabelle I

Arbeiter	8 269 000	58,3%
Sonstige Beschäftigte	4 175 000	29,4%
Mitglieder der LPG	1 193 000	8,4%
Übrige Genossenschaftler	164 000	1,1%
Kleinbauern	337 000	2,4%
Freie Berufe (Handwerker u. a.)	56 000	0,4%
	14 194 000	100 %

Die Summe der Gesamtbevölkerung – also auch der Nichtbeschäftigten – ist hier in einer Gliederung der Berufsstruktur zu Schichten zusammengefaßt. Berufstätig waren in demselben Jahr 6 608 000 Personen, von denen 2 549 000 in der Industrie, 541 000 im Bauwesen, 1 360 000 in der Land- und Forstwirtschaft und der Rest in übrigen Bereichen beschäftigt waren.[49]

Diese Schichtenaufgliederung kann sich weder auf eine marxistische Klassenanalyse noch auf irgendein soziologisches Modell berufen. Deshalb soll an Hand der Arbeit Pavel Machonins[50] eine Aufschlüsselung der oben angeführten Daten gegeben werden. Aus einem Sample, in dessen Auswahl 78,7% der Befragten beschäftigt waren (in der Gesamtbevölkerung sind es nur ca. 47%), geht folgende Schichtung ökonomischer Positionen hervor[51]:

Tabelle II

Fachleute	23,0%
Angestellte und nicht manuell Arbeitende	11,8%
Industriearbeiter	51,6%
Landarbeiter	11,7%
Freie Berufe, selbst. Landwirte, Handwerker	1,9%
	100,0%

Obwohl auf Grund des niedrigen Standards der technischen Entwicklung der Produktivkräfte die Zahl der Beschäftigten prozentual zur Gesamtbevölkerung höher als im Kapitalismus liegt (in der BRD liegt der Anteil der Beschäftigten bei ca. 45%)[52], überschreitet das Einkommen der Beschäftigten im Pro-Kopf-Einkommen der Gesamtbevölkerung die Grenze des Existenzminimums kaum.[53]

Tabelle III

	(Individual-) Einkommen	Einkommen pro Kopf (der ökonomisch aktiven und Nichtaktiven)	
Kronen			Kronen
1. über 2500	6,6%	11,3%	über 1100
2. 2001–2500	15,6%	5,7%	1001–1100
3. 1751–2000	21,0%	8,1%	901–1000
4. 1501–1750	20,4%	10,6%	801– 900
5. 1251–1500	20,0%	13,2%	701– 800
6. bis 1250	16,4%	51,1%	bis 700

Während das niedrigste Individualeinkommen 16,4% der Beschäftigten verdienen, steht nach Einbeziehung der Nichtbeschäftigten 11,3% der Gesamtbevölkerung ein Gehalt zur Verfügung, das noch immer unter der

niedrigsten Einkommenskategorie des Individuallohnes liegt. In den niedrigsten Stufen des Pro-Kopf-Einkommens zeichnet sich eine Kumulation der Gehälter ab, so daß schließlich mehr als die Hälfte der Bevölkerung über weniger als 700 Kronen monatlich erhalten, während das Individualeinkommen in den Kategorien 2-6 eine relativ gleichmäßige Verteilung aufweist. In der höchsten Einkommensstufe des Pro-Kopf-Einkommens zeigt sich eine der allgemeinen Kumulierung gegenläufige Tendenz: Die Nivellierung ist – wie wir sehen werden – nicht allgemein.
Dies verdeutlicht die Beziehung von Klassen- und Statuszugehörigkeit[54], der dieselbe Schichtenverteilung zugrunde gelegt wurde wie in Tabelle II, nur daß die Kategorien der Fachleute und Angestellten zusammengezogen wurden. In die Konstruktion des Statusindex gingen Faktoren ein wie Stellung im Beruf und Anspruchsniveau der Arbeit; Lebenssstil; Möglichkeiten zu entscheiden und zu leiten; Bildung und Einkommen. Die Merkmalsklasse 1 entspricht der höchsten, 6 der niedrigsten Statusstufe.

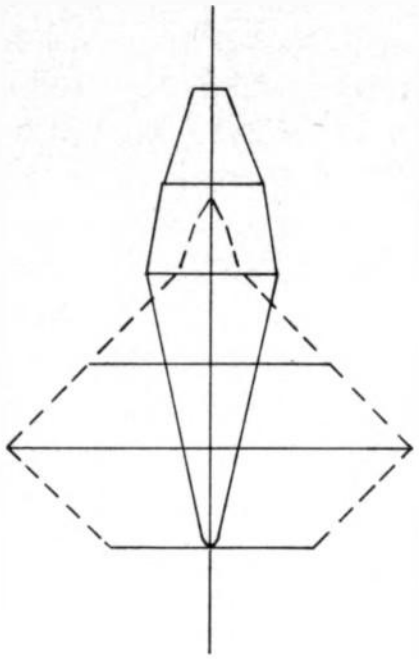
Tabelle IV

Klasse	Status						
	1	2	3	4	5	6	Summe
nicht manuell Arbeitende im Staatssektor	6,5	22,2	35,2	22,5	8,9	4,7	100 (3563)
Arbeiter	–	0,2	4,6	31,5	42,2	20,5	100 (5584)
nicht landwirtsch. Genossenschaften	–	–	–	28,2	53,9	17,9	100 (39)
Genossenschaftsbauern	–	–	0,4	8,7	36,5	54,4	100 (813)
Selbständige	–	1,2	1,2	1,2	22,6	73,8	100 (84)

Von den 6,6% der Individualverdiener, die nach Tabelle III der höchsten Einkommensklasse angehörten, befinden sich nur die nicht manuell Tätigen in der höchsten Statusklasse. Die 6,5% der Angestellten, die Träger des höchsten Statuswertes sind, entsprechen im Gesamtsample nur 2,2% der Befragten. Die bereits aus Tabelle IV hervorgehende Statusdichotomie zwischen Arbeitern und Angestellten (bei den Bauern ist diese Unterprivilegierung noch sichtbarer) wird in der Gegenüberstellung der Statuspyramide von Arbeitern und Angestellten noch offenbarer[55] (siehe Tabelle V).
An dem Anteil der Arbeiter an höheren Statuspositionen wird die Tendenz zur Bildung einer kleinen Oberschicht sichtbar. Während den beiden niedrigsten Kategorien nur 14% der Angestellten angehören, zählen zu ihnen mehr als 65% der Arbeiter. Die Mehrheit der Arbeiter befindet sich in der 5., die der Bauern sogar in der 6., die Mehrheit der Angestellten dagegen in der 3. Statusklasse. Vergleichen wir die beiden höchsten Rangklassen, so finden wir in ihnen nur 0,2% der Arbeiter gegenüber

Tabelle V

1	2,2	(6,2)		0,0	(0,0)
2	8,2	(22,6)		0,2	(0,3)
3	12,5	(34,9)		2,5	(3,9)
4	7,9	(22,1)		18,7	(29,2)
5	3,3	(9,3)		26,3	(41,8)
6	1,7	(4,6)		15,9	(24,9)



% nichtmanuell aus der Gesamtheit (von den nichtmanuell Arbeitenden) ——

% der manuellen aus der Gesamtheit (von den manuell Arbeitenden) – – –

mehr als 28% der Angestellten. In absoluten Zahlen bedeutet das: 11 der 5584 befragten Arbeiter gegenüber 1225 der 3563 Angestellten.
Eine Aufgliederung der ökonomischen Stellung[56] zeigt, daß gelernte Arbeiter geringe Vorteile gegenüber ungelernten haben, jedoch die höchste Statuskategorie nur von Fachleuten (9,7%) und Beamten (0,4%) besetzt ist. Die Mehrzahl der gelernten Arbeiter befindet sich mit 49% in der 4. Kategorie, die der angelernten Arbeiter mit 51% in der 5. und ›unqualifizierte‹ Arbeiter mit 59,5% in der 6. Kategorie. Keiner von ihnen ist der 1. Kategorie zugeordnet, 0,3% der gelernten gegenüber 0,1% der angelernten Arbeiter gehören der 2. Kategorie an.
Aus der Beschreibung der Eigenschaften von Angehörigen aller Statuspositionen geht hervor[57], daß sich die *erste Statusschicht* (2,3%) nur aus nichtmanuell Beschäftigten zusammensetzt, zu denen in der Mehrzahl Fachleute gehören. Zu 3/4 sind sie Mitglieder der Kommunistischen Partei und üben in ihr Funktionen aus. Die *zweite Schicht* (8%) bilden nahezu ausschließlich Angestellte, zu 9/10 Fachleute. 2/3 dieser Schicht stellen Funktionäre in verschiedenen Funktionen und Organisationen. Die Hälfte dieser Gruppe gehört der KP an. Sowohl in der ersten als auch in der zweiten Schicht überwiegen Tschechen gegenüber Slowaken und anderen nationalen Minderheiten. In der *dritten Schicht* (15%) befindet sich die Mehrheit der Angestellten. Auch hier überwiegen Techniker mit über 40%. In dieser Schicht überwiegen zum ersten Mal die Nichtorganisierten. Die *vierte Schicht* (26,2%) haben wir bereits als die der qualifizier-

ten Arbeiter kennengelernt. Einen Teil dieser Schicht bilden einfache Beamte. Die *fünfte Schicht* (30,4%) setzt sich aus den weniger qualifizierten Arbeitern und den Bauern zusammen. 3/4 von ihnen gehören nicht der Partei an und 80% üben keinerlei Funktionen aus. Slowaken, Ungarn und andere Nationalitäten bilden mehr als die Hälfte dieser Schicht. In der *sechsten Schicht* (18,1%), der der ›unqualifizierten‹ Stadt- und Landarbeiter und der Bauern, sinkt der Anteil der Organisierten auf 1/7 und der der Funktionenausübenden auf 6,4%. Hier ist die Bevölkerung Böhmens und Mährens mit 40% in der Minderheit.

In der Bestimmung des Charakters der sich bildenden Oberschicht genügen die Daten Machonins nur teilweise[58], da selbst die Spitzengehälter von Arbeitern in spezifischen Zweigen der Industrie (z. B. Bergbau) über 2000, ja über 2500 Kronen betragen können. Damit gehört er zwar nach Machonin der höchsten Gehaltsklasse an, ist aber weder in den höchsten Statuskategorien noch ›führend‹ in Positionen repräsentiert, von denen aus er – wie wir später sehen werden – Entscheidungen beeinflussen könnte.

Bislang wurde aus der Tatsache, daß ein Arbeiter ebensoviel wie ein Wissenschaftler und mehr als ein Ingenieur verdienen kann, nur der in der tschechoslowakischen Sozialwissenschaft zur Genüge vertretene Schluß gezogen, daß eine allgemeine Nivellierung der Gehälter eingetreten sei. Dazu wurde an Hand der reinen Tarifgehälter berechnet, daß ein Monteur bis zu seinem 60. Lebensjahr 1 125 000 Kronen verdient, während ein Ingenieur nur 989 000 Kronen in derselben Zeit erhält.[59] Daraus wurde die Forderung nach einer Denivellierung abgeleitet. Systematische Analysen wie die von Machonin zeigen aber, daß die Mehrheit der Bevölkerung an der Grenze der Armut lebt, so daß es nicht darum gehen kann, eine bestimmte Schicht oder Einzelne noch mehr als bisher zu privilegieren. In diesem Sinne stellt die Arbeit des Machonin-Kollektivs einen wesentlichen Fortschritt dar. Das niedrige Einkommen bei relativ hohen Preisen bedeutet, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung zum Erwerb einzelner Güter weit mehr Zeit investieren muß als vergleichsweise im Kapitalismus[60] (siehe Tabelle VI).

Entgegen der weitverbreiteten Annahme, die niedrigen Preise für die Grundnahrungsmittel wögen die hohen Preise für die sogenannten »Luxusgüter« auf, können wir feststellen, daß ein Franzose durchschnittlichen Einkommens noch immer weit weniger Zeit als ein Tscheche investiert, um dieselben Güter zu erhalten. Darüber täuschen – trotz billigerer Mieten – auch der gleich hohe Eintritt in die Schwimmbäder, die billigere Kinokarte und der billigere Nahverkehrsfahrschein nicht hinweg.

Das statistische Jahrbuch der ČSSR[61] führt einige höhere Einkommensklassen an, die unter Mangel nicht zu leiden haben: Mehr als 4000 Kčs monat-

Tabelle VI
Preise für Güter und Dienstleistungen in Arbeitsstunden

	ČSSR	Frankreich
A Nahrungsmittel		
1 kg Weißbrot	0 h 19	0 h 12
1 l Milch	0 h 21	0 h 10
1 kg Butter	4 h 40	1 h 49
1 kg Margarine	2 h 14	0 h 38
1 kg Beefsteak	3 h 40	2 h 30
1 kg Schinken	6 h 40	2 h 25
1 Ei (im Sommer)	0 h 08	0 h 03
1 kg Tomaten (im Sommer)	0 h 40	0 h 15
1 kg Zucker	0 h 49	0 h 16
1 kg Bohnenkaffee	17 h 59	1 h 40
1 kg Kakao	12 h 13	0 h 50
1 l Bier	0 h 37	0 h 12
1 kg Orangen	1 h 26	0 h 20
B Kleidung, Dauergüter		
Nylonhemd	17 h 50	6 h
Anzug	110 h	30 h
Nylonregenmantel	33 h	6 h 40
Lederschuhe	8 h 52	5 h
Nylonstrümpfe	2 h	0 h 17
10 normale Rasierklingen	0 h 33	0 h 17
tragbares Radio (7 Transistoren)	70 h	20 h
Fernsehapparat mittlerer Qualität	322 h	165 h
Auto (4–5 Plätze)	3 Jahre und 11 Wochen	33 Wochen
C Freizeit, Dienstleistungen, Kultur		
Kinokarte	0 h 33	1 h
klassische Schallplatte (33)	4 h 13	2 h 45
Taschenbuch (200 Seiten)	1 h 06	0 h 30
Eintritt zum Schwimmbad	0 h 20	0 h 20
10 l Benzin	2 h	1 h 40
Fahrschein für Bus oder Straßenbahn	0 h 04	0 h 08
100 km Eisenbahn (2. Klasse)	2 h 46	1 h 45
Miete für 2 Zimmer	33 h 20	41 h 36

lich verdienen im sozialistischen Sektor (ohne Landwirtschaft) 42 607 Beschäftigte, das sind 0,92% der über 4½ Millionen in diesem Zweig Beschäftigten. Mehr als 5000 Kčs verdienen noch immer 11 594 Personen, das sind 0,25% der in diesem Zweig Beschäftigten. Derartig hohe Löhne er-

halten Führungskräfte: Nominell erreichen leitende Ingenieure Gehälter bis zu 4000 Kčs, Universitätsprofessoren 5-10 000 Kčs, Leiter wissenschaftlicher Arbeitsgruppen 4-5000 Kčs, der Ministerpräsident 15 000 Kčs.[62] Da sich die Manager 1968 besonders engagiert hatten, ist ein Teil der früheren Betriebsdirektoren seitdem aus ihren Funktionen entfernt worden; die Jahresprämien für das Management wurden 1971 auf 40% des Jahresgehaltes begrenzt.[63] Daraus geht hervor, daß die Bürokratie die Technokraten heute administrativ wie materiell bekämpft.

2. *Die Partizipation an der Macht und die quantitative Bestimmung der Bürokratie*

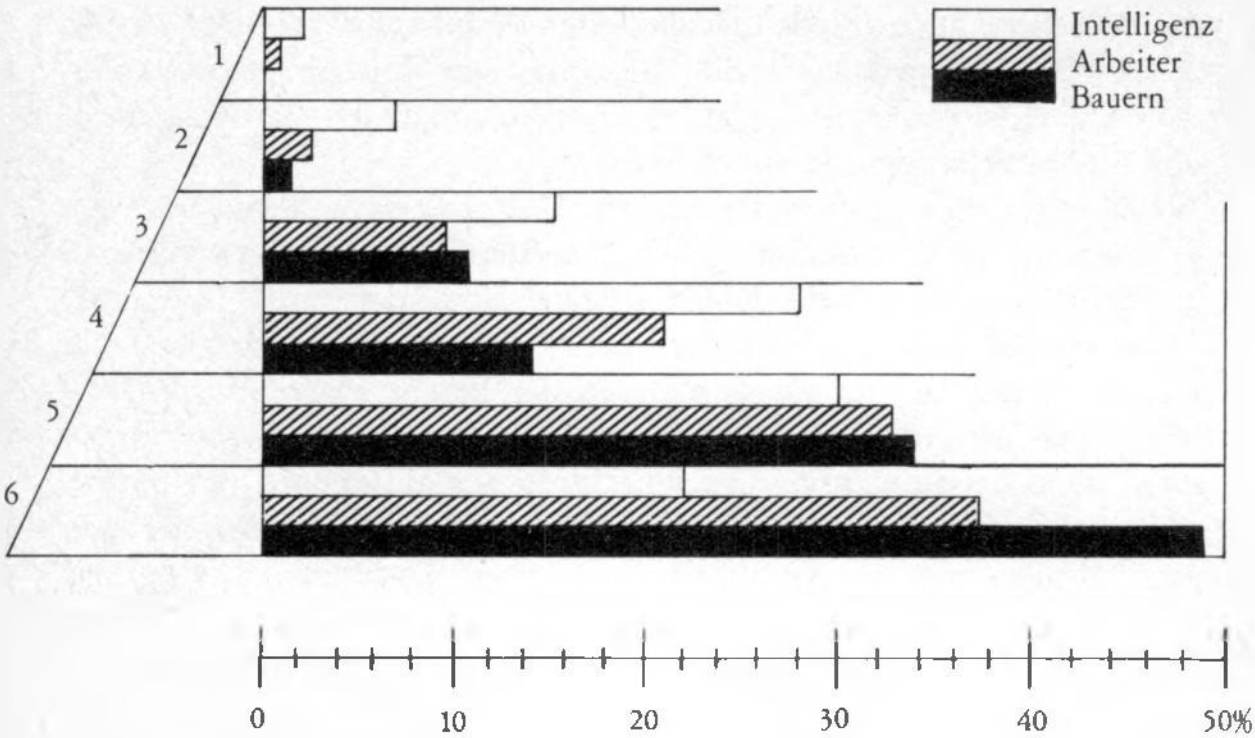
Materiell stellt das Proletariat und die Bauernschaft die in der ›sozialistischen‹ Gesellschaft am wenigsten privilegierte Gruppe dar. Obwohl die eigentliche Machtelite in ihren materiellen Privilegien nur partiell beschrieben werden konnte, war es offenbar, daß nur sie eine konkrete materielle Privilegierung genießt, während die Mehrheit der Bevölkerung nur eine sehr geringe Einkommensdifferenzierung erfährt. Die Intelligenz nimmt eher höhere Positionen ein, jedoch ist Bildung bislang nicht zum Kriterium für Privilegien geworden[64]: »Von den 50 000 Funktionären der Wirtschaftsbürokratie, die die Funktionen von Direktoren und Kadern der Betriebe wahrnehmen, haben nur 24 000 die für ihre Stellung notwendigen Kenntnisse. Betrachtet man die Direktoren für sich, so ändert sich das Verhältnis wie folgt: 14 004 unqualifizierte stehen 6 310 qualifizierten Personen gegenüber.«[65] Die Reform hätte mit der Integration technisch qualifizierter Kader zur Bildung einer mittleren Schicht zwischen Bürokratie und Proletariat beigetragen. Dagegen muß der bürokratische Apparat heute, nach dem Scheitern der Reformen, seine Mitglieder individuell rekrutieren. Dieses Auswahlverfahren verhindert nämlich übergreifende politische Erkenntnisprozesse. Entscheidend sind nicht mehr die Funktionen, die die Mitglieder der Bürokratie früher innegehabt haben, maßgebend ist vielmehr die aktuelle politische Linie und der Grad der Anpassungsfähigkeit des Aufsteigenden. Ökonomische Privilegien sind erst das Resultat, nicht aber die Voraussetzung für den Aufstieg. Entsprechendes gilt für den Entscheidungsspielraum der Inhaber der Macht. Ihre Entscheidungsbefugnis über die Produktionsmittel wird jedesmal durch eine politische Entscheidung übertragen, die den Einzelnen im Rahmen der Allokation der Kräfte einsetzt. Die Entscheidung über die Produktionsmittel bietet diesem Einzelnen also keine zusätzliche Macht; sie bleibt im Gegenteil in jedem Augenblick abhängig von politisch zu begreifenden Positionswechseln im Rahmen der Bürokratie. Wenn das statisti-

sche Jahrbuch 1969 uns eine Gruppe von Spitzenverdienern zeigte, die 11 594 Personen umfaßte, so läßt sich 1971/72 nicht mehr annehmen, daß es in diesen Positionen eine persönliche Kontinuität gibt. 1970 wurden alle Leiter größerer Industriebetriebe ausgetauscht, ein großer Teil der Professoren und Intellektuellen verlor seine Funktionen. Der Zwang zu politischer Anpassung erfaßt in politischen Krisensituationen alle, während er zu normalen Zeiten vor allem innerhalb der Parteioligarchie und der bürokratischen Spitze wirksam ist.

Wie aber sieht die Machtverteilung aus? Wie groß ist die Beteiligung der Bevölkerung an Entscheidungen? Das Machonin-Team operationalisierte die Beteiligung an Entscheidungen in einer Skala der Berufe, die durch Experteneinschätzung validiert wurde. Berücksichtigt ist vor allem die Hierarchie der Institutionen, in denen die Berufe ausgeübt werden.[66] Wichtigste Institution ist die KPČ, es folgen die zentrale Wirtschaftsleitung, die Staatsverwaltung, gesellschaftliche Organisationen mit mittlerem, und Kulturorganisationen mit geringstem Einfluß. Bei Angehörigen von Fabriken wird die Größe der Fabrik berücksichtigt. An Beispielen wird die Hierarchie der Institutionen, wie sie vom Machonin-Kollektiv aufgestellt worden ist, deutlicher: *Institutionen mit größtem Entscheidungsspielraum* sind das Zentralkomitee der Partei, der Regierungsvorsitz, einzelne Ministerien, die zentralen Leitungen des Fernsehens, des Films, der Nachrichtenagenturen, der Gewerkschaften, die Generaldirektion der Schwerindustrie usw. *Institutionen mit mittlerem Entscheidungsspielraum* sind die Kreiskomitees der Partei, der Polizei, Milizen, Staatsanwälte, höhere Offiziere, regionale Konzernleitungen, nationale Verlage, Institute der Akademie der Wissenschaften, Dekanate, Zentralkomitees der nicht kommunistischen Parteien usw . . . Der dritten Gruppe gehören Organisationen der Partei, Polizei usw. an, die vorwiegend regionalen Einfluß auf Städte und Gemeinden ausüben, sowie Betriebsleiter von Betrieben über 2500 Angestellten, Redaktionen von regionalen Zeitungen, Museen, kleinere Verlage, Fakultäten, regionale Organisationen der Gewerkschaften usw. Der Gruppe von *Institutionen mit geringstem Einfluß* gehören rein lokale Organisationen an: Stadtleitung der Polizei, kleinere Industriebetriebe, Transportbetriebe, Traktorenstationen, Staatsfarmen, Verkaufsstellen, Kreismuseen, Verwaltung der Kinos, Zentralräte der lokalen Organisationen, Fabrikräte der Gewerkschaften. Entscheidend für die Position in der ›Machtskala‹ ist also der Beruf sowie die Stellung der Institution, in der er ausgeübt wird.

An Hand der von Machonin entwickelten Skala der Partizipation an der Macht ergibt sich für 1967 folgende Verteilung: 0,8% haben den höchsten Einfluß, 2,5% gehören der zweiten, 9,4% der dritten, 19,5% der vierten, 30% der fünften und 37,8% der niedrigsten Stufe der Macht-

beteiligung an. Dabei überwiegt in den ersten vier Kategorien der Einfluß der Intellektuellen, die dementsprechend in den beiden Kategorien des niedrigsten Machtanteils am schwächsten vertreten sind[67]:



Insgesamt werden 61% der Bevölkerung festgestellt, die lediglich Adressaten der Macht sind. Unter den ökonomisch nicht aktiven liegt diese Ziffer sogar bei 74,9%[68]. Die Skala mißt jedoch nicht die absolute Macht der Parteibürokratie. Sie erfaßt vielmehr die Transmission der Macht in der total organisierten Gesellschaft, in die jeder einzelne bereits durch seine Berufstätigkeit systematisch eingegliedert ist.

In der Machoninschen Machthierarchie tauchen im Gegensatz zur Statuspyramide unter den höchsten Merkmalsklassen auch Arbeiter auf. Wenngleich die Intelligenz auch hier überwiegt, so ist dies doch eine Bestätigung für die These, daß nicht bildungsspezifische sondern politische Mechanismen für die Rekrutierung in leitende Funktionen maßgebend sind. Erst in der Gesamtanalyse der Oberschicht, in die auch die Statuspositionen eingehen, wird der Unterschied zwischen Intelligenz und Arbeitern wieder deutlicher.[69] Die Oberschicht wohnt allgemein in Großstädten oder in Bezirken mit intensiv wachsender Industrie. Sie ist im Öffentlichen Dienst, in Organisationen, in der Armee oder im Kulturbereich beschäftigt. Ihrer Ausbildung nach ist sie eine Schicht von fachlich qualifizierten Angestellten, von denen mehr als die Hälfte Universitäten oder Hochschulen und ein Drittel höhere Fachschulen besucht hat. Ihr Status sinkt in keinem Fall unter die dritte Stufe der Statushierarchie. Die Mehrheit dieser Schicht genießt den höchsten Status, den höchsten Lebensstandard, sowie den höch-

sten Einfluß und Machtanteil. Sie gehört der KPČ an und erfüllt Parteifunktionen.

Bislang gab es nur sehr wenige Versuche, die Parteioligarchie quantitativ zu erfassen. Vladimir Skalsky[70] versucht, die Bürokratie sowie die Machtelite numerisch zu bestimmen. Seine Analyse geht nicht vom Status, sondern von der Funktion einzelner Gruppen der Bürokratie aus. Das statistische Jahrbuch[71] nennt die Kader der Wirtschaft:

Tabelle VIII

Direktoren und deren Stellvertreter	14085
Führungskräfte in Unternehmen	36262
Führungskräfte von Produktionsbetrieben	28997
Meister	92773
Ingenieure und technische Kader	298000
Beamte	193000

Direktoren, wie deren Stellvertreter und die Führungskräfte der Wirtschaft, bilden für Skalsky das Potential der Wirtschaftsbürokratie, während alle übrigen Kader in hierarchischer Rangfolge niedere bürokratische Funktionen erfüllen.

Die politisch entscheidenden Teile der Bürokratie finden sich jedoch vor allem in den Bereichen, die die Disziplinierung des Apparates in seiner Gesamtheit sichern. Zu diesem politisch mächtigen Teil der Verwaltung zählen die Nationalausschüsse, die Gerichte, die Staatsanwaltschaft, die Gefängnisverwaltung und die Polizei. Laut statistischem Jahrbuch gehören diesem Zweig der Verwaltung 109 000 Personen an. Dazu muß das Personal der Polizei (mindestens 50 000), der Berufssoldaten (ca. 30 000), der politischen Polizei addiert werden.

Wenigstens 22 000 weitere Angestellte und Funktionäre sitzen im Parteiapparat, in den Gewerkschaften, in den Jugend- und Frauenverbänden. Einen politisch weniger wichtigen Teil stellt die Kulturbürokratie dar.

Insgesamt üben nach den Berechnungen Skalskys von allen Beschäftigten mindestens eine Million nebenbei oder hauptberuflich bürokratische Funktionen aus, während dem eigentlichen Apparat etwa 1/4 Million Bürokraten angehören.

Skalsky macht in seiner Arbeit einen Unterschied zwischen Bürokratie und Machtelite (nur die letztere kommt dem Begriff der politischen Bürokratie, der Parteioligarchie, nahe). Während die Gesamtbürokratie zahlenmäßig sehr umfangreich ist und einen großen Teil der nicht manuell Tätigen erfaßt, ist der politisch entscheidende Kern numerisch sehr klein. Zu ihm gehört das Präsidium des ZK, die Sekretäre des ZK, die Minister einiger wichtiger Ressorts und Personen an der Spitze wichtiger Organisationen wie der Gewerkschaften, der Armee, der Polizei, des höchsten Ge-

richtes, der Volksmiliz, der Nationalversammlung u. ä. Da ›verdiente‹ Politiker der Partei häufig mehrere Funktionen zugleich ausüben, kommt Skalsky zu dem Schluß, daß die Zahl der Träger absoluter Macht zwischen 25 und 45 Personen liegt, also keineswegs alle Mitglieder des Zentralkomitees, alle Minister usw. umfaßt.
Wir hatten vorher als Spitzenverdiener 0,25% der Beschäftigten ausgemacht (d. h. ca. 28 000 Personen). Die Hälfte davon sind Spitzenfunktionäre der Wirtschaft, nämlich die 14 085 Direktoren der Unternehmen[72]; die andere Hälfte, noch einmal 14 000, sind im Staats- und Parteiapparat sowie in Kultur und Forschung beschäftigt.
Die nominelle Höhe der Gehälter der Spitzenverdiener sagt jedoch wenig über die Privilegien der Bürokratie aus, die aus allen ›sozialistischen‹ Ländern in ähnlicher Form bekannt sind.
In der ČSSR wurde 1968 mitgeteilt, daß Novotny auf den Sitzungen des Präsidiums des ZKs regelmäßig politische Loyalitätsprämien verteilte. Neben den Nominaleinkommen und den nichtzuversteuernden Spesen (zu denen Dienstwagen und Chauffeur gehören) erhielten die Mitglieder der Oligarchie in Spezialläden einen Teil des Warenangebots verbilligt oder kostenlos – was unter anderen Produktionsverhältnissen einem Tribut in Naturalien entspräche. Jeder Versuch eines Ansatzes zu politischer Opposition wird heute mit dem totalen Verlust aller Privilegien geahndet (einschließlich dem des Nominalgehalts). Dem heutigen Vorsitzenden des Vorbereitungsausschusses zur Gründung eines tschechischen Schriftstellerverbandes, Kainar, wurde z. B. angedroht, daß er im Falle mangelnder Loyalität sofort 200 000 Kčs zurückzahlen müsse, die er aus dem Fonds des Schriftstellerverbandes erhalten hatte, und zugleich sein Monatsgehalt von 8000 Kčs verlöre.[73]

3. Die Privilegien der Bürokratie im internationalen Vergleich

In der UdSSR gab es lange Zeit Nullkonten für Angehörige der politischen Bürokratie, von denen sie jederzeit jede beliebige Summe abheben konnten. Nach 1945 bekamen die Angehörigen der sich entwickelnden DDR-Bürokratie aus der UdSSR Lebensmittel, um die Versorgungsschwierigkeiten zu überbrücken: »Je nach Rang erhielten die Bürokraten große oder kleine Pakete mit Seiden- oder Wollstrümpfen, mit Butter oder Schweineschmalz« usw.[74] Für Sport, Urlaub und Krankheit schuf sich die Spitzenbürokratie besondere Orte, wo sie abgeschirmt in Luxus leben kann, während sie nach außen den Schein der Gehälternivellierung aufrecht erhält. Objektiv allerdings ist mit der Industrialisierung ein gewisser Ausgleich eingetreten: Während unter Stalin das Verhältnis von

Durchschnittseinkommen der Bevölkerung zum Realeinkommen der Bürokratie auf 1:200 geschätzt wurde, gibt Solschenizyn heute dieses Verhältnis mit 1:32 an.

In der DDR erhält der Generaldirektor eines VVB einschließlich der Prämien etwa 40-50 000 MDN im Jahr. Die Höhe des monatlichen Nominallohnes, der zwischen 2 200 und 3 500 MDN liegt, richtet sich nach der Größe des Betriebes. Das Durchschnittseinkommen eines Arbeiters liegt bei 750 MDN, so daß sich wie in der ČSSR ein Verhältnis der Nominalgehälter von ca. 1:4 ergibt. Die Gehälter von Ministern und Staatssekretären liegen über denen der Wirtschaft. Sie betragen ca. 3000 MDN plus monatlichen Aufwandsentschädigungen von 1000 MDN.[75] Der Ministerpräsident erhält 5000 MDN.[76]

Aus Ungarn wurden folgende Relationen bekannt:

Tabelle IX

Position	Lohn im Verhältnis zum Durchschnittseinkommen eines Arbeiters	eines Angestellten
Führungskräfte	250–300	
Abteilungsleiter	150	
Angestellte		
mit Hochschulabschluß		170
mit Oberschulabschluß		140
Facharbeiter		122

Konkret bedeutet das jedoch für Spitzenpositionen, daß ein nicht qualifizierter Arbeiter, ein Angestellter oder eine Verkäuferin ca. 1200 Forint verdient, ein Ingenieur dagegen 4-8000, ein Universitätsprofessor 5-10 000 und ein Ministerpräsident 15 000 Forint.[78]

In Polen liegt diese Spanne vom Arbeiterlohn zum Nominalgehalt des Ministerpräsidenten bei 1200 zu 50 000 Zloty; in Rumänien bei 500 zu 10 000 Lei, und in Bulgarien bei 60 zu 1000 Lev.[79]

Die Oberschicht nimmt von Jahr zu Jahr zu und vergrößert ihre Ansprüche. In der Tschechoslowakei verdienten 1959 über 4000 Kčs. nur 0,1%, 1964 0,2% und im Mai 1968 bereits 1,17%.

In Ungarn verdienten 1955 monatlich über 3000 Forint 0,4%, 1958 1,2%, 1964 4,4% – während es heute bereits private Geschäftsleute gibt, die bis zu 900 000 Forint jährlich Steuern zahlen[80], während 25% der Bevölkerung monatlich unter 800 Forint verdienen.[81] In Polen verbreiterte sich diese einkommensmäßig am höchsten liegende Schicht im Zeitraum 1956 bis 1964 von 0,2 auf 1,3%.[82]

Die Privilegien der internationalen wie der nationalen Bürokratie wurden während der Reformen nur unzureichend in Frage gestellt. Durch ihre Konzessionsbereitschaft konnte die Parteileitung die radikale Kritik

vorläufig integrieren. Diejenigen Intellektuellen und Arbeiter, die die Herrschaftsmechanismen grundlegend in Frage zu stellen bereit waren, haben aber eine Perspektive freigelegt, die sich grundlegend von den Konzessionen und Reformen der Techno-Bürokratie unterscheidet.

III. Die Arbeiterräte in der ČSSR

1. Zum Charakter des Neuen Ökonomischen Systems (NÖS)

Obwohl der Anteil des konstanten und variablen Kapitals an der Produktion ständig zunahm, ging die Produktivität, also die Effektivität der Investitionen in der ČSSR ständig zurück. Das Nationaleinkommen, d. i. die Summe der in der Produktion neu geschaffenen Werte, stagnierte. Bei einem Wachstumsanteil der extensiven Faktoren von 270,7% im Zeitraum von 1961-1965 hatten intensive Faktoren einen negativen Wachstumsanteil von - 170,7%. 1964 betrug der Anteil der intensiven Faktoren sogar - 215,03%.[83] Eine Steigerung der Produktion wurde vor allem durch die erhöhte Beschäftigtenzahl erreicht.
Angesichts dieser Stagnation verabschiedete der XIII. Parteitag der KPČ 1967 die Einführung des Neuen Ökonomischen Systems (NÖS). Der Krise sollte begegnet werden mit »der Objektivierung der ökonomischen Effektivitätskriterien der Unternehmenstätigkeit, die einen Druck auf rückständige Unternehmen ausüben und Raum für die Entfaltung der progressiven Unternehmen schaffen; einer wesentlichen Erhöhung der materiellen Verantwortung der Unternehmen für die Effektivität der Investitionen, der Finanzierung der Unternehmensinvestitionen aus ihren eigenen Mitteln und aus Krediten, die sie abzuzahlen haben; dem Druck des Weltmarktes und des Binnenmarktes auf die Produktion; dem Übergang zu einem elastischen System der Preis- und Lohnregelung.«[84]
Dabei war es nicht das Ziel der Reformen, das politische und ökonomische System in Frage zu stellen – weder im Sinn einer Restauration des Kapitalismus noch im revolutionären Sinn einer politischen Revolution. An der den Arbeiterräten zugedachten Stellung läßt sich die technokratische Borniertheit der Sikschen Reformpläne am ehesten aufzeigen. Die Arbeiterräte sollten nach der Konzeption der Parteispitze keine »gesellschaftlichen Organisationen« sein, sie sollten nur das Unternehmen repräsentieren, ohne an die »unteilbare Autorität und Vollmacht der führenden Mitarbeiter bei der Leitung der Unternehmen« zu rühren.[85] Das Streben nach wirtschaftlicher Effizienz, nach Steigerung der Produktivität war der einzige Grund für den Beschluß, Arbeiterräte einzuführen. Erst im Jahre 1968 ist die Einführung von Arbeiterräten überhaupt öf-

fentlich diskutiert worden. Bei der Auseinandersetzung über die Einführung des Neuen Ökonomischen Systems ein Jahr zuvor standen die Arbeiterräte überhaupt nicht zur Debatte. Im Aktionsprogramm der KPČ hieß es damals: »Die ökonomische Reform wird ständig mehr ganze Arbeitskollektive sozialistischer Unternehmen in eine Lage führen, in der sie unmittelbar die Folgen sowohl guter als auch schlechter Leitung der Unternehmen zu spüren bekommen. Die Partei hält es daher für unerläßlich, daß das ganze Arbeitskollektiv, das die Folgen zu tragen hat, auch auf die Leitung des Unternehmens Einfluß nehmen soll.«[86] So verstanden, läßt die Mitverantwortung der Arbeiter kaum Spielraum für eine politische Interpretation ihrer Entscheidungsrechte übrig. Das einzelne Unternehmen wird vielmehr nur vor direkten Interventionen der Bürokratie geschützt: es soll sich nur noch auf die dem Betrieb immanenten Kräfte stützen. Der Staat hört auf, Garant der Vollbeschäftigung zu sein: die Opposition entlassener Arbeiter z. B. kann sich nur noch gegen die Leitung des Betriebes richten, an der die Arbeiter selbst beteiligt sind. Die Bürokratie will die Entlassungen nicht allein verantworten. Ein Mitglied des Wirtschaftsministeriums sagte den Journalisten der französischen Zeitung *L'Exprès*: »Die Vollbeschäftigung ist eine Fiktion, die wir geschaffen haben, an die wir gewöhnt sind und die uns heute an der Lösung unserer Probleme hindert.«[87]

Die technokratische Reformkonzeption konnte folglich die Ausbeutung der Arbeiter nur verstärken. Der Charakter der Arbeitskraft als Ware wäre wieder offenbar geworden. Die Ausübung ökonomischen Drucks auf die Arbeiterklasse durch das Management versprach den Interessen der Bürokratie eher gerecht zu werden als neue Interventionen in die Unternehmensleitungen durch die zentralen Planungsinstanzen. Die Erfahrung hatte gezeigt, daß sowohl die Arbeiter als auch die Manager in der Lage waren, derartige Interventionen wirkungsvoll zu umgehen: Vom Aufstellen »weicher Pläne«, der Bildung von Reservoiren für den Schwarzmarkt, der Verteilung von Prämien ohne Rücksicht auf die Planerfüllung bis zum Fehlen jeglicher Arbeitsdisziplin auf allen Ebenen der Betriebe, zum passiven Widerstand und zu permanenten Bummelstreiks läßt sich ein ganzer Katalog an Abwehrmaßnahmen aufstellen, an denen sich der indirekte Klassenkampf zwischen Arbeitern und Bürokratie, Management und Bürokratie sowie Arbeitern und Management messen läßt. Die Bürokratie sah keine Möglichkeit, diese Abwehrmechanismen unter ihre Kontrolle zu bringen. Zugleich drohte die andauernde Krise, die die Konsummöglichkeiten der Bevölkerung mehr und mehr schrumpfen ließ, zur Entstehung einer breiten Opposition zu führen. In dieser Lage zog die Parteispitze eine kontrollierte Reform vor, um die Interessen der Bürokratie zu wahren.

2. *Die Stellung der Arbeiter zur Arbeiterselbstverwaltung*

Die einem Teil der Reformvorstellungen[88] innewohnenden negativen, technokratischen Tendenzen hätten jedoch durch ein Engagement des Proletariats in den Arbeiterräten leicht überwunden werden können. Es ist daher notwendig, die Bewegung der Unternehmensräte empirisch zu belegen, um die These der widersprüchlichen Tendenzen innerhalb der Reformbewegung erneut zur Diskussion zu stellen.

Es wurde bereits angeführt, daß in der Auseinandersetzung, mit der die ökonomische Reform vorbereitet wurde, von der Einführung der Arbeiter-Selbstverwaltung keine Rede ist. »Der Manager, der von den Staatsorganen bestimmt wird, bleibt der Grundpfeiler des Leitungsapparates. das technokratische Managementkonzept überwog, da die herrschende Ideologie ein Selbstverwaltungsmodell nicht zuließ – aber unter veränderten Bedingungen zeigte sich, daß die Mehrheit der Autoren mit einer solchen Lösung nicht übereinstimmte.«[89] Nach Kosta blieben zwar genug Anhänger der Technokratie übrig, aber der progressivere Teil der Ökonomen legte seine Konzeption erst dar, als in der Presse eine Öffentlichkeit hergestellt worden und als die Unterstützung durch die Bevölkerung gesichert war. Erst unter dem Druck der öffentlichen Diskussion konnten verschiedene Konzeptionen veröffentlicht werden, wie z. B. die der Gewerkschaften oder einzelner Betriebe.[90]

Noch im April 1968 hieß es: »Es wird das Bedürfnis nach demokratischen Organen entstehen, die bestimmte Machtvollkommenheiten bezüglich der Leitung der Betriebe besitzen.«[91] Zu dieser Zeit gab es jedoch in den Betrieben bereits Initiativkomitees zur Gründung von Arbeiterräten. Im Mai 1968 waren bereits 70% aller bis zum Februar 1969 gegründeten Komitees vorhanden.[92]

Obwohl die Gründung der Räte nicht auf eine Initiative der Arbeiter zurückgeht, fand die offen geführte Diskussion über die Demokratisierung der Betriebe und des Staates eine breite Basis in der Bevölkerung. Die ersten Erfahrungen mit den Arbeiterräten spiegeln noch das festgefahrene Mißtrauen gegenüber von oben verordneten Änderungen wider. »Während in einer Umfrage im Juli 1968 die Gründung von Arbeiterräten von 53% der Gesamtbevölkerung positiv eingeschätzt wurde, setzten sich im März 1969 bereits 59% für die Gründung von Räten ein. Da in der Slowakei Arbeiterräte erst später (und insgesamt weniger) gegründet wurden, setzt der Lernprozeß zu verschiedenen Zeiten ein: In Böhmen und Mähren sprechen sich 1969 62% für Arbeiterräte aus, während es in der Slowakei erst 51% sind.«[93] Entsprechend geht auch die von Anfang an sehr geringe Zahl derer zurück, die diese Räte ablehnen: 1968 10%, 1969 in allen Teilen der ČSSR nur 3%.

Noch positiver fiel das Ergebnis einer Umfrage in vier Prager Betrieben Ende Juni 1968 aus: Es zeigte sich, daß 74% der Arbeiter sich von der Einführung eine Besserung versprachen, nur 5% keine Änderung erwarteten und nur 1% die Arbeiterräte überhaupt ablehnte, während knapp 3% eine Verschlechterung befürchteten.[94] Insgesamt repräsentierten die Arbeiterräte ca. 800 000 Beschäftigte. Bis zum ersten Dezember 1968 wurden 78 Arbeiterräte gegründet. Anfang 1969 waren es bereits 120, und Mitte 1969 nach unvollständigen Schätzungen ca. 300[95], davon ca. 73% in der Industrie, 12% im Bauwesen, 6% in der kommunalen Wirtschaft, 4% in der Gastwirtschaft, 4% in der Landwirtschaft und 1% im Transportwesen.[96] Das Schwergewicht der Räte liegt also in der Industrie, in der sie mit 55% ein Übergewicht im Maschinenbau haben. Auf die Konsumgüterindustrie entfielen 20%, auf die Lebensmittelindustrie 10%, auf die Chemie 9% und auf die Energie- und Kohleförderung je 3% der Räte, die im industriellen Bereich gegründet wurden.[97]
Die Einstellung der Arbeiter zu den Arbeiterräten richtete sich weitgehend nach deren Aufgabenbereich. Da die Kompetenzen noch diskutiert wurden, blieb ein Teil der Arbeiter den Räten gegenüber indifferent: Einige Untersuchungen nennen mehr als 33% der Arbeiter.[98] Dennoch haben die Arbeiter konkrete Vorstellungen von den Aufgaben eines Arbeiterrates entwickelt, die zum Teil von denen der übrigen Teile der Bevölkerung abwichen. Sedlaček konfrontiert die Vorstellung der Arbeiter über die wichtigsten Aufgabenbereiche der Räte mit denen der Öffentlichkeit.[99]

Tabelle X

	Öffentlichkeit insgesamt	davon: Arbeiter des untersuchten Betriebes
Geforderte Aktivitäten:	%	%
1. Verbesserung der Leitung	49,0	47,0
2. Qualität der Produktion	37,0	37,0
3. Fürsorge um die Arbeitenden	34,0	40,5
4. Selbständigkeit des Unternehmens	33,0	22,5
5. Kaderänderungen	31,0	32,5
6. Effektivität	30,0	22,5
7. Lohnänderungen	27,0	33,0
8. Arbeitsbedingungen	22,0	29,0
9. Vorratsplanung, Versorgung	16,0	19,5
10. Investitionen	7,0	4,0
11. Gewinnverteilung	11,0	13,5
12. Export	6,0	4,5

Während sowohl die Gesamtbevölkerung wie auch die Arbeiter die Verbesserung des Leitungssystems für notwendig hielten, vertrat die Öffent-

lichkeit in der Forderung nach genügend Produkten (Effektivität) eher den Standpunkt des Konsumenten. Dazu kam in der Frage der Unabhängigkeit der Unternehmen eine deutlich antibürokratische Haltung. Für die Arbeiter aber war die Fürsorge um die Beschäftigten vorrangig. Der bloßen Effektivität wurden von Seiten der Arbeiter Kader- und Lohnänderungen vorgezogen – demgegenüber war die Unabhängigkeit der Betriebe für die Arbeiter zweitrangig.
Im Einzelnen wurden in den Sitzungen von 103 Arbeiterräten folgende Fragen am häufigsten auf die Tagesordnung gesetzt[100]:

Tabelle XI

Gegenstand	Häufigkeit
1. Langfristiger Produktionsplan und Jahrespläne des Unternehmens	3058
2. Langfristiger Wirtschaftsplan der Unternehmen und Betriebe	3000
3. Investitionspolitik des Unternehmens	2981
4. Jährliche Berechnung des Produktionsplanes des Unternehmens	2874
5. Konzeption u. Berechnung der Finanzpolitik des Unternehmens	2854
6. Handelspolitik des Unternehmens	2757
7. Plan der technischen Entwicklung des Unternehmens	2738
8. Jahresbilanz, Verteilung der Bruttoeinkünfte und Gewinne	2718
9. Plan der jährlichen Investitionen	2612
10. Beurteilung der beruflichen Qualitäten der Direktoren und ihrer Mitarbeiter	2602

Die Arbeiterräte verstanden sich offenbar als Organe, die in ihrer Tätigkeit vor allem die bisherige Leitung des Betriebes ersetzten. Tatsächlich wurden aber nur in 6 Betrieben die alten Direktoren abgesetzt und die Leitung der Fabrik durch Wahl bestimmt.
Angesichts der spezifischen Aufgabe der Räte, Unternehmerfunktionen zu erfüllen, auf die sie nicht vorbereitet waren, schlossen die Arbeiter entweder ein Bündnis mit den mittleren Ingenieurkadern oder entwickelten eigene Konzepte zur Kontrolle der Technokratie. Während in der Mehrheit der Räte das Bündnis mit den Technikern geschlossen wurde, entwikkelte z. B. der Betrieb Wilhelm Pieck in Prag ein System der zeitlich befristeten Anstellung von Spezialisten, die im Arbeiterrat nur beratende Funktion hatten.[101]
Initiatoren der Arbeiterräte in den Fabriken waren vor allem die Gewerkschaften, die in den Initiativkomitees mit 65% vertreten waren. Die KPČ war mit 17,2%, die Betriebsleitung mit 12,6%, die Techniker mit 3,4% und einzelne Gruppen von Arbeitern nur mit 1,2% der Delegierten vertreten. Nach den Wahlen zu den Betriebsräten verschob sich dieses Verhältnis[102]:

Tabelle XII

	Industrie (%)	andere Branchen (%)	Insgesamt (%)
Arbeiter	21,9	36,6	24,3
Techniker	73,3	58,1	70,3
Angestellte	4,8	5,2	5,4
	100	100	100

In den Räten waren die Arbeiter zwar zahlreicher als in den Initiativkomitees vertreten, sie wählten aber, obwohl sie $^2/_3$ der Wähler darstellten, in der Mehrzahl Techniker. Die langjährige Entpolitisierung der Arbeiterklasse durch den Stalinismus war so umfassend, daß die Arbeiter ihre politische Chance in den Räten noch nicht wahrnahmen. Auch sie sahen in ihnen noch reine Organe zur Unternehmensleitung.

Nach ihrem Status und nach ihrer Ausbildung wären die mit den Stimmen der Arbeiter in die Räte gewählten Techniker am ehesten der ›neuen Klasse‹ der Technokratie zuzurechnen; es liegt nahe, daß sie leicht zum Transmissionsriemen des Managements hätten werden können. Auch wenn eine solche Tendenz langfristig nicht völlig auszuschließen ist, muß für die Tschechoslowakei 1968 die Wahl von mittleren Ingenieurkadern anders interpretiert werden. Die stalinistische Propaganda hatte sich jahrzehntelang bemüht, eine Spaltung zwischen Intelligenz (Intelligentsia) und Proletariat herzustellen. Aber schon die Daten über die Sozialstruktur der ČSSR haben gezeigt, daß über 90% der Bevölkerung – Techniker, Arbeiter und Angestellte – unter materiellen Bedingungen leben, die einander sehr ähnlich sind. So führte die gemeinsame Erfahrung, insbesondere nach der Intervention, zu einer breiten Solidarisierung in den Fabriken.

Weit akuter war jedoch eine andere Folge der Entpolitisierung durch den Stalinismus: Die Arbeiter waren zwar 1968 politisch interessiert und engagiert, hatten jedoch das Bewußtsein ihrer eigenen Stärke als Klasse noch nicht wiedergewonnen. Zu sehr an die Bevormundung durch die Partei gewohnt, wurden sie nur sehr allmählich wieder handlungsfähig. Die Reformpläne 1968 konnten dieser relativen Handlungsunfähigkeit der Arbeiter nicht abhelfen, da sie sich noch immer an das alte Schema der Bevormundung der Arbeiter[103] hielten. So beteiligten sich die Arbeiter erst nach der Intervention an kleineren, spontanen Widerstandshandlungen, waren jedoch nicht in der Lage, den Widerstand allein, auf sich selbst gestellt, gegen die Entscheidung der Partei aufzunehmen.

3. Die Einstellung des Managements zu den Arbeiterräten

Das Institut zur Ausbildung leitender Arbeitskräfte für die chemische Industrie führte im August 1968 eine Umfrage unter Direktoren, deren Stellvertretern und sogenannten Kaderreserven über ihre Ansichten zur Selbstverwaltung durch.[104] Die Ergebnisse dieser Untersuchung zeigen, daß die Mehrheit der Manager sich für die Einrichtung von Arbeiterräten aussprach. Allerdings wich ihre Vorstellung von der Kompetenz der Räte von den Vorstellungen der Arbeiter wie der Gewerkschaftsfunktionäre ab. Sie lief letzten Endes darauf hinaus, die Arbeiter wirksam in das technokratische Modell zu integrieren.

Tabelle XIII
Auf die Frage „Glauben Sie, daß es richtig ist, Arbeiterräte einzurichten?" antworteten führende Wirtschaftsleiter:

a entschieden richtig	27,76%
b eher richtig	28,33%
c bin mir nicht sicher	18,70%
d eher nicht	18,41%
e entschieden nicht	6,80%

Vergleichen wir diese Zahlen noch einmal mit den früher angeführten: Den 56% der Manager, die sich im August 1968 positiv für die Arbeiterselbstverwaltung aussprachen, stehen Werte der Gesamtbevölkerung von 53% (Juli 1968) und der Prager Arbeiter von 74% (Juni 1968) gegenüber. Demgegenüber traten Gewerkschaftsfunktionäre[105] zu nahezu 80% für die Arbeiterselbstverwaltung ein. Im Gegensatz zu den Gewerkschaftsfunktionären stellten sich fast 70% der Manager die Mitbestimmung folgendermaßen vor: »Eine qualifizierte Lösung aller konzeptuellen und operativen Probleme können vor allem die Wirtschaftsfachleute garantieren. Die Beteiligung des Arbeitenden an der Leitung hat jedoch einen bestimmten Einfluß auf die Zufriedenheit der Beschäftigten, auch wenn sie eigentlich nur die Wirtschaftsleitung ergänzt.« Diese Konzeption vertraten auch 17% der befragten Gewerkschaftsfunktionäre.[106] Dagegen fand die Auffassung, daß über die wichtigen Fragen des Unternehmens die Arbeiter selbst zu entscheiden haben und die Leitung des Betriebes nur ein ausführendes Organ sei, eine Mehrheit unter den Gewerkschaftern: sie vertraten sie zu 37% gegenüber 13% der Manager. Die etwas abgeschwächtere Form »Es ist angemessen, eine maximale Beteiligung der Arbeitenden vor allem an der Vorbereitung, Durchführung und Kontrolle der operativen Tätigkeit des Betriebes zu sichern« fand unter den Gewerkschaftern 30% und unter den Managern 11% Anhänger.[107]
Die zuletzt angeführte Auffassung taucht auch im Gesetzentwurf der Ge-

werkschaften über die Arbeiterräte auf. Es ist bemerkenswert, daß die Mehrheit der Gewerkschaftsfunktionäre eine radikalere Vorstellung von den Arbeiterräten hatte, als die Gewerkschaftsführung. Der Gewerkschaftsentwurf stellt also offensichtlich einen Kompromiß zwischen den Gewerkschaftsmitgliedern der Grundorganisationen und der zentralen Gewerkschaftsbürokratie dar. Die integrationistische Variante, die vor allem von den Managern vertreten wurde, »ist praktisch die Ausnutzung der Methode der ›menschlichen Beziehungen‹ (human relations), deren Sinn es ist, in den Unternehmen eine angenehme soziale Atmosphäre herzustellen und durch Manipulation eine Verblendung der Leute zu ermöglichen«[108]. Die widersprüchlichen Tendenzen in der Bewegung der Selbstverwaltung waren also 1968 bereits offenbar. Es gab in den Gewerkschaften aber auch Kräfte, die die Gefahren sahen.

4. Die Liquidierung der Arbeiterräte

Trotz der technokratischen Tendenzen kam den Arbeiterräten eine besondere Widerstandsfunktion zu: Die Arbeiterklasse wurde neben den Studenten zum Hauptträger spontaner Widerstandsaktionen.
Die Selbstverwaltung wurde nach der Intervention 1968 als Auflösung der Machtverhältnisse des bürokratischen Zentralismus verstanden: »Der Hintergrund der Selbstverwaltung ist nichts anderes, als die Verlagerung der Macht vom Zentrum in relativ selbständige gesellschaftliche Einheiten, in denen sich die Macht dadurch minimiert, daß ein und dieselben Personen die Subjekte der Macht und zugleich ihre Objekte sind.«[109] Sie wurde somit zur Basis des Widerstandes der Arbeiter: Während bis August 1968 erst 15% der Arbeiterräte gegründet waren und die Gründung der übrigen in Initiativkomitees vorbereitet wurde, entstanden die übrigen 85% nach der Intervention.[110] Sie arbeiteten, bis sich die »Konsolidierung« in den Gewerkschaften abzeichnete, mit diesen zusammen, versuchten jedoch bereits im November 1968 Basiskoordinationskomitees zu gründen, um die zentralen Gewerkschaftsstrukturen zu umgehen und zusammen mit den Studenten Aktionen vorbereiten zu können.[111] Nach einem Jahr mußten diese Organe wieder aufgelöst werden, da ein Teil der Arbeiter für den Fall weiterer oppositioneller Aktivität mit dem Verlust des Arbeitsplatzes bedroht wurde. Der andere, kontinuierlich weiterarbeitende Teil war von Mitgliedern der politischen Polizei durchsetzt. Um eine nationale Koordination zu gewährleisten, wurde bereits in einer Beratung der Vertreter der Räte in Plzen (Pilsen) am neunten und zehnten Januar 1969 die Schaffung eines gemeinsamen zentralen Koordinationsgremiums der Arbeiterräte vorgeschlagen.[112]

Aufgelöst wurden die Arbeiterräte erst im Sommer 1970 – aber bereits im Dezember 1969 heißt es in einem Bericht des ZK, daß die »sehr großzügigen Kompetenzen der Räte die Position und die Möglichkeiten einer durchgreifenden Arbeit der Leitungen und Unternehmen geschwächt haben . . . weil die Räte in ihrer großen Mehrheit (in gewissen Fällen bis zu 90%) aus Arbeitern der Betriebe bestanden«[113]. An den Räten wird weiter kritisiert, daß sie die Macht der zentralen Organe tatsächlich aufheben wollten und sich nicht nach und nach als bloße Mitbestimmungsorgane wie in Polen 1956 integrieren ließen: Im Bericht des ZK heißt es, daß »die Aktivität der Räte sich je nach der politischen Situation änderte« und »die Verwirrung in der allgemeinen Orientierung in manchen Fällen zu extremistischen und anarchistischen Tendenzen geführt habe, wobei manche Räte so weit gegangen sind, daß sie zu Mitteln griffen, die die Schwächung der Rolle der Partei bezweckten.«[114]

Die Losung »Alle Macht den Räten« wird einfach konterrevolutionärer Propaganda zugeschrieben[115], »die Einschleppung von Losungen über die Demokratisierung der Produktion ist eine revisionistische, antisozialistische, gegen die Gesellschaft gerichtete Tätigkeit«[116].

Offensichtlich heißt es auch für die Partei Opfer bringen, wenn sie ihre führende Rolle aufrechterhalten und die Oligarchie ihre Herrschaft wieder stabilisieren will: »Die rechtsopportunistischen Kräfte predigen die Selbstverwaltung und das Absterben des Staates, was im besten Fall nur ein sehr fernes Ziel sein kann. Im Augenblick würde die Selbstverwaltung und die große Verantwortung, die sie mit sich bringt, den Arbeitern zu viel Zeit und zu viel intellektuelle Energie nehmen, sie würde sie damit ihrer Freizeit berauben, die sie brauchen. Wir werden uns daher opfern, um diese undankbaren Aufgaben an ihrer Stelle zu übernehmen.«[117]

Aus diesem Grund soll die Reform unter dem Motto: ›Mangel an Kontrolle führt zum Revisionismus‹ fortgesetzt werden.[118] Die Arbeiterräte seien gescheitert und deshalb sei es notwendig zu erklären, »daß kein System, auch nicht das beste, die direkte, organisatorische Führung der Leitenden ersetzen kann . . . Als grundlegendes Prinzip bleibt weiterhin die . . . verstärkte Abhängigkeit des Verdienstes von der Arbeit bestehen. Es müssen jedoch die Leistungsfähigen und schöpferisch Tätigen von denen gesondert werden, die ihre Aufgabe nicht erfüllen. Energisch müssen wir alle Elemente der Spontaneität und der Gleichmacherei liquidieren. Das macht eine Reform des Lohnsystems erforderlich.«[119] Die Bürokratie versucht so, einen Teil der Technokratie zu bestechen, um den Fortgang der Produktion zu gewährleisten.

Den Gewerkschaften kommt eine besondere Disziplinierungsfunktion zu: »Die Gewerkschaften werden offen gegen Unordnung in der Produktion und gegen Disziplinlosigkeit der Arbeit kämpfen.«[120] So zieht Jakeš die

Konsequenz, daß »die Beteiligung an der Gesamtanstrengung der Partei im Sinne der Leninschen Gedanken darin besteht, daß den Leuten zu vertrauen sei und sie in dem kontrolliert werden müssen, was sie tatsächlich tun – darin und nochmals nur darin besteht jetzt der Kern der gesamten Arbeit.«[121] Die Arbeiter werden sich also weiter der »Fürsorge« einer »heilen, von Widersprüchen freien Welt« erfreuen.

Mit zunehmender Kontrolle verstärkte sich aber auch der Widerstand. Wo er nicht offen zum Ausdruck kommen konnte, setzte er sich effektiv im Boykott der Produktion durch, der wiederum die Krise des bürokratischen Systems verstärkt. Der subjektive Einfluß der Intervention auf die Arbeiter wurde in einer Umfrage des Soziologischen Instituts der Akademie der Wissenschaften demonstriert.[122] Auf die Frage »Sie erinnern sich sicher gut an den politischen Frühling des vergangenen Jahres? Wie gefiel Ihnen Ihre Arbeit, als Sie diese Ereignisse durchlebten?« antworteten die Arbeiter eines Großunternehmens im Jahre 1969:

Tabelle XIV

freute mich sehr viel mehr als früher	46,77%
freute mich etwas mehr	20,06%
es kam zu keiner Änderung, auf meine Arbeit hatte es keinen Einfluß	21,00%
die Arbeit machte mir etwas weniger Spaß	4,89%
freute mich viel weniger	3,12%
erinnere mich nicht	4,16%

Auf die folgende Frage »Und wie gefiel Ihnen die Arbeit im Herbst, als wir unter dem Einfluß der Augustereignisse lebten?« reagierten die Arbeiter noch sensibler[123]:

Tabelle XV

viel mehr als vorher	0,94%
um einiges mehr	2,60%
es kam zu keiner Änderung	11,33%
die Arbeit freute mich etwas weniger	14,24%
um vieles weniger	68,09%
weiß nicht, erinnere mich nicht	2,81%

Die Augustintervention hatte auf die Arbeiter einen weit größeren Einfluß als die Reformbewegung selbst. Der Widerstand, mit dem die gesamte Bevölkerung auf die Invasion reagierte, zeigt, wie fundamental heute die Opposition gegen die deformierte Form des Sozialismus ist. Wo sie nicht aktiv zum Ausdruck kommen kann, äußert sie sich indirekt. Die Produktivität ist von den gesellschaftspolitischen Verhältnissen nicht mehr zu trennen; sie wird zum Gradmesser für die Bewußtheit, mit der die Arbeiter ihre Arbeitskraft als Kampfmittel einsetzen. Smrkovsky beschreibt den Umfang dieses Widerstandspotentials: »Weil die Bevölke-

rung die jetzige Politik nicht als die ihre begreift, verhält sie sich dementsprechend. Der Teil der Bevölkerung, der diese Politik unterstützt, beträgt kaum mehr als 10%... Die Anstrengungen der Propagandisten können daran nichts ändern.«[124]

IV. Zum Doppelcharakter der Bürokratie

Wir haben bislang folgende Momente bürokratischer Herrschaft behandelt: die soziale Trennung von Arbeiterschaft und Bürokratie, die Monopolisierung von Entscheidungspositionen durch die Bürokratie, sowie einen Ansatz ihrer Aufhebung in den Arbeiterräten. Im Bündnis von Bürokratie und Technokratie als Reformbürokratie 1968 und in seiner Zerschlagung nach der Intervention kamen die Machtstrukturen der internationalen Bürokratie besonders deutlich zum Vorschein. Sie wurden 1969 von der ›Bewegung der revolutionären Jugend‹[125] wie folgt beschrieben:
»Das System, in dem unsere Gesellschaft lebt, ist nicht sozialistisch, sondern zentralistisch, bürokratisch, autoritär und totalitär. Die Arbeitenden haben keinen Einfluß auf Entscheidungen, die ihr Leben und ihre Arbeit berühren. Die entscheidende politische und ökonomische Macht hat das machtbürokratische Zentrum inne, das international mit den übrigen Zentren verbunden und dem der sowjetischen Bürokratie untergeordnet ist. Das System stützt sich auf die Bürokratie und drückt vor allem ihre Interessen aus: durch ihre soziale Stellung spielt die Bürokratie eine ähnliche Rolle wie im Kapitalismus die Bourgeoisie. Stütze der Bürokratie ist der Parteiapparat, die Partei selbst ist ein Instrument bürokratischer Macht, ebenso wie die Polizei, die Armee, die Gerichte, Massenkommunikationsmittel, Gewerkschaften, abhängige Parteien und Organisationen. In diesen Instrumenten ist der Charakter des Staates als organisierte Gewalt bestimmt. Das bürokratisch-zentralistische System wurde zur Bremse und zum Hemmnis der wirtschaftlichen Entwicklung. In der Verfügung über das, was die Arbeitenden gegen ihren Willen produzieren, liegt der Ansatz der Entfremdung der Arbeiter. Die Ideologie, mit der die Bürokratie ihre Macht rechtfertigt, ist die entstellte und mißbrauchte proletarische Ideologie; ihr Sinn, die reine Machterhaltung, hat nichts gemein mit dem Marxismus . . .«[126]
Wenn es in der Präambel des 1963 verabschiedeten und 1966 neugefaßten Parteistatuts der KPČ heißt, die Partei führe »das werktätige Volk unseres Landes zur Vernichtung der Ausbeuterklassen, zum Sieg des Sozialismus«[127], so wird das Faktische zum Sozialismus erklärt und die proletarische Ideologie zugleich entstellt und mißbraucht.
Historisch war die Bürokratie jedoch nicht in der Lage, ihre Interessen

völlig von denen des Sozialismus zu lösen. Trotz aller Deformationen gibt es in den von ihr beherrschten Systemen noch immer Elemente, die zwar nicht den Sozialismus, wohl aber seine Voraussetzung darstellen. Die Vergesellschaftung des Kapitals, die mit der Verstaatlichung des Großkapitals in der ČSSR bereits unter Beneš begonnen wurde, bleibt die Grundlage jeder Form des Sozialismus. An sie ist die Bürokratie existentiell gebunden.[128] Da ihre Privilegien durch die Struktur ihrer Kontrolle gesichert waren, brauchte sie keine spezifischen Interessen zu entwickeln, sich nicht – wie etwa die Technokratie – zu einer neuen Klasse zu entwikkeln. Die Verharschung der Herrschaftsverhältnisse führte so paradoxerweise zur Wahrung einiger sozialistischer Elemente, die die Autonomie der Bürokratie in dem Maße begrenzen[129], in dem sie zur Aufrechterhaltung ihrer eigenen Privilegien an der Kontinuität der verstaatlichten, zentralen Produktionsweise interessiert sein muß.

Die Bündnisse, die sie mit der Technokratie eingegangen ist[130], haben sich in ihrer Dynamik spätestens 1968 als den Interessen der Bürokratie zuwiderlaufend erwiesen. Sie blieben nur stabil, solange sie keinen politischen Ausdruck fanden, und solange sich die Technokratie von der Bürokratie politisch bevormunden ließ. Denn die Bürokratie »repräsentiert nicht die Technokraten: sie kauft sie«[131]. Die Daten über die Einkünfte des Managements belegen dies, auch wenn diese Einkünfte wesentlich unter denen der Bürokratie liegen. Resultat der bürokratischen Struktur ist, daß die »korrumpierende Einbeziehung der höchstqualifizierten Kader in das System bürokratischer Herrschaft diese in Widerspruch zur Mehrheit der Produzenten (bringt), sie als besondere gesellschaftliche Schicht, als Technokratie (konstituiert), und so der bloßen Stofflichkeit der Qualifikation eine besondere Gesellschaftlichkeit (verleiht)«. An der Qualifikationsstruktur konnten wir jedoch ablesen, daß in der Wahl ihrer Mitglieder die Bürokratie Kriterien der Gefügigkeit anlegt, so daß ein Unterschied zwischen Technokratie auf der einen und Wirtschafts- und Industriebürokratie auf der anderen Seite gemacht werden muß: Technokratische Interessen vertritt nicht jeder, der von der Bürokratie eine Funktion in der Industrieleitung zugewiesen bekommt.

Die zentrale Repräsentation der Technokratie[132] im Parteiapparat bildet den Kern der Reformbürokratie, deren Existenz selbst Ausdruck der Widersprüchlichkeit der Bürokratie ist. Obwohl sich die Bürokratie der Gegensätzlichkeit der Interessen bewußt ist, ist sie nicht in der Lage, auf dieses Bündnis zu verzichten. Sie bleibt auf die technokratischen Kräfte angewiesen, um der Drohung der Revolution zu begegnen, und ist fortwährend zu Reformmanövern gezwungen. Werden diese Reformen gewaltsam unterbunden, so verschiebt sich dadurch die politische und ökonomische Krise nur auf die internationale Ebene.

Die Technokratie kann, wenn sie ihre eigenen Interessen durchsetzen will, zunächst weder auf das Bündnis mit der Bürokratie noch auf das mit den Arbeitern verzichten. Sie muß die Interessen der Bürokratie garantieren, zugleich aber die der Arbeiter besser als die Bürokratie repräsentieren. Ihre Reformen stellen den ersten Schritt einer Revolution dar, die die Bürokratie, ohne es zu wissen, gegen sich selber vorzubereiten hilft.[133] Trotz aller negativen, integrativen Tendenzen sind diese Reformen objektiv ein Fortschritt, solange die Autonomie der Technokratie beschränkter als die der Bürokratie ist: War die letztere nur an die Beibehaltung der Produktionsweise gebunden, so muß die Technokratie auf die Interessen der Arbeiter eingehen, um ihren taktischen Erfolg zu sichern.
Der für eine technokratische Herrschaft im Vergleich zur bürokratischen notwendig größere Freiraum gibt der Arbeiterklasse nach der Phase der Entpolitisierung eine Chance zur politischen Reorganisation. Die Arbeiter als Klasse, als wieder politisch handelndes Subjekt, durchlaufen dabei einen komplizierten Lernprozeß. Sie müssen zunächst die partikularen Interessen der Technokratie durchschauen. In diesem Lernprozeß ist die Überwindung der technokratischen Elemente der Reformen bereits angelegt. Da die bürokratischen Strukturen von der Technokratie in Frage gestellt und aufgehoben werden, kann die partizipative Integration der Arbeiter in den Teilinteressen verfolgenden Herrschaftsmechanismus nur dann »die alte Scheiße« aufheben, wenn die Arbeiter sich in einer sich politisch verstehenden Körperschaft zentraler Räte zusammenschließen und sich gegen Tendenzen der Herausbildung einer neuen Klasse wenden. Die Beteiligung der Arbeiter an der Macht erfährt eine revolutionäre Wendung, wenn die beschränkte Beteiligung zur Arbeiterautonomie ausgeweitet wird, die repräsentativ-parlamentarische Vertretungsorgane nicht mehr nur per Dekret aufhebt, sondern sie historisch überwindet.
Die Aufhebung des Staates als notwendiges Korrelat der Arbeiterautonomie liegt nicht im Interesse der Technokratie. Vielmehr ist der Staat, indem er andere Klassen unterdrückt, der Garant ihrer Privilegien. Die Gefahr der Bildung der neuen Klasse bleibt ebenso aktuell wie die einer Auferstehung der bürokratischen Konterrevolution aus dem alten Apparat.
Die Aufhebung des Staates kann nur in der Arbeiterautonomie beruhen und ihr Resultat sein. Nur so kann der in der Geschichte immer wiederkehrenden Gefahr begegnet werden, daß eine Gruppe »sich als Mittel der Emanzipation des Proletariats (ausgibt) und die Emanzipation desselben als seinen Zweck« verkündet, um dann in absichtlicher Täuschung der einen Seite und in Selbsttäuschung der anderen »die nach ihren Bedürfnissen umgewandelte Welt als die beste Welt für alle auszugeben, als die Verwirklichung aller revolutionären Ansprüche und die Aufhebung aller revolutionären Kollisionen«[134].

Die Anmerkungen 1–23 entfallen

24 Stalinismus als Erscheinungsform der Deformation wird hier vor allem als Identität von Staats-, Partei- und Wirtschaftsführung verstanden. Der von ihm ausgeübte Terror ist nur für eine spezifische Epoche seiner Entwicklung konstitutiv. In diesem Sinn existiert der Stalinismus in der Sowjetunion auch nach dem XX. Parteitag der KPdSU weiter. Zwar sind dort beschränkte technokratische Mechanismen freigesetzt worden, eine Emanzipation des Proletariats ist damit jedoch nicht angelegt.

25 Der Begriff Bürokratie wird a) für den administrativ-verwaltenden Apparat im Weberschen Sinne verwandt und bezeichnet b) die aus der Parteispitze entstandene Parteioligarchie, die sich in der Folge der russischen Revolution an den verwaltenden Apparat anlehnte und aufhörte, die Bedürfnisse einer revolutionären Massenbewegung auszudrücken. Der Begriff der politischen Bürokratie ist von Trotzki entwickelt worden; er spielte aber auch innerhalb der Reformdiskussionen in der ČSSR eine wesentliche Rolle.

26 In der Folge wird die Schreibweise »sich sozialistisch nennenden« durch ›sozialistisch‹ ersetzt.

27 *Dějiny KSČ. Studijní příručka,* Praha 1967, p. 206 (Geschichte der KPTsch., Studienhandbuch); F. Kavka, *Die Tschechoslowakei, Abriß ihrer Geschichte,* Prag 1960, p. 164.

28 »Bericht der Kommission des ZK der KPTsch über politische Prozesse und ›Rehabilitierungen‹ in der Tschechoslowakei 1949-68«; dt. *Das unterdrückte Dossier,* Hrsg. J. Pelikán, Wien 1970, p. 14 f.

29 A.a.O. p. 16.

30 Vgl. ibid.; sowie Arthur London, *Ich gestehe,* Hamburg 1970; Karel Kaplan »Zamyšlení nad politickými procesy« (Gedanken zu den politischen Prozessen) in: *Nova mysl,* Juni-August 1968, dt. auszugsweise übersetzt in: *Osteuropäische Rundschau,* 1970, No 5-7.

31 *Das unterdrückte Dossier,* a.a.O. p. 278 f.

32 Arthur London, a.a.O. p. 328.

33 *Das unterdrückte Dossier,* a.a.O. p. 65.

34 Im Verlauf von sechswöchigen Diskussionen innerhalb der Partei wurde die Bürokratie damals zu kleineren Konzessionen gezwungen. Nach der Invasion in Ungarn konnte auch in der ČSSR die im Entstehen begriffene Bewegung erstickt werden.

35 Vgl. Borin/Plogen *Management und Selbstverwaltung in der* ČSSR, Rotbuch 4, Berlin 1970, p. 18 ff.; sowie *Statistisches Jahrbuch der DDR* 1967; sowie R. Richta, *Politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts, dt.* Frankfurt/Main, 1971, p. 352 f.

36 Zur Definition der extensiven und intensiven Phase der Industrialisierung siehe E. Löbl, a.a.O.

37 Šik erhielt von der Partei Redeverbot, nachdem er 1967 in Fabriken das neue ökonomische System vorgestellt hatte.

38 *Reden auf dem IV. Kongreß des tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes,* Prag 1967; dt. Frankfurt 1968, p. 107.

39 Vgl. *Czechoslovakia – Revolution and Counterrevolution,* Detroit 1968, p. 22.

40 A.a.O. p. 24; vgl. auch *L'Humanité* vom 23. 12. 67.

41 In: K. Paul Hensel, *Die sozialistische Marktwirtschaft der Tschechoslowakei,* Stuttgart 1968.

42 A.a.O. p. 189.

43 Vgl. I. Sviták, *Svědectví* No. 42, XI, 1971, p. 243 »Od vyprodeje illuzi k socialistické demokracii.« (Vom Ausverkauf der Illusion einer sozialistischen Demokratie).

44 Bettelheim, u. a., *Zur Kritik der Sowjetökonomie*, Rotbuch 11, Berlin 1971, p. 112.

45 Vgl. *Der Spiegel*, No. 22, 1971, p. 96.

46 I. Sviták, a.a.O., p. 242 ff.

47 Ein Beispiel ist die Diskussion um die Nivellierung der Gehälter, vgl. Hinweise in Anmerkung 43.

48 *Statistische Übersicht*, Prag 1968, p. 22.

49 A.a.O. p. 35.

50 Pavel Machonin a kol. *Československa společnost* (Die tschechoslowakische Gesellschaft) Bratislava 1969. Generell ist an der Machoninschen Arbeit zu kritisieren, daß sie die Schichtbegriffe der amerikanischen Soziologie unkritisch übernimmt, statt zu versuchen, den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen durch die Erarbeitung eines neuen Meßapparates Rechnung zu tragen. So werden zwar Status und Partizipation an Entscheidungsmöglichkeiten gemessen, es bleibt jedoch offen, ob der Bereich, den sie erfassen, nicht beschränkt ist. Obwohl sich aus solchen Statuspositionen generell keine marxistische Klassenanalyse ableiten läßt, mußte auf dieses Material als einzige umfassend empirisch arbeitende Veröffentlichung zurückgegriffen werden. Es sei angemerkt, daß die Skala der Partizipation an Entscheidungen kein Maß der realen Teilhabe an der Herrschaft ist, sondern bestenfalls angibt, welchen Anteil der Einzelne an der Transmission von Entscheidungen im täglichen Leben hat.

51 A.a.O. p. 87, Tabellenauszug.

52 Der *Fischer Weltalmanach* 1972 gibt für die BRD 59 554 000 Einwohner bei einem Jahresdurchschnitt der Erwerbstätigen von 28 822 000 (1969) an; vgl. Weltalmanach 1971 p. 32 und p. 56.

53 Machonin, a.a.O. p. 93.

54 A.a.O. p. 110.

55 A.a.O. p. 111; die leichte Schwankung der Werte zwischen Tabelle IV und V geht auf eine unterschiedliche Gewichtung der Faktoren in der Konstruktion der Statusindices zurück. Beide Indices korrelierten jedoch untereinander.

56 A.a.O. p. 114.

57 A.a.O. p. 123 ff.

58 Die erste Kategorie ist aus dem Material Machonins nicht weiter aufzuschlüssseln. Auch wenn aus verständlichen Gründen die Parteioligarchie nicht in die Stichprobe aufgenommen werden konnte, gibt die Arbeit des Kollektivs die nur geringe Tendenz zur Schichtung der Bevölkerung wieder.

59 Vgl. *Aktuálne otázky životnej úrovne* (Aktuelle Fragen des Lebensniveaus), Bratislava 1967; Tomascin, *Ekonomicé aspekty racionalisace a odmenovanie prace* (Ökonomische Aspekte der Rationalisierung und der Entlohnung der Arbei), Bratislava 1969; Klofáč/Tlustý (Sozialismus und gerechte Entlohnung) in: *Reporter* Nr. 43, Nov. 1968.

60 *Notes et études documentaires: Europe de L'Est en 1970*, ed. La Documentation Française, Secrétariat Général du Gouvernement, avril 1971, p. 79.

61 *Statistička Ročenka* ČSSR, 1969 (statistisches Jahrbuch).

62 *Notes et téudes documentaires*, a.a.O., p. 79.

63 *Hospodářské noviny*, Nr. 9, 1971, p. 4.

64 Da die Intelligenz sich jedoch nach 1948 zu einem Großteil aus der Arbeiterklasse

entwickelt hat, ist ihre Überprivilegierung nicht ohne weiteres mit einer klassenspezifischen Überprivilegierung gleichzusetzen.

65 Vladimír Skalský, *Tschechoslowakei und Sozialismus*, Manuskript, 1969; erscheint 1973 im ISP-Verlag, Hamburg.

66 Machonin, a.a.O., p. 557 f.

67 A.a.O. p. 249.

68 A.a.O. p. 244.

69 A.a.O. p. 254.

70 Skalský, a.a.O.

71 *Statistijá rocenka*, Statistisches Jahrbuch 1969.

72 Vermutlich liegt diese Zahl etwas niedriger, da die Fabriken nicht ihrer Größe entsprechend aufgeschlüsselt sind.

73 *Listy*, Roma, Květen (Mai) 1971, No. 3.

74 Mandel, *Über die Bürokratie*, o. J., p. 11.

75 Werner Obst, SFB 17. 9. 71.

76 *Notes et études documentaires*, a.a.O., p. 79.

77 Istvan Földes, *Tarsadalmi Szemle*, Okt. 1970.

78 *Notes et études doc.*, a.a.O. p. 79.

79 Ibid.

80 *Washington Post*, 3. 1. 71.

81 *Budapest Weekly Bull.*, 23. 9. 70.

82 Vgl. zu allen Angaben auch die statistischen Jahrbücher der Länder.

83 Richta, a.a.O., p. 352 f.

84 Štrougal, *Neue Richtungen der tschechoslowakischen Ökonomie*, 8/1967, p. 2.

85 Aktionsprogramm in Hensel, a.a.O. p. 314.

86 Ibid.

87 *L'Exprès* No. 881, zit. nach *Czechoslovakia – Revolution and Counterrevolution*, a.a.O. p. 48.

88 Die technokratische Beschränkung ist zu einem wesentlichen Teil Resultat der Kompromisse, die gegenüber dem Anspruch der Bürokratie gemacht wurden. Es muß immer wieder betont werden, daß keine der verschiedenen Konzeptionen realisiert wurde. Die Aufhebung der Zensur ermöglichte nur ihre Diskussion.

89 J. Kosta, *The main features of the czechoslovak economic reform*, Reading Conference, 1971, vervielfältigtes Manuskript, p. 30.

90 Vgl. Borin/Plogen, a.a.O. p. 74 ff. und 98 ff.

91 *Aktionsprogramm*, a.a.O. p. 314.

92 M. Bárta, *Podnikové rady pracujících jako společenské hnutí* (Unternehmensräte der Arbeitenden als gesellschaftliche Bewegung) in: *Odbory a společnost* (Gewerkschaften und Gesellschaft) 4, 1969, p. 56.

93 Institut für Meinungsforschung des CSAV (Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften), vgl. *Prager Volkszeitung*, 11. 4. 69.

94 Bárta, a.a.O., p. 57.

95 Michael Lang, »Die Wahrheit über die Betriebsräte« in: *Tschechoslowakische Wirtschaftsrundschau*, No. 6, Prag, Sept. 1970, p. 14.

96 Bárta, a.a.O., p. 61.

97 Ibid.

98 *Prager Volkszeitung*, a.a.O.

99 O. Sedláček, *Co očekávají dělníci a mistři od rady pracujících* (»Was erwarten Arbeiter und Meister von den Arbeiterräten«) in: *Odbory a společnost* 4, 1969, p. 84 f.

100 *Wiener Tagebuch*, Sept. 1970, p. 20 f.
101 Borin/Plogen, a.a.O. p. 89 ff.
102 Bárta, a.a.O., p. 63.
103 Das heißt nicht, daß die Intelligenz prinzipiell nicht in der Lage wäre, Forderungen der Arbeiter richtig zu vertreten, sondern nur, daß die Arbeiter an der Durchsetzung ihrer Interessen beteiligt sein müssen.
104 Dvořák, *Výzkum postojů odborových funkcionářů a vedoucích hospodářských pracovníků k samosprávě* (Untersuchung über die Einstellung von Gewerkschaftsfunktionären und führenden Wirtschaftsleitern zur Selbstverwaltung) in: *Odbory a společnost*, a.a.O., p. 89.
105 Ibid.
106 A.a.O. p. 90.
107 Ibid.
108 A.a.O. p. 91.
109 Slejška, in: *Politika*, 19. Sept. 1968.
110 Bárta, a.a.O., p. 56 (Die 85% schließen nur Räte ein, die bis Anfang 1969 gegründet wurden).
111 Vgl. auch: Pavel Tomalek, *Czechoslovakia 1968-69: The Worker-Student Alliance*, Massachusetts Institute of Technology, May 1971.
112 Lang, a.a.O., p. 10.
113 *Wiener Tagebuch*, a.a.O.
114 Ibid.
115 Lang, a.a.O. p. 38.
116 A.a.O. p. 39.
117 Aus einer offiziellen Erklärung, die Vercors Ende 1969 in Prag erhielt; vgl. Vercors, *Reise in den Winter*, Paris 1970, zit. nach *Wiener Tagebuch*, a.a.O.
118 Jakeš auf dem XIV. Parteitag 1971.
119 Štrougal, XIV. Parteitag 1971.
120 K. Hoffman auf dem XIV. Parteitag 1971.
121 Jakeš, a.a.O.
122 Unveröffentlichte Untersuchungsmaterialien des Soziologischen Instituts des ČSAV, Prag 1969.
123 Ibid.
124 J. Smrkovský, 16. Sept. 1971, Interview in *Vie nuove*.
125 Angehörige der Bewegung der revolutionären Jugend (BRJ) wurden im Dezember 1969 verhaftet und im März 1971 zu Freiheitsstrafen von 1-4 Jahren verurteilt.
126 Aus der Programmerklärung der BRJ.
127 Präambel des auf dem XII. Parteitag der KPČ 1962 angenommen und vom XIII. Parteitag überprüften Parteistatus, dtsch. in H. Kuhn, *Der Kommunismus in der Tschechoslowakei*, Köln 1965, p. 275-299.
128 Werner Olle, Ulf Wolter »Die große proletarische Kulturrevolution oder: Die Objektivität der Technokratie«, in: *Permanente Revolution* 1/2, Nov. 1971, p. 61.
129 Mandel, a.a.O. p. 45.
130 Vgl. auch Kuron und Modzelewski, a.a.O.
131 Ibid.
132 Olle, Wolter, a.a.O. p. 71.
133 Trotzki, a.a.O. p. 179.
134 Marx, *Klassenkämpfe in Frankreich*, a.a.O., p. 88.

Schriften zum Klassenkampf

Akkord –
Der Kampf der Arbeiter gegen die kapitalistische Organisation der Arbeit ca. 7,80

Der Neue Faschismus
am Beispiel Italien: Valpreda Feltrinelli – Die präventive Konterrevolution ca. 7,80

Tagebuch eines autonomen Betriebskampfes
aufgezeichnet von Alfa-Romeo-Arbeitern ca. 4.00

Trikont Theorie

Charles Bettelheim
Theorie und Praxis sozialistischer Planung 12,80

Rita di Leo
Revisionismus und Organisation der Arbeit
Die Entwicklung von Klassenstrukturen und Klassenherrschaft in der Sowjetunion ca. 9,80

Trikont Texte

Medizin und Profit
Nachwort von Kranken ca. 9,80

SPK – aus der Krankheit eine Waffe machen 6,80

POLEN
Stettiner Werftarbeiter berichten über ihre Kämpfe gegen die Parteibürokratie 6,80

IRLAND
ein Vietnam in Europa 9,80

TRIKONT

TRIKONT Verlag 8München 80 Josefsburgstr. 16

Dokumente der Weltrevolution

Band 1
Die frühen Sozialisten
Herausgegeben von Frits Kool und Werner Krause.
Einleitung: Peter Stadler. 686 Seiten.

Band 2
Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur
Herausgegeben von Frits Kool und Erwin Oberländer. Einleitung: Oskar Anweiler. 536 Seiten.

Band 3
Die Linke gegen die Parteiherrschaft
Herausgegeben und eingeleitet von Frits Kool. 640 Seiten.

Band 4
Der Anarchismus
Herausgegeben und eingeleitet von Erwin Oberländer. 480 Seiten.

Jeder Band in Leinen gebunden DM 32,–.

In Vorbereitung: Band 5
Die Idee des kommunistischen Menschen

Die Reihe «Dokumente der Weltrevolution» wird im Auftrag des Komitees Edition Dokumente der Weltrevolution, Zürich, herausgegeben.

«Das große Unternehmen hat viel Einleuchtendes. Im Vergleich zur überreichlich angebotenen interpretierenden und popularisierenden Sekundärliteratur gibt es nur wenig greifbare Primärdokumente zur Geschichte der kommunistischen Lehre und Praxis. So ist es zweifellos verdienstlich, diesem Mangel abzuhelfen.» Neue Zürcher Zeitung

In jeder Buchhandlung

bei Walter

eva titel:

Henryk Grossmann, Carl Grünberg
Anarchismus, Bolschewismus, Sozialismus
Aufsätze aus dem „Wörterbuch der Volkswirtschaft"
Herausgegeben von Claudio Pozzoli
342 Seiten, kartoniert DM 18,–

Karl Kautsky
Der Weg zur Macht
Anhang: Kautskys Kontroverse mit dem Parteivorstand
Herausgegeben und eingeleitet von Georg Fülberth
164 Seiten, kartoniert DM 6,–

Die Massenstreikdebatte
Beiträge von Parvus, Rosa Luxemburg, Karl Kautsky, Anton Pannekoek
Herausgegeben und eingeleitet von Antonia Grunenberg
416 Seiten, kartoniert DM 20,–

Rudolf Schlesinger
Die Kolonialfrage in der Kommunistischen Internationale
128 Seiten, kartoniert DM 10,–

Leo Trotzki
Ergebnisse und Perspektiven
Die permanente Revolution
Mit Einleitungen von Helmut Dahmer und Richard Lorenz
320 Seiten, kartoniert DM 9,–

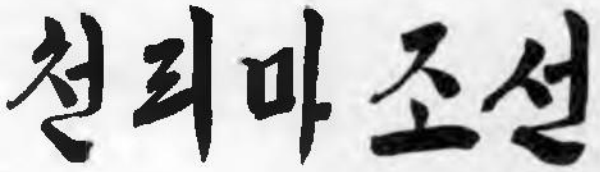
Leo Trotzki
Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?
Eine Auswahl aus den Schriften über Deutschland
Herausgegeben von Helmut Dahmer
Eingeleitet von Ernest Mandel
300 Seiten, kartoniert DM 9,–

Hermann Weber
Die Wandlung des deutschen Kommunismus
Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik
Gekürzte Studienausgabe
405 Seiten, kartoniert DM 9,–

73/72

eva
Europäische Verlagsanstalt
Frankfurt am Main

Horst Kurnitzky
Chollima Korea: Ein Besuch im Jahre 23



Chollima Choson ist der selbsterwählte Beiname der Volksrepublik Korea. Chollima heißt 1000-Li-Roß; das war ein mythologisches Pferd, das an einem Tag 1000 Li (1 Li sind etwa 4 km) lief. Es soll die moderne Leistungsgesellschaft verkörpern. Choson ist das Land der Morgenfrische, wie die chinesischen Kaiser Korea nannten.

Dem Besucher, der die Volksrepublik Korea heute mit der einmal wöchentlich aus Moskau kommenden Maschine der Aeroflot besucht, wird, kaum daß er den Flughafen in einer der vielen schwarzen, staatlichen Wolgalimousinen, mit den gerafften Gardinen an den rückwärtigen Fenstern, verlassen hat, schon das Wunder des Aufbaus des Sozialismus in diesem Lande gepriesen.

Vom Flugplatz, der etwa 40 Kilometer nördlich von Pjöngjang liegt, fährt man auf einer schmalen, zweispurigen Betonstraße an Reisfeldern und Apfelbaumplantagen vorbei zur Hauptstadt der etwa elf Millionen Einwohner zählenden Volksrepublik Korea. Die Straße ist von auffallend vielen Fußgängern bevölkert; Männer zumeist mit hochgeschlossenen Anzügen, wie sie in Europa durch Mao und die chinesischen Revolutionäre bekannt wurden; wenige sieht man in europäischen Anzügen. Viele Frauen tragen traditionelle koreanische Kleider, die aus einem weiten, unter den Armen beginnenden, bis an die Knöchel reichenden und die Brust versteckenden Trägerkleid bestehen, mit einem kurzen boleroartigen Jäckchen darüber, das vorn mit einer langen Schleife, deren Bänder bis über die Knie hängen, zugebunden wird. Die Kleidung ist oberflächlich mit der europäischen Umstandskleidung vergleichbar, deren Intention es ist, den Bauch der Schwangeren zu verstecken. Die Farben der Jäckchen sind meist heller als die der Kleider; bei den Stadtbewohnern besteht das Kleid oft aus schwarzem Samt. Die alten Leute jedoch tragen meist die für sie traditionellen koreanischen Farben: weiß und hellgrau. Man sieht auch europäisch gekleidete Frauen in Kostümen, deren Schnitt etwa aus der Zeit von 1950 stammt. Babies werden in der kalten Jahreszeit in dicken,

kissenartigen Steppdecken auf dem Rücken getragen, im Sommer dagegen nur in leichten Tüchern. Die Kinder sieht man in kleinen Trupps, in Schul- oder Pionierkleidung, die Straße entlang marschieren. Kontrastierend dazu tragen kleine Mädchen auch oft traditionelle, bunte Seidenkleider. Militär und Miliz natürlich in entsprechenden Uniformen. Auffällig ist der kurze Haarschnitt von Männern und Kindern sowie ihr marschähnlicher Laufschritt.

Unterwegs sieht man einige abseits der Straße liegende Dörfer mit gedrängt stehenden, eingeschossigen, traditionellen koreanischen Häusern. Es sind Fachwerkbauten, deren Zwischenräume zwischen den Pfosten und Querbalken mit Sparren und Flechtwerk ausgefüllt und mit Lehm verschmiert sind. Das Dach: ein flaches Walmdach aus Stroh oder Ziegeln. Die Räume, aus denen die Bauten bestehen, heißen *Kans,* mit einer Grundfläche von etwa 10 bis 12 Quadratmetern. Die einfachsten Häuser bilden zwei bis drei *Kans,* die nebeneinander aufgereiht sind. Jedes Haus besteht aus einer Küche, die zu ebener Erde liegt, und einigen *Kans,* die kniehoch darüber angelegt sind. Unter den *Kans* laufen Züge einer Fußbodenheizung, die durch den Herd in der Küche betrieben wird. Die Heizung endet in einem Rauchloch etwa einen halben bis einen Meter von der Hauswand entfernt in einem freistehenden Schornstein. Die Türen, durch die man sich, unter einem vorgezogenen Dach, von einem Raum in den anderen bewegt, bestehen in den meisten Fällen aus einer mit Papier bespannten, gitterartigen Holzkonstruktion. Daneben gibt es auch zusätzliche Fenster, deren Holzgitterwerk ebenfalls mit Papier bespannt ist. Glasfenster jedoch sieht man äußerst selten. Die Häuser stehen einzeln und sind mit einem kleinen Zaun, der den privaten Hausgarten markiert, umgeben. Das ganze Dorf ist durch einen Zaun oder eine Mauer eingefaßt.

Trifft der Besucher nach einer Fahrzeit von ungefähr 45 Minuten in Pjöngjang ein, so wird er von den koreanischen Begleitern stolz auf die Leistungen des sozialistischen Aufbaus nach dem Koreakrieg hingewiesen. Hier ein Hotel mit acht bis zehn Geschossen: in einem Monat erbaut, dort ein ganzes Wohnviertel: in sechs Monaten. Die modernen Wohnblocks ähneln denen, die dem Besucher aus Ostberlin bekannt sind; alle in geschoßfertigem Montagebau errichtet. Hinter neuen Wohnblocks, die zum großen Teil entlang den Hauptstraßen der Stadt hochgezogen worden sind, liegen allerdings noch ganze Viertel der alten eingeschossigen Häuser versteckt. Durch die Art und Weise, wie Pjöngjang nach dem Koreakrieg wieder aufgebaut wurde, wird dem Gast das Bild eines industriell entwickelten Staates vermittelt. Es heißt: die Volksrepublik Korea hat in zwanzig Jahren das geschafft, wozu die europäischen Industrienationen über ein Jahrhundert brauchten.

Soviel sollte vorausgeschickt werden: die Revolution, die Geschichte des Staates und der Führer Kim Il Sung gelten in Korea als identisch. Das wird dem Besucher auch sogleich erklärt: »Wenn Sie die Geschichte unseres Führers nicht kennen, können Sie unser Land nicht verstehen.«
Am 15. April wird der Geburtstag des Führers im ganzen Land gefeiert. Nach der offiziellen Version soll Kim Il Sung an diesem Tage, im Jahre 1912, in Mangyongdae, einem kleinen Dorf westlich von Pjöngjang am Tae Dong Gang, dem großen Fluß im Norden Koreas, geboren worden sein. Zu seinem Geburtshaus wird jeder ausländische Besucher geführt, Nordkoreaner sehen es mindestens einmal in ihrem Leben. Die übrigen Häuser des Dorfes wurden abgerissen, die Umgebung des Geburtshauses hat man in einen Park verwandelt. Dies Haus ist eine der Reliquien des Gründungsmythos dieses Staates. Von früh bis spät, das ganze Jahr über kommen Trupps, vom Kindergarten bis zum Produktionsbetrieb, um im Gänsemarsch durch das nationale Heiligtum geführt zu werden. Alle Marschkolonnen, von denen viele auch in Bussen oder auf Lastwagen herangefahren werden, warten diszipliniert, bis sie zur Besichtigung an der Reihe sind. Anschließend geht man in ein naheliegendes Museum, in dem die Geschichte der revolutionären Familie und die revolutionäre Kindheit des Führers in Bildern und Texten gezeigt werden.

»Mangyongdae«, so heißt es offiziell, »ist die Wiege der koreanischen Revolution. Mangyongdae ist ebenso wie die eigene Geburtsstätte allen Koreanern ans Herz gewachsen. Hier wurde der Genosse Kim Il Sung, der Führer der 40 Millionen Koreaner [Nord- und Südkoreaner zusammen], der unvergleichliche Patriot, der nationale Heros, der immer siegreiche durch eisernen Willen hervorragende Anführer und einer der hervorragenden Führer der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung geboren, und hier verbrachte er seine Kindheit. Heute führt unser Volk im sozialistischen Vaterland ein grenzenlos glückliches Leben, das immer glücklicher wird unter dem glänzenden Sonnenlicht, das von dem großen Führer ausgeht, der die koreanische Revolution immer zu Sieg und Ruhm geführt hat, indem er das Schicksal des Vaterlandes und der Nation auf sich nahm.«

In dem das Geburtshaus umgebenden Park wird der Besucher auch an andere bemerkenswerte Stätten der Verehrung geführt, so etwa zu einem Baum, auf den der kleine Kim Il Sung geklettert sein soll, wodurch er schon früh seine hochgesteckten Ziele erkennen ließ, oder es wird der »Kriegsfelsen« gezeigt, ein Felsbrocken, auf dem der kleine Kim Il Sung mit seinen Freunden Soldat spielte und rief: »Werft die Japaner aus Korea hinaus.« Kim Il Sung hat in diesem Dorf die ersten vier Jahre seiner Kindheit verbracht.
Zwar wird Kim Il Sung als Gründungsheros des Staates gefeiert, dem das koreanische Volk alles zu verdanken habe und mit dem die eigentliche

Geschichte des Volkes anfangen soll; jedoch werden auch sein Vater und seine Mutter, die beide wiederum aus fortschrittlichen, patriotischen Familien stammen, mit dieser Geschichte verknüpft und bilden gewissermaßen die Elemente der Vorgeschichte. Die ganze Familie wird als heilige Familie verehrt. So wird der Vater Kim Hyong Jik, dessen Beruf Lehrer war, als nationalistischer Freiheitskämpfer vorgestellt, der 1917 verhaftet wurde, 1918 in die Mandschurei floh und dort Schulen für die Töchter armer Bauern eingerichtet haben soll. Die Mutter Kang Ban Sok (in Korea behalten Frauen, wenn sie heiraten, ihren Mädchennamen), Vorbild der koreanischen Frau, hat ihren Mann und ihren Sohn bei der revolutionären Arbeit unterstützt. Es heißt, sie sei die Mutter Koreas.

Eine weitere nationale Reliquie und Etappe des Mythos, mit dem der Besucher konfrontiert wird, ist Bonghwa-Ri, ein etwas weiter von Pjöngjang entfernt liegendes Dorf, in das die Familie 1916 übersiedelte, weil der Vater Kim Hyong Jik dort eine Stelle als Lehrer in der Schule bekam. Dieses Schulhaus und das Wohnhaus sind die Anziehungspunkte für die koreanischen Wallfahrer. Hier wird besonders der Vater als revolutionärer Lehrer herausgestellt. Hier erzog der Vater die Bauern und seinen Sohn in patriotischer Gesinnung und organisierte den nationalen Widerstand gegen die Japaner. Hier fanden geheime Zusammenkünfte auf Bergen und unter Bäumen statt, und der Vater wurde an diesem Ort 1917 verhaftet. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang eine Quelle, von der die Familie ihr Wasser holte. Alle Koreaner, die heute dies nationale Heiligtum besuchen, gehen zu dieser Quelle, um aus ihr das Wasser zu trinken, aus dem der Führer seine Kräfte schöpfte. Viele bringen sich zu diesem Zweck besondere Wasserbehälter mit, um das Zauberwasser mit nach Hause nehmen zu können.

Derartige mit dem Gründungsmythos in Zusammenhang stehende Heiligtümer, Plätze, an denen der Führer besondere Entscheidungen getroffen, wichtige Schlachten geschlagen oder etwas gegründet hat, gibt es in der Volksrepublik viele. Zu den wichtigsten gehört der Berg Paektu-san an der Grenze zwischen Korea und China. Dort gründete der Führer 1936 die »Liga für die nationale Wiedergeburt des Vaterlandes« und legte einige Guerillalager während des antijapanischen Kampfes an. Dieser schneebedeckte Berg (Paektu-san heißt etwa »Schneekoppe«) ist nicht nur ein nationaler Wallfahrtsort, sondern darüber hinaus Symbol der Gründung der Nation. Interessant ist, daß auch die letzte chinesische Kaiserdynastie, die der Mandschu, ihren Ursprung auf diesen Berg zurückführte. Eine Elster soll hier einem weißgekleideten Mädchen am Ufer des Sees Bôlhuri eine rote Frucht gebracht haben; das Mädchen habe diese Frucht gegessen und darauf den ersten Mandschuprinzen geboren. Dazu muß man wissen, daß der Ursprungsmythos der Volksrepublik Korea sich in der Konstruk-

tion vielfach an alte Vorbilder anlehnt. Allerdings ist der mandschurische Mythos, der in seiner sexuellen Symbolik den Zeugungsvorgang ausdrückt, geradezu materialistisch, verglichen mit der hilflosen Farce des Mythos vom Helden Kim Il Sung. Jeder klassische Mythos drückt die kollektiven Erfahrungen eines Volkes, d. h. seinen Zivilisierungsprozeß, aus. Der Mythos des Kim Il Sung ist bloßes Herrschaftsinstrument.

Als letztes wichtiges Beispiel in der Reihe der nationalen Kultstätten müßte noch Bochonbo erwähnt werden. Dieser Ort liegt ebenfalls an der chinesisch-koreanischen Grenze. Hier fand am 4. Juni 1937 die für die gesamte Befreiung des Landes stellvertretende, siegreiche Schlacht gegen japanische Truppen statt. Es besteht nämlich eine Schwierigkeit bei der Konstruktion des Mythos von der Befreiung des Volkes durch seinen Helden. Kim Il Sung hat, wenn man der offiziellen Geschichte folgt, als Vierzehnjähriger Korea mit dem Spruch verlassen, daß er nicht eher in sein Vaterland zurückkehren wolle, bis es nicht frei sei. So hielt er sich seit 1926 in der Mandschurei auf und kehrte erst 1945 mit den sowjetischen Truppen nach Korea zurück. Diese Schwierigkeit soll durch die besondere Hervorhebung der Schlacht von Bochonbo (dieser Ort liegt immerhin auf koreanischem Boden) überbrückt werden. Denn ansonsten hat Kim Il Sung, auch nach der offiziellen Version, den Befreiungskampf der Koreaner gegen die japanische Besatzungsmacht nur aus dem Ausland geleitet. Darum ist Bochonbo ebenfalls in einen Wallfahrtsort verwandelt worden. Dort hat man ein gigantisches Monument von 78 Meter Länge und 48 Meter Höhe errichtet, das die Helden des nationalen Befreiungskampfes, im Stile des sozialistischen Realismus Stalinscher Prägung, glorifiziert.

Die Schwierigkeit, Kim Il Sungs Rolle bei der Befreiung des koreanischen Volkes vom japanischen Imperialismus zu dokumentieren, soll die Kunst im Stil des sozialistischen Realismus in der Volksrepublik Korea überwinden helfen. Denn bis auf zwei, drei wilde Retuschen gibt es kein Photo, auf dem Kim Il Sung, wie Fidel Castro, Che Guevara oder Mao Tse-tung, als Partisan zu sehen wäre. Alle »Dokumente«, die Kim Il Sung im Guerillalager, bewaffnet oder auch unbewaffnet, als Guerillaführer eine Gruppe über die zukünftige Taktik instruierend, zeigen, sind Kunstwerke aus der Werkstatt nationaler Mythenillustratoren. Sieht man sich die Kunstproduktion in der Volksrepublik Korea an, so kann man sagen, daß es die Aufgabe des sozialistischen Realismus ist, den nationalen Mythos zu illustrieren.

Neben den großen historischen Denkmälern spielt das Kleinreliquienwesen in der Volksrepublik Korea ebenfalls eine große Rolle. So gibt es etwa im Pionierpalast in Pjöngjang einen Raum, in dem Stühle und Sessel gesammelt sind, auf denen der Führer einmal gesessen haben, Tische, an denen er Tee getrunken, sowie Tassen, Teller, Bestecke, Servietten und

Aschenbecher, die der Führer einmal benutzt haben soll. Im Kangson-Stahlwerk in der Nähe Pjöngjangs wurde eigens ein Stein unter einen Glaskasten gestellt, auf dem Kim Il Sung einmal gesessen haben soll. In den Museen werden die verschiedensten Pistolen, Feldstecher, Schreibgeräte, Kleidungsstücke etc., die Kim Il Sung einmal benutzt haben soll, dem Besucher ehrfurchtsvoll gezeigt.

Wie sieht nun das Verhältnis des Führers zum Sozialismus aus? Kim Il Sung wuchs in einer nationalbewußten Familie auf, die mit der Befreiung des Landes eher nationalistische und vaterländische als sozialistische Vorstellungen verband; offenbar stand sie auch mit der 1919 in Korea gegründeten »Gruppe zum Studium des Marxismus«, die das Kommunistische Manifest in Korea publizierte, nicht in Verbindung, noch unterhielt sie irgendeinen Kontakt zur 1925 gegründeten »Kommunistischen Partei Koreas«. Darum verfährt die offizielle Biographie in diesem Punkt auch eher rührend. Sie läßt Kim Il Sung mit 14 Jahren, 1926, die erste marxistisch-leninistische Organisation »Nieder mit dem Imperialismus« in der Mandschurei gründen, mit dem Ziel, »den Sozialismus und Kommunismus in Korea aufzubauen«. Dabei soll er auch bereits als Vierzehnjähriger die »rechten und linken Kinderkrankheiten des Kommunismus überwunden haben«, obgleich er sich erst 1927, als er, fünfzehn Jahre alt, in die Mittelschule von Kirin (in der Mandschurei) kam, mit dem »*Kommunistischen Manifest*, dem *Kapital* und anderen Klassikern des Marxismus-Leninismus« vertraut gemacht haben soll. Frühe kommunistische Strebungen in Korea werden demzufolge auch offiziell abqualifiziert: die 1925 gegründete KP wird als kleinbürgerlicher, sektiererischer Intellektuellenverein bezeichnet, obwohl es zu dieser Zeit in Korea, infolge der japanischen Industrialisierung, bereits ein Arbeiterproletariat gab, das einige bedeutende Demonstrationen und Streiks veranstaltet hat und möglicherweise eine Basis für die KP abgab; die mandschurischen Grenzgebiete dagegen waren fast ausschließlich von armen Bauern besiedelt, die zum Teil noch Brandrodungsfeldbau betrieben. In der offiziellen Biographie heißt es dann, bereits den zukünftigen Führer vorwegnehmend: »1928 wurde die KP von der japanischen Verwaltung in Korea verboten; sie war nicht einheitlich und hatte die Fraktionskämpfe nicht überwunden, weil sie nicht über einen hervorragenden Führer verfügte. Jetzt wartete das koreanische Volk auf seinen hervorragenden Führer Kim Il Sung, der bereits den erfolgreichen Weg der Revolution in sich trug.«

1929, mit 17 Jahren, wurde Kim Il Sung seiner antijapanischen Aktivität wegen in das Gefängnis von Kirin geworfen, 1930 aber wieder entlassen. Danach soll er die politische Situation analysiert und die Idee des *Dschutsche* entwickelt haben. *Dschutsche*, das ist die Formel, mit der Kim Il Sung den Marxismus-Leninismus schöpferisch weiterentwickelt haben

soll. Man sagt, er habe den Marxismus-Leninismus auf die koreanische Situation angewandt. *Dschutsche* ist ein koreanisches Wort, das etwa Souveränität, Eigenständigkeit oder einfach »aus eigener Kraft schaffen »bedeutet. Am 1. Juli 1969 hat Kim Il Sung selbst auf die Frage des Generaldirektors des VAR Verlages »Dar-al Tachrir« geantwortet, was er unter *Dschutsche* versteht:

»Wir führen die koreanische Revolution durch. Über die koreanische Revolution wissen die Koreaner besser als alle anderen Bescheid. Der Herr der koreanischen Revolution ist das koreanische Volk, und der entscheidende Faktor des Sieges der koreanischen Revolution ist unsere eigene Kraft. Bezüglich der koreanischen Revolution hat kein Ausländer das Recht, uns ein Rezept zu geben, wie in dem einen oder anderen Fall zu handeln ist, und kein Ausländer kann für uns die koreanische Revolution durchführen. Um die koreanische Revolution erfolgreich durchzuführen, müssen die Herren selbst, die Koreaner, gut überlegen und alle entstehenden Probleme gemäß den Interessen der koreanischen Revolution mit eigener Kraft lösen.«

Übrigens wurde diese Formel immer dann besonders laut beschworen, wenn die eigenen Kräfte zur Lösung einer Aufgabe nicht ausreichten; so z. B. 1945, als die japanischen Truppen durch die alliierten Streitkräfte besiegt wurden, oder 1950, als der Koreakrieg ohne das Eingreifen Chinas für Nordkorea verloren gewesen wäre.

Die Ideologie des *Dschutsche* entspricht etwa der Stalinschen Formel, nach der die Kultur national in der Form und sozialistisch im Inhalt zu sein habe. Diese kontradiktorische Formel, später die Basis der Ideologie von der nationalen Revolution, hat Kim Il Sung offenbar von Stalin übernommen und dann in Gestalt der Zauberformel *Dschutsche* als eigenes Produkt ausgegeben. *Dschutsche* ist heute in Korea zum antianalytischen und antiaufklärerischen, heiligen Wort schlechthin geworden, mit dem alle Beschlüsse der Leitung begründet werden. »Nach der Idee des *Dschutsche*«, heißt es und gemeint ist: der Führer hat souverän Entscheidungen für das Volk getroffen.

Allerdings übt der Führer seine Macht nicht unvermittelt, sondern vermittelt durch eine Hierarchie von Funktionären aus, die gewissermaßen Stellvertreter des Führers, Unterführer sind. Daß diese Hierarchie mit der traditionellen koreanischen Despotie eng verwandt ist, wird bereits in bestimmten Formen des Sprachgebrauchs deutlich. In der Volksrepublik Korea gibt es zwei Ausdrücke für das Wort »Genosse«: der eine Ausdruck ist ein sino-koreanisches Wort und heißt *Dongji*, der andere Ausdruck heißt *Dongmu* und ist ein koreanisches Wort: beide kann man etwa mit »Freund« übersetzen. Da in der traditionellen koreanischen Gesellschaft die Oberschicht chinesisch schrieb und sprach, ist das sino-koreanische Wort *Dongji* auch der feinere, höflichere Ausdruck und wird auf die höhergestellte Person angewendet. So sagt der Arbeiter zum Fabrikdirektor *Dongji*, der Direktor zum Arbeiter aber *Dongmu*. Die Verwendung

dieser Wörter macht die Struktur der Hierarchie deutlich; sie reicht sogar bis in die Familie hinein, in der der Mann zur Frau *Dongmu* sagt, diese aber zum Mann *Dongji*. Die spezifische Verwendung der zwei Wörter *Dongji* und *Dongmu* für die Anrede »Genosse« weist bereits auf den hierarchischen Charakter der nordkoreanischen Gesellschaft hin.

Darüber hinaus wird diese Hierarchie auch in der Berührungsangst der Funktionäre vor dem Volk sichtbar. Sie bewegen sich nur in den staatlichen Funktionärswagen. Kommen Kinder oder Gaffer zu nahe, werden sie vom Chauffeur weggejagt. Die Funktionäre haben ihre eigenen Zugänge zum Theater und kaufen in besonderen Läden ein, die sonst nur ausländischen Diplomaten zur Verfügung stehen. Sie sprechen mit dem Volk wie ein Divisionskommandeur mit dem einfachen Soldaten. Auch die Bilder, die Kim Il Sung im Kreise von Arbeitern, Bauern oder Kindern zeigen, betonen nur, daß er eigentlich nicht zum Volk gehört, sondern viel höher steht; er läßt sich aber herab, weil er der gute Vater ist, dem die Sorgen seiner Kinder am Herzen liegen.

Seinen Geburtstag nun feierte das Volk an diesem 15. April im ganzen Land auf Veranstaltungen, durch die es dem Führer seine Dankbarkeit bezeugte. Am Nachmittag dieses Tages fand auf dem Platz vor der »Schule der Revolution« in Mangyongdae die Initiation von 1000 jungen Pionieren in einem großen Festakt vor sehr vielen Zuschauern statt. (Diese »Schule der Revolution«, die etwa einer Militärschule entspricht, wurde für die Kriegswaisen erbaut, die nun im Geiste ihres neuen Vaters Kim Il Sung zu Revolutionären erzogen werden.) Nach Beendigung der Initiationsfeier, während der die neuaufgenommenen Achtjährigen die Pflichten eines Pioniers zu erfüllen gelobten, stellten die verschiedensten Pioniergruppen in symbolischen, lebenden Bildern die Heroengeschichte des Führers und der Partei in Massenspielen dar. Diese Massenspiele sind nicht nur für den Fremden sehr eindrucksvoll. Ihre Bilder, die den nationalen Mythos darstellen, werden auch von den Kleinsten sofort wiedererkannt. Ihre Funktion allerdings ist es, die individuelle (wenn man diesen Begriff einmal auf Korea übertragen darf) Entwicklung von Phantasie schon im Ansatz zu unterdrücken. Technisch werden diese Bilder folgendermaßen produziert: Hat man etwa auf einem Platz 100 000 Akteure zur Verfügung, so werden die darzustellenden Bilder im Modell aufgetragen aus Punkten zusammengesetzt, so wie sich das Fernsehbild oder die Autotypie aus Punkten zusammensetzt; jeder Akteur bekommt dann ein Buch mit in der Reihenfolge der Bilder entsprechend geordneten farbigen Seiten. Die Akteure haben dann nur noch auf Kommando umzublättern, damit ein neues Bild erscheint. Offiziell werden die Massenspiele als neue Form der Volkskunst gepriesen, obgleich sie eine der perfektesten Formen der Destruktion von Kunst darstellen. Charakter und Absicht

dieser Spiele werden vollends offenbar in einer Geschichte, die dem Besucher meist erzählt wird, um ihre Einzigartigkeit zu unterstreichen. Es heißt: Sukarno wollte vor Jahren, als er noch Präsident war, diese Massenspiele in Indonesien einführen und hatte eigens dazu einige Berater aus Pjöngjang zu sich gebeten. Dieser Versuch scheiterte aber, weil die Indonesier nicht so diszipliniert seien wie die Koreaner.
Am Abend des 15. April fand auf dem Kim Il Sung-Platz in Pjöngjang ein Volksfest zu Ehren des Führers statt. Die ganze Stadt erstrahlte, wie immer an Feiertagen, im Neonlicht und wirkte wie eine amerikanische Provinzhauptstadt aus dem Mittelwesten, nur daß das Neonlicht nicht *Coca Cola, Ohio Popcorn* oder *Kentucky Fried Chicken* anpries, sondern die Symbole der nationalen Revolution. Die Studenten der Kim Il Sung-Universität trugen, durch große Lautsprecherwagen mit Echoeffekt übertragen, Gedichte und Lieder auf den Führer vor. Am Kopfende des Platzes, unter einem riesigen, angestrahlten Porträt des Führers, stand ein großer Chor, der ebenfalls Teile des Heldenepos vortrug. Darüber huschten spotlightartig, mit bläulichem Licht, Armeescheinwerfer, wodurch die Szene in eine geheimnisvolle, mystische Atmosphäre getaucht wurde. An der Längsseite des Platzes hingen an einem Gebäude kolossale Bildnisse von Marx und Lenin in breiten, barocken Goldrahmen, ihnen gegenüber, etwas heller gehalten, noch ein weiteres Porträt des Führers.

Erziehung in der Volksrepublik Korea

»Die Kinder«, hat Kim Il Sung gesagt, »sollen es am schönsten haben«. Darum gibt es in der Volksrepublik Korea viele relativ gut eingerichtete Kinderkrippen, schöne Kinderspielplätze, Kindergärten, Schulen und gut eingerichtete Pioniergebäude, in Pjöngjang sogar einen komfortablen und reich ausgestatteten Pionierpalast mit über 500 Räumen. In jedem Dorf muß die Schule das schönste Gebäude sein. Zwar gab es früher, im konfuzianistischen Korea, vor der japanischen Besetzung, bereits Schulen für die Kinder der Oberschicht und des Hofes, eine allgemeine Schulpflicht jedoch bestand nicht. Erst die Japaner führten allgemeine Schulen ein, aber von einer das ganze Volk erfassenden, allgemeinen Erziehung kann man erst seit 1946 sprechen. Die Erziehung des Volkes gilt heute in der Volksrepublik Korea als wichtigste Staatsaufgabe, ganz besonders aber die Erziehung der Jugend. Denn »die wunderbaren Eigenschaften und Fähigkeiten der Jugend werden besonders dann zu einer großen Kraft, wenn sie mit der festen revolutionären Entschlossenheit verbunden sind, sich unter der Führung einer revolutionären Partei dem Kampf für die

Gesellschaft und das Volk zu widmen«, sagte Kim Il Sung der Delegation des Demokratischen Jugendverbandes Finnlands am 2. September 1969.

»Im Einklang mit dem Sieg der sozialistischen Revolution und der mächtigen Beschleunigung des Aufbaus des Sozialismus in unserem Land findet eine große Veränderung im geistigen Leben unserer Jugend statt. Es ist zum allgemeinen Lebensstil unserer Jugend geworden, ein einfaches und kämpferisches Leben zu führen und stets aufrichtig für die Gesellschaft und das Kollektiv zu arbeiten und zu lernen. All ihre Arbeit und ihr Leben sind völlig von dem erhabenen revolutionären Bewußtsein, rote revolutionäre Soldaten der Partei der Arbeit Koreas zu sein, und von dem schönen kommunistischen Lebensstil erfüllt.«

Welche Erziehungsinstitutionen durchläuft heute die Jugend in der Volksrepublik Korea, und was ist das Erziehungsziel?

Zunächst kommen die Kinder vom 72. Lebenstag oder auch bereits vom 44. Lebenstag an in die Kinderkrippe, die entweder dem Wohnblock zugeordnet ist oder dem Betrieb, in dem die Mutter arbeitet. Hier bleiben sie bis zu ihrem 5. Lebensjahr. Zwar trifft das noch nicht auf alle Kinder zu, da viele auch bei der Großmutter zu Hause bleiben. Ziel jedoch ist, alle Kinder in Kinderkrippen zu erfassen. Bis zum dritten Monat sieht das Kind die Mutter alle zweieinhalb Stunden, wenn es von ihr gestillt wird, bis zum sechsten Monat alle drei Stunden, dann bis zum neunten Monat alle vier Stunden und vom neunten bis zum elften Monat einmal am Tage. Dazwischen bekommen die Kinder dann auch schon andere Säuglingsnahrung; diese ersetzt vom ersten Lebensjahr an die Muttermilch ganz. Bemerkenswert ist, daß die Babies, von denen eine Säuglingsschwester etwa sechs bis acht beaufsichtigt, durch automatisches helles Glockengeläut ruhig gehalten und eingeschläfert werden.

Die Reinlichkeitserziehung beginnt mit dem sechsten Monat; bis dahin wurden immer, wenn die Mutter kam, die Windeln gewechselt. Vom sechsten Monat an wird das Kind, wenn es sich bewegt oder irgendwelche Anzeichen gibt, von der Erzieherin auf den Topf gesetzt. Diese Erzieherin ist für das Kind vom dritten Monat bis zum 5. Lebensjahr ein und dieselbe Person, zuvor wechselt sie oft, da die Kinder vor dem dritten Monat weder Mutter noch Erzieherin erkennen können. Vom neunten Monat an beginnt das Kind zu laufen und äußert selbst, wenn es auf den Topf muß. Mit dem elften Monat können alle Kinder laufen, mit zwei Jahren sind alle Kinder sauber und gehen allein auf die Toilette. Dies wird deswegen so detailliert geschildert, weil es für das Erziehungsziel, die Disziplinierung des Kindes, entscheidend, und weil es für die Erziehung der koreanischen Kinder ein historisches Novum ist.

Zu sprechen beginnen die Kinder mit einem Jahr und drei Monaten. Erst noch unartikuliert, Worte wie Mama und Papa, jedoch mit anderthalb Jahren sprechen sie den ersten zusammenhängenden Satz, der allgemeines Erziehungsziel ist und die Entwicklung des Kindes auf eine neue Stufe

hebt: »Ich danke Dir, Genosse Kim Il Sung.« Dieser Satz ist gewissermaßen fester Bestandteil des allgemeinen Erziehungsplanes.
Die Erziehungsmethode ist neben der Disziplinierung besonders auf Leistungsmotivation abgestellt. Sie führt sehr früh bewußt Konkurrenzmechanismen ein. Zwar kennt die Erziehung keine Strafen, aber das Lob besonderer Leistungen ist ein beliebtes Mittel, Leistungsmotivationen zu forcieren. Morgens müssen die Mütter, wenn sie die Kinder in der Kinderkrippe abgeben, der Erzieherin erzählen, wie die Kinder sich zu Hause betragen haben. Vor allen Kindern beurteilt die Erzieherin dann anschließend das Verhalten jedes einzelnen und verteilt Prädikate, wie: Das hast Du gut gemacht, das hast Du schlecht gemacht, oder das sollst Du nicht tun. Kinder, die sich besonders diszipliniert benehmen oder durch besondere Leistungen auszeichnen, bekommen ein Sternchen an der Tafel, wie später im Betrieb die individuellen Leistungen des einzelnen – das heißt dann sozialistischer Wettbewerb – an einer Wandzeitung bekanntgemacht werden.
Daneben steht die Erziehung zur Höflichkeit im Vordergrund, d. h. Ehrerbietung gegenüber Erwachsenen, die für den Erwachsenen sich dann später gegenüber der höhergestellten Persönlichkeit fortsetzt und so die Hierarchie stabilisieren hilft. Darüber hinaus wird auf die Erziehung zur Sauberkeit besonders großer Wert gelegt. Das betrifft nicht nur die Kindererziehung; auch die Arbeiter werden aufgefordert, sich sauber zu kleiden und die Betriebe sauber zu halten. Ebenso sollen die Wohnungen kulturvoll eingerichtet und sauber sein. Die Sauberkeit steht mit dem Begriff der Schönheit in enger Beziehung; Schönheit und Ordnung, das ist das anzustrebende, höchste Ziel. In diesem Zusammenhang finden in den Kinderkrippen und Kindergärten morgens Wettbewerbe statt, wie etwa: Wer hat das schönste Kleid?
Niedlichkeit, grazile, ballettartige Bewegungen und Strammstehen und Marschieren sind zunächst die beiden Pole, zwischen denen sich die Disziplinierung der Körperbeherrschung bewegt; später kommt dann noch der Sport, der in Korea eine sehr große Rolle spielt, hinzu.
Außerdem spielen Erziehungsmethoden, die sich rhythmischer und musikalischer Instrumente bedienen, eine wichtige Rolle. Das Ziel ist, daß jedes Kind wenigstens ein Musikinstrument zu beherrschen lernt. Sprüche, die die Kinder zu lernen haben, werden oft in Form von Liedern in Verbindung mit Tanz eingepaukt. Auch beginnen die Kinder sehr früh in der rhythmischen Erziehung Bewegungen zu lernen, die später bei Massenspielen Verwendung finden. Das Winken oder Schütteln mit den nach oben ausgestreckten Armen, ein koreanischer Ausdruck der Begrüßung, der später mit Kirschblütenzweigen in den Händen bei Aufmärschen und Demonstrationen angewendet wird, gehört hierher.

Vom vierten Jahr an sollen die Kinder die Geschichte des Führers mit einfachen Sätzen wiederzugeben lernen. Als Hilfsmittel hängen an den Wänden Papptafeln, auf denen die wichtigsten Etappen des Mythos in Bildform dargestellt sind. Ebenso werden kleine Modelle benutzt, wie z. B. von dem Geburtshaus des Führers in Mangyongdae. Die Kinder nehmen dann einen Zeigestock, zeigen auf ein Bild oder Modell und geben die dazu auswendiggelernten Sätze wieder, indem sie sie laut herausschreien.
Vom fünften Jahr an kommen die Kinder in den Kindergarten, der oft mit der Kinderkrippe zusammen im gleichen Haus untergebracht ist. Sie lernen zunächst »auf die Amerikaner schimpfen« und einige antiamerikanische Spiele. Bevorzugt werden Spiele nach Themen aus dem Befreiungskampf, die die helfende und kämpfende Rolle der Kinder im antijapanischen Partisanenkampf darstellen. Filme mit diesen Themen werden übrigens auch jeden Abend im Kinderfernsehen gezeigt, um die Kinder in revolutionärer Gesinnung zu schulen. Überhaupt werden in den täglichen Fernsehsendungen von 19 bis 23 Uhr ständig Spielfilme gezeigt, die sich mit dem antijapanischen Partisanenkampf befassen. Sie sollen wahrscheinlich, ähnlich wie in anderen sozialistischen Ländern, die in der Folge des Zweiten Weltkrieges mit Hilfe der Sowjetunion entstanden sind, die ausgebliebene Revolution ersetzen.
Sechsjährige, die sich schon einigermaßen diszipliniert bewegen können, lernen weiter in Sing- und Tanzspielen Dankbarkeitsbezeugungen in Form von Liedern, wie etwa: »Wer gab uns unsere Kleider und unseren täglichen Reis?« oder: »Der Führer liebt alle Kinder, und alle Kinder lieben den Führer.« Darüber hinaus lernen die Kinder immer wieder die Ideen des Führers und die Geschichte der Koreanischen Revolution, d. h. die Heldengeschichte des Kim Il Sung, auswendig. Dies Auswendiglernen spielt von Anfang an eine große Rolle und ist mehr oder weniger die einzige Form, in der in der Volksrepublik Korea gelernt wird. Das geht bis zur Universität, und sogar die Parteikader rühmen sich, ganze Reden und Parteiberichte des Führers, ohne ein Wort auszulassen, auswendiggelernt zu haben. Dies geschieht weitgehend ohne etwas zu verstehen – im europäischen Sinn des Wortes –, da diese Form des Lernens die Unterwerfung unter den Text, Verständnis aber die Beherrschung des Textes voraussetzt. Schon früher waren diese Formen des Lernens im konfuzianistischen Korea und in ganz Ostasien üblich, im christlichen Europa übrigens auch.
Im Kindergarten wird die allgemeine Wettbewerbssituation noch verschärft, was die Kinder besonders zur Entwicklung von Ehrgeiz anspornen soll. Bis zum achten Lebensjahr lernen sie noch nicht schreiben, jedoch die Buchstaben des koreanischen Alphabetes. Sie lernen, die Geschichte des Führers zuerst Wort für Wort und dann in ganzen Sätzen selbständig wiederzugeben. Rechnen lernen sie bis 20, Zählen bis 1000. Neben Bastel-

und Gesangunterricht finden jeden Tag Sport und Spiele mit Gesang und Tanz statt: den Mythos illustrierende Spiele, Dankbarkeitsspiele, Sauberkeitsspiele, Sanitätsspiele und Verteidigungsspiele, die die Bereitschaft, den Führer, das Zentralkomitee der Partei und das Vaterland gegen die Amerikaner zu verteidigen, schon früh einüben sollen.
In den Kindergärten findet einmal im Monat ein Mütterabend statt, wo die Leistungen der Kinder besprochen werden und die Erzieherinnen den Müttern Vorschläge zur besseren Erziehung der Kinder machen. Die Erzieherinnen werden in einer besonderen Schule für Erzieher in Kinderkrippen und Kindergärten ausgebildet.
Mit acht Jahren kommen die Kinder in der Volksrepublik Korea in die neunjährige, für alle obligatorische Schule, die sie mit dem 17. Lebensjahr verlassen. Gleichzeitig werden alle Achtjährigen in die Pionierorganisation aufgenommen, in der sie bis zum 14. Lebensjahr Mitglied sind, um danach in die Jugendorganisation überzuwechseln.
Jetzt ist die eher spielerische Zeit des Kindes vorbei. In der Schule wird die Leistungsschraube angezogen, und ständig finden rigide Leistungskontrollen statt, die den Stand des akkumulierten Wissens überprüfen sollen. Daneben werden die Kinder in der Pionierorganisation in nationaler Kultur geschult: Singen, Musizieren, Tanz, Theater etc. und die Ausbildung der Verteidigungsbereitschaft mit Sport und Schießübungen, Funklehrgängen und Grundkursen für die gesamte Technologie. Besonders ehrgeizige Schüler werden in Studiengruppen, die das Leben und die Werke des Führers Kim Il Sung noch eingehender studieren, zusammengefaßt.
Auf den Uferpromenaden des Tae Dong Gang in Pjöngjang, in Parks und auf Plätzen sieht man ständig irgendwelche Pioniergruppen Marschübungen veranstalten und dabei im Chor »Langes Leben« schreien, ein bei von Kim Il Sung abgenommenen Paraden und Demonstrationen besonders beliebter Ruf. Dies ist eine alte ostasiatische Form der Ehrbezeugung und Unterwerfung. Denn ein langes Leben garantiert gleichzeitig Herrschaft, in einer Zivilisation der Herrschaft der Alten. Sogar ein Papagei im Zoo von Pjöngjang wurde von den Besuchern bestaunt, als er dem Führer mit krächzender Stimme ein langes Leben wünschte.
Die autoritäre Struktur dieser Gesellschaft und der Ehrbezeugungsfetischismus gehen so weit, daß die Kinder oder auch ganze Pioniergruppen, die an die Landstraße zum Blumenpflanzen abkommandiert wurden, die dort vorbeifahrenden offiziellen, schwarzen Staatslimousinen entweder durch Verbeugung oder als Pioniere mit dem Pioniergruß – den Arm angewinkelt und die Hand senkrecht über den Kopf gehalten – grüßen müssen. Die koreanischen Begleiter wiesen in solchen Fällen immer auf die besonderen Erfolge bei der revolutionären Erziehung der Jugend hin.

Mit 17 Jahren verläßt der Schüler die Schule, und die zuständige Organisation bestimmt seinen weiteren Weg gemäß den Anforderungen des ökonomischen Staatsplanes und den Qualifikationen des Schülers. So geht er entweder in die Industrie und lernt den Beruf eines Facharbeiters, oder er geht in die Landwirtschaft, kann dann aber später noch, wenn er sich qualifiziert, eine Hochschule oder Universität besuchen; oder aber er kommt nach Abschluß der Schule direkt auf eine Hochschule oder Universität, wenn er nicht zum Militär geht.

Die größte Universität des Landes, die Kim Il Sung-Universität in Pjöngjang, wurde 1948 an einem von Kim Il Sung selbst ausgewählten Platz gegründet. Der Bau des ersten Gebäudes der Universität, der durch Reisspenden der Bauern des ganzen Landes unterstützt wurde, soll als historisches Denkmal, das nach dem Kriege wieder aufgebaut wurde, stehenbleiben. Der Universitätsbetrieb begann 1948 mit 90 Lehrern und beschäftigt heute 2000 Lehrer. Die ersten Lehrer wurden von ihrer Berufsorganisation umerzogen. 20 000 Studenten haben seit der Gründung die Universität verlassen. Heute studieren 40 000 Studenten an dieser Universität, zu denen noch 6000 Abendschüler hinzukommen. Die Universität hat eine Bibliothek mit zwei Millionen Bänden und Leseplätze für 2000 Studenten. Ferner verfügt sie über eine eigene Druckerei und eine Fabrik, in der sie ihre Apparate selbst herstellen kann. Sie ist in zwölf Fachbereiche gegliedert. Der Fachbereich Gesellschaftswissenschaften z. B. setzt sich aus den Fächern Philosophie, Geschichte, koreanische Sprache, politische Ökonomie und koreanische Sprache für Ausländer zusammen. Soziologie oder Psychologie sind in Korea unbekannte Fachgebiete. Das Verhältnis der Studenten, die gesellschaftswissenschaftliche Fächer studieren, zu denen, die naturwissenschaftliche Fächer studieren, entspricht dem Verhältnis 40 zu 60. Die Studenten studieren, in Klassen zusammengefaßt, nach einem streng gegliederten Vorlesungs- und Übungsplan und einem Studiengang, der von Beginn des Studiums bis zum Examen feststeht. Der Besuch der Vorlesung ist Pflicht, und als Abschluß eines jeden Semesters findet eine individuelle Leistungskontrolle statt. Ebenso werden die Studienabschlußprüfungen als streng kontrollierte Einzelprüfungen abgelegt. Kollektive Abschlußarbeiten gibt es nicht, wie überhaupt das kollektive Arbeiten der allgemeinen Konkurrenzsituation widerspricht. Normalerweise beendet ein Student sein Studium mit 24 Jahren; mit 27 Jahren wird er zum Militärdienst eingezogen. Wer vom Militärdienst befreit wird, darüber entscheiden Parteizugehörigkeit und Familiensituationen. Kriegswaisen werden meist nicht einberufen.

Für alle Studenten aber steht das Studium der Ideen des Führers Kim Il Sung und der Sport im Mittelpunkt. Wer auf einem dieser Gebiete schlechte Noten hat, kann sein Studium nicht erfolgreich beenden.

Der Wissenschaftsbetrieb beschränkt sich im wesentlichen auf das Auswendiglernen von Texten, die dann abgefragt werden. Alte koreanische Philosophie und Geschichte z. B. wird studiert, damit man auf die Vergangenheit stolz sein kann, und europäische Philosophie wird nach der Methode des Dschutsche behandelt, d. h. man übernimmt davon, was für Korea gut ist: so die Auskünfte von Philosophiedozenten der Universität. Der historische Materialismus ist eine unbekannte Wissenschaft.
Die einzige Aufgabe der naturwissenschaftlichen und technischen Fächer ist die Steigerung der Produktivität. Die Studenten lernen die Praxis durch die Besichtigung von Produktionsstätten kennen, nicht aber durch praktische Arbeit. Begründet wird das damit, daß die Studenten ja nicht als Arbeiter ausgebildet werden, und daß es genügt, die Praxis durch Besichtigungen kennenzulernen; andernfalls wäre das, was man in ihre Ausbildung investiert hat, vergeudet.
Auf die Frage, welche Rolle die Dialektik in der Gesellschaft spiele, wurde eine Phrase von Stalin über Naturdialektik zitiert, wie Stalin überhaupt bekannter als Lenin oder etwa Marx und Engels ist. Dazu muß gesagt werden, daß Stalin in der Volksrepublik Korea als großer Führer gefeiert wird, dem die Sowjetunion den Aufbau des Sozialismus zu verdanken hat. Nach ihm sind heute noch Straßen benannt. Seine Werke wurden zum großen Teil ins Koreanische übersetzt.
Neben der Erziehung der Jugend wird natürlich die des ganzen Volkes nicht vergessen. Aus diesem Grund sind z. B. in Pjöngjang in den Wohnvierteln überdimensionale Lautsprecher installiert, die ein ganzes Viertel von früh bis spät mit Liedern, Informationen der Partei und Lobgesängen auf den Führer versorgen. Solche Lautsprecher gibt es auch in den Betrieben. In den Wohnvierteln wird das damit begründet, daß noch nicht alle einen eigenen Lautsprecher in ihrer Wohnung haben. Die Bewohner der Neubauten sind an ein eigens installiertes Lautsprechernetz angeschlossen.
Dem Rundfunk wie auch dem Fernsehen wird großer Wert beigemessen, weil beide neben den offiziellen Zeitungen die wesentlichen Massenkommunikationsmittel darstellen. Auch an diesen Informationsquellen zeigt sich die erzieherische Intention des Staatsapparates. So werden z. B. in den Nachrichtensendungen, mit denen jeden Abend um 19 Uhr das Fernsehprogramm beginnt, fast nur Nachrichten aus dem Inland gebracht. Das läuft dann folgendermaßen ab: Kim Il Sung hat eine Delegation aus XY empfangen. Es folgen andere Staatsereignisse, dann Nachrichten über Planerfüllungen in der Landwirtschaft und in den Betrieben. Nachrichten aus dem Ausland gibt es nur, wenn es in Südkorea Auseinandersetzungen der Studenten oder Arbeiter mit dem Park-Regime gab, wenn eine koreanische Delegation in Kairo angekommen ist oder in Frankfurt ein Korea-Solidaritätskomitee gegründet wurde; eventuell folgen noch Be-

richte über Studentendemonstrationen in Japan oder den USA und Nachrichten vom indonesischen Kriegsschauplatz. Informationen über die politische Weltsituation bekommt der Durchschnittskoreaner überhaupt nicht. Es heißt, davon brauche er nichts zu wissen; es genüge das Bewußtsein, daß er gegen die Amerikaner kämpfen muß. In Südkorea gibt es ein Sprichwort: Die Koreaner leben wie ein Frosch im Brunnen.

Selbst Universitätsabsolventen sind die ökonomischen Bewegungsgesetze des Kapitalismus und des Imperialismus durchaus nicht klar, ja sie verstehen sie meist überhaupt nicht. Imperialismus, das sind die USA und antiimperialistischer Kampf, das sind 100 Jahre Erbfeindschaft mit den USA. Darum wird der Propaganda, die aus Südkorea über den Rundfunk oder durch abgeworfene Flugblätter und Broschüren nach Nordkorea kommt, auch nicht mit Aufklärung über die Funktion des Kapitalismus und Imperialismus begegnet; vielmehr soll das Volk dahin gebracht werden, daß es die Schriften aus dem Süden nicht liest und Rundfunkstationen aus Südkorea nicht·hört. Erfolg und Macht des Staatsapparates werden dabei nicht bezweifelt: Kein Nordkoreaner, heißt es, höre eine südkoreanische oder ausländische Rundfunkstation.

Sogar die Entstehungsgeschichte der Teilung des Landes wird dem Volk verschwiegen. Im Museum der koreanischen Revolution in Pjöngjang, das jetzt einen Neubau bekommt und zukünftiges, alle Bauten der Stadt weit überragendes Wahrzeichen der Kapitale sein wird, sind weder die Konferenzen von Kairo, Jalta oder Potsdam erwähnt, noch die Vereinbarung zwischen den Oberkommandos der sowjetischen und amerikanischen Streitkräfte über die Teilung des Landes am 38. Breitengrad. Auf die Frage, warum diese Informationen fehlen, wurde geantwortet, daß die Koreaner wohl besser wüßten, was für Koreaner wichtig zu wissen sei; es genüge, wenn die Koreaner wüßten, daß die Amerikaner den Süden des Landes besetzt hielten, und wenn sie bereit seien, gegen die Amerikaner zu kämpfen, um den Süden zu befreien.

Um den Sieg der Revolution erfolgreich voranzubringen, sollen alle zur Arbeiterklasse und zur Arbeitsliebe erzogen werden, zur Liebe zur sozialistischen Ordnung und zum Vaterland. Der Slogan lautet: Alle für einen und einer für alle.

Weiter gehört zu dem Erziehungsprogramm, daß alle Mitglieder der Gesellschaft in Organisationen gehen müssen, um in diesen Organisationen zu leben. Dort sollen sie lernen, die ihnen gestellten Aufgaben gut zu erfüllen. Es kommt darauf an, daß sie lernen, die Aufgaben freiwillig und mit Begeisterung zu erfüllen. Außerdem sollen sie dort die Prinzipien der Kritik und Selbstkritik lernen, d. h., alle Mitglieder sollen sich gegenseitig kontrollieren. Wenn einer einen Fehler gemacht hat, dann ziehen ihn die anderen zur Rechenschaft und kritisieren ihn.

Für alle Organisationen ist die Linie der Partei, die vom Zentralkomitee beschlossen wurde, Gesetz und nicht zu kritisieren, sondern zu erfüllen. Auch die Aufgaben, die dem einzelnen von der Organisation gestellt wurden, werden nicht kritisiert, sondern erfüllt. Das Gleiche gilt für das Zentralkomitee der Partei. Darum ist der revolutionäre Führer so wichtig. Er hat die Aufgabe, die Partei zu gründen und die Massen zu erziehen. Er ist die letzte Instanz, der nicht zu kritisierende Lehrer des Volkes.
Auf allen Gebieten des Lebens ist die alte Ordnung zu beseitigen und die neue Ordnung zu schaffen. Vor allem sollen im Kulturleben die alten Methoden liquidiert und durch neue ersetzt werden. In diesem Sinne soll auch die Familie revolutioniert werden, d. h., Vater und Mutter sollen gute Kommunisten werden; die Kinder müssen sich gut benehmen und fleißig lernen. Alle sollen fortschrittlich nach der kommunistischen Moral leben, d. h. fleißig sein, ihre Aufgaben erfüllen und dem Führer dankbar sein. So ist nach dem Willen des Führers das ganze Land eine Schule.

Die Produktion

Die Volksrepublik Korea führt den selbst gewählten Beinamen *Chollima Korea*. Ihr Symbol ist ein geflügeltes Pferd, auf dem ein Koreaner und eine Koreanerin reiten. Der Mann hält in der rechten Hand ein Buch in die Höhe und die Frau, hinter ihm sitzend, Reisgarben im Arm. Das Wort *Chollima* stammt von einer Legende, nach der ein mutiger Riese in einem Atemzug auf einem Roß über die See und Berge sprang. Dies Roß soll fähig gewesen sein, täglich tausend *Li* (ein *Li* sind etwa vier Kilometer) zurückzulegen. Chollima heißt: das Tausend-Li-Roß; es war im alten Korea das Symbol für große Geschwindigkeit. Heute steht es für den schnellen Aufbau des Sozialismus.
Wie die Sowjetunion nach der Oktoberrevolution, so hatte auch die Volksrepublik Korea Probleme mit der Landreform, die in allen ehemaligen Kolonialländern, die sich vom Kolonialismus befreien wollen, die Basis jeder möglichen Entwicklung ist. Wie damals in der Sowjetunion, so wurden auch in der Volksrepublik Korea unmittelbar nach der Befreiung 1946 die großen Ländereien in einer Landreform an die armen Bauern verteilt, d. h., der Groß- und Mittelbesitz, der sich früher z. T. in japanischer Hand befand, wurde enteignet. Durch die nach der Befreiung eingerichteten Dorfkomitees wurde an ungefähr 700 000 landlose Pächter- und Arbeiterfamilien das nichtübertragbare Nutzungsrecht vergeben.
Diese sehr populäre Maßnahme ermöglichte es der Volksrepublik, bis zum Jahre 1949 den Zustand der landwirtschaftlichen Selbstversorgung zu erreichen, obwohl die ehemaligen Reisanbaugebiete, und Reis ist heute

das Grundnahrungsmittel (früher war es in Nordkorea auch teilweise Mais), hauptsächlich in Südkorea lagen. Allerdings waren dazu ungeheure Anstrengungen zur Kultivierung neuer landwirtschaftlicher Anbauflächen notwendig, was bei der geophysischen Situation Nordkoreas, mit überwiegendem Bergland und der in diesem Falle notwendigen Terrassierung für den Reisanbau, besonders schwierig war.

Nach Beendigung des Koreakrieges, der eine verheerende Zerstörung aller Ansätze des Aufbaus hinterließ, begann man 1953 mit der Einrichtung der landwirtschaftlichen Kooperativen gegen den nicht unerheblichen Widerstand der Bauern, die meinten, gerade erst eigenes Land bekommen zu haben. Man richtete einige Musterkooperativen ein, und viele Bauern traten nach und nach, mehr oder weniger freiwillig, in die neuen Kooperativen ein. Diejenigen, die nicht den Kooperativen beitraten, mußten Werkzeuge, Düngemittel und andere Materialien vom Staat kaufen. Dieser Umwandlungsprozeß dauerte von 1953 bis 1958. In dieser Zeit wurde an vielen Orten die Ernte vernichtet und das Vieh geschlachtet. Die offizielle Version behauptet, die Südkoreaner hätten in dieser Zeit eine Menge Agenten und Provokateure eingeschleust, die solche Sabotageakte verübten. Dem Leser, der die Parallelen aus der Geschichte der Sowjetunion kennt, wird klar sein, daß diese Sabotage von den Bauern selbst verübt wurde, weil sie ihr vermeintliches Eigentum lieber vernichten als aufgeben wollten. Noch auf dem letzten Parteikongreß der »Partei der Arbeit Koreas« im November 1970 klagte Kim Il Sung über den Egoismus der Bauern; er meinte damit ihr Verhältnis zu dem Land, das sie bearbeiten.

Land als Privateigentum, was die asiatische Produktionsweise bis ins 20. Jahrhundert, den Despoten einmal ausgenommen, nicht kannte, ist z. B. in der westlichen Welt der entscheidende, zivilisierende Schritt gewesen, die materielle Basis der Ausbildung des Selbstbewußtseins. Nicht zuletzt darum hat Marx die asiatischen Produktionsverhältnisse barbarisch genannt und den Sozialismus als historische Stufe der Entwicklung der Menschheit erst nach dem Durchgang durch diese Negation im Privateigentum angesiedelt.

Heute haben die Bauern der Kooperative etwas eigenes Land unmittelbar um ihr Haus herum und etwas Vieh zur Selbstversorgung. Das ist notwendig, weil der Lebensstandard der Bauern auf dem Land ungleich niedriger ist als der der Industriearbeiter in der Stadt, der ohnehin nicht gerade hoch genannt werden kann. Da die Bauern ihren eigenen Boden besser als den der Kooperative bewirtschaften, wird ihnen, sicher mit Recht, Egoismus vorgeworfen; wenn auch dieser Egoismus eine möglicherweise historisch notwendige Entwicklungsstufe darstellt.

Probleme gibt es auch bei der Industrialisierung der Landwirtschaft, d. h. dem Einsatz von Maschinen, gegen die besonders die alten Bauern Wider-

stand leisten. Ihren Einfluß versucht man durch Auflösung der Großfamilienstruktur aufzuheben, durch Erziehung und massive Agitation, z. B. mit Filmen, in denen die alten Bauern entweder als unzeitgemäße Trottel erscheinen oder als Alte, die noch dazulernen können.
Heute produziert die Volksrepublik zwar den zur Ernährung der Bevölkerung notwendigen Reis selbst und exportiert z. B. Äpfel, Ginsengwurzeln und auch einige Industrieprodukte, wie z. B. Werkzeugmaschinen. Darüber darf aber nicht vergessen werden, daß die hierarchisch um den Führer gescharte Gesellschaft von Produktionsverhältnissen beherrscht wird, in denen die Entwicklung der Produktivkräfte, in Gestalt der Technik, als ein Geschenk des Führers erscheint, für das sich das Volk durch seine enorme Arbeitsleistung zu opfern hat. Arbeit steht in diesem Land in einem Opferzusammenhang mit einer abstrakten Leistung und erscheint nicht als bewußte Tätigkeit zur allgemeinen Reproduktion des Lebens. Wenn zum Reisstecken oder zur Ernte Schüler, Studenten, Soldaten, Miliz oder Angestellte abkommandiert und in Lastwagen zum Einsatz gefahren werden, so folgt ihnen gleich ein Lautsprecherwagen, der, am Feldrand aufgestellt, durch ständige Berieselung der Arbeitenden mit Führerhymnen, Lobgedichten und Leistungsaufforderungen den rituellen Charakter der Arbeit, die Opferzeremonie, verdeutlicht. Ähnliche autoritäre Arbeitsstrukturen findet man heute noch im kapitalistischen Japan, wenn etwa die Belegschaft eines Betriebes morgens, vor Beginn der Arbeit, eine Lobeshymne auf den Firmenchef singen muß oder wenn im Keller des gleichen Betriebes eine Nachbildung des Chefs aufgestellt wird, an der die Arbeiter ihre Aggressionen austoben können.
»Die größte Heldentat, die unser Land beim Aufbau des Sozialismus von 1956 bis 1970 vollbracht hat, nämlich unser Land in einen sozialistischen Industriestaat zu verwandeln, ist die glänzende Erfüllung der historischen Aufgabe sozialistischer Industrialisierung«, sagte Kim Il Sung 1970. Obgleich die Volksrepublik Korea, verglichen mit der DDR, ein in jeder Beziehung unterentwickeltes Land ist, wird der ausländische Besucher auf den »sozialistischen Industriestaat« immer wieder hingewiesen. Verglichen mit Südkorea ist der Norden freilich ein Industriegigant.
Wie man ihren Berichten entnehmen kann, werden alle ausländischen Besucher in einige Musterbetriebe geführt, wie das Kangson-Stahlwerk, das Kiyang-Traktorenwerk, das Kim Jong Tae-Elektrolokomotivenwerk, das Textilkombinat in Pjöngjang u. a. m. Trotz der geringen Zahl der Betriebe bekommt der Besucher doch einen Einblick, welche Rolle die Arbeit in der Volksrepublik spielt, d. h. einen Einblick in die dort herrschenden Produktionsverhältnisse.
Das Kim Jong Tae-Elektrolokomotivenwerk in Pjöngjang, das etwa 4000 Arbeiter in Schichtarbeit beschäftigt, verfügt, wie die anderen Werke

auch, über eine werkseigene Kinderkrippe und einen werkseigenen Kindergarten sowie über besondere Räume für politische Schulung, das Studium der Werke des Führers und Versammlungsräume für die Belegschaft. 30% der Arbeiter sind Frauen, die die gleiche, auch schwere Arbeit verrichten wie die Männer, jedoch in der Betriebsleitung in den meisten Betrieben unterrepräsentiert sind. 35% der Belegschaft sind Mitglieder der »Partei der Arbeit«, sie arbeiten allerdings zumeist in der Betriebsleitung. Darum beklagte Kim Il Sung auch auf dem 5. Parteikongreß den Mangel an Arbeitern unter den Parteimitgliedern. Alle Arbeiter gehören zumindest einer Organisation an, wie der Frauenorganisation, der Jugendorganisation oder der Gewerkschaft. Diese Organisationen übernehmen die politische Schulung der Arbeiter, d. h., sie bilden Gruppen zum Studium der Werke des Führers. Daneben sind alle Arbeiter in »Chollima-Brigaden« organisiert, die für die Leistung der Arbeiter verantwortlich sind. Jeder Arbeiter hat ein Leistungsheft, in das der Arbeitsleiter die jeweilige Arbeitsleistung täglich einträgt.

Gewöhnlich findet einmal im Monat eine Vollversammlung der Arbeiter statt, bei der einzelne Arbeiter, die vorfristig ihr Arbeitssoll erfüllt haben, durch Auszeichnungen oder Prämien herausgestellt werden. Diskussionen über den Arbeitsprozeß gibt es nur unter dem Gesichtspunkt der besseren Leistungserfüllung. Eine Diskussion über die Arbeitsweisen, darüber, was und wie produziert werden soll und welche Arbeitserleichterungen möglich wären, gibt es nicht. Der DDR-Slogan: »Das Wichtigste im Sozialismus ist der Mensch«, wäre für die Volksrepublik Korea eine unverständliche Formel, da sich das Volk für die Revolution, den Aufbau des Sozialismus und den Führer, das heißt, für Abstraktionen zu opfern hat.

Die vom Zentralkomitee beschlossene Aufbauleistung und die damit zu erbringende Arbeitsleistung wird Gesetz durch Inkrafttreten des Beschlusses. Darum heißt es auch immer, wenn die neuen Pläne verkündet werden: »Die Arbeiter haben den neuen Auftrag freudig angenommen und versprechen dem Führer und der Partei, ihr Soll vorfristig zu erfüllen.«

Um die Art und Weise, wie die Arbeitskraft des Menschen rücksichtslos ausgebeutet wird, darzustellen, möchte ich hier nur ein Beispiel nennen. Auf dem 5. Parteikongreß wurde die Textilarbeiterin und Heldin der Arbeit Li Hwa Sun, aus dem Textilkombinat Pjöngjang, von den Delegierten besonders gefeiert und durch Fernsehen, Radio und Zeitungen den Arbeitern der Volksrepublik als leuchtendes Beispiel zur Nachahmung empfohlen. Sie hatte ihre jährliche Arbeitsquote mit 400% übererfüllt, weil sie es geschafft hatte, gleichzeitig 14 statt der üblichen 6 Webmaschinen zu bedienen. Dazu mußte sie täglich 120 Kilometer laufen (diese Zahl stammt aus einer offiziellen Angabe) und eine Methode finden, um die

gerissenen Webfäden besonders schnell zu knoten. Als Flüchtling aus Südkorea hatte sie lange nachgedacht, wie sie der Revolution noch besser dienen könne, und die Ideen des Führers Kim Il Sung studiert; endlich hatte sie den entscheidenden Einfall. Daß diese Arbeiterin sich wahrscheinlich in fünf Jahren totgeschuftet hat, wird verschwiegen. Diese Geschichte erhellt das Verhalten der Führung gegenüber dem Volk.

Das Verhältnis zur Technik beleuchtet gleichzeitig das Verhältnis der Gesellschaft zur Natur. Denn die Technik ist in dieser Gesellschaft nicht Werkzeug und Mittel zur Reproduktion des Lebens, sondern ein Wunder oder auch ein Geschenk des Führers, der Arbeitsprozeß also nicht ein Vermittlungsprozeß von Gesellschaft und Natur, sondern eine Leistungsolympiade. Die Funktion des Führers als alles bewegenden Bewegers zeigt sich darin, wie wichtig es für jeden Betrieb, jede Schule, Hochschule, überhaupt jede gesellschaftliche Institution ist, daß der Führer dort einen Besuch abgestattet hat. In allen Betrieben, Schulen, Universitäten, in Dörfern oder auch im Pionierpalast gibt es besondere Räume, in denen dokumentiert wird, wie oft Kim Il Sung zu Besuch war, was er gesagt hat, welche Ideen oder Anregungen er zu diesem oder jenem Problem gegeben hat. Das Volk bleibt dabei eine Schar unmündiger Kinder, die gebannt auf das Wort des Führers starrt.

Eine den Mythos der Reproduktion erhellende Geschichte wird nicht nur den Koreanern, sondern auch den ausländischen Besuchern erzählt, die das Kiyang-Traktorenwerk besuchen. Die Betriebsleitung gibt sie folgendermaßen wieder: Das Werk, das von den Japanern als Chemiebetrieb angelegt und im Krieg völlig zerstört wurde, sollte nach dem Kriege in eine Traktorenfabrik umgewandelt werden, um die Landwirtschaft so schnell wie möglich weiterzuentwickeln. Zu diesem Zweck hatte man tschechische Ingenieure als Berater eingeladen, die aber nach Besichtigung der zerstörten Werkhallen und Prüfung der Voraussetzungen der Regierung bedeutet haben sollen, daß der Aufbau einer Traktorenfabrik unter diesen Bedingungen völlig unmöglich sei. Traktoren wurden aber unbedingt gebraucht, und importieren konnte oder wollte man sie nicht. Darum kaufte Kim Il Sung für die Arbeiter zunächst zwei Traktoren aus der Sowjetunion, damit sie sie studieren konnten. Einige hundert Arbeiter und etwa 20 Techniker und Mechaniker gingen nun daran, die Traktoren vollständig auseinanderzunehmen und Teil für Teil nachzubauen. Dabei benötigte ein Mann, der die Aufgabe hatte, den Spiegel für einen Scheinwerfer herzustellen, eine Woche, um das Blech dafür zu hämmern. Da es kaum Werkzeuge und schon gar keine Werkzeugmaschinen gab, hat man z. B. die Kurbelwelle mit der Hand und einer Schleifmischung aus Stroh und Sand geschliffen. Als man dann den ersten Traktor zusammengebaut hatte und ihn Kim Il Sung vorstellen wollte, stellte man fest, daß er nur

rückwärts fuhr. Die Arbeiter und Techniker in ihrer Ratlosigkeit telephonierten darauf mit Kim Il Sung und sagten ihm: »Wir haben zwar einen Traktor zusammengebaut, aber er fährt nur rückwärts. Was sollen wir machen?« Da antwortete ihnen Kim Il Sung: »Baut ihn wieder auseinander, denn wenn er rückwärts fährt, muß er auch vorwärts fahren.« Die Arbeiter bauten den Traktor wieder auseinander, sahen was sie falsch gemacht hatten, und als sie ihn dann wieder zusammensetzten, fuhr der Traktor vorwärts und rückwärts. Danach stellten die Arbeiter ihren ersten Traktor stolz Kim Il Sung vor.

Die Rolle der Frau in der ersten Phase des Aufbaus der Volksrepublik war, ihren Mann bei seiner revolutionären Arbeit zu unterstützen, ihm zu helfen, für ihn zu kochen und das Haus zu versorgen. Aller Vorbild war Kang Ban Sok, die Mutter Koreas, die Kim Il Sung zum Patrioten erzogen und seinen Vater bei seiner revolutionären Arbeit durch liebevolle Besorgung der Hauswirtschaft unterstützt hatte. Als aber die industrielle Produktion stieg und es an Arbeitskräften fehlte, wurde ein neuer Slogan propagiert: Die Frau muß von der Küche befreit werden. Die Männer wurden nun beschuldigt, daß sie ihre Frauen von der Fabrikarbeit fernhielten, und aufgefordert, sich an der Hausarbeit zu beteiligen, damit die Frauen arbeiten gehen könnten. Die Geräte, die nötig sind, um die lange Zubereitungszeit koreanischer Speisen zu verkürzen, sollen zur Verfügung gestellt werden.
Aber auch dieser Fortschritt wird nicht als Veränderung des Produktions- und Konsumtionsprozesses dargestellt, sondern als Wunder. Die alten koreanischen Speisen bleiben erhalten, wie die alte koreanische Kultur, nur daß sie eben jetzt aus der Büchse gezaubert werden.
Die völlige Blockierung jeder Emanzipation der Produktionsverhältnisse zugunsten einer abstrakten, leistungsorientierten Produktivität wurde bereits erwähnt. Darüber hinaus wird aber auch jede öffentliche, durch die Staatsorgane nicht kontrollierte Diskussion über die Produktion, die Produktionsverhältnisse und die diese darstellenden Produktionsweisen einfach verboten. So erklärt z. B. ein Lehrstück, vorgetragen im Theater von Pjöngjang, vor Arbeitern, Angestellten und Soldaten die Produktionsverhältnisse zur Geheimsache:
Ein alter Mann geht mit seiner Frau über die Bühne. Beide kommen von der Familie ihres Sohnes. Sagt die Frau: »Ist aber schön, daß unser Sohn jetzt Ingenieur in dem und dem Werk ist, wo das und das produziert wird.« Sagt der Mann: »Wie kannst Du nur auf der Straße darüber reden. Du weißt doch, daß man auf der Straße nicht über solche Dinge reden soll.« Dann gehen sie weiter, die Frau sieht das ein, fängt aber noch ein paarmal an, davon zu reden und wird immer wieder von ihrem Mann

aufgefordert, den Mund zu halten. – Verständnisvolles Lachen der Zuschauer.
Obwohl die Produktion zur revolutionären Geheimsache erklärt wird, gibt es einige offizielle Produktionsziffern, die die Leistungen des sozialistischen Aufbaus herausstellen sollen. Diese Leistungen sind in der Tat, gemessen etwa an Südkorea, beachtlich. Danach wurde die industrielle Produktion im ganzen von 1956 bis 1970 auf das 11,6fache gesteigert, der Ausstoß der Schwerindustrie in dem gleichen Zeitraum auf das 13,3-fache und der der Konsumgüterindustrie auf das 9,3fache. 1970 wurden 16,500 Millionen Kilowattstunden Strom produziert, 27,5 Millionen Tonnen Kohle gefördert, 2,2 Millionen Tonnen Stahl erzeugt, 1,5 Millionen Tonnen chemische Düngemittel, 4 Millionen Tonnen Zement und über 400 Millionen Meter Gewebe hergestellt. Das jedenfalls berichtet die Zeitschrift *Korea* in Nr. 171 von 1970.

Sexualität und Herrschaft

Die neue Gesellschaft in der Volksrepublik ist dabei, den alten unmittelbaren Patriarchen der Familie teilweise abzuschaffen, um der abstrakten Autorität des Führers, vermittelt durch die Kader der Partei, nur um so vollständiger zur Herrschaft zu verhelfen. Das heißt aber nicht, daß die Familie aufgelöst würde: im Gegenteil, die nordkoreanischen Offiziellen weisen mit Entschiedenheit die südkoreanische Propagandageschichte von dem kommunistischen Staat, in dem die freie Liebe herrsche, zurück. Die Familie bleibt weiterhin Instrument der sexuellen Unterdrückung. Sie wird als etwas Erstrebenswertes propagiert und allgemein als Ziel jedes Staatsbürgers anerkannt. Während jedoch früher die Patriarchen der Familie ihre Kinder verkuppelten – was sie teilweise heute noch tun –, so übernehmen jetzt großenteils die Parteikader und Funktionäre in den Betrieben diese Aufgabe. Auch die Heirat selbst, weiterhin das alte Ritual, wird von ihnen arrangiert und organisiert. Somit ist es heute der Vertreter des Vaters Kim Il Sung, der zuständige Parteifunktionär, der die zukünftigen Ehepartner zusammenführt.
Daß Nordkoreaner vor dem 27. Lebensjahr heiraten, wird offiziell nicht gewünscht; bis dahin werden sie vom Kindergarten an in paramilitärischen oder militärischen Organisationen, bei strenger Trennung der Geschlechter, gehalten. In der Schule und in der Pionierorganisation marschieren sie getrennt, und sogar in der Universität sitzen Mädchen und Jungen bei Vorlesungen in getrennten Blocks. Auch zum Essen in die Mensa der Universität marschieren sie, wie jeder in diesem Staat marschiert, in getrennten Kolonnen. Es versteht sich von selbst, daß Unterkünfte und

Wohnheime die Geschlechtertrennung strikt einhalten. Daß es weder zwischen Kindern noch zwischen Jugendlichen bis zum 27. Lebensjahr zu irgendwelchen zärtlichen oder sexuellen Beziehungen kommt, wird als Konsequenz der »kommunistischen Moral« gelobt. »Wer, bevor er 27 Jahre alt ist, eine Freundin oder Frau hat, der arbeitet nicht mehr richtig.« Verhütungsmittel und Abtreibungen sind in der Volksrepublik Korea verpönt, es heißt: »So etwas brauchen wir nicht.«

Der allgemeinen Unterdrückung der Sexualität entspricht auch die Unterdrückung der Frauen, obgleich sie durch die Teilnahme an der Produktion scheinbar emanzipiert worden sind. Das drückt sich nicht nur in den langen, sexualfeindlichen, traditionellen Kleidern der Frauen deutlich aus, sondern auch in Filmen, in denen das Verhalten des Mannes in der Familie dargestellt wird. Kommt z. B. ein Mann vom Militärdienst nach Hause, so fällt ihm sein Sohn um den Hals und küßt ihn, die Frau aber steht nur dabei, nimmt sein Gepäck und verschwindet im Haus. Auch in einem gewissen Machismo der Männer äußert sich die Unterdrückung der Frauen. Sie haben ständig Angst, nicht männlich genug zu sein, und versuchen das durch die Anwendung vieler potenzsteigernden Mittel, wie Ginseng, geriebenes Horn und bestimmte Meeresfrüchte, zu kompensieren.

Die Beteiligung der Frauen an der Produktion oder ihre Aufnahme in die Miliz oder das Militär bedeutet zwar eine Emanzipation von ihrer früheren, gesellschaftlich untergeordneten Rolle, nicht jedoch ihre sexuelle Emanzipation. Ihnen wird gewissermaßen gestattet, zum Mann zu werden. Die sexuelle Emanzipation der Frau ist in der phallisch-leistungsorientierten Struktur des Führerstaates ohnehin nicht möglich.

Die Funktion des Führers selbst aber gibt erst Aufschluß über die sexuelle Struktur dieser militarisierten Gesellschaft. Die sexuelle Objektwahl ist zur Identifizierung mit dem Führer regrediert, denn der Führer ist die Institution, die von allen geliebt wird, wie alle glauben vom Führer geliebt zu werden. Diese Täuschung kommt durch die Verdrängung sinnlicher Strebungen zustande und bildet die Basis der Idealisierung des Führers, der als geliebtes Objekt auch frei von jeder Kritik ist. Dies geliebte Objekt tritt an die Stelle des Ichs oder Ichideals, wie Freud in *Massenpsychologie und Ich-Analyse* ausgeführt hat. Dadurch nimmt der Führer und sein Mythos die Stelle der Realität ein, die Realitätsprüfung aber wird ausgeschlossen. Das Auswendiglernen und wörtliche Wiedergeben der Worte des Führers ist ebenso ein hysterisches Symptom wie jede Annahme von Eigenschaften und auch Leidensäußerungen der Person, mit der man sich identifiziert. Diese Form der Massenhysterie ist von vielen religiösen Gemeinschaften her bekannt. Die Identifizierung mit dem Führer verhindert grundsätzlich die Möglichkeit der Solidarisierung der Individuen untereinander.

Marx hat im *18. Brumaire des Louis Napoleon,* sich auf Hegel beziehend, erklärt, daß sich alle welthistorischen Ereignisse wohl tatsächlich zweimal ereignen: das eine Mal als Tragödie und das andere Mal als Farce. Dies, so sollte man meinen, trifft auch auf die Mythenbildung zu. Während die Gründungsmythologien immer die kollektive Leistung eines Volkes artikulieren, das sich aus dem Naturzustand auf eine Stufe der Zivilisation erhoben hat, so kommt die Geschichte des Kim Il Sung eher einer Parodie dieses Sachverhalts gleich. Eins aber hat sie mit jeder Mythenbildung gemein: »Die Lüge des heroischen Mythos gipfelt in der Vergottung des Heros«, schreibt Freud in der *Massenpsychologie.* Kim Il Sung ist, zumindest im Mythos, halb Feldherr und halb Gott. In diesem Sinn übt er seine Herrschaft aus.

Die Massenbindungen in dieser Gesellschaft, ihre militärische Organisationsform, das Verbot heterosexueller Beziehungen bis zum 27. Lebensjahr, die Zentrierung der erotischen Objektbeziehungen auf den Führer und die phallische Leistungsorientiertheit bringen eine äußerst repressive, latent homosexuelle Struktur hervor. Soviel aber kann man sagen: Eine sozialistische Organisation der Gesellschaft ist unter keinen Umständen als patriarchale, latent homosexuelle Leistungsgesellschaft möglich.

Für den Zusammenhang der Massen unter dem Führer ist die Kanalisation der aufgestauten Aggression, die sich notwendig durch die sexuelle Repression bildet, bedeutsam; denn der Führer ist ja nicht nur der liebende Vater, sondern auch und vor allem der unterdrückende Despot, dessen Herrschaft durch die Parteikader vermittelt wird und ein bedeutendes Aggressionspotential produziert. Zur Zeit werden diese Aggressionen, die im täglichen Leben des Landes überall spürbar sind, nach außen gelenkt, auf die Befreiung Südkoreas und auf den Kampf gegen den US-Imperialismus, der ohne Zweifel eine reale Bedrohung darstellt. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Entladung der Aggression in Verbindung mit der Opferbereitschaft des Volkes nur als großes Blutbad vorstellbar. Die andere Möglichkeit der Entladung ist die Befreiung des Volkes vom Despoten, d. h. die Befreiung der Gesellschaft von ihrer eigenen patriarchalen Struktur, gewissermaßen ein zweiter Urvatermord. Eine solche Revolution mag unwahrscheinlich sein; sie wäre aber die Voraussetzung für jede wahre Befreiung des Volkes, für die Entfaltung seiner Produktivkräfte und für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft.

Sozialismus oder Nationalismus

Marx hatte noch für die sozialistische Gesellschaft Produktionsverhältnisse im Auge, die für den einzelnen klar und durchsichtig sein sollten, als

Reproduktionsstruktur der in der Gesellschaft assoziierten freien Menschen. Sicher existiert heute in der Welt keine Gesellschaft, die in diesem Sinn als sozialistisch zu bezeichnen wäre; wohl aber gibt es Gesellschaften, in deren Eigentumsformen und Bewußtseinsstrukturen sich immerhin die Möglichkeit einer freien sozialistischen Gesellschaft andeutet. Die kommunistische Gesellschaft aber ist nur als kommunistische Weltgesellschaft vorstellbar. Jeder Versuch der Konstituierung einer sozialistischen Gesellschaft auf nationaler Basis ist immer vom Imperialismus der avanciertesten kapitalistischen Nationen mitgeprägt; denn die kapitalistischen Produktionsverhältnisse sind schließlich nicht nur in Eigentumsverhältnissen repräsentiert, die teilweise in jede »sozialistische Gesellschaft« über den Welthandel wieder eindringen, sondern auch in einer Technologie, die sich auf der Basis der maximalen Ausbeutung der Arbeitskraft durch Bandarbeit und Leistungslohn entwickelt hat. Diese Technologie ist nicht, wie manche Theoretiker behaupten, politisch »unschuldig«. Sie ist im Gegenteil eine Technologie der Verwertung des Werts. Sie ist eine Abstraktion, die sich bereits derart weit von den konkreten Bedürfnissen der Menschen entfernt hat, daß sie auch unter der Voraussetzung der Vergesellschaftung der Produktionsmittel die konkreten Bedürfnisse der Menschen keinesfalls mehr unmittelbar repräsentiert. Die sogenannte Übergangsgesellschaft sollte sich dieser Probleme jedenfalls bewußt sein. Natürlich geht diese Problematik über die Frage, ob die nordkoreanische Gesellschaft eine sozialistische Gesellschaft ist, weit hinaus; sie ist in gewisser Weise sogar vor allem eine europäische Frage, weil schließlich der Imperialismus europäisch-nordamerikanischen Ursprungs und seine Entstehungsgeschichte mit der Geschichte Europas eng verknüpft ist.

Auf Korea bezogen müßte also die Frage konkret lauten: »Welche Möglichkeiten gibt es für die Befreiung vom Kolonialismus, ohne die kolonialen Momente sofort wieder zu reproduzieren oder die ehemaligen Kolonialmächte zu kopieren, d. h. zu karikieren?«

Daß die Theorie von der nationalen Befreiung in diesem Zusammenhang grundfalsch ist, versteht sich von selbst. Sie reproduziert nur einen Nationalismus, der als Abstraktum dem Menschen gegenübergestellt wird und ihn beherrscht. Ein sozialistisches Vaterland kann es nicht geben, zumal ja der Begriff Vaterland ohnehin verräterisch genug ist; er weist auf die immer noch herrschende, patriarchale Struktur dieser Gesellschaft hin. Zugespitzt werden diese Herrschaftsverhältnisse dann, wenn die Gesellschaft an ihrer Spitze durch einen Führer repräsentiert wird. Führer und Vaterland werden dann zu Abstraktionen, die von den Menschen Unterwerfung verlangen und die Emanzipation selbstbewußter Individuen geradezu verhindern. Daß dies für die stagnierenden, asiatischen Produktionsverhältnisse ein besonderes Problem ist, steht außer Zweifel. Dort war der

Despot oder Führer auch immer schon Repräsentant der Natur, der Mensch selbst aber immer ein Teil der Natur, der er zu gehorchen hatte. Darum kann man auch sagen, daß der asiatische Despot der niemandem verantwortliche Führer, d. h. der Vollstrecker der Naturgesetze ist. Er muß nicht, wie etwa Fidel Castro, jeden Tag um seinen Führungsanspruch kämpfen. Da der gottähnliche Führer auch über jede Kritik erhaben ist, schärfen solche Prinzipien wie Kritik und Selbstkritik nicht die Kritikfähigkeit oder das kritische Bewußtsein des Volkes, sondern verwandeln im Gegenteil jeden in einen Polizisten, der den anderen überwacht und kontrolliert, ob er die Anordnungen des Führers auch befolgt.

Dialektik bleibt unter diesen Verhältnissen bei einer Art Naturdialektik stehen, die eher als dualistische Weltanschauung denn als Dialektik im historischen Sinne zu begreifen ist. Sie kennt nur duale Verhältnisse, wie oben und unten, plus und minus etc., aus denen sich immer gleiche Qualitäten entwickeln, nicht aber die historisch-dialektische Bewegung, die immer neue Bedürfnisse produziert, Qualitäten aus sich hervorbringt und so die Konzeption einer historischen Entwicklung möglich macht, die immerhin die Perspektive eines freien, seine Bedürfnisse entfaltenden und befriedigenden Menschen in einer kommunistischen Gesellschaft anvisiert.

Die wissenschaftliche Methode des historischen Materialismus ist in Korea eher unbekannt, vertraut dagegen der bürgerliche Positivismus. Das aber hängt zusammen mit dem Problem der sogenannten ursprünglichen Akkumulation. Dieser Begriff, der sich der »ursprünglichen Akkumulation« im kapitalistischen Europa verdankt, hält am Postulat der abstrakten Leistung fest, nur eben nicht zum Zwecke der Verwertung des Werts unter der Ägide einzelner Kapitalisten, sondern für die staatskapitalistische Akkumulation. Der Entfaltung des einzelnen kommt sie hier wie da nicht zugute, macht aber die Industrialisierung der ehemaligen Kolonien eher und sicher schneller möglich als unter kapitalistischen Verhältnissen. Sie erzwingt jedoch, wie die kapitalistische, Disziplin und Opfer und läßt die konkreten Bedürfnisse außer acht, unterdrückt sie notfalls mit immer rigideren Methoden.

Anstatt das Verdrängte bewußt zu machen, das Volk über seine jahrtausendalte Unterdrückung und Abhängigkeit aufzuklären, versuchen die Herrschenden in der Volksrepublik Korea, ganz im Sinne bürgerlicher Geschichtsschreibung, die Leidensgeschichte in eine Heroengeschichte umzufunktionieren. Zwar wird vom japanischen Imperialismus geredet, die weit ältere chinesische Vorherrschaft aber wird verschwiegen; wie überhaupt die Rolle der chinesischen Kultur, die die Kultur der Herrschenden war, heruntergespielt wird. Dazu paßt auch, daß man, statt die Klassenstruktur der alten koreanischen Gesellschaft zu analysieren, lieber von be-

rühmten koreanischen Generälen berichtet, die in der Mandschurei etwas Land erobert haben. Dies undialektische Vorgehen führt zu einem Geschichtsbild, das im alten Korea keine Klassen mehr kennt, sondern nur gute und schlechte Menschen.

Leistungsorientiertheit und Disziplin sind sicher die schlechtesten Paten für die Entfaltung der Produktivkräfte in einer sozialistischen Gesellschaft. Die freie Phantasie könnte, indem sie an das Verdrängte erinnert, eine der wichtigsten Produktivkräfte einer sozialistischen Gesellschaft sein. Beispielhaft war die Rolle, die sie unmittelbar nach der russischen Oktoberrevolution und im Kuba der sechziger Jahre spielte. In der Volksrepublik Korea ist die Phantasie nur zur Illustration des nationalen Mythos zugelassen. Die Kunst wird zwar gefördert, ihre Aufgabe besteht aber nur in der Verherrlichung der herrschenden Repression.

Nordkorea ist heute ein autoritärer, nationalistischer Führerstaat, der zwar zu großen Leistungen fähig ist und eine beachtliche Industrie aufgebaut hat, der aber die konkreten Bedürfnisse des Volkes unterdrückt und die befreiende Entfaltung seiner Produktivkräfte unterbindet.

Auch diese Entwicklung muß historisch begriffen werden, wenn man aus ihr die richtigen Schlüsse ziehen will. Die Volksrepublik Korea ist ein, wie auch immer modifiziertes, Produkt des Imperialismus. Sie entstand in der Folge des Zweiten Weltkrieges aufgrund des sowjetischen Hegemonialstrebens, so wie Südkorea ein Produkt der westlichen Hegemonie, eine Kolonie im Rahmen des amerikanischen Neokolonialismus nach dem Zweiten Weltkrieg ist. Disziplinierung und Leistungsorientierung haben zu allererst die japanischen Imperialisten den Koreanern eingebläut. Sie zwangen einst z. B. die koreanischen Männer, um sie für die Fabrikarbeit zu disziplinieren, ihr Haar, das sie vorher lang getragen und in einem Knoten auf dem Kopf zusammengebunden hatten, kurz zu schneiden. Heute wird das als Teil der sozialistischen Disziplin interpretiert. Ebenso ist der asiatische Militarismus japanischen Ursprungs, wie auch der exzessive Nationalismus in der Volksrepublik Korea als Reaktionsform auf die koloniale Geschichte zu begreifen ist. Schließlich sind die Koreaner viele Jahrzehnte lang nicht Subjekt ihrer Geschichte gewesen, ebensowenig, wie sie das, allen Beteuerungen zum Trotz, heute sind. Auch die ideologische Funktion des mit den Produktionsverhältnissen unvermittelten koreanischen Brauchtums, wie der Folklore, kann daran nichts ändern, sondern verrät im Gegenteil das Fortleben älterer kolonialer Reste in der Volksrepublik Korea von heute.

»Kinder und Schüler singen mit dem Gefühl der Hochachtung unter dem ehrfurchtsvoll aufgehängten Portrait des väterlichen Marschalles, der ihnen das große Glück und die Freude, mit der sie heute leben, gebracht hat, den Chor: ›Lied vom General Kim Il Sung‹.« (Offizielle Bildunterschrift)

Schleifen am Blumenbukett: »Der verehrte Führer Kim Il Sung soll ewig leben.«

Neujahrsfest. Der Führer und sein Volk (Kunstmuseum Pjöngjang).

Der Führer und sein Volk (Kunstmuseum Pjöngjang).

Der Führer erklärt den Arbeitern eine Stahlpresse (Kunstmuseum Pjöngjang).

Wasserkraftwerk (Kunstmuseum Pjöngjang).

Begrüßung in einem Kindergarten von Pjöngjang (Foto: H. Kurnitzky).

Ein Kindergarten zu Besuch in Bonghwa-Ri, wo der Vater des revolutionären Führers als patriotischer Lehrer gearbeitet hat (Foto: H. Kurnitzky).

K. D. Wolff
Korea und Korea

1 *Transit*

Auf der Autobahn vom Flughafen Šeremetevo in die Stadt ein einziges riesiges Plakat, bunt: *Fly Japan Air Lines*. Auf den Tischen im Restaurant unseres Hotels kleine amerikanische und (west-)deutsche Fähnchen. Eine Band mit Saxophon spielt *Strangers in the Night*. Polizei-Jeeps mit riesigem Blaulicht rasen über die Mittelstreifen der breiten Straßenanlagen. Abends meldet Tass, in den Parks von Moskau seien bei einer abendlichen Razzia 600 Jugendliche sistiert worden. Vor dem Weiterflug wollen wir, zusammen mit einem koreanischen Diplomaten, im Aeroflot-Hotel frühstücken. Der Kellner weist uns über 20 Minuten lang keinen Tisch zu, obwohl viel Platz ist; er kann anscheinend den Anzug des Genossen, seinen kleinen roten Ansteck-Knopf mit dem Kopf Kim Il Sungs nur chinesisch interpretieren. Der Weiterflug muß in Omsk unterbrochen werden; der Flughafen in Sibirien ist verschneit. Alle werden untergebracht, die Europäer bekommen Zimmer, die mitreisenden Koreaner und Chinesen werden auf Notliegen in die Vorhalle einquartiert, ganz zum Schluß sind nur noch C. und ich übrig. Überraschend findet sich für uns die Luxus-Suite; der Aeroflot-Steward im hellblauen Anzug komplimentiert uns auf deutsch hinein: »Hier haben Sie's wie Barone!« In Irkutsk, am Rand des Rollfelds nebeneinander, nur zum Teil verkleidet, eine große Anzahl von MIGs, mindestens fünfzig – am Flughafengebäude aber ist in riesigen Buchstaben eine Parole angebracht: *Long live the peaceful foreign policy of the USSR!*

2 *Panmunjon*

Unsere Wagen haben keine Kennzeichen, sie sind nur durch Fahnen markiert. An der Straße zur »neutralen« Zone Panzersperren, aber die Bauern arbeiten bis unmittelbar an die Demarkationsgrenze. Auf der anderen Seite ist über 10 km hin alles entwaldet. Amerikanische Jeeps (als UNO-Truppe verkleidet) fahren ununterbrochen Patrouillen. Von einer kleinen Anhöhe aus können wir durchs Fernglas die Mauern, Wassergräben, Stacheldrahtverhaue sehen, mit denen die US-Truppen seit dem Waffenstillstand 1953 Korea geteilt halten. In der Verhandlungszone (die

Demarkationslinie verläuft quer über den Tisch der Baracke) rollen wir unsere, am Abend vorher gemalten Plakate aus und versuchen mit den amerikanischen MPs zu diskutieren. Sie dürfen aber nicht antworten und ziehen sich in ihr Gebäude (Aufschrift: *Freedom House)* zurück. Die südkoreanischen Zivilisten, die unter ihrer Aufsicht Erdarbeiten machen, werden abtransportiert. Ein Bus mit Touristen aus Südkorea wird an der Einfahrt zur neutralen Zone gestoppt, um sie nicht unserer »Demonstration« auszusetzen. Ein dicker Amerikaner in Zivil flucht vor sich hin. Er versucht uns zu fotografieren, bis ihm ein koreanischer Soldat die Kamera wegschlägt; der Amerikaner hält uns anscheinend für Landsleute. Neben dem Gebäude, in das er sich zurückzieht, unmittelbar an der Demarkationslinie, ein großer Taubenschlag, dessen Klappen gleichzeitig geöffnet werden können, wenn die USA ihren Friedenswillen darstellen wollen. Die US-Soldaten tragen gleich fünfmal die UNO-Abzeichen: am Koppel, an den Ärmeln, auf den Kragenspiegeln, am Halstuch, am Helm. Als wir zurückfahren, müssen unsere Wagen desinfiziert werden; in Südkorea herrscht Cholera (seit 1945).

3 *Chong San-Ri*

Eine der berühmtesten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften; in ihrem Gästebuch finde ich fast so viele Namen wie in Panmunjon. Umgeben von riesigen Reisfeldern, sind die über mehrere Kilometer verstreuten Ortsteile, insgesamt neun Dörfer, jedes mit vielleicht 50 Häusern, von Obstplantagen, teilweise auch von Maulbeerbaumanlagen zur Seidenraupenzucht eingerahmt. Wir werden von der stellvertretenden Leiterin der Genossenschaft am Eingang zum Gemeindehaus erwartet. Sie zeigt uns den Kindergarten, die Obstplantage, eine Bewässerungsanlage, die Werkstatt für ihre Landwirtschaftsmaschinen, den Krankenhausposten, den Krankenhausgarten mit Heilkräuterkulturen, den Laden, die Schule. Wir sehen nur wenige Leute, fast alle sind auf dem Feld.
Sie erzählt:
Vor der Befreiung haben die Bauern hier nur für den Großgrundbesitzer gearbeitet; er wohnte in Pjöngjang. Nach der Befreiung bekamen wir durch die Bodenreform eigenen Boden. Durch den Krieg entstanden große Probleme, die meisten Männer waren an der Front, so blieben nur die Frauen. Während der Besatzung durch die US-Imperialisten und durch die spätere Bombardierung wurden schwere Schäden angerichtet; es herrschte große Armut. Die Partei lehrte uns, daß wir unsere Probleme in Genossenschaften besser überwinden können. So haben anfangs 16 Familien, voran die Kriegswitwen, eine Genossenschaft organisiert. Wir hatten

nur drei Kühe und drei Pflüge. Wir wurden durch die Partei und den Staat unterstützt, besonders bei der Beschaffung von Düngemittel und Saatgut. Dadurch wurden wir ein bißchen zum Vorbild; immer mehr Familien traten bei. 1957 gab es schon in jedem Dorf eine Genossenschaft. Anfang 1958 schlug der Genosse Kim Il Sung vor, alle neun Dörfer zusammenzuschließen. 1959 machten Parteifunktionäre einige Fehler; ein neues Arbeitssystem, neue Arbeitsmethoden wurden notwendig. Im Februar 1959 entwickelten wir mit Genossen Kim Il Sung die Chong San-Ri-Methode. Er kam ganz früh, ehe die Bauern aufgestanden waren, er blieb 14 Tage, kontrollierte alle Einzelheiten und diskutierte alles mit uns, er arbeitete mit und schlief auch bei den Bauern. Die Hauptpunkte der neuen Arbeitsmethode sollten sein: gegenseitige Hilfe; höhere Funktionsträger helfen den Bauern; die Bauern übernehmen auch Verwaltungsaufgaben; der Schwerpunkt muß bei der Erziehungsarbeit mit den einzelnen Menschen liegen; allgemeine Ausbildung und Spezialisierung müssen kombiniert vorangetrieben werden. Seit 1963 haben wir uns auf die Mechanisierung konzentriert. Das Hauptproblem dabei war für uns die Bewässerung. Jetzt können wir nicht nur Reis anpflanzen, auch Gemüse- und Obstanbau ist möglich geworden. Wir haben auch Strom gelegt, seit 1956 in allen Häusern. Viele haben Maschinen. Pro 10 ha haben wir 2 Traktoren; früher konnte einer 0,7 ha bearbeiten, heute 6,5 ha. Neben den Traktoren haben wir 7 LKW, verschiedene Anhängermaschinen, ungefähr 200 Stück, von etwa 40 Sorten. Alles ist, von der Aussaat bis zur Ernte, fast vollständig mechanisiert. Durch die Chemisierung ist Unkrautrupfen fast überflüssig geworden. Weil wir soviel Arbeitskraft einsparten, konnten wir Viehzucht, Seiden- und Obstplantagen aufbauen, und außerdem 300 Arbeiter an die Industrie abgeben. Wir sind etwa 1200 Arbeiter: 12 Getreideproduktionsgruppen, 4 Obstarbeitsgruppen, eine Gruppe für Viehzucht, eine für Mechanisierung, eine Untergruppe für Fischfang, eine kleine Bergbaugruppe. Wir haben schon 2 Schulen. Alle gehen 9 Jahre lang zur Schule. Zusätzlich errichteten wir eine technische Fachschule. Früher waren hier 90% Analphabeten. Heute haben wir mehr als 70 ausgebildete Techniker und Ingenieure. 200 sind als Traktorführer ausgebildet. Auch alle Funktionäre müssen Traktor fahren können. Die größeren Maschinen werden uns von der Planungskommission unentgeltlich zugewiesen, die kleineren Geräte bauen wir selbst. Seit 1964 zahlen wir überhaupt keine Steuern mehr.

Unsere Häuser sind kostenlose Staatsinvestitionen. In jedem der Dörfer gibt es eine Krankenhausstation, die Behandlung ist natürlich umsonst. Im Winter bekommt jeder 40 Tage Urlaub. Frauen haben 72 Tage Schwangerschaftsurlaub. Wir haben ein Kino bekommen. In jedem der Dörfer gibt es einen Kindergarten.

Wir haben Gemeindehäuser mit Studienräumen eingerichtet; so bewaffnen wir uns mit dem Marxismus-Leninismus. In diesem Jahr, zum V. Parteitag, erwarten wir eine Rekordernte.
Verbesserung der Lebensbedingungen in ihrem Dorf ist für sie anscheinend unmittelbar mit dem Prozeß der koreanischen Revolution verbunden. Selbstsicher, mit kleinen Handbewegungen, erzählt sie. Sie hat schon mit der Partisanenbewegung zusammengearbeitet. Ihre ruhige Entschlossenheit ist nicht propagandistisch. Es klingt wie selbstverständlich, als sie schließt: aber wir haben noch große Aufgaben vor uns: die Vereinigung unseres Landes muß erkämpft, die Weltrevolution weitergeführt werden.

4 *Kangson*

Wir werden vom Chefingenieur und dem Begründer der örtlichen *Chollima*-Bewegung begrüßt. Wie überall, wird in einem schlichten Empfangsraum mit weißüberzogenen Sofas und kleinen Tischchen bei Plätzchen, Mineralwasser und Tee die Geschichte des Stahlwerks, seine Rolle beim Aufbau der Schwerindustrie, die Zerstörung durch die amerikanischen Truppen im Korea-Krieg, die Umstellung im Leitungsprozeß Anfang der 60er Jahre beschrieben. Hier wurde ein elektrisches Stahlherstellungsverfahren entwickelt, als zur Verarbeitung koreanischer Eisenerze weder die UdSSR noch die VRChina Koks liefern wollten oder konnten. Der Ingenieur erklärt das *Dschutsche* und zitiert Kim Il Sung. Nach 1960 wird der Direktor abgeschafft und durch ein gewähltes Leitungskomitee ersetzt, Kim Il Sung spricht auf einer Massenversammlung im Betrieb, die Walzanlage erhöht ihren Ausstoß von der Planungsgrenze von 60 auf 120 000 Tonnen. Ich überlege einen Augenblick, dann fällt mir ein, daß Joan Robinson in ihrem Aufsatz »Korea 1964: Wirtschaftswunder« auch über Kangson schreibt (*Kleine Schriften zur Ökonomie*, Frankfurt/M. 1969). Ich habe ihn noch eben vor der Abreise gefunden. Die Genossen beschreiben die Arbeitsweise des neuen Leitungs- und Planungsmodells: die Verwaltung der Fabrik ist personell von fast 15% der Beschäftigten auf ungefähr 5% reduziert worden: die Brigaden nehmen am Planungsprozeß teil; sie liefern die ersten Planziffern an die Planungskommission; die frühere Direktion ist nur noch technische Koordinationsstelle, die dem Leitungskomitee politisch verantwortlich ist.
Wir fragen nach dem Zeitpunkt der Neuerprobung dieses Modells, warum erst 1961? Die Genossen sind etwas verlegen, der Übersetzer erklärt anscheinend erst noch, wie er die Motivation unserer Frage versteht, dann weisen sie doch, zögernd, auf die ökonomischen und politischen Entwicklungen in »anderen sozialistischen Ländern«, wie sie sagen, hin. Der Na-

me Libermann fällt. Der Übersetzer sucht eine Stelle in einem Kim Il Sung-Text, schließlich liest er vor: »Man kann sagen, daß das frühere System der Verwaltung des Werkes viele kapitalistische Überbleibsel hatte ... Es gab viel bürokratische, betriebsegoistische und individuell-egoistische Elemente ... Die Vorgesetzten kommandierten nur bürokratisch, zwischen den Abteilungen fehlte die Atmosphäre der engen Zusammenarbeit, und in den Beziehungen zwischen den Menschen gab es die individuell-egoistische Tendenz: Du bist du, und ich bin ich ... Das neue Arbeitssystem unterscheidet sich hiervon grundlegend, es enthält zahlreiche Elemente kommunistischer Betriebsführung ... Bei diesem Arbeitssystem helfen die Höhergestellten den Unterstellten, die Wissenden lehren die Unwissenden, alle Menschen helfen einander kameradschaftlich, und alle Abteilungen arbeiten eng zusammen.« (Zitiert nach Kim Il Sung, *Reden und Aufsätze*, Band I, Verlag Roter Stern, Ffm. 1971, S. 318). Und weiter: »Wenn allein der Direktor verantwortlich ist und die Arbeiter und Fachleute nicht an der Leitung der Produktion teilnehmen, werden die Arbeiter nicht als Herren der Produktion, sondern als Lohnarbeiter handeln, die nur bürokratischen Anordnungen und Anweisungen unterworfen sind ... Es ist völlig unmöglich, einen Plan aufzustellen, der der Wirklichkeit entspricht, wenn man nur Zahlen am Tisch berechnet und sich nicht mit den Menschen berät, die unmittelbar in der Produktion beschäftigt sind ... Wir sind der Ansicht, daß ein auf der Massenlinie begründetes neues Lehrbuch der Politischen Ökonomie verfaßt werden muß.« (a.a.O., S. 322 f.)

Wir gehen durch den Betrieb, sprechen mit einer Brigade am Hochofen, vier von sieben sind diplomierte Ingenieure, zwei nehmen abends an Forschungsprojekten der Kangson angeschlossenen Hochschule teil. Als wir nach der Besichtigung der Walzstraße die Halle verlassen, sehe ich hinter einem Stapel Stahlblech eine Staffelei; ich gehe hinüber und betrachte das Bild; erst einen Augenblick später kommt der Übersetzer nach. Dargestellt ist die Walzstraße, deutlich der glühende Stahlblock, sonst noch viel graue, etwas undeutliche Konturen. Der Arbeiter ist sehr verlegen, das Bild ist noch so unfertig. Er hat Freischicht. Er gehört dem Kulturkreis von Kangson an.

5 *Chollima*

Ein Funktionär des Gewerkschaftsbundes erklärt uns: Die *Chollima*-Bewegung kann mit der sowjetischen Stachanov-Bewegung nicht verglichen werden. Seit 1956 hat sie sich als Bewegung der Brigaden und Wohnkollektive entwickelt. Und wenn bis dahin vor allem die gesteigerte Pro-

duktionsleistung honoriert worden ist, so wird heute kein Chollima-Titel verliehen, wenn nicht gleichzeitig neben den ökonomischen gesellschaftlich-politische Prozesse entfaltet werden. Eine Brigade verbessert die Sicherheitsmaßnahmen bei der Stahlproduktion; gleichzeitig organisiert sie die intensivere persönliche gegenseitige Hilfe auch außerhalb der Produktion. Eine Brigade arbeitet eine Schicht wöchentlich zusätzlich, stellt den Produktionsertrag den Vietnamesen zur Verfügung und organisiert im Wohnviertel ein eigenes Theaterprogramm. Kulturrevolution machen wir nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt, wir machen seit dem Waffenstillstand ununterbrochen Kulturrevolution.
Später finde ich einen Artikel von Panos Kasakos in den *Gewerkschaftlichen Monatsheften* (»Entwicklungstendenzen und Planungsstrategie in Nordkorea«, Köln 1970): »Ohne die grundsätzliche Vorrangstellung der Schwerindustrie in Frage zu stellen, sollte die ›Fliegendes-Pferd-Kampagne‹ ihre Nachteile ausgleichen helfen. Der Ausbau der lokalen Leichtindustrie sollte auf lange Sicht die Nachfrage nach den Produkten der Schwerindustrie (z. B. Maschinen, Zement) auf der einen, das Angebot an Nahrungsmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs, die Engpaßfaktoren darstellten, auf der anderen Seite erhöhen, kurz, Stimuli für alle Sektoren schaffen«. (Zitiert in *Antiimperialistischer Kampf* Nr. 5, Verlag Roter Stern, Frankfurt/M. 1972, Übergangsgesellschaft Korea. S. 41 f.)

6 *Fernsehen*

Vor den Nachrichten kommt die Kinderstunde; es gibt kein Werbefernsehen. Meist laufen Trickfilme, Zeichnungen wie *mickey mouse:* Koreanische Kinder laufen von zu Hause weg, um im Wald die antijapanischen Partisanen zu suchen, plötzlich werden sie vom japanischen Expeditionskorps verfolgt, sie flüchten sich immer weiter in die Berge, wollen jetzt auch die Partisanen warnen, schließlich im Schnee: die Kinder oben, die Japaner im Tal, sie lösen eine Lawine aus, die die Truppen erstickt, sie selbst auch mitreißt, sie graben sich aber aus, wuseln weiter, treffen schließlich die Partisanen und bleiben als erste Pioniere bei ihnen. Die Nachrichten: ein Mitglied des Leitungskomitees einer Fabrik berichtet über Produktionsschwierigkeiten, Kim Il Sung hat Mitglieder einer amerikanischen KP-Delegation empfangen, der Sprecher berichtet über militärische Operationen der US-Truppen in Vietnam und über eine Erklärung der Demokratischen Republik Vietnam, ein kurzer Kommentar erläutert die »Welt«währungskrise der westlichen Währungen, es folgt ein Bericht über einen Streik in Südkorea, ein Hinweis auf ein Grußtelegramm an Kim Il Sung aus Süd-Jemen.

7 *Beim Prorektor*

Nach der Besichtigung der Labors (Gruppenräume für 5-10 Studenten) und der Institute empfängt uns der Prorektor der Kim Il Sung-Universität. Rund und klein, hochfahrend arrogant braucht er eigentlich die Kulisse der ausgewählten Studentendelegation nicht, um als Universitätsprofessor kenntlich zu sein. Bei Fragen an die Studenten ist er ein wenig indigniert, er wüßte doch selbst die Antwort. Als wir fragen, ob in den Wohnheimen Studentinnen und Studenten zusammen wohnen und einige anfangen hinter der Hand zu kichern, hört er einfach weg. Wir hören aber: Die Universität wird vom Parteikomitee zentral verwaltet; etwa die Hälfte der Mitglieder sind Studenten.
Die Aufnahme an die Kim Il Sung-Universität steht grundsätzlich jedem offen, der sich nach 9jähriger Ausbildung in der polytechnischen Einheitsschule und 2-3jähriger Fachausbildung zu den Aufnahmeprüfungen bewirbt. Fast jeder, der hier abgelehnt wird, kann an einer der über 100 anderen Hochschulen der Volksrepublik studieren. Die meisten dieser anderen Hochschulen sind direkt mit Fabriken verbunden. An der Kim Il-Sung-Universität wird der Zusammenhang mit der Produktion für die Studenten in Praktika und Arbeitseinsätzen, in der Forschung durch die Zusammenarbeit mit Arbeitern und Ingenieuren an einzelnen Projekten hergestellt. Die Vorlesungen und Seminare sind vormittags, nachmittags kulturelle Arbeit und Selbststudium, zum Teil in Gruppen. Als wir nach der Durchfallquote bei den Examen fragen, fragt selbst der Prorektor verständnislos zurück: Es fällt niemand durch, nur wer krank war muß ein Semester nachholen, sonst helfen sich alle in den Gruppen gegenseitig. Die Lehrer der Schulen, von denen die Studenten kommen, verpflichten sich, »ihren« Studenten, wenn nötig, auch an der Universität zu helfen. Diplomarbeiten werden auch kollektiv geschrieben. Die Grundorganisationen, die 20 bis 30 Studenten einer Klasse eines Jahrgangs umfassen, tagen zweimal monatlich. Auf ungefähr 10 Studenten kommt ein Dozent. Alle sind Mitglieder der Roten Arbeiter- und Bauerngarde, der Miliz. Ganze 20% sind Studentinnen, sie studieren eher die geisteswissenschaftlichen Fächer. An anderen Hochschulen, z. B. der für Lehrerausbildung, studieren bis zu 70% Frauen. In den Chemie-Labors treffen wir vietnamesische Stipendiaten, es sind mehr als 100 an der Kim Il Sung-Universität.

8 *Frauenbund*

Das Gespräch mit der Genossin vom Frauenbund gehört nicht zum Routine-Programm, M. hat darum gebeten. An, stellvertretende Abteilungsleiterin, sagt:

Die Befreiung der Frau ist eines der wichtigsten Probleme bei der Revolution, man kann sagen: die Hälfte der Revolution; Frauen sind dreifach unterdrückt, ausgebeutet und national entrechtet, dazu noch gesellschaftlich und in der Familie diskriminiert, gerade weil wir ein rückständiges Kolonialland waren. Selbst bei den Armen spielten die Männer die Rolle der Hausherren; die Frauen sollten kochen, waschen, sogar Holz holen; es gab Straßen in den Städten, die Frauen nicht benutzen durften; Frauen mußten sogar niederknien, wenn sie ihrem Mann oder seinen Bekannten und Verwandten begegneten. Die gesetzliche Einführung der Gleichberechtigung nach der Befreiung allein ist nicht entscheidend, deshalb führten wir die Alphabetisierungskampagnen gerade auf dem Land, gerade auch für die Frauen durch. Wir kämpfen heute für die Einrichtung von industriellen Arbeitsplätzen für die Frauen, um die völlige Befreiung der Frauen von der Hausarbeit. Es gibt auch eine Tendenz, daß gerade die jüngeren Frauen heute weniger fordern, Studium und öffentliche Tätigkeit nicht als etwas Selbstverständliches zu beanspruchen, gerade bei denen, die die Befreiungsbewegung nicht mehr erlebt haben. Deshalb ist es wichtig, die Tradition der Partisanenkämpferinnen wachzuhalten, deshalb aber auch die von uns initiierte Massenbewegung »Vor dem Haus kehren die Männer« und »Morgens besorgen die Männer die Kinder«.
P., unser Begleiter und Übersetzer, erzählt, wie er in der Vollversammlung seines Wohnblocks am Abend vorher kritisiert worden ist. Er ist gefragt worden: »Deine Frau arbeitet genau so viel in der Partei wie Du und kommt auch oft spät nach Hause – aber hast Du schon so oft wie sie die Fenster geputzt?«
Als wir nach der Erziehung von Kleinkindern fragen, mißversteht An uns, die Antwort wird dadurch erst recht aufschlußreich: wir fragen nach der Reinlichkeitserziehung der Kinder. Wir haben auf den Höfen, in kleinen Nebenstraßen Kinder halbnackt oder mit großem durchgehenden Hosenschlitz gesehen, auch größere, vielleicht 4-5jährige. Genossin An versteht unsere Frage anscheinend als impliziten Vorwurf gegen die koreanische Unsauberkeit, sie erklärt ganz defensiv, mit Wiederholungen, hilflosen Handbewegungen: nun ja, man kann ja Kindern nicht einfach einen Vorwurf machen, sie lernen es ja schon, sie machen es ja nicht absichtlich. Dabei lächelt sie verlegen.

9 *Dschutsche*

P. erzählt von in der UdSSR ausgebildeten Ingenieuren, die auch in Korea Leitungsrohre, wie in Sibirien, sechs Meter tief verlegen lassen wollten, obwohl das koreanische Klima eine Verlegungstiefe von nur 3 Meter erfordert. Er erzählt, daß ein Architekt nach dem Studium sowjetischer Er-

holungseinrichtungen ein Arbeiterkurheim am Ostmeer mit Bildern von Gorki und Tolstoi ausstattete. Und D. sagt: »Wie kann denn ein Land gegen den Imperialismus kämpfen, wenn man immer nur sagt ›durch die brüderliche Hilfe der Sowjetunion‹? Da glaubt doch jeder, allein könnten wir es nicht schaffen. Wir in Korea gehen davon aus, daß wir den Imperialismus in erster Linie aus eigener Kraft bekämpfen müssen.«

10 *Pjöngjang*

Plötzlich fällt mir auf, wie jung die Wälder um die Stadt, die Parkanlagen sind. Es gibt keine dicken Bäume mehr. Ich beginne zu ahnen, was es heißt, wenn die Koreaner von der vollständigen Zerstörung durch die US-Truppen erzählen. In den Innenhöfen der Wohnanlagen sehe ich nun auch die Bunkereingänge.

11 *Auf der Straße*

Auf der Rückfahrt von Mangyongdae kommen wir an einer Straßenbaustelle vorbei; wegen einer Sprengung muß gehalten werden; so können wir beobachten, wie ein Lastwagen zum Abtransport mit Erde vollgeladen wird. Die Arbeiter, Frauen und Männer, haben in die Straßenböschung einen Stollen gegraben, in den ein Lastwagen hineinfahren kann. Sie haben keinen Schaufelbagger, nur eine Planierraupe, mit der die Erde schneepflugähnlich nur weggeschoben werden kann. Durch ein Loch in der Böschung oberhalb des Stollens kann die Raupe den Lastwagen mühelos beladen. Die Arbeitskolonne muß nicht mit der Hand schaufeln. Mir scheint, nur Arbeiter, die Interesse an ihrer Arbeit haben, entwickeln einen solchen Einfall.

12 *Der Schuhputzer*

Im Zirkus. Die Szene spielt in Südkorea. Ein Schuhputzer läßt sich mit einem Flugblatt von einem US-Offizier erwischen. Es entwickelt sich ein Kampf. Der Schuhputzer wirft den Offizier nieder und steckt ihn in seinen Schuhputzkasten, dabei schauen die Stiefel heraus, er setzt sich drauf, steckt seine eigenen Füße in den Kasten und legt sich das Putztuch wieder über »seine« Knie. Als die südkoreanische Polizei kommt, fängt der Amerikaner gerade wieder zu strampeln an und stellt dem trillerpfeifenden Lakaien gleich ein Bein. Der Polizist fesselt die Beine des vermeintlichen Schuhputzers und schleppt den Kasten von der Bühne. Der echte Schuhputzer springt mit der Pistole nach der anderen Seite weg.
Es gibt auch einen Zauberer und Akrobaten, aber das Trapez hat ein

Sicherheitsseil und die Zauberkunststückchen werden nachher erklärt, die doppelte Einlage im Kästchen vorgezeigt.

13 *Im Museum*

Bilder aus dem Partisanenkampf gegen die japanische Besatzung, Bilder und Dokumente aus dem Korea-Krieg. Eine kleine Skulptur aus Bronze zeigt einen koreanischen Soldaten, dessen Geschichte ich später wiederholt höre: durch eine Granate hat er erst beide Beine verloren, trotzdem kriecht er mit seiner letzten Handgranate auf den herankommenden amerikanischen Panzer zu, ein weiterer Treffer reißt ihm eine Hand ab, er kriecht mit letzter Kraft weiter, zieht mit dem Mund die Sicherung der Handgranate ab und sprengt sich zusammen mit dem Panzer in die Luft.

Wir sehen die Bilder von Kindern, die die Amerikaner in einem Lager verhungern ließen, die sie an Bäumen aufhängten, die sie anzündeten. Gegen solche Gegner braucht man Helden.
Ein Dokument, das die vorrückenden nordkoreanischen Truppen in Südkorea fanden, im Original: ein amerikanischer General berichtet ungemein sachlich über eine »Hinrichtung« südkoreanischer Patrioten, die er unterbrach, weil sie nicht ordnungsgemäß vorbereitet war; es waren nicht »genügend« Schützen da, es »fehlte« ein Sanitätsoffizier; das alles herangeschafft, konnte weiter exekutiert werden . . . »*The commanding officer fired pistol shots into the bodies showing signs of life . . . youths of about eighteen years old, clad partly in underwear . . .*« Auf einer Karte, die internationale Protestaktionen zum Korea-Krieg markiert, ist Westdeutschland weiß geblieben.

September/Oktober 1970

KIM IL SUNG **Reden und Aufsätze**

Die Schriften Kim Il Sungs sind – vergleichbar nur noch mit denen Mao Tse-tungs oder Ho Tschi Minhs – nicht von dem Entwicklungsprozeß der Revolution in Korea abzulösen.

Sie behandeln konkret die Probleme des sozialistischen Aufbaus, der ökonomischen Probleme bei der Lösung der Argrarreform, der politischen Fragen bei der Leitung der sozialistischen Industrie. Daneben äußert sich Kim Il Sung zu Grundfragen der kommunistischen Weltbewegung und Weiterentwicklung des antiimperialistischen Kampfes.

Band I DM 5.–
Band II DM 6.–

VERLAG ROTER STERN
6 Frankfurt, Holzhausenstraße 4, Tel. 0611/59 99 99

Günter Maschke
Cubanischer Taschenkalender

In der Ferne wird alles Poesie.
Novalis

I. *El hambre es lo más negro (Der Hunger ist das Schwärzeste)*

La Habana-Vedado, Mai 1968, Restaurant ›Los siete mares‹, gegen 23.20 Uhr. – Vor dem Eingang des Restaurants immer noch eine lange *cola*, eine Schlange Wartender. Nicht, um einzutreten und das Abendessen einzunehmen – was drinnen noch eine ganze Anzahl von Menschen tut –, sondern um sich für den Abend darauf einen Platz zu sichern. Jeder der Wartenden erhält einen Zettel, versehen mit einer Uhrzeit, zu der er sich tags darauf einzufinden hat, und einer Nummer, nach der man ihn aufrufen wird. – Ein Mann drängelt sich an der *cola* vorbei, betritt den Gastraum, stürzt sich auf einen der Anrichtetische und beginnt, mit den Fingern eine dort stehende Mahlzeit herunterzuschlingen. Wild gestikulierend eilt der Kellner herbei, der Essende packt eine auf dem Tablett stehende Wasserkaraffe, schlägt den Kellner nieder und flucht: *»tengo hambre, coño«*. Er wird überwältigt und festgehalten, bis die Polizei eintrifft.

Sommer 1968. Ein Gespräch mit meiner Freundin. Sie will nicht mit ins Kino, liegt lustlos auf dem Sofa. Weint. Nachdem ich fast eine halbe Stunde auf sie eingeredet habe, erklärt sie mir: »Ich habe seit drei Tagen nichts gegessen«. Ich frage: »Warum hast Du nicht angerufen?«. Sie sagt: »Ich hatte kein Vertrauen zu Dir. Wenn Du mich beim CDR[1] denunzierst?« Es ist spät abends, unmöglich, jetzt noch Essen aufzutreiben. Restaurant und Cafeteria des Hotel Nacional, wo ich wohne, sind schon geschlossen. Ich gehe zu einer französischen Bekannten, die eine bessere Lebensmittelkarte hat. Sie schenkt mir ein paar Kekse. – Am Mittag darauf bestelle ich das Essen auf mein Zimmer. Ich rufe den *room service* um 11.30 Uhr an, kurz nach 14 Uhr ist das Essen da. Ich packe es in einen Topf und versuche, ein Taxi nach Guanabacoa, einem Vorort Habanas, in dem meine Freundin wohnt, zu bekommen. Auf einen Bus zu warten ist jetzt praktisch aussichtslos. Nach einer 3/4 Stunde beschließe ich, zu Fuß zu gehen: 7 Kilometer.
In den folgenden Wochen muß ich diesen Fußmarsch noch öfters antreten. – Wilder Haß, kalte Wut, Ekel. Ein Jahr lebe ich jetzt schon in Cuba und habe die Realität: Hunger-Angst-Desorganisation-Terror-Lüge teils

noch nicht begriffen, teils begriffen, aber ›verdrängt‹. Sicher, ich war kein ›radikaler Tourist‹[2], der, zwei bis drei Wochen durch Offizielle von einem Potemkinschen Dorf zum anderen geführt, kaum in Kontakt mit der Bevölkerung (die außerdem viel zu verängstigt war, sich zu offenbaren) und oft nicht einmal der Landessprache mächtig, sich täuschen ließ, – um dann heimzufahren und, die eigene literarische und moralische Autorität in die Waagschale werfend, Bücher über das flüchtig besuchte Paradies zu verfertigen.[3] Immerhin: *ich lebte* in Cuba – in der Halbdistanz des Fremden, der bleibt, also in der idealen Situation um beobachten *und* sich identifizieren zu können. Trotzdem war der Wunsch nach Selbsttäuschung in mir stark. War dieses Land, das mir Asyl gab, nicht wenige Meilen entfernt von den USA, dem, wie es in der cubanischen Propaganda hieß, »ersten Feind der Menschheit«? War es nicht unterentwickelt und mußte es nicht, um aus dieser Misere herauszukommen, ein Zwangssparen großen Stils betreiben? Kritisierte Castro nicht unnachsichtig den Bürokratismus der UdSSR, die sich längst mit dem Imperialismus arrangiert hatte? In der die ›Neue Klasse‹ sich fest verschanzte? Bei einem so großen und ehrgeizigen Transformationsprozeß, der die sowjetischen ›Deformationen‹ vermeiden wollte, mußte es da nicht Ungerechtigkeiten, Fehler, Mißverständnisse, Versorgungsengpässe, Übergriffe der Staatsmacht, Furcht in einer nur mangelhaft orientierten, mangelhaft instruierbaren Bevölkerung geben? Was zählten die Unbill und die Härten angesichts der Bedeutung des Ziels? Wenn ich Cuba kritisiert hätte – als Publizist in der westlichen Welt – *wem* wäre es zugute gekommen? Ich war verwirrt, angesichts der Realität, die ich sah und die ich, zumindest theoretisch, nicht artikulieren konnte. Und ich hatte Angst: Angst vor dem Beifall der ›falschen Seite‹, Angst vor der Kritik der Genossen, Angst vor dem Renegatentum, und (falls ich ihm nicht verfiele) Angst vor ›ideologischer Einsamkeit‹, politischer Donquichotterie und Wirkungslosigkeit, vor dem Geruch des Moralaposteltums: Angst vor dem ›Schicksal‹ der ungezählten Trotzkis und Koestlers, der Rühles und Korschs – die Differenzen zwischen diesen gleich hilflos-erbarmungswürdigen, kurz: absurden Positionen einmal beiseitegestellt.

Doch da war der Hunger meiner Freundin – ein wohl ganz ›privatistisches Trauma‹, wie ich später belehrt wurde – und der Hunger meines Freundes Heberto Padilla, dem man sogar seine Lebensmittelkarte abgenommen hatte: Waren das die zu ignorierenden Unkosten des *proceso histórico*, des viel beschworenen historischen Prozesses, der per aspera ad astra führen sollte? Und die Angst und das Mißtrauen in ihren Gesprächen. Die Fußmärsche nach Guanabacoa und die späteren Transaktionen auf dem Schwarzmarkt belasteten meinen geschichtsphilosophischen Optimismus außerordentlich (während ich aus der *Roten Presse-Korrespon-*

denz die Kunde entnahm, der cubanischen Landwirtschaft sei es gelungen, die Produktion seit 1959 zu verdoppeln, und mich grimmig der Phrase Sartres erinnerte: »Es ist unmöglich für einen Intellektuellen, nicht pro-cubanisch zu sein«).

La Habana-Vedado 23. Juni 1968, Calle La Rampa. Das Restaurant ›Mandarin‹ liegt sozusagen im 1. Stock – über einer Passage. Es ist über eine Wendeltreppe zu erreichen (die Räumlichkeit ist einigen TV-Zuschauern bekannt, die den Film *Erinnerungen eines Zurückgebliebenen* gesehen haben). Vor dem Eingang des Restaurants, die Wendeltreppe herunter, auf dem Steinpflaster der Passage bis zum Trottoir der Rampa – eine *cola* von Wartenden. In der Hand halten sie den *turno* (einen Zettel mit einer Zahl versehen: die Reihenfolge). Zwischen zweien der Wartenden kommt es zum Streit; einer von ihnen fühlt sich zurückgesetzt, meint, gestern, bei der Ausgabe der Nummern, wäre ein Irrtum geschehen. Die Männer erhitzen sich, beginnen zu raufen, der Stärkere hebt den Kleineren über das Geländer und wirft ihn auf das Pflaster der Passage. Der Verletzte stirbt während der Fahrt ins Krankenhaus.

Der Hunger in Cuba war schon 1968 erschreckend; besonders nach der *ofensiva revolucionaria*, der Revolutionären Offensive, die am 13. März 1968 einsetzte und den gesamten bis dahin noch bestehenden privaten Sektor liquidierte. Nach der gescheiterten Zuckerernte 1970 hat er sich noch verschärft; man kann das sogar ›zwischen den Zeilen‹ der Reden Castros lesen, die nach diesem Desaster gehalten wurden. Im Juli 1969 gab es in La Habana folgende Rationen[4]:

Pro Person:
225 g Brot pro Tag
375 g Fleisch pro Woche
225 g Fisch pro Woche
Pro Monat:
15 Eier
675 g Bohnen
1,8 kg Reis
2,7 kg Zucker (bei den Eßgewohnheiten der Cubaner ist selbst diese Menge zu wenig)
1 kl. Flasche Bier
2 Flaschen Malzbier
168 g Kaffee
Pro Haushalt (monatlich):
1 Paket Teigwaren
1 Dose Tomatenmark
1 Tube Zahnpasta (nur für Haushalte ab drei Personen)
1 Paket Waschpulver
1 Schachtel helle Zigaretten (20 Stück) oder 2 Zigarren (später wurden auch dunkle Zigaretten rationiert)

1 Rolle Toilettenpapier
1 1/2 Stück Waschseife
1 Stück Toilettenseife

Dazu kamen noch – in schwankenden Quantitäten – Mehl, Maizena, Kartoffeln, Yoghurt (meist ein Becher pro Monat), Pfeffer, Essig. Gemüse und Obst gab es während des Sommers 1969 fast nicht; im Mai 1969 1 große, 6 kleine Bananen.

Für manche Betrachter verlieren diese Zahlen an Aussagewert, weil zahlreiche Arbeiter, meist kostenlos, am Arbeitsplatz ein Essen erhalten. In der Regel ist diese Mahlzeit jedoch weder quantitativ noch qualitativ ausreichend. Hinzu kommt, daß die genannte Ration auf dem Papier steht. Sie wird so gut wie nie vollständig ausgeliefert und heute – 1972 – ist sie auch nominell niedriger. Ferner: es ist die Ration von La Habana. In den anderen Städten war die Versorgung von jeher schlechter.

Und auf dem Lande? Dort, so hört man, haben doch die großen Fortschritte stattgefunden und hier habe sich auch die Ernährungssituation gebessert. Immer wieder wird auf das große Stadt-Land-Gefälle vor der Revolution hingewiesen.

Doch ist die Ernährungssituation auf dem Lande nicht besser als in den Städten. Auch hier liegt sie generell *unter* dem Standard von 1959, abgesehen von den wirklichen Elendszonen in Ostcuba, wo seinerzeit nur einige 100 000 Einwohner lebten. Auf den Nenner gebracht: die Ernährungssituation hat sich auf dem Lande um einige Grade, in den Städten aber radikal verschlechtert.[5]

Dabei ist zu bedenken, daß die knappe *Mehrzahl* der Cubaner in Städten lebt.[6] Der hohe Lebensstandard der Städte, vor allem der Hauptstadt, in der schon vor der Revolution fast 1/4 der Bevölkerung lebte, erklärt die Ziffern der vorrevolutionären Statistiken über den Prokopfverbrauch an Nahrungsmitteln und längerfristigen Konsumgütern. Es muß aber betont werden, daß es nicht eine privilegierte Minderheit war, deren Lebensstandard westeuropäisches Niveau erreicht hatte, sondern die Hälfte der Bevölkerung des Landes.

La comida, das Essen, die Nahrung – sie steht im Mittelpunkt fast aller Diskussionen, aller Gespräche in Cuba. Freilich nur unter Freunden, die einander über den Weg trauen. Wer hat noch Beziehungen zu den wenigen Privatbauern? Wer hat Erfolg beim Schwarzhandel? Wo kann man sich einladen lassen – bei einem Ausländer etwa, der über eine bessere Lebensmittelkarte verfügt? Wo kann man etwas stehlen? Es gibt in Cuba – in sehr gravierendem Ausmaß – das Problem des Mundraubs, des Diebstahls, der Delinquenz im allgemeinen – wobei die Ursache so gut wie immer in der *comida* liegt.[7]

Kein Wunder; ist doch – aller Propaganda zum Trotz – die Lebensmittel-

produktion seit der Revolution stark gesunken. Setzt man den Jahresdurchschnitt der Agrarproduktion 1952-56 mit 100 an, so kommt man zu folgenden Indexzahlen (man muß dabei die stark angewachsene Bevölkerungsziffer im Auge behalten!):

	Gesamtproduktion	*Pro Kopf*
1961	122	106
1962	100	85
1963	86	71
1964	94	76
1965	113	89
1966	94	72
1967	115	87
1968	103	77

(Quelle: *Monthly Bulletin of Agricultural Economics and Statistics* (Rom), Juli bis August 1969, S. 17 u. 19. – Die Zeitschrift wird von der Welternährungsorganisation FAO herausgegeben. Noch um einiges drastischer sind die Zahlen der FAO aus dem Jahre 1965, gleiche Quelle, April 1965, S. 17 ff., bezogen auf die Zeit von 1957-1965. In jedem Fall sind die Statistiken der FAO verläßlicher als die der cubanischen Regierung.)

Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral. Eine Gesellschaft, für deren Mitglieder die zentrale Frage ist ›Wo kommt das nächste Abendessen her?‹, kann sich die Fragen, um die es im Sozialismus geht, gar nicht erst vorlegen. Auch die schönsten Reden gegen den ›materiellen Stimulus‹, den ›Egoismus‹, die ›Entfremdung durch die Ware‹ usw. helfen nicht weiter: quasi naturwüchsig entwickelt sich diese ›sozialistische Gesellschaft‹ zu einem Verband sich bekriegender Individuen oder Gruppen: *homo homini lupus*. Das zeigt sich besonders auf dem Schwarzmarkt, wo kriminelle Usancen gang und gäbe sind: Verwässerung, Verdünnung, Verfälschung von Lebensmitteln, Androhung oder Anwendung von Gewalt, Denunziationen nach getanem Geschäft – z. B. seitens ›schiebender‹ Regierungsbeamter. Zunächst zu den Schwarzmarktpreisen (der durchschnittliche Monatslohn in Cuba beträgt 100-120 Pesos):

150 g Kartoffeln	0,3–0,5 Pesos
150 g Bohnen	3–5 Pesos
150 g Schweinefleisch	4,5–5 Pesos
150 g Puterfleisch	3,5–4,5 Pesos
150 g Kaffee	8–15 Pesos
150 g Kakao	8–15 Pesos
1 l Milch	1–1,4 Pesos
1 Dose kondensierte Milch	1,5–2,2 Pesos

Diese Preise, die der französische Agronom René Dumont zwischen Januar und Juli 1969 in La Habana feststellte[8], sind eher zu niedrig denn zu hoch gegriffen.

Außerdem lag zu diesem Zeitpunkt der Schwarzmarkt *auf Geldbasis* bereits in den letzten Zügen: es wurde fast nur noch Tauschhandel be-

trieben. Geld war völlig uninteressant geworden, weil es außer der Ration, der Gas- und Telefonrechnung und der Miete[9] nichts mehr zu kaufen und nichts mehr zu bezahlen gab. Die Restaurants in den Städten, die zu erhöhten Preisen Essen abgaben (ab 3-4 Pesos), wurden nach und nach geschlossen, der private Handel wurde am 13. März 1968 mit dem Beginn der »Revolutionären Offensive« enteignet; bis dahin hatte er immerhin 1/3 des gesamten cubanischen Lebensmittelumsatzes abgewickelt. Die Krise – der die ›Revolutionäre Offensive‹ begegnen sollte – verschärfte sich.

»Más revolucion! – Mehr Revolution!«; Die »Revolutionäre Offensive« von 1968

»... Es gibt noch heute eine richtige Crème von Privilegierten, die durch die Arbeit anderer gedeiht und beträchtlich besser lebt als die, die sie arbeiten sieht. Faulpelze in perfektem Gesundheitszustand, die eine Kneipe aufziehen, irgendeinen Handel, um damit täglich 50 Pesos zu verdienen ... Meine Herrschaften, die Revolution hier wurde nicht gemacht, um das Recht auf freien Handel zu etablieren! Jene Revolution hat nämlich schon 1789 stattgefunden! Wann wird man endlich einsehen, daß dies die Revolution der Sozialisten, der Kommunisten ist? ... daß hier niemand sein Blut vergoß, um irgend jemandem das Recht zu garantieren, daß er 50 Pesos an Omeletten und Spiegeleiern verdienen kann? Wir können solche egoistischen Verhaltensweisen nicht ermutigen, können nicht dulden, daß die Menschen wie Wölfe, wie Tiere leben – der Mensch als Feind des Menschen, als Ausbeuter ... Die Idee des Kommunismus setzt einen von solchen Gefühlen befreiten Menschen voraus, einen Menschen, der solche Gefühle zugunsten des Gefühls der Solidarität, der Brüderlichkeit überwunden hat ...«[10]

Mit dieser Rede, deren rigorose Ethik samt ihrem Pathos dem ideologischen Arsenal Che Guevaras entliehen war, eröffnete Fidel Castro die *ofensiva*. Diese ›Anti-NEP‹ liquidierte den privaten Sektor: 57 600 private Kleinbetriebe – Lebensmitteleinzelhändler, Imbißstuben, Bars, Handwerker, Kleinindustrie, Friseure, Schuster, Reparaturdienste – gehörten von nun an ›dem Volke‹. Eine der Hauptquellen des Schwarzhandels war damit trockengelegt, hatten doch die Imbißstuben und privat geführten Restaurants ihren Bedarf durch Einkäufe bei den Privatbauern gedeckt, die nunmehr prompt ihr Land ›freiwillig‹ zur Verfügung stellten.[11]

Die Enteignung wurde vom Volksmund kommentiert mit »Más revolucion – más hambre!« (Mehr Revolution – mehr Hunger!) Denn es kam de facto zu keiner Nationalisierung der Betriebe: sie wurden einfach geschlossen. Hatten die Leute sich vorher in den Imbißstuben mit oft etwas zweifelhaften Tortillas oder Koteletts gestärkt, so waren sie nun zwar Besitzer dieser Bretterbuden geworden, konnten sie aber weder betreten geschweige denn dort etwas zu sich nehmen. Die Reparaturdienste, die

Schuster, Mechaniker usw., deren Geschicklichkeit – die sie sich natürlich gut bezahlen ließen – oft die schlimmsten Engpässe und Schwierigkeiten gemildert hatte, diese ›Parasiten‹ und ›Ausbeuter‹ wurden nun zur Arbeit in die Fabriken und die Landwirtschaft geholt, wo sie sich dem Heer der Nichts- oder Wenigtuenden eingliederten. Die kleinste Reparatur wurde fortan zur Staatsaffäre, und die bis dahin schwer erträgliche Knappheit nahm dramatische Formen an.

In seiner Rede und in den darauffolgenden Erklärungen ließ Castro keinen Zweifel daran, daß er jetzt mit der ›Opposition‹, welcher Art auch immer, aufräumen werde; die *ofensiva* war denn auch begleitet von Maßnahmen gegen die Intellektuellen, der Inhaftierung der Mikrofraktion[12], einem erneuten Kreuzzug gegen die Homosexuellen und gegen den »Typ des städtischen Bikinis, Mini genannt, enge Hosen, langes Haar, gemusterte Strümpfe und epileptische Tänze«[13]. Fidels Rede ließ es noch bei dem Appell bewenden, die Arbeitsanstrengungen zu forcieren – die Militarisierung der Arbeit sollte bald folgen. Die völlige Abhängigkeit der Bevölkerung von der Rationierung verschärfte den cubanischen *curculus vitiosus:* Niedriges Güterangebot – geringer materieller Anreiz – Desinteresse an der Arbeit. Wozu arbeiten, wenn man dafür zwar Lohn erhielt, für den Lohn aber nichts kaufen konnte?[14] Um aus der Misere herauszukommen, hätte man langfristig die Arbeitsleistung steigern müssen. Um aber die Arbeitsleistung zu steigern, wäre es notwendig gewesen, erst einmal den Konsum zu erhöhen. Der *ausentismo*, die Abwesenheit am Arbeitsplatz, schnellte auf 30-40% hoch (die Partei sprach von 30%)[15], während in der Landwirtschaft ohnehin kaum mehr als 4-6 Stunden täglich (mit geringer Intensität) gearbeitet wurde.[16]

Die Zeit zwischen Frühjahr 1968, dem Beginn der *ofensiva*, und 1970, dem Jahr der *zafra de los diez milliones*, jener Zuckerernte, die mit 10 Millionen Tonnen die ›Wende‹ bringen sollte, diese kritische Zeit extremer Belastungsproben machte das Versagen des Regimes offenbar. Was vorher durch Schlamperei und Illusion kaschiert war, trat jetzt offen hervor. Auf die Krise und die ständig abnehmende Identifikation der Bevölkerung antwortete man mit Repression und, wie selbst Sweezy und Huberman, jahrelang zwei der eifrigsten Parteigänger Castros zugaben, mit »unterschiedlose[r] Unterdrückung der Kritik«[17]. Wie diese Unterdrückung aussah, wie sie funktionierte, welche Prinzipien hier am Werke waren – nämlich Prinzipien der exzessiven Ausübung totaler personaler Macht –, das kann nur verständlich werden durch eine Betrachtung des cubanischen Planungs- und Wirtschaftssystems. Der Kollaps dieses Systems forcierte die ›stalinistische Wende‹ des Castroismus, die Wende zum *stalinismo tropical*[18].

III. Zentralisation und Anarchie: Die cubanische Planung

Notgedrungen müssen wir hier auf eine historische Skizze der cubanischen Wirtschaftspolitik zwischen 1959 und 1968 verzichten.[19] Bei allen Betrachtungen über die gegenwärtige Lage dürfen wir aber nicht vergessen, daß Cuba 1959 nicht unter- sondern halb- bzw. disproportional entwikkelt war[20], daß Castro eine relativ funktionierende Wirtschaft übernahm, daß die cubanische Bevölkerung – gemessen am latein-amerikanischen Standard – genügend qualifizierte Kräfte besaß[21], daß ein gut ausgebautes Verkehrsnetz bestand, und daß die Landwirtschaft bereits im Diversifikationsprozeß begriffen war. Che Guevara versicherte damals mehrfach, daß Cuba in wenigen Jahren einen europäischen oder nordamerikanischen Lebensstandard erreichen könne. Ähnliche Prognosen machten der frühere cubanische Wirtschaftsminister Boti und der amerikanische Marxist Paul Baran.[22]

Cuba verfügt über eine zentralisierte Planung, für die die JUCEPLAN zuständig ist. Das Bekenntnis zur Planwirtschaft ist in Cuba sogar weit ausgeprägter als in den Ostblockländern – deren zunehmende Bereitschaft, Marktmechanismen zu berücksichtigen, von Cuba immer kritisiert worden ist, sah man doch hierin nicht nur eine Verewigung der Entfremdung via Warenproduktion und Warenfetischismus[23], sondern die Gefahr einer allmählichen Rückkehr zum Kapitalismus. Dies war auch eines der Motive, die für die Liquidierung des Kleinhandels während der *ofensiva* maßgebend waren. Che Guevara bezeichnete die zentrale Planung sogar als das »Wesen (!) der sozialistischen Gesellschaft, die sie definierende Kategorie«.

Die oberste Planbehörde, JUCEPLAN (Zentrale Junta für Planifikation) existiert seit 1960. Ihrem Plenum steht Fidel Castro vor. Alle Minister, die ein wirtschaftliches Ressort verwalten, gehören diesem Plenum an: die Minister für Außenhandel, Binnenhandel, Transport, Arbeit, Schwerindustrie, Leichtindustrie, Minen, Nahrungsmittelindustrie, Zuckerwirtschaft, ökonomische Zusammenarbeit und der Präsident der Nationalbank. Dieses Plenum ernennt ein ›Exekutivkomitee‹. Daneben bestehen sechs ›Direktorien‹ und zwar ein Zentraldirektorium sowie Direktorien für Binnenhandel, öffentliche Arbeiten und Transport, Bilanzen und Statistiken. Für die Finanzierung der von JUCEPLAN aufgestellten Projekte ist die Zentralbank verantwortlich. Mit JUCEPLAN und Zentralbank müssen sich Institutionen wie die INRA (Nationales Institut für Agrarreform) und die CONPESCA (Nationale Komission für Fischerei) abstimmen. Zu diesen Institutionen kommen noch die *empresas consolidadas* (wörtlich übersetzt: konsolidierte Unternehmen) hinzu – sie überwachen die Betriebe bestimmter Produktionszweige, unterstehen ihrerseits aber wieder einem

Ministerium. Man ahnt bei dieser Aufzählung schon den Dschungel an Zuständigkeiten bzw. Abgrenzungsproblemen, der die cubanische Wirtschaft kennzeichnet.

Nun sind die verschiedenen Ministerien, die INRA und die CONPESCA, in gewisser Weise[24] auch die »empresas consolidadas«, in ihren Entscheidungen autonom. Diese Autonomie ist aber nur teilweise real: die JUCEPLAN arbeitet von ca. 650–700 Planungen nur etwa 100 aus und begnügt sich damit, die anderen Teilpläne damit abzustimmen und zu einem Gesamtplan zusammenzufassen. Diese 100 Pläne engen also den Spielraum der anderen Projekte entscheidend ein. Dennoch ist der Gesamtplan der JUCEPLAN eher eine Addition miteinander unverträglicher Teilpläne als ein systematisches Konzept.

Die JUCEPLAN besitzt weder die Vorteile einer autoritativen zentralen Behörde noch die einer bloß beratenden, stimulierenden, ausgleichenden Instanz. Hinzu kommt der außergewöhnliche Kompetenzenwirrwarr. An einem Projekt arbeiten oft zwei oder drei Ministerien oder Behörden. Andererseits werden für eine Stelle oft mehrere, völlig verschiedene Projekte vorbereitet.[25]

Die Pläne, in La Habana entworfen, beruhen hauptsächlich auf dem *wishful thinking* einiger Führer. Die JUCEPLAN verfügt über keine genauen Informationen von ›unten‹. Jede Stelle sichert sich nach ›oben‹ hin ab, indem sie die Sachlage verschweigt oder verfälscht. Die Planziele werden dekretiert bzw. gehen von aberwitzig zu nennenden Versprechungen Fidel Castros aus[26]; sie werden in der Regel nicht erreicht. Außerdem neigt die bestehende ›Planung‹ dazu, regionale Monokulturen zu schaffen, und verschärft so die durch den Mangel an Transportmitteln und den schlechten Zustand des Maschinenparks ohnehin unlösbar scheinenden Transport- und Distributionsprobleme. (So bezieht etwa die Fichteninsel, auch Insel der Jugend, ihr Schweinefutter aus dem weit entfernten Habana.)

Mittels ›freiwilliger‹ Arbeit, Sonderschichten usw. sollen die Planziele am Ende doch noch durchgesetzt werden. Mit diesen Mitteln können aber nicht einmal die Arbeitsstunden aufgeholt werden, die durch die Blaumacherei, den *ausentismo*, verlorengehen. Ohnehin wird in den verordneten ›freiwilligen‹ Zusatzstunden noch weniger als in den normalen getan.

Der Plan bricht also zusammen und wird dann auf regionaler oder lokaler Ebene durch einen »Extraplan« bzw. einen »operativen Plan« ersetzt. Die Vielzahl solcher Pläne bedeutet natürlich die Annullierung jedweder Planung. Der vorher vielleicht im einen oder anderen Falle existente Zusammenhang zerfällt. Denn jetzt funktioniert entweder der Transport nicht: die früher eingeplanten LKW's sind woanders, oder bereits wieder kaputt, oder es fehlt an Treibstoff, oder die mit dem Transport befaßten Be-

hörden bzw. ihre Arbeiter betreiben Sabotage, oder die Weiterverarbeitung stockt, weil gerade eine Massenmobilisierung im Gange ist und die Arbeiter bei der Kaffeernte, im Zuckerrohr oder wer weiß wo sind, oder die Güter werden nicht distribuiert. Ergebnis: *Kein* Rad greift ins andere.
Zur Illustrierung:
Auf einem Spaziergang am Hafen von La Habana entdecke ich im Frühjahr 1968 ca. 700 sowjetische LKW's. Im Herbst stehen sie immer noch da. Die meisten sind durch Sonnenstrahlung und Regen beschädigt, etwa 20 wurden bereits ausgeschlachtet. (Der Platz war bewacht!)
Solche Beispiele ließen sich ohne weiteres verhundertfachen[27]: sie sind System. Wer solche Erfahrungen nicht gemacht hat und auf die ohnehin falschen, zumindest zweifelhaften Investitions- und Produktionsstatistiken vertraut, der übersieht, daß in einem Zeitraum an einer Stelle x-mal das gleiche oder x-mal verschiedene Projekte gestartet und wieder abgebrochen wurden. Selbst diejenigen, die bereit sind, ohne materiellen Anreiz einigermaßen gute und effiziente Arbeit zu leisten, sehen sich dazu außerstande. Was tun, wenn kein Material da ist? Was tun, wenn man, trotz besten Willens, einfach nicht rechtzeitig zur Arbeitsstelle kommen kann, weil die Transportmittel fehlen? Das Ergebnis ist allgemeiner Zynismus und allgemeine Demoralisierung. Bis 1968/69 verfügte Castro freilich noch über keinen funktionierenden Repressionsapparat, um die Arbeitsunwilligen zur Arbeit zu zwingen. Der Grund dafür lag, wie wir noch sehen werden, nicht in ›demokratischen Skrupeln‹.
Der Plan bricht zusammen, der »Extraplan« bricht zusammen, was nun?

IV. Der líder máximo erscheint

Schließlich entscheidet der regionale ›caudillo‹ – etwa der örtliche Parteivorsitzende – oder einer der zahllosen nomadisierenden Bürokraten einer Behörde, ausgestattet mit Sondervollmachten, oder es entscheidet Castro selbst. Mit stoßtruppartigen Anstrengungen, Überstundenarbeit, extremen Belastungen des Maschinenparks (Begleiterscheinung: hohe Zahl der Arbeitsunfälle[28]) wird versucht, das Blatt doch noch zu wenden. Schließlich werden Einheiten der Armee eingesetzt. Umsonst. Die punktuelle Anspannung aller Kräfte kann eine Analyse der Produktionsfaktoren, eine gründliche Arbeitsvorbereitung, eine umfassende Planung nicht ersetzen. Rasch erlahmen die hier und da noch vorhandenen Energien; die ständig wechselnden Arbeitsziele führen zur Verzettelung. Und: der Arbeitende ist lediglich Material, das in die Produktionsschlacht geworfen wird – ohne jede Möglichkeit, seine Interessen zu vertreten, ohne Mög-

lichkeit, selbst die Initiative zu ergreifen. Seine Gewerkschaft ist nur die Exekutive von Partei und Arbeitsministerium. Es gilt der Satz *Los mandos no se discuten, se cumplen* (Befehle werden nicht diskutiert, sondern erfüllt).[29]

Jeder Versuch, hier etwas Zweck- und Sachrationalität zu propagieren, scheitert. Einer der meiststrapazierten, längst sprichwörtlichen Sätze cubanischer Funktionäre lautet: *No tenemos tiempo para pensar* (Wir haben keine Zeit zum Denken). Das Beispiel für diesen a-demokratischen, analyse- und theoriefeindlichen, völlig willkürlich-personalen Entscheidungsstil gibt Castro selbst.

Er, ständig ruhelos durchs Land reisend, sieht sich als den Mann, der den gordischen Knoten durchhauen muß. Er spricht heute über die Eier-, morgen über die Stahlproduktion, er befiehlt, wo ein Stauwehr gebaut werden muß, wo man Reis anzupflanzen hat und wo eine Straße fehlt. Er erklärt die ins Land gerufenen englischen Viehzuchtexperten für Ignoranten und wirft sich selber zur obersten Autorität in Sachen Viehzucht auf, er dekretiert, daß man die sumpfige Halbinsel Zapata zum Reisanbaugebiet macht, schlägt den Rat japanischer und holländischer Fachleute in den Wind und verpulvert erst einmal Millionen – Ergebnis: ein paar gefangene Krokodile.[30]

Fidels Wort ist Gesetz, eine Intervention oder Kritik ist nicht möglich, einen institutionellen Einspruch gegen seinen Befehl oder gegen den seiner Unterführer gibt es nicht. Keine Norm, keine und sei's auch nur bürokratische Regelung schiebt sich zwischen das Volk und seinen Herrn, keine Verfassung, kein Statut. Alles hängt vom plötzlichen Einfall des Führers oder eines seiner Gefolgsleute ab. Nichts ist vorhersehbar und – sieht man von den wenigen verabschiedeten Gesetzen ab – nirgendwo wird definiert, was verboten, was erlaubt, was geboten ist.[30a] Alles ist auf den »historischen Moment«, alles auf die gegenwärtige »Dynamik« abgestimmt; kein gesetztes Recht kann binden oder hindern. Dieser dezisionistische ›Aktualismus‹ erreicht zwar, daß die Beherrschten sich nicht rühren, er führt aber auch dazu, daß sie nichts tun. Wie so oft, täuscht auch in Cuba die heroische Entscheidungsromantik: die Massen jedenfalls haben nichts zu entscheiden, und Fidels Kampf gegen die Bürokratie (die zumindest ein Minimum an Regulierung brächte) ist nur der Kampf gegen die Einengung seiner eigenen Entscheidungsfreiheit; seine direkte Zwiesprache mit der Bevölkerung ist dem Gestus des Landesfürsten ähnlich, der sich, hier und da und wo's die Mittel erlauben, ›direkt‹ und ›ohne Umwege‹ der Sorgen der Untertanen erbarmt[31]; nur heillose Illusionisten können diesen Sekundärfeudalismus mit direkter Demokratie verwechseln. Und wenn Castro Zuckerrohr schneidet (in einem sorgfältig präparierten Feld, das hohe Arbeitsergebnisse ermöglicht), so erinnert dieser

Propagandatrick eines Mannes, der immerhin ein 8-Millionen-Volk zu regieren hat, ergo Gescheiteres zu tun hätte, fatal an die Attitüde Mussolinis, der in der Romagna bei der Ernte arbeitete.[32]
Dieses System absurder personaler Macht, durch nichts kontrolliert – nicht einmal durch eine Kommunistische Partei[33] – hat seine Wurzeln zum Teil in der cubanischen Geschichte selbst. Mindestens seit 1868, als der Aufstand gegen die spanische Kolonialmacht begann, ist die cubanische Geschichte die Geschichte von Personen, von ›caudillos‹. (Castro hat diese *Tendenz* nur bis zum Extrem gebracht.)
In ihrer Hand vereinigten sie die totale zivile und militärische Macht und entschieden ohne bürokratische Umwege, mittels direkter Intervention. Der Grund lag in der damaligen Struktur der cubanischen Gesellschaft, die zwar ein Nationalbewußtsein aber keine bürgerliche Hierarchie entwickelt hat. Sie bestand überwiegend aus isolierten Parzellenbauern und kleinen Landarbeiterverbänden in feudal-personaler Abhängigkeit. Der Vergesellschaftungsgrad war gering. Der nationale Zusammenhang mußte durch einen Führer gestiftet werden. Der halbkoloniale, halbfeudale Charakter des unabhängigen Cuba nach 1902 ermöglichte die Fortdauer dieser Herrschaftsform. Die politischen Führer, meist Generäle der Befreiungskriege, herrschten aufgrund der ihnen zugesprochenen persönlichen Qualitäten, aufgrund ihres Charismas[34]. Im Regierungsapparat wurden Posten nicht nach Qualifikation vergeben, sondern der Führer setzte seine alten Freunde ein, die ihre alten Freunde einsetzten usw. Das System fand seinen Nenner in der Treue zum *caudillo* und in der kameradschaftlichen Korruption.[35] Entscheidungen wurden ›prinzipiell‹ nicht sachbezogen gefällt, sondern aus persönlich-willkürlichen Vorlieben oder aus Gefälligkeit. Sie wurden aber dann mit ungeheurer Verve und militärischem Befehl-Gehorsam-Schema durchgeführt. Dieses Konzept hat Castro auf die *gesamte* cubanische Gesellschaft, also auch auf die Wirtschaft, ausgedehnt. Sorgte früher das Interesse des Kapitalisten für eine zumindest partielle »Ordnung«, so ging auch diese nach der Revolution verloren. Die cubanische Ökonomie wurde zu Tode improvisiert.

V. ›Objektive‹ und ›subjektive‹ Schwierigkeiten der Entwicklung

1959, nach seinem Sieg, machte Castro den Massen *sofort* größte materielle Zugeständnisse. Die Sympathien der cubanischen Bevölkerung waren damals sein einziges Machtpotential; ein Apparat der Machtsicherung bestand noch nicht.[36] Das Embargo der USA und die Umstrukturierung der cubanischen Wirtschaft zum Sozialismus erschöpften dann, zusammen

mit den üppigen Sozialgeschenken Castros, die knappen Reserven. Bis 1962/63 wollte Cuba eine Industrialisierung initiieren. Dabei war nicht zuletzt das Wunschdenken Che Guevaras, des damaligen Industrieministers, ausschlaggebend. Heute, wo der Hauptaugenmerk auf der ›Entwicklung‹ der Agrikultur liegt, muß Cuba immer noch 60% aller Rohstoffe und 90% aller Industriegüter importieren.[37]

In der Zeitspanne 1959/62 wurde der Zucker zum nationalen Negativsymbol. Die cubanische Monokultur war zweifelsohne das große Handicap, die Erbschaft des Kolonialismus und der imperialistischen Beherrschung durch die USA. Aber – und das verkannte Castro – es war die einzige ›Basis‹ der Wirtschaft, und als solche mußte sie erst einmal pfleglich behandelt werden. Stattdessen wurden Zuckerfelder abgebrannt, schossen im ganzen Land Industrien aus dem Boden, ohne daß die entsprechenden infrastrukturellen Bedingungen geschaffen, das notwendige Potential an Arbeitskräften verfügbar gemacht, die technischen Voraussetzungen erfüllt worden wären. Und vor allem: das vorhandene Industrieproletariat stand Castro ablehnend bis feindlich gegenüber. Es hatte bis 1959 über hohe Löhne, starke Gewerkschaften, garantierte Sozialleistungen verfügt, – all das wurde jetzt beschnitten.

Während man 1959 noch von der baldigen Erreichung des US-amerikanischen Lebensstandards träumte, verfiel in den folgenden Jahren der existente immer mehr. Der rasch wachsende Einfluß der alten cubanischen KP, die sich während des Kampfes gegen Batista zurückgehalten hatte, die sich zuspitzenden Konflikte mit den USA, deren Wohlwollen von großen Teilen der Bevölkerung als substantiell für den ökonomischen Fortschritt Cubas angesehen wurde, die Aufnahme der Beziehungen zu der UdSSR, schließlich aber auch die Politik der einsamen Entschlüsse Castros bereits zu Anfang der Revolution, das hemmungslose Projektemachen, die oft sich verselbständigenden, terroristischen Vergeltungsmaßnahmen gegen wirkliche und angebliche *batistianos* – all das provozierte den Auszug der intellektuellen und technischen Kader.

Das unvermeidliche ›Zurück zur Landwirtschaft‹ fiel in den Zeitraum, in dem die Folgen des US-amerikanischen Embargos und der Isolierung Cubas vom lateinamerikanischen Markt sich quälend bemerkbar machten und die Integration in den COMECON erst begann. Jetzt wurde die hedonistische Ideologie der Anfangszeit abgelegt und der ›Neue Mensch‹ kreiert. Übersetzt: das willige Aufsichnehmen von Entbehrungen und der Enthusiasmus für das Ziel einer paradiesischen Zukunft, die, wie Castro immer wieder betonte, ganz nahe sei. Der materielle Stimulus war de facto schon abgeschafft, bevor Guevara gegen ihn zu Felde zog. Die Begeisterung für Castro war damals groß und allgemein. Ohne Zweifel hätten die entscheidenden Teile der Bevölkerung Entbehrungen auf sich genommen –

wenn sie nur etwas zu sagen gehabt hätten. Castro siegte mit dem Versprechen, die bürgerlichen Freiheiten wieder zur Geltung zu bringen und eine gründliche Landreform zu initiieren. Doch die bürgerlichen Freiheiten, die auch Batista nur zeitweise außer Kraft gesetzt hatte (er scheiterte nicht zuletzt, weil seine Repression *keinen* systematischen Charakter hatte, weil er immer wieder um eine Legitimation bemüht war), diese Freiheiten wurden abgeschafft, die Parteien, die Castro unterstützt hatten, verboten und die Landreform, die Eigentum schaffen sollte, endete in der Kollektivierung. Alles wäre darauf angekommen, die Zustimmung großer Bevölkerungsteile durch ihre Integration in demokratische Institutionen zu erreichen. Stattdessen wurde die cubanische Gesellschaft zum bloßen Objekt der Befehle und Ukasse eines kleinen und zur Administration und planmäßigen Arbeit unfähigen ›Partisanenadels‹. Eine Wirtschaft, die den Marktmechanismus und den materiellen Anreiz abschafft, ist durchaus denkbar. Sie kann jedoch nur als Arbeiterdemokratie funktionieren.

»Es genügt nicht, daß die revolutionären Führer oder eine Planungsspitze das vollkommene ›Uhrwerk‹ des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses durchschauen und zu steuern wissen und daneben die Masse der Arbeiter moralisch zur Arbeit motiviert wird. Wirklich bewußt und mehr als bloß moralisch im überkommenen Sinn kann die Motivation zur Arbeit erst dann werden, wenn jeder einzelne Produzent an der Planung effektiv beteiligt ist, angefangen vom eigenen Arbeitsplatz bis zu den Grundsatzentscheidungen auf den höchsten Ebenen.«[38]

Gerade das aber war und ist in Cuba nicht der Fall. Und es wurden keinerlei Anstrengungen gemacht, um diesen Weg gehen zu können. (Zweifellos verrät die hier zitierte Äußerung eines procubanischen Publizisten allzu große Illusionen über die unmittelbaren Möglichkeiten einer Rätedemokratie; sie eskamotiert das Problem der Bürokratie – es geht hier jedoch nur um die *Tendenz*, um die Korrelation von Demokratisierung und Leistung.)

Statt Demokratie herrschte und intervenierte auf allen Ebenen der Wille des ›caudillo‹ oder seiner jeweiligen Repräsentanten; ein Wille, gegen den es keinen Einspruch gab. Doch war sich dieser Wille nie über seine Ziele im klaren, sondern änderte sie ständig. Bis heute ist die Geschichte der cubanischen Revolution die Geschichte von Projektemachereien. – Man kann es pointiert sagen: es war 1959 *unmöglich*, und zwar aus ›objektiven‹ Gründen, Cuba in wenigen Jahren zu einem prosperierenden und gleichmäßig strukturierten Land zu machen. Es war aber, durch eine Verbindung von effizienter Planung und Demokratie, sehr wohl *möglich*, das Niveau der Produktion allmählich zu steigern, mit den Ressourcen sparsam zu wirtschaften und das Land in eine sich nach und nach *reduzierende* Abhängigkeit von der UdSSR zu führen. Diese Möglichkeit wurde nicht genutzt. Schuld daran ist der Herrschaftsstil und das Herrschaftsinteresse

einer neuen Klasse, die weder durch Verfassung noch durch Demokratie, weder durch Bürokratie noch durch *verbindliche* Pläne ihren Aktionsradius sich beschneiden lassen wollte. Das System war nur auf das militärische Schema von Befehl und absolutem Gehorsam abgestellt.[39]

VI. Die ›Neue Klasse‹ und die Repression

Die herrschende ›Neue Klasse‹ Cubas (der Ausdruck scheint mir auch von der marxistischen Theorie her legitim, man denke an die Definitionen Bettelheims und Stojanovic's) besteht vor allem aus dem ›Partisanen-Adel‹, aus den alten Gefolgsleuten Castros und dem Offizierskorps. Besonders begehrt ist der Beruf des Offiziers für die jüngeren Jahrgänge: 1968/69 wurden nur 150 Ingenieuragronomen ausgebildet gegenüber 1500 Offizieren.[40] Diese geschlossene Gesellschaft verfügt über eigene Schulen für ihre Kinder, völlig gesicherte Verpflegung und einen garantierten Lebensstandard, der eher als Luxus denn als Wohlstand zu definieren ist. Diese Klasse verfügt auch, inmitten einer ausgepowerten Gesellschaft, über ihr eigenes Statussymbol: das ist der Alfa Romeo de luxe, Modell 1750. Seit 1969 wurden von diesem Wagen ca. 2000 Stück eingekauft. Ein Teil dieser Autos wurde im Taxidienst eingesetzt, doch etwa 600 von ihnen wurden an Spitzenfunktionäre verteilt, teilweise sogar als ›persönliche Geschenke‹ Castros an ihm besonders genehme Gefolgsleute.[41]

Diese Klasse ist es, die den Massen Entbehrungen predigt und verächtlich über ›materielle Probleme‹ spricht, die den ›Neuen Menschen‹ propagiert, während sie in der ROLEX-bewehrten Hand die UPMANN-Zigarre schwenkt. (Darüber hinaus nimmt sie auch sexuelle Privilegien für sich in Anspruch; in den Baracken der Zuckerrohrschneider findet sich oft ein kleines, handgemaltes Plakat: »Schlafe ruhig, die Revolution wacht auf Deiner Frau«.)

1968 begann die innere Krise Cubas und 1970, nach dem Scheitern der bis dahin größten Zuckerernte in der Geschichte des Landes, erreichte sie ihren – vorläufigen? – Höhepunkt. Für diese Zeit läßt sich ein Katalog sehr einschneidender repressiver Maßnahmen aufstellen – daraus nur der folgende Auszug:

1. *Die Auswanderung wurde unmöglich gemacht.* – Bis April 1970 war es noch möglich, Cuba zu verlassen. Diese Tatsache mußte oft als Beweis für die ›Liberalität‹ des Systems herhalten. Doch hatten die um Ausreise Nachsuchenden ihren Flug in Devisen zu hinterlegen (bzw. von in den USA bereits lebenden Verwandten hinterlegen zu lassen); sie wurden aus

ihren Stellungen entfernt und mußten zwei Jahre und oft länger in der Agrikultur arbeiten; ihr Privatvermögen wurde eingezogen; sie wurden als gusanos, das heißt ›Würmer‹, diffamiert; der Kontakt zu ihnen wurde mit Sanktionen belegt; und schließlich hatten sie, während der Arbeit in der Landwirtschaft, nur Anspruch auf *ambulante* ärztliche Verpflegung. Factum brutum: wem z. B. ein Bein aufgrund eines Unfalls abgenommen werden mußte, der bekam keine Prothese.
Es muß auch betont werden, daß die cubanische Emigration sich in ihrer Zusammensetzung verändert hat. In den späten 60er Jahren wuchs der Anteil des Proletariats und sogar der schwarzen Landbevölkerung beträchtlich. Doch war man in dieser sozialen Schicht vor allem auf die illegale Flucht angewiesen. So versuchten am 10. 1. 1969 180 Cubaner nach Guantanamo, dem auf cubanischem Gebiet liegenden Marinestützpunkt der USA, zu fliehen. Die Flüchtlinge wurden vom cubanischen ›Grenzbataillon‹ entdeckt, zehn von ihnen erschossen, 87 gelang die Flucht und die anderen nahm man gefangen. Über die Hälfte von ihnen waren Schwarze. Seit 1968 wuchs die Zahl derer, die illegal, in kleinen Booten, nach Florida flohen – und oft genug auf hoher See von der cubanischen Küstenwache aufgebracht oder versenkt wurden.

2. *Verhaftungswelle.* – Castro selbst gab 1967 die Zahl der politischen Gefangenen mit 20 000 an[42], eine schon damals sicher zu niedrige Ziffer. 1968, nach dem Prozeß gegen die ›Mikrofraktion‹[43] die eine Art sowjetischer Institutionalisierung des Landes verfocht, der aber nie eine reale »Verschwörung« nachgewiesen wurde – schnellte die Zahl der Verhaftungen in die Höhe. In der Regel kam es dabei zu keinen Prozessen, sondern es wurde, wieder einmal gänzlich ›unbürokratisch‹, einfach inhaftiert. Nicht zu beweisen – aber auch nicht auszuschließen – ist, daß es in den Gefängnissen und Lagern zu Folterungen kam.[44] *Einzelne* Fälle von Folterungen sind jedoch verbürgt. So wurde der Schriftsteller *Walter Carbonell,* 1968 inhaftiert, tagelang daran gehindert, zu schlafen, – bevor man ihm eröffnete, er sei zu 10 Jahren ›verurteilt‹. Er bekam keinen Prozeß, nicht einmal ein Pro-Forma-Verfahren.

3. *Unterdrückung der Schwarzen.* – Carbonells Verbrechen war, daß er ein Manuskript über die gegenwärtige Rassendiskriminierung eingereicht hatte. Der Staatsverlag verweigerte den Druck und Carbonell wurde von der Politischen Polizei (G 2) verhaftet; der mündlich angegebene Grund war ›Rassenhetze‹. Nach wie vor besteht in Cuba eine unterschwellige Rassendiskriminierung. Sie äußerte sich unter anderem darin, daß, wie Eldridge Cleaver feststellte, die Schwarzen in der Verwaltung völlig unterrepräsentiert, in der Berufsförderung benachteiligt sind, daß die

Ausübung der ›afrikanischen‹ Religionen (bei sonstiger, relativer Religionsfreiheit in Cuba) behindert wird und daß sogar die ›Afro-Haartracht‹ verpönt ist. Im Gegensatz zu allen anderen Religionen müssen die Schwarzen (Santería, Abakua, Regla de Palo etc.) ihre Gottesdienste anmelden, die dann polizeilich überwacht werden.

4. *Verfolgung der Homosexuellen.* – 1965 wurde die UMAP (Militärische Einheiten zur Unterstützung der Produktion) gegründet. Ca. 50 000 Homosexuelle wurden in militärähnliche Camps auf das Land verfrachtet und mußten Zwangsarbeit leisten.
1966 wurden diese Lager aufgelöst, aber 1968 wurde die Kampagne gegen die ›Abweichenden‹ wieder eröffnet. Sie richtete sich vor allem gegen Studenten und Künstler als potentielle oder tatsächliche Kritiker des Systems. Diesmal wurden keine Lager eröffnet; die Homosexuellen wurden vielmehr, ›berechtigterweise‹ oder nicht, auch *politischer* Abweichungen geziehen und inhaftiert. Auch hier gab es in der Regel keine Prozesse.
Bei den Aktionen und der Propaganda gegen die ›Abweichenden‹ konnte sich das System der Sympathie vieler Cubaner sicher sein. Cuba war und ist eine Männergesellschaft, in der die Frauen, trotz zunehmender Integration in die Berufe, immer noch eine ›mexikanische oder spanische Rolle‹ spielen. Diese autoritär-aggressive Männergesellschaft ist potentiell homosexuell und es nimmt nicht wunder, daß der *aktive*, die ›männliche Rolle‹ spielende Homosexuelle als *super-macho* bezeichnet wird und in der Regel straffrei ausgeht.[45] Der Zweck dieser Maßregeln ist, wie die Unterdrückung der minoritären schwarzen Religionen, in der Erzeugung massiver Angst zu sehen, in der Erzeugung eines allgemeinen Klimas der Denunziation und der Unsicherheit. Hier war eine Mechanik in Gang gekommen, die jedem unverständlich bleibt, der glaubt, so etwas müsse doch einen ›rationalen Grund‹ haben. Die Homosexuellen spielen sozusagen die Rolle der Juden.

5. *Shdanowismus in der Kulturpolitik.* – Die Affäre um den Lyriker Heberto Padilla[46] hat zum Bruch eines Teils der linken europäischen Intelligenz mit Castro geführt. Padilla hatte 1968 für seinen Gedichtband *Außerhalb des Spiels* den Preis der ›Union der cubanischen Schriftsteller und Künstler‹ erhalten. In verschlüsselter Form hatte er in diesem Buch, auf dem Hintergrund der Entwicklung seit der Revolution, den Konflikt zwischen Individuum und Geschichte abgehandelt. Geschichte erscheint in diesen Gedichten, die bald hektographiert unter der Studentenschaft zirkulierten, da die Auslieferung des Buches vereitelt wurde, als bloß erlittener, entfremdeter Prozeß – ihr Zusammenhang bleibt so unklar wie eh und je.

Wie etwas Derartiges zehn Jahre nach der Revolution geschrieben werden konnte, danach wurde nicht gefragt. Padilla wurde als »Hetzer«, »CIA-Agent«, »Provokateur« – sogar als »Faschist«[47] hingestellt; auf die Vorwürfe zu antworten, blieb ihm verwehrt. Nachdem er zwei Jahre nicht publizieren konnte, ohne Lebensmittelkarte auf die Hilfe von Freunden angewiesen, wurde er im März 1971 inhaftiert, doch bereits Ende April freigelassen. Bedingung dafür war eine öffentliche Selbstkritik, deren Ton an die Erniedrigungen der Moskauer Prozesse erinnert:

»Ein Konterrevolutionär ist ein Mensch, der gegen die Revolution arbeitet, ihr schadet ... Ich nahm diese Haltung ein, und, was das Schlimmste ist, ich übertrug sie auf ein Gebiet, wohin ich sie niemals hätte bringen sollen, in die Poesie. Ich trug den Geist des Defätismus in die Poesie.«

An anderer Stelle der über 4000 Worte umfassenden ›Selbstkritik‹ hieß es: »Wie oft war ich undankbar und ungerecht gegen Fidel! Ich werde es immer bereuen!«

Ein Bekenntnis solcher Art konnte von einem Mann wie Padilla, dessen Mut und Widerstandswillen jahrelang weder durch Isolation noch durch Publikationsverbot noch materielle Entbehrung beeinträchtigt worden war, nur erpreßt worden sein – die Vermutung, er wäre gefoltert worden, wurde prompt mit dem Ruf nach ›Beweisen‹ beantwortet. Eine unsinnige Forderung für den, der auch nur einige ›soziologische Vorstellungskraft‹ besitzt.

In einem Protestbrief, den Jean Paul Sartre, Simone de Beauvoire, André Gorz, Rossana Rossanda und viele andere unterzeichneten, hieß es:

»Der bedauerliche Text der Selbstanklage ... kann nur unter Umständen ... entstanden sein, welche die Negation der Legalität und der revolutionären Gerechtigkeit darstellen ... Inhalt und Form dieses absurden Geständnisses mit seinen absurden Anklagen erinnern an die dunkelsten Momente des Stalinismus.«

Castro antwortete darauf nur: Jetzt wissse er endlich, wer die wahren Freunde der Revolution seien; diesen »schamlosen Pseudolinken«, diesen »CIA-Agenten« und »Spionen des Imperialismus« werde der Besuch Cubas fortan verboten sein.

Der Freiheit der Künste in Cuba – nicht Produkt eines emanzipatorischen Sozialismus, sondern der ›Ideologielosigkeit‹ des Castroismus – war ein Ende gemacht. Luis Pavón, Verfechter eines cubanischen ›sozialistischen Realismus‹, wurde im Mai 1968 zum Chef des Nationalen Kulturrates ernannt; es ist ihm in kurzer Zeit gelungen, die Schriftsteller und Künstler an die Kandare zu nehmen.

6. *Repression gegen die Studenten.* – Als Fidel Castro im März 1971 die Universität Oriente besuchte, wurde er mit dem Ruf ›Autokrat‹ empfangen. Ca. 40 Studenten büßten das mit ihrer Einlieferung in Arbeitslager.

Am 4. Juli 1971 (vgl. *Granma*, 5. 7. 71) beklagte der Minister Jesus Montané vor den Studenten La Habanas, daß die universitären Parteizellen sich zu sehr der Verwaltung untergeordnet hätten. Er verlangte eine Vertiefung der ideologischen Arbeit:

»Damit verbunden sein muß ein dauerndes Eindringen in die von Fidel aufgeworfenen Probleme, in die Ideen Ches ... Unsere Studenten sind bereit, dort hinzugehen, wo es unser Erster Sekretär und Oberster Führer befiehlt.«

Die ›ideologische Arbeit‹ bestand im kollektiven Wiederkäuen der Reden der Führer:

»Bei der Ausarbeitung ihres Planes für die ideologische Arbeit darf die Partei sich nicht auf allgemeine oder vermeintlich ›theoretische‹ Thesen stützen. Natürlich ist es wichtig, die Grundzüge der kommunistischen Moral herauszuarbeiten. Aber in dieser Beziehung geben uns die Reden Fidels, Rauls und des Che genügend Weisungen. Eine Anthologie dieser Art wirft mehr Licht auf diese Fragen als jede theoretische Spekulation von unserer Seite ...«[48]

Was verpönt blieb, war die Theorie; schon 1963 hatte Castro gefordert: »Schluß mit den Theoretikern der Revolution! Schluß mit diesen marxistischen Theoretikern!«[49]

7. *Das ›Gesetz gegen die Bummelei‹.* – Die Krise, durch die Unfähigkeit der Führung durch Jahre hindurch ›vorbereitet‹, fand schließlich ihren politisch entscheidenden Ausdruck in der Disziplinierung der Arbeiter, die nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Lande ›mit den Füßen‹ (Lenin) abgestimmt hatten: indem sie der Arbeit fernblieben. Nach dem ›Gesetz gegen die Bummelei‹, das am 1. April 1971 in Kraft trat, konnten wegen Landstreicherei, ›Herumlungerns‹ und ständigen Fehlens bei der Arbeit Strafen zwischen 6 Monaten und 2 Jahren ausgesprochen werden (AP, 18. 3. 71). Diese Zeit wird als Zwangsarbeit in ›Rehabilitationszentren‹ abgeleistet. Es fanden sich einige kluge Köpfe, die auch diese Maßnahme als »Teil des Kampfes gegen die Überreste einer individualistisch-egoistischen Moral der früheren kapitalistischen Kolonialgesellschaft«[50] ansahen; Überreste, die allerdings immer virulenter wurden, je mehr Cuba sich zeitlich von dieser Epoche entfernt hat. Die drakonische Disziplinierung der Arbeiterklasse läßt nur einen Schluß zu: Die ›Diktatur des Proletariats‹ war nun endgültig zu der ›Diktatur über das Proletariat‹ (Trockij) geworden.

Anmerkungen

1 CDR = Komitee zur Verteidigung der Revolution. – Größte Massenorganisation Cubas, in der die Mehrzahl der Erwachsenen eines Wohnhauses oder Wohnblocks zusammengefaßt sind. Neben nützlichen Aufgaben (Impfungen, Altmaterialsammlung, Hygiene) dienen die CDR als Bespitzelungs- und Denunziationsorgane.

2 »Radikale Touristen« – ein Ausdruck Lev Trockijs. Trockij meint damit die in die UdSSR reisende europäische Intelligenz die – nach kurzen Wochen – Bücher über die dortige ›Demokratie‹ publizierte. Krassester Fall: Romain Rolland. Mit der moralischen Korrumpierung dieser Intellektuellenschicht befaßt sich Trockij in *Ihre Moral und unsere*. Berlin 1967. Für die Panegyrik und Rechtfertigungsliteratur des Stalinismus nach dem II. Weltkrieg vgl. die Publizistik von Sartre und dessen Kontroversen mit Camus, Merleau-Ponty und anderen.
Jürgen Menningen und ich bereiten ein Buch über dieses ›verdrängte‹ Thema der Täuschung und Selbsttäuschung der linken Intelligenz Westeuropas während des Stalinismus vor.

3 Typisch für die »radikalen Touristen« Cubas: die frühen Berichte von Sweezy, Huberman, Mandel, Gorz, Sartre u. v. a.

4 Zahlen nach René Dumont, *Cuba – est-il-socialiste?*. Paris 1970, S. 241.

5 Einen guten Überblick über die Lebensverhältnisse auf dem Lande im vorrevolutionären Cuba vermittelt: Lowry Nelson, *Rural Cuba*, Minnesota 1950. Über die Probleme der cubanischen Landwirtschaft vor Castro: Byron White, *Azúcar amargo*. La Habana 1954.

6 S. K. S. Karol, *Les Guerilleros au pouvoir*. Paris 1970, S. 549.

7 Über die Delinquenz vgl. Fidel Castros Rede vom 7. 6. 71 in *Granma*, 8. 6. 71.

8 Dumont, S. 242.

9 Entgegen einem weitverbreiteten Gerücht muß nämlich für Gas, Telefon und Miete bezahlt werden. Es gibt einige mietfreie Mustersiedlungen. Beim Telefon sind nur Stadtgespräche von öffentlichen Apparaten aus gratis.

10 Rede Castros vom 13. März 1968, vgl. *Kursbuch 18*, 1969. – Castro kolportiert in dieser Rede auch die Mär von den nur 4% des Landproletariats, die Fleisch zu ihrer gewöhnlichen Nahrung rechneten.

11 Vgl. *Granma*, Resumé Hebdomadaire, 18. 8. 1968.

12 Die ›Mikrofraktion‹ war eine kleine Gruppe cubanischer Funktionäre, die Castros Wirtschaftspolitik kritisierten und eine engere Anlehnung an die UdSSR befürworteten. Die Gruppe wurde enttarnt und verhaftet, ihre Mitglieder zu drakonischen Strafen verurteilt – obgleich nie genau gesagt wurde, was sie eigentlich getan hatten. Der Schlag gegen die Mikrofraktion wurde – fälschlicherweise – oft als Affront Castros Moskau gegenüber interpretiert. – Vgl. Sweezy/Huberman, *Sozialismus in Kuba*. Frankfurt 1970, S. 192: »... Wir meinen, daß der Fall der Mikrofraktion ein Präzedenzfall ist und das Fundament legt für die unterschiedslose Unterdrückung der Kritik.«

13 Radio Habana, 7. 3. 1968 – Während des Frühjahrs und Sommers 1968 kam es wiederholt zu Ausschreitungen gegenüber Langhaarigen, Minirockträgerinnen, vermeintlichen oder tatsächlichen Homosexuellen. Diese Ausschreitungen wurden von einzelnen CDR's in ihren Vierteln organisiert.

14 So die *Granma* (Originalausgabe) v. 9. 11. 1969: »Es ist mehr Geld in Umlauf als Waren, die man kaufen könnte. Jeder Arbeiter weiß, daß er das zum Leben Notwendige mit dem Lohn zahlen kann, den er in 15 oder 20 Tagen im Monat verdient.«

15 ibid.

16 »Wir haben keine statistischen Angaben ... Jedoch ... kann mit ziemlicher Sicherheit gesagt werden, daß unsere Arbeiter auf dem Lande nicht mehr als fünf oder sechs Stunden durchschnittlich und mit äußerst geringem Arbeitsertrag arbeiten.« *Prensa Latina* v. 13. 9. 1967. – Die geringe Arbeitsleistung auf dem Lande ist nur z. T. mit der in der Stadt vergleichbar. Sie ist nicht nur, wie beim städtischen Proletariat, Reaktion auf die Beschneidung des Konsums, auf die de-facto-Aufhebung der Freizügigkeit usw., sondern es spielt auch noch die quasi koloniale Arbeitsmoral von früher mit. Nur hier kann, bedingt, von einem ›Erbe‹ der alten Gesellschaft gesprochen werden. Die Rechtslosigkeit des Landarbeiters – der heute freilich *fast* die Garantie hat, arbeiten zu können – ist ansonsten der vor der Revolution durchaus ähnlich. Das Regime hat hier jedoch durch den Bau von Schulen, durch medizinische Versorgung und die gelungene Umverteilung des sozialen Prestiges zugunsten des Landes einen oft starken Rückhalt.

17 Sweezy/Huberman, a.a.O., S. 192 – Das Buch sticht wohltuend ab von der ersten Schrift der beiden Autoren *(Kuba – Anatomie einer Revolution.)* – Die Europäische Verlagsanstalt brachte das Kunststück fertig, dieses 1960 in den USA verlegte Buch völlig kommentarlos 1969 in der BRD herauszubringen! Dadurch wurde der bei uns ohnehin vorhandene ›Mechanismus‹ der Fehlinterpretation der cubanischen Revolution verstärkt.

18 *Stalinismo tropical* – tropischer Stalinismus, ein in Cuba gebräuchlicher Ausdruck.

19 Vgl. hierzu etwa K. Eßer, *Kubas revolutionärer Entwicklungsweg*, in: Goldenberg/Eßer, *10 Jahre kubanische Revolution*, Hannover 1969. Im deutschen Sprachraum ist diese kleinere Schrift neben dem Buch Goldenbergs, *Lateinamerika und die kubanische Revolution*, Köln 1963, die einzige klarsichtige Analyse überhaupt.

20 Vgl. hierzu: Goldenberg, *Lateinamerika*. A.a.O. Dort auch Literaturangaben. Die Legende von der cubanischen Unterentwicklung ist ein Ergebnis der Propaganda Fidels und der Tatsache, daß man Cuba immer vor dem Hintergrund der Verhältnisse auf dem lateinamerikanischen Festland betrachtet. Heute noch sind die cubanischen Verhältnisse besser als z. B. die brasilianischen. Das ist aber nicht das Ergebnis erfolgreicher Wirtschaftspolitik, sondern eines seit Jahrzehnten existierenden Entwicklungsabstandes (der sich verringert). Das Bild Cubas wurde bei uns geprägt durch Fidel-Reden und einige Aufsätze Guevaras – während die wertvolle und durchaus abwägende Analyse Goldenbergs in den Antiquariatsregalen steht. – Genaue Auskunft über die cubanische Situation vor der Revolution geben Mac Gaffey/Barnett, *Cuba. Its People, Its Society, Its Culture*, New Haven 1962.

21 Vgl. Goldenberg. Der Prozentsatz an qualifizierten Technikern, Ökonomen, Ärzten etc. an der cubanischen Emigration ist enorm.

22 Vgl. Baran, *Reflexionen über die kubanische Revolution*, in: *Unterdrückung und Fortschritt*, Frankfurt 1966.

23 Vgl. hierzu: Bettelheim u. a., *Wertgesetz, Planung und Bewußtsein. Die Planungsdebatte in Cuba*, Frankfurt 1969.

24 »In gewisser Weise!« – Denn darüber konnte mir in Cuba niemand genaue Auskunft geben. – Man ist in Cuba durch das Fehlen einer diskutierenden Öffentlichkeit, den Mangel an Institutionalisierung, die einander widersprechenden Erklärungen der Behörden, die gefälschten Statistiken etc. auf eigene Erlebnisse und Beobachtungen angewiesen. Der Mangel an Information und das Minus an Transparenz sind noch weitaus größer als z. B. in der UdSSR. – Es ist in Cuba oft *unmöglich*, eine Auskunft darüber zu erhalten, welche Organisation wo und für was verantwortlich ist

und wie die Organisation A mit der Organisation B zusammenarbeitet. Man sieht sich sofort einem Dschungel von ›organismos‹ gegenüber, deren Zusammenspiel in Cienfuegos anders funktioniert als in La Habana und in La Habana anders als in Bayamo. Oft ist die Ursache für dieses Durcheinander die Existenz rivalisierender Bürokratencliquen.

25 Zu der »Methode«, zwei oder mehrere ›Stellen‹ mit derselben Aufgabe zu betreuen, vgl. *H. Arendt*. Dieses unrationelle und kräftezehrende Verfahren hat den Vorteil, daß sich nie Machtkristallisationen und zuverlässige Kompetenzen bilden, die die jeweilige Machtelite bedrohen könnten. Hier liegt auch die Ursache für Fidels Kampf gegen den ›Bürokratismus‹. Bürokratie bedeutet auch Kontrolle, Institutionalisierung, Verrechtlichung, Routinisierung, kurz: die *Möglichkeit* von Effektivität und Fortschritt.

26 Unbegreiflich ist der Hang Fidel Castros, Versprechungen zu machen, ohne Rücksicht auf ihre Einlösbarkeit. Diese Gewohnheit scheint so tief verwurzelt, daß ihr auch zwölfjährige negative Erfahrungen keineswegs beikommen. Das Vertrauen der Massen in Castros Verheißungen ist durch die fortwährenden Enttäuschungen nahezu auf den Nullpunkt gesunken; das hat Fidel den Spitznamen *Tía Tata* eingebracht: so heißt im cubanischen Fernsehen das märchenerzählende Sandmännchen. Schon aus diesem Grund gibt es in Cuba keine Sammlung gedruckter Castro-Reden: was der *líder máximo* früher gesagt hat, ist Verschlußsache; daraus zu zitieren, wäre nicht ungefährlich. Dafür nur die folgenden Beispiele: »In zehn Jahren wird Cuba den höchsten Lebensstandard der Welt haben.« (4. 6. 59.) – »Dies ist das letzte Jahr, das euch Opfer bringt. Haltet dieses eine Jahr mit uns durch!« (6. 7. 59.) – »Wir werden dem Land eine sozialistische Verfassung geben.« (1. 5. 61. Eine Verfassung hat Cuba bis heute nicht.) – »Wir gehen jetzt zur kollektiven Führung über, mit persönlichen Launen wird damit Schluß gemacht.« (27. 8. 61.) – »Bald wird Cuba eine Überflußgesellschaft sein. Was nützen Worte, wenn das Volk nicht die Früchte genießt!« (26. 11. 63.) – »Ab 1965 wird die Rationierung der Milch abgeschafft.« (28. 9. 64.) – »Ende des Jahres wird es keine Lebensmittelrationierung mehr geben.« (21. 1. 65.) – »Ende 1966 wird es genug Fleisch geben, die Rationierung wird aufgehoben.« (14. 2. 65.) – »Allein die Provinz Oriente wird 1969 über 1,3 Millionen Liter Milch produzieren!« (Ende 1968; produziert wurden knapp 310 000 Liter.) – »Ab 1970 werden wir jährlich 100 000 Wohnungen bauen.« (1969; Produktion 1970: 28 000.) Diese Beispiele lassen sich beliebig vermehren. Resultat: Mit jeder neuen Versprechung sinkt der politische Kredit.

27 Eine eindrucksvolle ›Sammlung‹, vorrangig die Agrikultur betreffend, bei *Dumont*. Dumonts Buch imponiert dadurch, daß es konsequent die *einzig mögliche* Untersuchungsmethode, Cuba betreffend, anwendet: das Sammeln von Daten und Eindrücken an Ort und Stelle und auf eigene Faust, ohne sich auf offizielle Erklärungen und Erklärer zu verlassen. Für den Uneinsichtigen ist ein solches Buch eine theorielose *chronique scandaleuse*, ein Wirrwarr von Einzelfällen, die angeblich nichts über die (metaphysisch garantierte?) Substanz des Systems und dessen (ebenso metaphysisch garantierten?) Weg zur Befreiung aussagen können.

28 1964 hatte Cuba 2 369 075 Arbeitskräfte und 227 349 Arbeitsunfälle – das sind 10,4%! Die Ursachen: Übermüdung, Schwächung durch Hunger, psychische Probleme die ›politisch‹ bedingt waren, mangelhafte Maschinen, Nichtbeachtung von Schutzvorschriften seitens der Werksleitungen usw. – Die Statistik ist cubanischen Ursprungs: Carlos F. Pupo, »Hacia la Salud Pública Socialista«, Nr. 47/1965 der Zeitschrift *Cuba Socialista*, dem inzwischen eingestellten theoretischen Organ der cubanischen KP.

29 Das steht nur scheinbar im Widerspruch zur Tatsache der laxen Arbeitsmoral – ›Sklaven‹ arbeiten immer weniger als ›Freie‹, sowie ihr Herr die Szene verläßt.

30 Mir sind Fälle bekannt, wo Castro holprige Wege asphaltieren ließ, weil auf ihnen sein Wagen einen Achsbruch erlitten hatte.

30a »Eine Regierung braucht nur unbestimmt zu lassen, was Verrat sei, und sie wird zur Despotie« (Montesquieu). Der Satz gilt auch für alle anderen Verbrechen. Die fehlende juristische Festschreibung, was denn ein Verbrechen sei und was nicht, erzeugt in Cuba ständig Angst. Was gestern noch geduldet war, kann heute geahndet werden und was auf dem Lande erlaubt ist, braucht es in der Stadt noch lange nicht zu sein. Auf diese Weise ist es unmöglich, ein Klima des Vertrauens, der Diskussion, der demokratischen Interaktion zu schaffen. Es gibt wohl Tausende, die ohne Prozeß eingesperrt werden. Ich kenne Fälle, wo die Betreffenden nach Jahren mit dem Trost heimgeschickt wurden: »Es war ein Irrtum!«

So wie es für eine Vielzahl von Verbrechen keine Gesetze gibt, gibt es für eine Vielzahl von Handlungsvollzügen keine normierte Regelung, keine Kontroll- oder Beschwerdeinstanz. Die partielle ›Justizlosigkeit‹ Cubas unter Castro ist von linken Romantikern oft bewundert worden – was soll schon der bürgerliche oder revisionistische Paragraphenkrempel? Er wäre tatsächlich überflüssig in einer Gesellschaft freier, sich solidarisch assoziierender Individuen im Marx'schen Sinne – doch davon kann hier keine Rede sein. Es ist ein klassisches Kennzeichen repressiver Staatsapparate, daß sie den Bereich des Maßnahme-›Rechts‹ ausweiten. Das geschriebene oder zumindest durch Gewohnheit normierte Recht ist, bei allem Klassencharakter der ihm anhaftet, eine zivilisatorische Errungenschaft, hinter die nicht zurückgegangen werden darf.

31 Zumindest früher erledigten Fidel oder seine Sekretärin Celia Sánchez Beschwerden der Bevölkerung, vor der nötigen Kulisse, direkt. Es ist in den frühen 60er Jahren mehr als einmal vorgekommen, daß derjenige, der klagte, er hätte keine Wohnung, am Tag darauf eine bekam. Dieser Sekundärfeudalismus war und ist natürlich völlig ungeeignet, strukturelle Probleme zu lösen.

32 Man lese in Deakins Buch *Die brutale Freundschaft* die Abschnitte über Mussolinis Führungsstile, seinen Antibürokratismus und seine Agitation unter den Massen der Landbevölkerung! Die Ähnlichkeit in der ›Form‹ zu Castro geht bis ins Detail – und wo die Form identisch ist, haben die Inhalte meist auch etwas miteinander zu tun. Es ist außerdem bezeichnend, daß Fidel den gleichen Lieblingstheoretiker hat wie Mussolini: Sorel.

33 Ein ziemlich zutreffendes, im Ganzen wohl aber noch zu positives Bild der cubanischen KP: H. M. Enzensberger, Bildnis einer Partei – Vorgeschichte, Struktur und Ideologie der PCC, in *Kursbuch* 18, S. 192 ff.

34 Max Webers Ausführungen über den charismatischen Herrscher erklären einiges an der cubanischen Geschichte.

35 Die abenteuerlich-beklemmende Korruption im alten Cuba schildert H. Strode, *Kampf um Kuba*, München o. J. (1937?). Im heutigen Cuba ist an ihre Stelle die Postenjägerei und das gemeinsame Verschieben von Waren durch alte ›amigos‹ in der Partei getreten. Einen äußerst regen Schwarzhandel mit Textilien machte 1968 Manuel Luzardo auf – der damalige Minister für den Binnenhandel.

36 Vgl. die ungemein wichtige Studie von Alfred Pfaller, Revolutionäre Entwicklungspolitik und politische Stabilität, in: *Soziale Welt*, 1970/71, Heft 2, S. 218 ff.

37 Das behauptete zumindest C. R. Rodríguez, Cubas Minister für ökonomische Zusammenarbeit, in einem Gespräch im Mai 1968. – Verhängnisvoll für Cuba war die zu enge Integration in die US-Wirtschaft. Cuba war keine Kolonie, sondern ein

Teil der US-Wirtschaft mit vernachlässigtem Hinterland. Daher seine relative Prosperität und daher später ein *Teil* der Schwierigkeiten, wie sie in anderen lateinamerikanischen Ländern mit ansonsten schlechteren Voraussetzungen bei einer Loslösung von den USA *nicht* auftreten würden.

38 Wolfgang Müller, Einleitung zu Bettelheim u. a., a.a.O.

39 Castro hat solange wie möglich versucht, seine Ziele durch Charisma statt Repression zu erreichen – bis seine Mißerfolge sich häuften und es auf diesem Weg nicht weiter ging. Daß er am Ruder blieb, hat er vor allem der von ihm geschaffenen alternativlosen Situation zu verdanken. Ein Zurück zu den USA ist für die Cubaner undenkbar, da ihre Nation durch Castro erst Identität und Geschichte bekommen hat. Die beim cubanischen System *personell* möglichen Alternativen bestehen nicht mehr: Camilo Cienfuegos war bereits 1959 auf nie geklärte Weise mit dem Flugzeug abgestürzt, und Huber Matos ist zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

40 Dumont, a.a.O., S. 236.

41 Ich war selbst Zeuge, als Castro dem Direktor des Staatsverlages (Instituto del Libro) die Autoschlüssel aushändigte.

42 Gespräch mit Lee Lockwood, in G. Feltrinelli (Hrsg.), *Lateinamerika – Ein zweites Vietnam?* Reinbek 1968, S. 59.

43 Vgl. hierüber Sweezy/Huberman, a.a.O.

44 Jean Cau, Cuba a ses camps de la mort, in: *Paris-Match*, 12. 6. 71.

45 ›Macho‹, soviel wie Bock. Steht für ›Mann‹, ›männlich‹. – Zur UMAP vgl. Karol, a.a.O. und Yglesias, *Kuba – Bericht über eine Revolution.*

46 Vgl. *Der Spiegel* 20/71 und Heberto Padilla, *Außerhalb des Spiels*, Frankfurt 1971.

47 Die Kampagne wurde initiiert durch die Armeezeitschrift *Verde Olivo*, bes. die Nr. vom 24. 11. 1968.

48 *Consideraciones sobre el trabajo ideológico.* Material de estudio. La Habana 1968.

49 Rede Castros vom 30. 10. 1963.

50 So R. Hammer in: *Der Fall Padilla. Intellektuelle in der Revolution. Eine Dokumentation.* Hrsg. von der Vereinigung Schweiz-Cuba in Bern.

Conditio humana

Neu:

Conditio humana
Ergebnisse aus den Wissenschaften vom Menschen

Anna Freud und Thesi Bergmann, *Kranke Kinder; Ein psychoanalytischer Beitrag zu ihrem Verständnis,* 160 Seiten, kartoniert mit Schutzumschlag DM 18,—
»Niemals zuvor ist ein Buch geschrieben worden, das in so klaren und wenigen Worten so viel über Kinder und ihre Reaktion auf körperliche Leiden aussagt.« Journal of the American Academy of Child Psychiatry

Andrew Crowcroft, *Der Psychotiker; Zum Verständnis des Wahnsinns,* 252 Seiten, kartoniert DM 25,—
Eine elementare Einführung in die Psychiatrie. Anschauliche und allgemeinverständliche Auskunft über Symptome, Behandlungsmethoden und Heilungschancen der verschiedenen Formen des Wahnsinns.

Sándor Ferenczi, *Schriften zur Psychoanalyse II;* Herausgegeben von Michael Balint, 516 Seiten, kartoniert DM 34,—
Der zweite Band enthält die wichtigsten Arbeiten, die Ferenczi von 1919 bis zu seinem Tod 1933 veröffentlicht hat. Im Zentrum stehen aufsehenerregende behandlungstechnische Experimente, die heute erneut in den Mittelpunkt der Diskussion rücken. Den Schluß bildet der erste Neudruck von Ferenczis revolutionärem »Versuch einer Genitaltheorie«.

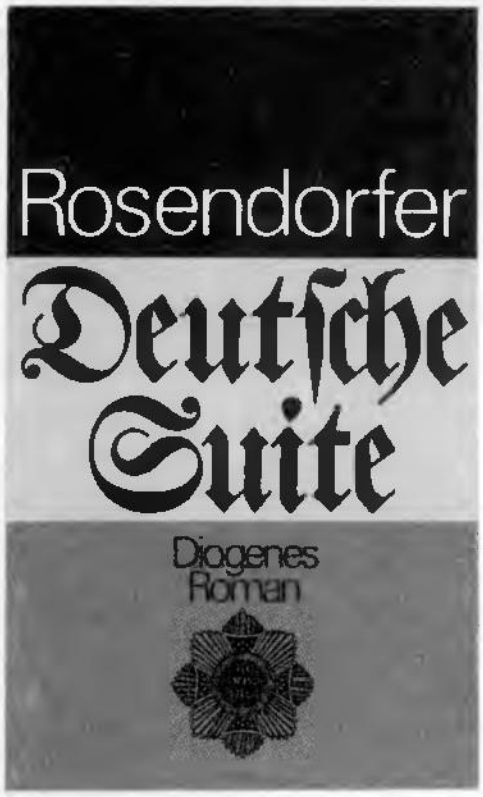
Anton C. Zijderveld, *Die abstrakte Gesellschaft; Zur Soziologie von Anpassung und Protest,* 240 Seiten, kartoniert DM 25,—
»Abstrakt« nennt Zijderveld unsere Gesellschaft deshalb, weil ihre pluralistisch-bürokratischen Strukturen sich mehr und mehr kompliziert und verselbständigt haben; das in ihr lebende Individuum sieht sich höchst wirksamen, aber zugleich nebelhaft anonymen Kontrollen unterworfen. So fühlt es sich hilflos, entfremdet, manipuliert. Welche Formen von Anpassung und Protest entwickeln sich unter solchen Lebensbedingungen?

»Zum ersten Mal eine psychologische Erklärung des gegenwärtigen Aufstands der Jugend, die überzeugt.«
L'Express

Gérard Mendel, *Die Revolte gegen den Vater; Eine Einführung in die Soziopsychoanalyse,* 384 Seiten, kartoniert DM 32,—
Der Versuch, das »Unbehagen in der Kultur«, von dem Freud schon im Jahre 1930 sprach, und besonders jene unbewußten Vorgänge psychoanalytisch zu erklären, ohne die der Nationalsozialismus und andere totalitäre Bewegungen der jüngsten Zeit sich nicht hätten durchsetzen können.

S. FISCHER

Die Romanentdeckung des Jahres!



Der ebenso erstaunliche wie exemplarisch deutsche Lebensweg des prinzlichen · Halbaffen Dr. Hermannfried Schneemoser – von seiner Zeugung (Fasching 1931) bis zu einer Art Olympiade (München 19**). Rosendorfers zweiter großer Roman nach dem ›Ruinenbaumeister‹ ist ein grandios-groteskes Panoptikum, in dem Wittelsbacher, Rot- und Harzburger Fröntler, Weimarer-, Deutsche Demokratische und Bundes-Republikaner mordsmäßige Urständ' feiern. 1.–20. Tsd., Roman. 396 Seiten, Leinen, DM 24.80

Diogenes

Ernesto Cardenal

IN KUBA

Bericht von einer Reise

388 Seiten broschiert DM 24,–

William Agudelo: UNSER LAGER BEI DEN BLUMEN AUF DEM FELDE. Ein lateinamerikanisches Tagebuch. Aus dem Spanischen von Anneliese Schwarzer de Ruiz. 352 Seiten, br., DM 24,–

»... danke, daß Sie mir das Tagebuch von Agudelo zugeschickt haben. Ich las gestern nacht Anfang und Schluß, bin beeindruckt, was ich nur selten im Lauf eines Jahres von Büchern sagen kann ... Bitte, schicken Sie mir auch die neuen Gedichte von Cardenal ...« Paul Konrad Kurz

Von der Heiligkeit der Revolution

Ein Gespräch mit Ernesto Cardenal in Solentiname

48 Seiten und 16 Seiten Fotos DM 4,80

PETER HAMMER VERLAG

5600 Wuppertal 2
Postfach 20 04 15

Dossier:
Revolutions-Tourismus

In den landläufigen Diskussionen über Revisionismus und Anti-Revisionismus, »Errungenschaften« und »Deformationen« zeigt sich ein Verhältnis der europäischen Linken zu den sozialistisch regierten Ländern, das abstrakt und ideologisch ist. Wer dabei zuhört, hat oft Schwierigkeiten, die Stimmen zu lokalisieren, die er vernimmt, so als wären die Diskutierenden Bauchredner, aus denen eine Art sozialistischer Weltgeist spräche. Damit verschwindet aus dem Gesprächszusammenhang, was vielleicht vor allen Dingen zu reflektieren wäre: die Betrachterrolle, die der westlichen Linken im Hinblick auf die Länder zufällt, in denen der Sozialismus seine Verwirklichung wenn nicht gefunden so doch im Ernst versucht hat.
Ganz gleich, wie die Stellungnahmen und Haltungen zu diesen Ländern aussehen – und sie reichen von der blindesten Identifikation bis zur rabiatesten Kritik –, es sind in jedem Fall Urteile *von außen*, die da gefällt werden. Keiner der Besucher, die von einer Reise in den Sozialismus zurückkehren, ist realiter Teil des Prozesses, den er zu beschreiben versucht. Darüber kann keine freiwillige Selbstverpflichtung hinwegtäuschen, kein noch so solidarisches Verhalten, keine propagandistische Aktion, kein Weg durch Zuckerfelder und Schulen, Fabriken und Bergwerke, geschweige denn der Schritt zum Rednerpult oder der Händedruck mit dem Anführer der Revolution.
Je weniger er dies begreift, je weniger er sich selbst in Frage stellt, desto größer und berechtigter ist die Feindseligkeit, die dem Reisenden in Sachen Sozialismus von vornherein begegnet, und zwar auf beiden Seiten. Etwa in diesen Zeilen:

Die Reisenden

Sie kommen her in den Kleidern der Überflußgesellschaft,
deren Stachel sie sind, deren »unzuverlässiges Element«,
versehen mit akademischen Titeln und
Bücher schreibend für die Soziologie-Departments
der besten Universitäten
(von denen die Kosten getragen werden).
Schnell erhalten sie ihr Visum, sind
informiert über Antikriegskampagnen,

über Proteste gegen den Vietnamkrieg, mit einem Wort:
sie beschreiten den gerechten Weg der Geschichte.
Während sie sich niederlassen in den glänzenden Sesseln
der internationalen air-ports,
immer das Flugzeug
gegen die Gesetze nehmend, fühlen sie sich angenehm subversiv,
mit ruhigem Gewissen.
Sie sind die komfortablen Reisenden des Kommenden,
mit ROLLEIFLEX-Kameras, perfekt geeignet
für das tropische Licht,
für die Unterentwicklung;
mit Informationstabellen für objektive Interviews,
wenn auch (versteht sich) ein wenig parteiisch,
denn sie lieben den Kampf,
die Guerillas,
die Zafras,
die Unbilden des Lebens
und das vulgäre Spanisch der Einheimischen.

Nach den Erfahrungen von zwei oder drei Wochen
(das ist das Maximum)
schreiben sie Bücher über die Guerilla
oder den cubanischen Nationalcharakter,
über die Unbilden des Lebens oder
das vulgäre Spanisch der Einheimischen.

Versehen mit Systemen, mit Methoden,
ist es klar, daß sie frustriert sind
von der fehlenden sexuellen Freiheit in Kuba,
vom fatalen Puritanismus der Revolutionen,
und das, mit ehrlicher Melancholie, definieren sie
als die Kluft zwischen Theorie und Praxis.
Privat (nicht in Büchern noch beim round-table)
bekennen sie, daß sie mehr Zuckerrohr schnitten
als der beste Machetero (der Typ machte den ganzen Tag Siesta).
Diese vierzehntägigen Helden erklären,
daß die Leute in den Herbergen tanzen wollen,
daß die Intellektuellen (völlig entpolitisiert)
fähig sind, sich noch der Poesie zu widmen;
in der Nacht vor der Rückkehr, sich zu ihren Frauen legend,
glauben sie,
sie hätten sich übernatürliche Muskeln erworben.

Ran gehen sie wie die Neger, wie die Verworfenen.
Die Mädchen, alle fünf Jahre geschwängert,
sind begeistert von diesen ungewohnten Ehemännern,
jetzt unersättlich.
Daheim betrachten sie tagelang Diapositive,
auf denen der Held der Familie erscheint,
umgeben von Einheimischen, die ihn brüderlich umarmen. [...]

(Herberto Padilla[1])

Die Reisenden, die Padilla beschreibt, tragen deutlich die Züge der sechziger Jahre; wie scharfäugig seine Beobachtungen, wie triftig seine Argumente sind, können vielleicht nur die ganz ermessen, die er aufs Korn genommen hat. Aber das Mißtrauen, das in seinem Text zum Vorschein kommt, ist nicht von heute, auch nicht von gestern; es existiert, seitdem es zwei etablierte Gesellschaftssysteme gibt, und begegnet grundsätzlich jedem, der sich zwischen ihnen mehr oder weniger frei hin- und herbewegt. Im Lauf der letzten fünfzig Jahre hat es sich verdichtet. Es enthält die Ablagerungen vergangener Erfahrungen, die Erinnerung an Fehlhaltungen, die bei der Linken in den kapitalistischen Gesellschaften längst zur Tradition geworden sind.

Mit bloßer Polemik ist das Phänomen allerdings nicht zu erledigen. (Auch Padillas Text enthält eine verborgene Ambivalenz.) Schon die objektiven Wirkungen, die jene Reisen in den Sozialismus durch die Jahrzehnte hindurch gezeitigt haben, machen eine genauere Untersuchung notwendig. Diese Wirkungen beruhen selbstverständlich weder auf der Bedeutung der Reisenden, die vielmehr ihrer Rolle ganz und gar nicht gewachsen waren, noch auf dem Gewicht ihrer (meist oberflächlichen) Beobachtungen und ihrer (oft fadenscheinigen) Argumente. Die Voraussetzung dafür, daß diese Reisenden und ihre Berichte in der Vergangenheit so wichtig waren, und daß sie nach wie vor, wenn auch in geringerem Grad, eine Rolle spielen, war und ist die Isolation der sozialistisch regierten Länder von der Außenwelt. Diese Abschließung ist ein Moment des internationalen Klassenkampfes, und je nach dessen Verlauf hat sie seit 1917 die verschiedensten Formen angenommen: Blockade, Ostrazismus, militärischer Cordon sanitaire, »eiserner Vorhang«, Mauerbau und so weiter. Dieser Sachverhalt findet seine administrativen Entsprechungen in Reisebeschränkungen, verschiedenen Formen der Zensur, Auswanderungsverboten und komplizierten Genehmigungsprozeduren aller Art. Wieweit diese Maßnahmen von den Notwendigkeiten der sozialistischen Transformation bedingt waren, wieweit sie sich bürokratisch verfestigt haben und politisch überständig sind, diese Frage kann hier nicht untersucht werden; sie läßt sich auch nicht prinzipiell und ein für allemal entscheiden.

Die Konsequenzen sind in jedem Fall schwerwiegend. Der Kommunikationsfluß zwischen den sozialistisch regierten Ländern und der Außenwelt wird gestört. Der Sozialismus wird zur internen Geheimsache, zugänglich nur denen, die die Chance haben, hinter die mystifikatorische Fassade zu blicken. Unwissenheit und Manipulation werden zur Regel. Das sind Folgen, die keineswegs nur oder in erster Linie den Klassenfeind treffen. Im Gegenteil: die Regierungen und die Monopole der kapitalistischen Welt verfügen über Nachrichten- und Spionagedienste, die in der Lage sind, das Informationsdefizit auszugleichen. Die Linke dagegen sieht sich, will sie sich nicht mit den Informationen und Entstellungen der bürgerlichen Medien begnügen, auf altertümliche Formen der Kommunikation zurückgeworfen. Unter ihnen spielt die Reise, der Besuch, der eigene Augenschein die wichtigste Rolle. Die Fehlerquellen eines derartigen Informationsnexus liegen auf der Hand, und wir werden versuchen, sie namhaft zu machen. Aufs Ganze gesehen ist es jedenfalls paradox, daß die sozialistischen Bewegungen des Westens, wollten sie etwas über kollektive Lebens- und Produktionsweisen erfahren, weitgehend auf individuelle Ansichten angewiesen waren, und daß sie sich durch Boten, das heißt, vorindustrielle und sozusagen handwerkliche Informationsträger über riesige Industrialisierungsprozesse unterrichten lassen mußten. Kein Wunder, daß diese Wanderer oft genug eine lächerliche Figur abgaben. Die Mängel des Informationsflusses sind ihnen allein nicht anzulasten. Sie haben objektive Gründe.

Heute, da die alten Schwierigkeiten für viele Länder Osteuropas nicht verschwunden, aber überwindlich geworden sind, da jeder von uns fast nach Belieben in die Sowjetunion, nach Bulgarien, in die DDR oder die ČSSR reisen kann, kehrt sich die Kritik an den Reisenden sogar gegen jene, die zuhause bleiben. Unter der westeuropäischen Linken macht sich ein Mangel an Neugier breit, der auf den ersten Blick erstaunlich ist und der jedenfalls einer Erklärung bedarf. Viele Genossen fahren Jahr für Jahr nach Sardinien, nach Griechenland oder nach Amsterdam; der Berührung mit der ungarischen oder ukrainischen Realität weichen sie dagegen beharrlich aus. Auch diese Vermeidungsstrategien haben eine Vorgeschichte. Schon in den dreißiger und vierziger Jahren hielten es viele Kommunisten für besser, Aufenthalte in der Sowjetunion, die sie in ihren Schriften als die wahre Heimat aller Werktätigen priesen, nach Möglichkeit zu vermeiden, auch wenn dieses Land ihnen jederzeit offenstand. Dafür hatten sie allerdings handfestere Gründe als die Heutigen. Brecht zum Beispiel hielt sich auf der Reise von Finnland nach Kalifornien nur wenige Wochen in der UdSSR auf und ging der Berührung mit der sowjetischen Wirklichkeit so weit wie möglich aus dem Wege, offenbar, um sich

nicht in Gefahr zu bringen. Die heutige Berührungsangst vieler Genossen hat andere Gründe. Als blankes Desinteresse kann sie bei denen, die politisch aktiv arbeiten, sicherlich nicht gedeutet werden. Was die Zuhausegebliebenen fürchten, sind vielmehr ihre eigenen, offenbar bösen Vorahnungen. Um ihre verletzlichen Überzeugungen nicht in Gefahr zu bringen, lassen sie es gar nicht soweit kommen, daß diese mit der Wirklichkeit der sozialistischen Länder zusammenstoßen.

Damit soll nicht gesagt sein, die andern ließen bei ihren Reisen in den Sozialismus ihre Ängste zurück. Im Gegenteil: dieselbe Sorge, die jene zuhause festhält, schleppen diese mit sich herum. Sie gehört zu ihrem moralischen Handgepäck. Auch die Neugierigen haben im Lauf der letzten fünfzig Jahre ihre Abwehrmechanismen entwickelt, um den Schock zu mildern, der unvermeidlich ist, wenn eine bloß vorgestellte mit einer historischen Realität zusammentrifft. Der erste, der diese Operation auf den Begriff gebracht hat, war Lev Trockij:

»Heute ist der Büchermarkt aller zivilisierten Länder überhäuft mit Büchern über die Sowjetunion. [. . .] Die von blindem reaktionärem Haß diktierte Literatur nimmt einen immer geringeren Raum ein; ein recht erheblicher Teil der neueren Werke über die Sowjetunion bekommt dagegen einen immer wohlwollenderen, wenn nicht entzückten Anstrich. [. . .] Ihrem Typus nach zerfallen die Publikationen der ›Freunde der Sowjetunion‹ in drei Hauptkategorien. Dilettantischer Journalismus beschreibenden Genres, mehr oder weniger ›linke‹ Reportagen bilden die Hauptmasse der Artikel und Bücher. Daneben, wenn auch mit größeren Prätentionen, reihen sich die Publikationen des humanitären, pazifistischen und lyrischen ›Kommunismus‹. An dritter Stelle steht die ökonomische Schematisierung im Geiste des altdeutschen Kathedersozialismus. [. . .]

Was diese drei Kategorien trotz all ihrer Unterschiede eint, ist ihre Verneigung vor der vollendeten Tatsache und ihre Vorliebe für beruhigende Verallgemeinerungen. Gegen den eigenen Kapitalismus zu rebellieren sind sie außerstande. Um so bereitwilliger stützen sie sich auf eine bereits in ihre Ufer zurücktretende fremde Revolution. Vor dem Oktoberumsturz hat nicht einer von diesen Leuten oder ihrer Geistesväter ernstlich darüber nachgedacht, auf welche Weise der Sozialismus zur Welt kommen werde. Um so leichter fällt es ihnen, das in der UdSSR Vorhandene als Sozialismus anzuerkennen. Das gibt ihnen nicht nur das Gepräge von Fortschrittsmännern, sondern auch eine gewisse moralische Festigkeit, ohne sie dabei zu irgend etwas zu verpflichten. Diese Art beschaulicher, optimistischer, durchaus nicht zerstörender Literatur, die alles Ungemach hinter sich zu haben meint, wirkt sehr beruhigend auf die Nerven des Lesers und findet darum wohlwollende Aufnahme. So bildet sich unmerklich eine internationale Schule heraus, die zu nennen wäre *Bolsche-*

wismus fürs aufgeklärte Bürgertum, oder im engeren Sinn *Sozialismus für radikale Touristen.«*[2]

Allerdings läßt Trockijs Analyse einen Aspekt der Sache außer Betracht, die von ausschlaggebender Bedeutung ist: *die institutionelle Seite*, ohne die der Revolutions-Tourismus nicht zu begreifen ist. Wer sie übersieht, der landet früher oder später bei einer moralisierenden Betrachtungsweise, die sich an den Charakter einzelner Personen heftet. Auf diesem Weg läßt sich natürlich ermitteln, daß X naiv, Y korrupt und Z ein Heuchler ist. Damit ist aber nichts erklärt und wenig gewonnen.

Die institutionelle Basis des »radikalen« oder »revolutionären« Tourismus ist das *Delegacija-System*. *Delegacija* heißt eigentlich nichts weiter als Delegation. Das Wort hat aber im Russischen eine besondere Bedeutung angenommen und bezeichnet offizielle Reisende aller Art, auch wenn sie einzeln oder nur in kleinen Gruppen auftreten. Dabei ist es ganz und gar nicht nötig, daß diese Leute von irgend jemand abgeordnet oder gewählt worden sind.

Konstituierend für das System, soweit es Reisende aus dem Ausland betrifft, sind die folgenden Momente:

1. Der *Delegat* unternimmt seine Reise nicht auf eigene Faust. Er wird eingeladen. Die Kosten seiner Reise trägt er normalerweise nicht selber. Er ist Gast und unterliegt somit den ungeschriebenen Gesetzen der Gastfreundschaft. Das kann in materieller Hinsicht zur Korruption, in moralischer zur Entwaffnung der Kritik führen.

2. Der *Delegat* hat es mit Gastgebern zu tun, die eine monopolartige Stellung einnehmen. Bezahlte Reisen gibt es auch in kapitalistischen Ländern; Regierungen, Organisationen und Firmen pflegen insbesondere Journalisten einzuladen, ein Vorgehen, das als normaler Bestandteil der *public relations* gilt. Doch ist der Reisende auf solche Einladungen in der Regel nicht angewiesen, er kann auch ohne sie reisen. Dagegen war (in allen) und ist (in manchen) sozialistisch regierten Ländern die Einladung als *Delegat* die einzige Möglichkeit, überhaupt Visa, Reisedevisen, Unterkunft und Transportmittel zu erlangen.

3. Der *Delegat* ist im Vergleich zur Bevölkerung in jeder Beziehung privilegiert. In jeder Situation der Knappheit genießt er Vorrang vor den Einheimischen: man reserviert für ihn Hotelzimmer und Plätze in allen Verkehrsmitteln, stellt ihm oft Autos und Chauffeure zur Verfügung, gibt ihm die Möglichkeit, bei längerem Aufenthalt in besonderen Geschäften einzukaufen, erwirkt für ihn den Zutritt zu Veranstaltungen, die anderen unzugänglich sind, und stellt ihm oft genug beträchtliche Geldsummen zur Verfügung.

4. Der *Delegat* wird stets von einer Organisation betreut. Er muß, ja er

darf sich um nichts kümmern. Meist wird ihm ein persönlicher Begleiter beigesellt, der als Dolmetscher, Reisemarschall, Kindermädchen und Aufseher fungiert. Fast alle Kontakte mit der Wirklichkeit des Landes werden von dieser Begleitperson vermittelt, die zugleich auch die Segregation des *Delegat* von der gesellschaftlichen Realität deutlich macht, die ihn umgibt. Der Begleiter ist für das *Programm* des Reisenden verantwortlich. Reisen ohne Programm gibt es nicht. Der Gast darf in dieser Hinsicht zwar seine Wünsche äußern, ist jedoch stets von der Organisation abhängig, die ihn eingeladen hat. Er wird insofern wie ein Unmündiger behandelt. Verwöhnung und Ohnmacht erinnern an infantile Situationen. Die Unselbständigkeit solcher Besucher kann sich bis zur völligen Hilflosigkeit steigern; es scheint, als käme dies den zuständigen Organisationen eher gelegen. Es gibt in den sozialistisch regierten Ländern Einrichtungen, die auf diese Arbeit spezialisiert sind; sie nennen sich meist »Gesellschaft für die Freundschaft mit den Völkern« oder ähnlich. Aber auch alle anderen Institutionen, vom Staats- und Parteiapparat bis zum Frauenverband, haben eigene Abteilungen, die sich der offiziellen Gäste annehmen.

Das *Delegacija*-System ist eine russische Erfindung. Seine Anfänge lassen sich auf die frühen zwanziger Jahre datieren. Es ist nicht anzunehmen, daß dabei von vornherein die Absicht Pate gestanden hat, ausländischen Besuchern Sand in die Augen zu streuen und sie in eine Lage zu versetzen, die notwendig zum Realitätsverlust führen muß. Wer das annimmt, der dämonisiert einen komplizierten Zusammenhang im Sinn einer verschwörerischen Drahtzieher-Theorie, die nicht einmal heute völlig recht hat, wo es schwierig geworden ist, zwischen Zynismus und Erfahrenheit zu unterscheiden. Denn bis auf den heutigen Tag erfährt der *Delegat* in Georgien und China, in Ungarn und Cuba immer wieder spontane, durchaus aufrichtige Gastfreundschaft, und die Veranstaltungen, die seinetwegen getroffen werden, dienen nicht nur seiner Bevormundung, sondern auch seinem Schutz vor Situationen, denen er vielleicht nicht gewachsen wäre. Das gilt um so mehr für die Zeit des russischen Bürgerkriegs, also für die Entstehungszeit des Systems, zu der es für einen Ausländer kaum möglich war, in Rußland zu reisen, ohne daß er Gefahr gelaufen wäre, zu verhungern, zu erfrieren oder erschossen zu werden.
Aber das ist nur die eine Seite der Medaille. Festzuhalten bleibt auch, daß ein Mittel zur Beeinflussung der Außenwelt, das billiger und effektiver wäre als das *Delegacija-System*, niemals und nirgendwo gefunden worden ist. Dies ist sicherlich auch der Grund dafür, daß dieses System sich von Rußland aus über die halbe Welt verbreitet hat. Ein paar frühe Beispiele belegen seine Wirksamkeit. Der erste Bericht stammt von Victor Serge und bezieht sich auf das Jahr 1920.

»Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale setzte seine Arbeiten in Moskau fort. Ausländische Mitarbeiter und Delegierte wohnten in einem Hotel im Zentrum, dem Djelowoj Dwor, das am Ende eines breiten Boulevards lag, dessen eine Seite die weiße zinnengekrönte Mauer des Kitaj-Gorod einnahm. Mittelalterliche Portale unter einem alten Türmchen führten nicht weit davon zur Warwarka, wo das legendäre Haus des ersten Romanovs steht. Von dort gingen wir zum Kreml, einer Stadt in der Stadt, deren sämtliche Eingänge von Posten bewacht waren, die die Passierscheine kontrollierten. Die zwiefache Macht der Revolution, die Sowjetregierung und die Internationale, tagten dort in den Palästen der Autokratie inmitten der byzantinischen Kirchen. Die einzige Stadt, die die ausländischen Delegierten nicht kennenlernten – und ihr Mangel an Neugier in diesem Punkte verwirrte mich –, war das lebendige Moskau mit seinen Hungerrationen, seinen Verhaftungen, seinen schmutzigen Gefängnisgeschichten, seinen Spekulationskulissen. Luxuriös ernährt mitten in dem allgemeinen Elend (obwohl man ihnen in Wirklichkeit zuviel verdorbene Eier servierte), durch Museen zu musterhaften Kindergärten geführt, machten die Delegierten des Weltsozialismus den Eindruck, als fühlten sie sich im Urlaub oder als reisten sie als Touristen durch unsere ausgeblutete belagerte Republik. Ich entdeckte eine neue Form der Unbewußtheit, die marxistische Unbewußtheit. Ein deutscher Parteiführer, Paul Levi, sportlich und voll Zuversicht, sagte mir schlicht, für einen Marxisten hätten ›die inneren Widersprüche der russischen Revolution nichts Überraschendes‹, und das war ohne Zweifel richtig, aber diese allgemeine Wahrheit benützte er wie einen Schirm, um den unmittelbaren Anblick der Wirklichkeit zu vermeiden, die trotz allem ihre Wichtigkeit hat. Die Mehrzahl der bolschewisierten linken Marxisten übernahmen diese selbstgefällige Haltung. Die Worte ›Diktatur des Proletariats‹ erklärten für sie auf magische Weise alles, ohne daß ihnen der Gedanke kam, sich zu fragen, wo das diktatorische Proletariat sei und was es denke, fühle und tue. [. . .]

Im ganzen genommen, bildeten die ausländischen Delegierten eine eigentlich enttäuschende Masse, die mit Entzücken in einem ausgehungerten Land schätzenswerte Privilegien genoß, schnell bereit zur Bewunderung, faul im Denken. Man sah unter ihnen wenig Arbeiter und viele Politiker. ›Wie glücklich sie sind‹, sagte Jacques Mesnil zu mir, ›daß sie endlich Paraden von der offiziellen Tribüne aus sehen dürfen.‹«[3]

In die selbe Zeit fallen die folgenden Beobachtungen von Franz Jung:

»Der Hunger machte sich auch geltend im Hauptquartier der Internationale, im Hotel Lux. Fast die gesamte geistige und dem Sozialismus nahestehende politische Elite Europas und der Welt wurde in diesen Nachkriegsjahren über das Hotel Lux dem Kreml vorgestellt, geladene Ehren-

gäste der Regierungen, Sympathisierende, denen man die Pilgerfahrt nach Moskau angeraten hatte, und führende Mitglieder der verschiedenen sozialistischen Parteien, die nach Moskau beordert worden waren.
In den Maiwochen des Jahres 1920 war der Verpflegungsapparat des Hotel Lux zusammengebrochen. Die distinguierten Hotelgäste saßen an langen Tafeln in dem großen Speisesaal, aber es war nichts zu bekommen außer Tee, den jeder sich selbst aus dem Samovar – solche standen überall herum – holen konnte. Mehrmals am Tage, nicht zu regelmäßigen Zeiten, wurden große Schüsseln mit Kaviar auf die Tafel gestellt, dazu Platten mit geräuchertem Lachs, aber keine Scheibe Brot, keine Kaša. Wer sich die Zeit nahm, bei seinem Tee sitzen zu bleiben und abzuwarten, kam bestimmt im Laufe des Tages zu Kaviar und Lachs.
Die prominenten Gäste waren damals sehr ungehalten, die meisten werden sich den Magen an Kaviar und Lachs verdorben haben. Sie unterhielten sich darüber, daß, wären sie selbst an der Spitze einer siegreichen Revolution in ihrem Lande, die Verpflegung besser organisiert wäre, besonders in den Quartieren von Regierungsgästen wie im Hotel Lux – dafür würden sie Sorge tragen. Darüber sprach man von früh bis spät, beim Tee, vor dem dampfenden Samovar, in Erwartung der nächsten Schüsseln mit Kaviar und der Platten mit Räucherlachs.«[4]
Sieben Jahre später haben sich die Widersprüche innerhalb der sowjetischen Gesellschaft verschärft, und die Realitätsblindheit gewisser Besucher hat groteske Züge angenommen:
»Alle Opponenten von 1927 sind auf verschiedene Weise, ob sie sich nun dafür entschieden hatten, sich aus Treue zur Partei unaufhörlich demütigen zu lassen, oder aus Treue zum Sozialismus unaufhörlich Widerstand zu leisten, bis ans Ende ihres furchtbaren Weges gegangen . . .
Welch schroffen Gegensatz zu diesen Männern bildeten die Ausländer, berühmte Schriftsteller, kommunistische Delegierte, liberale Gäste von Rang, die während dieser Zeit in Moskau den X. Jahrestag der Revolution feierten! Und sie erteilten uns Lektionen in Klugheit. Paul Marion (der künftige Unterstaatssekretär einer Regierung Pétain), Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Frankreichs, verstreute in Moskau seine Boulevard-Bonmots, wußte die jungen Russinen zu schätzen und versuchte mir zu erklären, wir seien Utopisten, er selbst sehe sehr gut die Fehler der kommunistischen Bewegung, bleibe aber bei ihr, weil sie ›trotz allem die einzige Kraft‹ sei . . . Er war nichts weiter als ein aufgeweckter Durchschnittsfranzose – ohne Intelligenz –, der vor allem daran dachte, sich stets gut aus der Affäre zu ziehen. Alles in allem: käuflich. [. . .]
Ich traf Barbusse, mit dem ich in Briefwechsel stand, im Hotel Metropol, bewacht von einem Dolmetscher-Sekretär (von der G. P. U.) und

unterstützt von einer sehr hübschen Puppensekretärin . . . Ich kam aus den überfüllten Zimmern der Vorstädte, aus denen jede Nacht Genossen verschwanden, ich sah die von der Angst allzusehr geröteten und verdüsterten Augen ihrer Gefährtinnen, als daß ich zur Nachsicht gegenüber den großen offiziellen Geistern des Auslandes, die zu uns auf Tournee kamen, hätte geneigt sein können; ich wußte überdies, wen man aus dem Hotel verjagt hatte, um den großen Schriftsteller unterzubringen . . . Barbusse hatte einen großen mageren und geschmeidigen Körper, auf dem ein kleiner, wächserner, hohlwangiger Kopf mit den schmalen Lippen eines Leidenden saß. Gleich in den ersten Augenblicken sah ich ihn ganz anders, vor allem sehr darum besorgt, sich nicht festzulegen, nichts zu sehen, was ihn gegen seinen Willen hätte festlegen können, besorgt darum, Gedanken zu verschleiern, die er nicht aussprechen durfte, sich jeder direkten Frage zu entziehen, immer ausweichend, mit unbestimmtem Blick, mit den schlanken Händen Kurven um verworrene Worte wie ›Spannweite‹, ›Tiefen‹, ›Steigerung‹ beschreibend, und all das, um sich in Wirklichkeit zum Komplizen der Stärkeren zu machen! Da man noch nicht wußte, ob der Kampf wirklich entschieden sei, hatte er soeben Trockij ein Buch gewidmet, wagte aber nicht, ihn zu besuchen, um sich nicht zu kompromittieren. Als ich von der Unterdrückung sprach, tat er so, als habe er Kopfschmerzen, als verstehe er nicht, als erhebe er sich in wunderbare Höhen: ›Tragisches Los der Revolution, Spannweiten, Tiefen, ja ja . . . Ach, mein Freund!‹ mit einer Art Krampf in den Kiefern stellte ich fest, daß ich der menschgewordenen Heuchelei gegenüberstand.« (Victor Serge[5])

Sicherlich ließe sich aus solchen Beispielen eine vergleichende Psychologie solcher »Freunde der Sowjetunion« und anderer Länder, wie auch ihrer gläubigen Zuhörer zuhause, entwickeln; um politisch relevant zu werden, müßte eine solche Analyse jedoch über die individuellen Besonderheiten hinausgehen und die historisch bedingten Momente ihres Wunschdenkens, ihrer Realitätsblindheit und ihrer Korruption aufsuchen. Es handelt sich nicht darum, festzustellen, daß »der Mensch schlecht ist«, sondern aus welchen Gründen und auf welche Weise sich erklärte Sozialisten haben politisch erpressen, moralisch bestechen und theoretisch verblenden lassen, und zwar nicht vereinzelt, sondern in Scharen. Auf eine Untersuchung des »radikalen Tourismus« allein kann sich eine solche Abrechnung natürlich nicht stützen; diese Erscheinung ist schließlich nur ein Teil der Symptomatik.

Kehren wir also zur objektiven, institutionellen Seite des *Delegat*-Betriebes zurück. Das zuletzt zitierte Beispiel enthält einen Hinweis darauf, wie sich das System zwischen 1920 und 1927 entwickelt hat, nämlich aus grobschlächtigen Anfängen zu einem weitverzweigten, hochdifferenzierten Apparat. Henri Barbusse war schließlich kein Genosse, kein Zentral-

komitee hatte ihn nach Moskau zur Komintern geschickt. Er wurde wie ein Staatsgast empfangen, obgleich er kaum mehr repräsentierte als sich selbst. Ja, es ist fraglich, in welchem Sinn er überhaupt ein »Linker« war; seiner sozialen Stellung, seinem Habitus, seinem Handeln und Denken nach war er viel eher ein typischer Vertreter der bürgerlichen Intelligenz. Gerade dies machte den politischen Nutzen aus, den er für die damalige sowjetische Führung abwarf. Je genauer die sozialistischen Bürokratien solche taktischen Effekte zu kalkulieren lernten, desto umfassender setzten sie den »radikalen Tourismus« als politisch gezieltes Mittel für ihre Zwekke ein. Dabei war es unvermeidlich, daß das *Delegacija*- System sozusagen mehrgleisig ausgebaut werden mußte. Verschiedene Kategorien von Besuchern, vom reaktionären Journalisten über das verdiente Mitglied der Partei bis zum ultralinken Sektierer, wurden, von verschiedenen Organisationen betreut, auf verschiedenen Kanälen und mit sorgfältig abgestuften Privilegien ausgestattet, durch das Land geschleust. Ein Renegat, der sich in diesen Dingen auskennt, beschreibt, wie ein solches System in der Praxis funktionierte:

»Ein freier Schriftsteller hatte damals seinen Platz nahezu auf der untersten Stufe der Hierarchie. Ich war jedoch kein gewöhnlicher freier Schriftsteller; ich hatte eine Organisation – MORP – und da sie der Komintern angeschlossen war, hatte sie ihren Platz etwa in der Mitte der Pyramide. Außerdem war ich Parteimitglied – was meinen Rang verbesserte; aber nur Mitglied der deutschen und nicht etwa der russischen Partei – was ihn verschlechterte. Ich besaß auch noch einen brief von AGITPROP EKKI (Abteilung für Agitation und Propaganda des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale) – was meinen Grad wiederum beträchtlich erhöhte.

Solche offiziellen Empfehlungsbriefe sind in der Sowjetunion eine Art von Paß. Durch sie erhält der Bürger seine Erlaubnisscheine, seine Hotelzuweisung, Lebensmittelkarten und so fort. Dementsprechend werden diese Briefe sehr sorgfältig abgefaßt und abgestuft, um den genauen Grad der dem Überbringer angemessenen Priorität zu vermitteln. Ich hatte einen starken Brief, von der Genossin Gopner, der Leiterin der AGITPROP EKKI, persönlich unterschrieben. Er wies mich als Delegierten des Bundes Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller Deutschlands aus, der auf Veranlassung der Komintern reiste.

Anderseits war ich auch bürgerlicher Auslandskorrespondent mehrerer wichtiger Zeitungen und als solcher bei der Presseabteilung der NARKOMINDJEL, dem Außenministerium, akkreditiert. Das placierte mich auf eine der höchsten Stufen, sozusagen auf einer anderen Seite der Pyramide. Es berechtigte mich zur Unterbringung in INTOURIST-Hotels, wo immer es solche gab; zu der weichen Klasse in Zügen; ferner zum Bezug der Nah-

rungsmittel von INSNAB, der Kooperative, die für das Diplomatische Corps, die ausländische Presse und ausländische Industrieberater reserviert war. Ich nahm diese bürgerlichen Privilegien nicht gerne in Anspruch, aber da ich allein durch abseitige und von Hungersnot heimgesuchte Gegenden des Landes reiste, war es oft die einzige Möglichkeit, Essen und Unterkunft zu erlangen.

Ich vermied es vorsichtig, meinen bürgerlichen NARKOMINDJEL-Ausweis in Parteibüros und Fabriken oder gar etwa meinen Reisegenossen zu zeigen; er hätte sofort Mißtrauen und Verdacht erregt. Anderseits zeigte ich meinen Kominterbrief nie Hoteldirektoren, Eisenbahnbeamten und Direktoren der Konsumgeschäfte – das hätte mich um die bevorzugte Behandlung gebracht, die man bürgerlichen Touristen aus Propagandagründen zuteil werden ließ. Diese Art Doppelexistenz galt nicht als unehrenhaft. Sie spiegelte nur den grundsätzlichen Dualismus der NARKOMINDJEL-Linie und der Kominternlinie wider – der zweite Aspekt der Sowjetunion: als respektabler Staat und als geheimes Zentrum der Weltrevolution. Sich dieser Dualität dauernd bewußt zu sein war eines der ersten Dinge, die jedem Parteimitglied beigebracht wurden.

Symbolisch reiste ich also in zwei verschiedenen Eigenschaften, mit einer Sorte von Dokumenten in der rechten und einer andern in der linken Tasche. Ich verwechselte sie nie, nachdem ich mir ins Gedächtnis eingeprägt hatte, daß die Komintern links war.

Selbst mit alldem wäre das Alleinreisen für mich unmöglich gewesen ohne die Hilfe der einzigen in Rußland wirklich funktionierenden Organisation: der GPU. Auf jedem Bahnhof der Sowjetunion gab es ein GPU-Kommissariat, das für ein Minimum von Ordnung im Chaos sorgte. Die Aufgabe der Bahnhofs-GPU bestand nicht in politischer Überwachung, sondern darin, als Reisebüros und Auskunftsstelle für offizielle Reisende zu dienen. Wenn ich in einer Stadt aus dem Zug stieg, ging ich direkt zur Bahnhofs-GPU, zeigte meine Papiere vor und erhielt routinemäßig jene lebensnotwendigen Zuweisungen, die kein Reisender erhalten kann, ohne daß er eine Organisation hinter sich hat: ein Zimmer oder ein Bett, Lebensmittelkarten und Transport. Meine Bürgen waren die Komintern und das Außenministerium, die beide keine Büros in kleinen Orten hatten; daher nahm mich die Bahnhofs-GPU unter ihre Fittiche, bis sie mich der Obhut des langsam arbeitenden örtlichen Parteikomitees oder dem Regierungsgästehaus übergeben konnte. Sie war, wie gesagt, die einzige überall funktionierende Organisation im Lande.« (Arthur Koestler[6])

Ein großer Teil der europäischen Intelligenz hat sich, wie Arthur Koestler, zwischen 1925 und 1939 auf die Suche nach der kommenden Zeit begeben. Die Literatur, die diese »Freunde der Sowjetunion« hervorge-

bracht haben, verdankte ihre enorme Verbreitung einem massenhaften Bedürfnis nach jenen konkreten Utopien, die sich damals in der Sowjetunion zu verkörpern schienen. Als Leser ihrer Bücher kam keineswegs nur das Proletariat in Betracht, soweit es in den kommunistischen Parteien organisiert war, sondern auch, ja vor allem die kleinbürgerliche Intelligentsia und die neue »Mittelklasse« der Angestellten, die sich vom Kapitalismus in ihrer Existenz bedroht fühlte. Insofern waren es gerade die bürgerlichen Züge des »radikalen Tourismus«, die seinen Adepten ein breites Publikum sicherten. Je euphorischer, desto willkommener war diese Literatur: ihre Illusionen, die uns als Defekte erscheinen, waren vielleicht die Grundlage ihres Erfolgs.

Freilich hat sie nie das Feld für sich allein behauptet. Da wir es hier mit dem linken oder »linken« Tourismus zu tun haben, sehen wir von der Flut der antisowjetischen Hetzschriften ab, die der Westen in den Jahren nach der Oktoberrevolution hervorgebracht hat. Daß Interventionskriege, ökonomische und politische Pressionen in Presse, Buch und Film ihre ideologische Ergänzung fanden, daß der Kapitalismus es an propagandistischen Gegenoffensiven nicht fehlen ließ, ist selbstverständlich. Doch auch die Linke hat neben der Literatur der Illusionen Dokumente der Desillusion, ja der vehementen Kritik an sowjetischen Verhältnissen hervorgebracht. Schon zu Anfang der zwanziger Jahre tauchen solche Zeugnisse vereinzelt auf. Vor allem die Anarchisten sind früh mit Erfahrungsberichten hervorgetreten, die ein kritisches Licht auf die Entwicklung der UdSSR warfen. Beispiele dafür bieten die Bücher von Rudolf Rocker (*My Disillusionment in Russia*, New York 1923), Alexander Berkman (*The Bolshevik Myth. Diary 1920-1922*, New York 1925) und Emma Goldman (*Living My Life*, New York 1934). Freilich stammen ihre Berichte aus einer Zeit, zu der das *Delegacija*-System noch unbekannt war; auch wurden sie nur von kleinen Minderheiten zur Kenntnis genommen.

Der erste Abtrünnige unter den »radikalen Touristen« war vermutlich der französisch-rumänische Schriftsteller Panait Istrati. Er war als Ehrenpräsident der Gesellschaft der Freunde der Sowjetunion zum zehnten Jahrestag der Oktoberrevolution nach Moskau eingeladen und wie ein Staatsgast empfangen worden. Seiner Enttäuschung machte er in seinem Reisebericht *Après seize mois en U.R.S.S.* Luft, der 1929 in Paris erschienen ist. Er zeigt den charakteristischen Umschlag vom einen ins andere Extrem, der viele antikommunistische Äußerungen früherer Wallfahrer bis auf den heutigen Tag bestimmt. Kein Argument trübt den Redefluß; der neuentdeckte Abscheu ist nur die Kehrseite des früheren blinden Glaubens, ebenso hilflos emotional und politisch ignorant: »Die Geschichte«, das spricht Istrati ganz gelassen aus, »stellt die Werktätigen vor die Fra-

ge, nicht ob sie den Sozialismus in fünfzehn Jahren, sondern ob sie sofort ihre Freiheit wollen.«[7]

Istratis Schrift war allerdings nur die tölpelhafte Vorläuferin einer ganzen Welle von kritischen Reportagen und Analysen, die sich in den dreißiger Jahren gegen die Verherrlichung der stalinistischen UdSSR erhoben. Die sensationellste dieser Absagen kam von André Gide.

Dieser berühmte Mann war mit 63 Jahren der Kommunistischen Partei beigetreten und hatte sich aktiv an den Kämpfen beteiligt, die dann 1936 der Volksfront zu ihrem kurzlebigen Sieg verhalfen. Im selben Jahr fuhr er als Gast des Sowjetischen Schriftstellerverbandes nach Moskau und von dort aus durch große Teile der Union. Die beiden Bücher, die er nach seiner Rückkehr publizierte, *Retour de l'U.R.S.S.* und *Retouches à mon retour de l'U.R.S.S.* (beide Paris 1936 bzw. 1937) schlugen wie eine Bombe ein; innerhalb eines Jahres wurden weit über 100 000 Exemplare verkauft und Übersetzungen in fünfzehn Sprachen verlegt.

Was war André Gide in Rußland widerfahren? Nichts anderes als die Behandlung, die seinen Vorgängern so angenehm aufgefallen war; nur daß Gide nicht Barbusse war – im Gegenteil. Das *Delegacija*-System rächte sich zum erstenmal an seinen Erfindern:

»Befremdet wurde ich in Rußland durchaus nicht so sehr durch die Unvollkommenheit der Dinge als vielmehr dadurch, daß ich Vorrechte, denen ich hatte entfliehen wollen, Vergünstigungen, auf deren Verschwundensein ich gehofft hatte, sofort wiederfand. Mochte es vielleicht auch ganz natürlich sein, daß man einen Gast so gut wie möglich zu empfangen, ihm überall das Beste vor Augen zu führen suchte, so erschreckte mich doch der Abstand zwischen diesem Besten und dem Üblichen –: die Übertriebenheit der Bevorzugung, im Vergleich zu einem so mittelmäßigen oder schlechten Allgemeinzustand. [. . .]

Gewiß, ich erkenne durchaus, welchen Nutzen (ohne daß man es geradezu als ›Bestechungsversuch‹ empfinden müßte) die Sowjetregierung aus solchem Verhätscheln von Künstlern und Literaten, von allen etwaigen Barden ihres Ruhmes ziehen kann; doch allzu deutlich zeigt sich mir auch der Vorteil, den der Literat in der Zustimmung zu einem ihn dermaßen begünstigenden System finden kann. Und alsogleich bin ich auf meiner Hut. Ich fürchte, mich verführen zu lassen. Die übermäßigen Gewinne, die man mir drüben darbietet, machen mir Angst. Ich bin nicht nach Sowjetrußland gekommen, um wieder Privilegien zu finden. Es erwarteten mich ganz unverkennbare.

Und warum sollte ich das nicht erzählen?

Die Moskauer Zeitungen hatten mich wissen lassen, daß innerhalb weniger Monate mehr als 400 000 Exemplare meiner Bücher verkauft worden seien. Der Prozentsatz der Autorengebühren läßt sich ermessen. Und die

so fett bezahlten Artikel! Hätte ich über die UdSSR und über Stalin ein schwungvolles Loblied geschrieben: welcher Goldregen! . . .
Solche Betrachtungen hätten mein Lob nicht verhindert; sie werden auch meine Einwände nicht zurückhalten. Aber ich gestehe: die ungemeine (in Europa einzigartige) Bevorrechtung aller ›Federn‹, vorausgesetzt, daß sie im ›guten‹ Sinne schreiben, hat nicht wenig dazu beigetragen, mich stutzig zu machen. Von allen Arbeitern und Handwerkern der UdSSR sind die Literaten die weitaus am meisten begünstigten. Zwei meiner Reisegefährten (beide hatten die Übersetzung eines Buches im Druck) stöberten bei allen Altertumshändlern, Raritätenkrämern, Merkwürdigkeitsverschleißern umher, um die etlichen tausend Rubel loszuwerden, die sie als Vorschuß erhalten hatten (und die sie nicht ins Ausland hätten mitnehmen können). Was mich anlangt, so konnte ich einen enormen Bestand kaum anbrechen, denn alles drüben wurde mir umsonst geboten. Ja, alles: von der Reise selbst bis zu den Zigaretten. Jedesmal, wenn ich meine Brieftasche zog, um irgendeine Mahlzeit oder den Hotelaufenthalt oder sonst eine Rechnung zu bezahlen, um Briefmarken oder eine Zeitung zu kaufen, hielt das liebenswürdige Lächeln und gebieterische Eingreifen unserer Führerin mich zurück: ›Sie scherzen! Sie sind unser Gast, und Ihre fünf Gefährten mit Ihnen!‹
Sicherlich, während des ganzen Verlaufs meiner russischen Reise hatte ich mich über nichts zu beklagen; und von allen bösartigen Deutungen, die man sich ausgedacht hat, um meine Einwände zu entkräften, ist der Versuch, sie als Ausdruck eines persönlichen Verstimmtseins erscheinen zu lassen, zweifellos der abgeschmackteste. Noch nie war ich auf so luxuriöse Art gereist. Im Spezialwaggon oder in den besten Autos; immer die besten Zimmer in den besten Hotels; die reichste, erlesenste Tafel. Und welcher Empfang! Welche Aufmerksamkeit! Welche Zuvorkommenheit! Überall mit Lob überschüttet, umschmeichelt, verwöhnt, gefeiert. Nichts schien zu gut, nichts zu köstlich, um mir angeboten zu werden. Ich hätte eine gar üble Figur abgegeben, wenn ich all dies Entgegenkommen hätte zurückweisen wollen; das konnte ich nicht; und ich bewahre daran ein allerbestes Gedenken, eine lebhafte Erkenntlichkeit. Aber gerade diese Sympathiebezeigungen erinnerten immer wieder an Bevorrechtung, an Unterschiedenheit – wo ich Gleichheit zu finden gehofft hatte.
Wenn ich, dem offiziellen Dunstkreis, dem Kontrolliertsein mühevoll entronnen, mit Akkordarbeitern, die nur vier oder fünf Rubel am Tage verdienen, im Gespräch gewesen war –: wie sollte dann das mir zu Ehren veranstaltete Bankett, von dem ich mich nicht frei machen konnte, auf mich wirken? Ein fast tägliches Bankett, wo schon die Fülle der Vorspeisen so groß war, daß man sich dreifach satt fühlte, bevor die eigentliche Mahlzeit auch nur begonnen hatte; eine Gasterei von sechs Gängen, die

länger als zwei Stunden dauerte und einen ganz erschöpft zurückließ. Welcher Aufwand! Da ich nie eine Rechnung zu Gesicht bekam, vermag ich ihn nicht zu beziffern. Aber einer meiner Reisegefährten, der mit Preisen gut Bescheid wußte, meint, daß jedes Bankett, die Weine und Liköre eingerechnet, pro Person mehr als dreihundert Rubel gekostet haben müsse. Nun, wir waren sechs Reisegefährten (mit unserer Führerin sieben); und oft war die Zahl der Gastgeber ebensogroß, ja: bisweilen noch weit größer als die der Gäste.«[8]

Gides Kritik an der sowjetischen Gesellschaft beruht in vieler Hinsicht auf durchaus bürgerlichen Prämissen, am deutlichsten dort, wo er die »Gleichförmigkeit« des Landes beklagt und bedauert, daß seinen Bewohnern die »persönliche Note« fehlt. Wenn er zum Beispiel feststellt, daß es mit den »privaten Besitztümern« der Sowjetbürger nicht weit her ist, und wenn ihn das entrüstet, so grenzt das an unfreiwillige Komik. Brecht hat damals einiges dazu angemerkt, was über den Fall Gide hinaus dem »radikalen Tourismus« insgesamt zu denken geben sollte:

»Der französische Schriftsteller André Gide hat das große Buch seiner Konfessionen um ein weiteres Kapitel bereichert. Er hat, ein unermüdlicher Odysseus, uns den Bericht über eine neue Irrfahrt gegeben, allerdings ohne uns verraten zu können, an Bord welchen Schiffes dieser Bericht verfaßt ist und wohin dieses Schiff auf der Fahrt ist.

Jeder Betrachter seiner Aufzeichnungen aus der Zeit, wo er seinen letzten Irrtum vorbereitete, mußte mit mancherlei Befürchtungen seinem Aufbruch nach dem neuen Kontinent entgegensehen. Er begrüßte ihn als Individualist, hauptsächlich als Individualist.

Er fuhr los wie jemand, der ein neues Land sucht, müde des alten, zweifellos begierig, seinen eigenen Glücksschrei zu hören, aber was er wirklich suchte, war *sein* neues Land, nicht ein unbekanntes, sondern ein bekanntes, nicht eines, das andere, sondern eines, das er selber gebaut hatte, und zwar in seinem Kopf. Er fand dieses Land nicht. Es liegt anscheinend nicht auf diesem Planeten.

Er fuhr allzu unvorbereitet. Aber er fuhr nicht unberührt. Er brachte nicht nur den Staub mit an seinen Schuhen. Er ist nun enttäuscht, nicht darüber, daß es sein Land nicht gibt, sondern darüber, daß dies nicht sein Land ist. Er nimmt es dem Land übel. Das muß man verstehen: er war nicht in der Lage, nach seiner Reise zu sagen: Dieses Land ist so und so, seine Menschen tun das und das, ich verstehe es nicht ganz. Er erwartete von sich ein Urteil, er stand selber in der Schar derer, die auf ihn blickten. Er hatte wohl von Anfang an nicht vor, mitzuteilen, wie dieses Land ist, sondern wie er ist, und das konnte auch rasch geschehen, dieses Büchlein war rasch geschrieben. Er setzte sich hin und schrieb: [. . .]

›Das Glück aller besteht offenbar nur in der Entpersönlichung. Das Glück aller wird nur auf Kosten des einzelnen erreicht. Um glücklich zu sein, müßt ihr einförmig werden.‹
Hier wird also die Frage nach dem Wohlbefinden der Menschen aufgeworfen, und es ist richtig: Niemals wohl hat es ein Regime gegeben, das so ruhig als das Kriterium seines Wirkens die Frage zuließ, ob die Menschen glücklich seien, und zwar die vielen. Gide erkennt ihr Glück, er schildert es an vielen Stellen seines Berichts, aber sogleich zweifelt er, ob das, was hier wie Glück aussieht, Glück ist, das heißt das, was er selber immer als Glück bezeichnete. Er hat glückliche Personen gesehen, in großer Zahl, aber sie waren ›entpersönlicht‹. Sie waren glücklich, aber sie waren einförmig. Ihnen fehlte nichts zum Glück, aber Gide fehlte etwas. So kam er zu keiner neuen Ansicht über das Glück, außer daß es vielleicht eine Mangelerscheinung sei. Die Wirklichkeit, die er sah, verbog ihm nicht seinen Maßstab, den er mitgebracht hatte und mit zurücknahm. Er kam nicht glücklich zurück, aber als Persönlichkeit. Auch das, was er Persönlichkeit nannte, wird er weiter Persönlichkeit nennen, er hat nur ein Land gesehen, wo sie fehlte: ein Sechstel der Erde.
Nun, er ist ein Skeptiker, wie viele große Kleriker. Seine Skepsis ist freilich nicht sehr allgemein, nicht nach allen Seiten gerichtet, es ist eine besondere Skepsis, nämlich die seiner Klasse, der bürgerlichen Klasse.
Sie ist skeptisch den anderen Klassen gegenüber. Dem Begriff der Persönlichkeit gegenüber, seinem eigenen, durch und durch bürgerlichen Begriff der Persönlichkeit gegenüber ist er nicht skeptisch. Hier leben Menschen unter ganz neuartigen, unerhörten Bedingungen, erstmalig große Massen im Besitz ihrer Produktionsmittel, es den Individuen verwehrend, ihre Gaben zur Ausbeutung anderer auszunutzen. Vielleicht verfallen da jene Persönlichkeiten, die sich unter anderen Bedingungen gebildet haben, und es bilden sich neue Arten von Persönlichkeiten heraus, für andere Funktionen gesellschaftlicher Art bestimmt, mit anderen Differenzierungen? Solche Persönlichkeiten würde er nicht Persönlichkeiten nennen.«[9]

Brechts Kritik an Gide zeichnet sich durch Rationalität und Gelassenheit aus; von der Reaktion der kommunistischen Parteien konnte man das nicht behaupten. Sie nannten Gide fortan und bis an sein Lebensende eine Hyäne, einen perversen Schmutzfinken, einen Giftmischer. Liest man seine Bücher heute wieder, so muß man freilich, und wär es noch so widerwillig, zugeben, daß sie sich besser gehalten haben als vieles, was seine marxistisch gebildeten Gegner damals zu Papier brachten. Manche seiner Beobachtungen über Bürokratie und Repression, offizielle Verlogenheit und Privilegienwirtschaft würden heute wohl nur bei extremen

Sektierern auf Widerspruch stoßen. Gewiß hat Gide sich zu Unrecht für einen Kommunisten gehalten, gewiß war er theoretisch unbedarft, politisch naiv und in seiner Parteinahme sentimental. Immerhin hat sein Idealismus ihn nicht gehindert, die folgende Tabelle zu veröffentlichen, für die sich die approbierten Vertreter des Diamat seinerzeit ganz und gar nicht interessieren wollten:

	Minimal- und Maximaleinkommen	*Gewöhnliches Einkommen*
Arbeiter	von 70-400 Rubel	125-200 Rubel
Kleine Angestellte	von 80-250 Rubel	130-180 Rubel
Hausmädchen (Domestiken)	von 50- 60 Rubel wozu natürlich Beköstigung und Nachtlager hinzukommen.	
Mittlere Beamte und Techniker, Große »Verantwortliche« und Spezialisten	von 300-800 Rubel	
Hohe Beamte, gewisse Professoren, Künstler, Schriftsteller	von 1500-10 000 Rubel und mehr; für etliche werden Monatseinkommen von 20 000 bis 30 000 Rubel angegeben.	

Wenn Gides vergilbte Kritik heute noch erträglich, ja sogar lesenswert ist, so hat das einen ganz einfachen Grund: sie ist solidarisch. Ihre Solidarität mit den russischen Arbeitern und Bauern ist von protestantischem Moralismus eingefärbt und nicht frei von idealistischem Nebel, ja sie ist oft simpel bis zur Unbeholfenheit. Dennoch gibt sie das entscheidende Kriterium ab. Diese Solidarität ist es, was Gides Bericht von den Tiraden anderer Enttäuschter unterscheidet, was ihn vom antikommunistischen Dreck des Kalten Krieges ein für allemal trennt, sowie von der auftrumpfenden Besserwisserei und der hämischen Schadenfreude, die in manchen Schriften der Neuen Linken bis auf den heutigen Tag überwintern.

Freilich lassen sich heutige Haltungen mit damaligen nicht ohne weiteres vergleichen. Seit den Tagen Gides hat sich vieles verändert, auch im Hinblick auf die Möglichkeiten, in Ländern wie der Sowjetunion zu reisen. Die Infrastruktur hat sich verbessert, der Tourismus ist, weit über die Staatsgäste der Revolution hinaus, zu einer festen gesellschaftlichen Einrichtung geworden. Vom Intourist-Reisebüro bis zum Fußballclub, vom Außenhandelsministerium bis zum Schriftstellerverband – jede größere Organisation verfügt heute über Spezialisten, die sich routiniert und unauffällig der ausländischen *Delegacija* annehmen. Die GPU gibt es nicht mehr, und ihre Nachfolger zu erwähnen, gilt bei Gastgebern und Gästen gleichermaßen als *faux pas*.

Auch hat die Sowjetunion längst aufgehört, das bevorzugte Reiseziel der »radikalen« oder »revolutionären Touristen« zu sein: das Interesse dieser

merkwürdigen und zweideutigen Gruppe hat sich auf jüngere Revolutionen verlagert, auf die außereuropäischen Übergangsgesellschaften.
Die Ziele haben sich verschoben, die subjektiven und objektiven Mechanismen sind sich gleich geblieben. Nach wie vor gilt, was Gide vor seiner Reise in die Sowjetunion schrieb: »Viel trägt auch die Dummheit und Tücke der Angriffe gegen die UdSSR dazu bei, daß wir ihre Verteidigung mit einem gewissen Eigensinn führen. Jene Kläffer werden den Gang der russischen Dinge zu loben anfangen in eben dem Augenblick, wo wir damit aufhören werden; denn ihr Lob wird nur den Kompromissen und Verleumdungen gelten, den Abweichungen vom ursprünglichen Ziel, die dem schadenfrohen Rufe Vorschub leisten: ›Da seht ihr's!‹«[11]
Auch die Einwände, mit denen jede Kritik an sozialistischen Übergangsgesellschaften blockiert werden soll, haben sich kaum verändert, seitdem Gide sie 1937 aufgezählt hat wie folgt:
»1. daß die Mißbräuche, auf die ich hingewiesen hatte, Ausnahmen seien, aus denen man keine Folgerungen ziehen dürfe (denn leugnen konnte man sie nicht);
2. daß, um den gegenwärtigen Stand zu bewundern, man ihn nur zu vergleichen brauche mit dem früheren, dem Zustand vor der Eroberung (wollte sagen: vor der Revolution);
3. daß alles von mir Beklagte einen tiefen Daseinsgrund habe, den ich nicht zu erkennen vermocht hätte: vorläufige Übel im Hinblick auf eine bevorstehende, um so größere Wohlfahrt.«[12]
Die sterile Debatte zwischen Anbetern und Verteidigern wird weiter um jeden Preis geführt, auch um den der Solidarität mit den Völkern, von denen da die Rede ist, soweit sie zwischen Hochmut und Realitätsverlust überhaupt noch Platz finden. Nach wie vor gilt auch Trockijs Diktum: »Hinter dem feindseligen Verhalten der Mehrheit der offiziellen ›Freunde‹ gegen Kritik verbirgt sich in Wirklichkeit Angst nicht so sehr um die Zerbrechlichkeit des Sozialismus als um die Zerbrechlichkeit der eigenen Sympathie für ihn.«[13] Hier ein Beispiel aus jüngster Zeit für diesen Sachverhalt:
»*China nach der Kulturrevolution* nennt Maria Antonietta Macciocchi ihre Reportage; ein passenderer Titel wäre gewesen *Marie Antoinette im Wunderland*. Denn das Buch dieser Abgeordneten der Kommunistischen Partei Italiens sagt weniger über China aus (wohin die Autorin zusammen mit ihrem Mann, dem außenpolitischen Redakteur der *Unità* gereist ist) als über die kleinbürgerliche Mentalität, die so vielen Intellektuellen der Partei eigen ist. Ihre Blindheit gegenüber der Situation am Arbeitsplatz, ihr Unverständnis für Produktionsverhältnisse und für die menschlichen und gesellschaftlichen Kosten, die sie mit sich bringen, und ihre typische Bewunderung für die farbige Sinnlichkeit der Ware – das alles

geht aus der Beschreibung hervor, die uns die Verfasserin von einer Seidenweberei in Hangchou gibt, die in großen Serien ›fünfzehnfarbige Mao-Bilder‹ produziert: ›Flink laufen die tausend Maschinen, immer im gleichen Takt, und aus den Webstühlen rollen die großen Bärte von Marx und Engels, der spitze Backenbart Lenins, das Gesicht Maos unter der Feldmütze. Daneben die Gobelins mit historischen Ereignissen: Mao bei der Proklamation vom 20. Mai; Mao im Bademantel vor der berühmten Überquerung des Jang-tse-kiang; Mao und Lin Piao beim Tee sitzend; Mao bei der Niederschrift der ersten Wandzeitung ›Zum Sturmangriff auf das Hauptquartier antreten‹; Mao, Lin Piao und Chou En-Lai auf der Tribüne von An-man; Mao beim Ping-Pong-Spiel. Auch die Gedichte von Mao werden maschinell in schwarz und weiß gewirkt . . . Die Fabrik hat 1700 Arbeiter, die in drei Schichten, Tag und Nacht, arbeiten, um die Nachfrage zu befriedigen.‹

Auch wir haben diese Fabrik besucht. Aber wir haben dort nicht nur die ›leuchtenden Farben‹ der großen und kleinen Mao-Bilder bemerkt. Die Arbeiter stehen an stockdunkeln Plätzen, wo man sich die Augen verdirbt, und sind einem ohrenbetäubenden Lärm ausgesetzt. Die Tagschicht dauert achteinhalb, die Nachtschicht sechseinhalb Stunden. Sieben Tage Urlaub pro Jahr. 56 freie Tage für schwangere Frauen, wobei die Entbindung mit einbegriffen ist. Gestaffelte Löhne, Prämien als materieller Anreiz, Bevorzugung der Entwurfsabteilung im Vergleich zur Produktion. Die kommunistische Abgeordnete hat davon nichts gehört und gesehen, sie verliert kein Wort darüber. Als wir sie neulich getroffen und sie danach gefragt haben, erwiderte sie uns auftrumpfend: ›Ihr kennt wohl die italienischen Fabriken nicht?‹ Natürlich kennen wir sie, so gut wie die amerikanischen oder sowjetischen; aber es ist uns nie eingefallen zu behaupten, Italien, die USA oder die Sowjetunion wären sozialistische Länder.

Für die Macciocchi dagegen ist China ein ideales sozialistisches Land, das ›ein völlig neues Modell der Industrialisierung‹ aufzuweisen hat. Das kommt davon, daß sie sich weniger in den Fabriken umgetan hat als in der Gesellschaft von Funktionären, die sie in die besten Restaurants von Peking geführt haben.«[14]

Es ist keineswegs ein Zufall, es ist vielmehr die politische Konsequenz einer solchen Haltung, daß die überwiegende Mehrheit der »radikalen Touristen« die tatsächliche Lage der Arbeiterklasse in den sozialistisch regierten Ländern beharrlich ignoriert. Dieses auffallende Desinteresse wird durch deklamatorische Redensarten nur ganz notdürftig kaschiert. Die üblichen Besichtigungen von Betrieben und Kolchosen kommen der Gleichgültigkeit solcher Besucher eher entgegen. Sie sind nicht imstande und auch nicht dazu da, die gesellschaftliche Segregation der Gäste zu

durchbrechen, deren Umgang sich auf die offiziellen Kontaktpersonen aus der Funktionärsschicht und auf die Ausländer beschränkt, die in den gleichen Hotels wohnen. Diese Abschirmung geht so weit, daß die meisten politischen Touristen nach wochen- oder monatelangem Aufenthalt nicht die geringste Vorstellung von den Arbeitsverhältnissen haben, die in dem fraglichen Gastland herrschen. Auf Fragen nach Lohn und Arbeitszeit, Kündigungsschutz und Wohnungszuteilung, Schicht- und Prämiensysteme, Lebensstandard und Rationierung haben sie gewöhnlich keine Antwort zur Hand. (In Habana habe ich in den Ausländerhotels immer wieder Kommunisten getroffen, die keine Ahnung davon hatten, daß die Energie- und die Wasserversorgung in den Arbeitervierteln der Stadt nachmittags zusammengebrochen, daß das Brot rationiert war und daß die Bevölkerung zwei Stunden lang für eine Pizza Schlange stand; in ihren Hotelzimmern diskutierten die Touristen inzwischen über Lukács.)

Immerhin gibt es Anzeichen dafür, daß das Problembewußtsein der Reisenden aus dem Westen zunimmt. Mehr und mehr Berichterstatter versuchen, den ideologischen Schleier ihres eigenen Status zu zerreißen. Am greifbarsten wird der Verblendungszusammenhang dort, wo es um die eigenen Privilegien geht. Auch wo deren politischer Sinn undurchschaut bleibt, werden sie zunehmend als moralischer Skandal erfahren und auf diese Weise wenigstens problematisiert, so in den folgenden Überlegungen der Amerikanerin Susan Sontag, die im Frühjahr 1968 Hanoi besucht hat.

»So wurden wir zum Beispiel am dritten Tag in einen Laden geführt, wo wir Gummisandalen kauften und uns jeder eine vietnamesische Hose anpassen ließen. Es war fast so etwas wie Besitzerstolz, mit dem uns Hieu und Phan erzählten, dies sei ein ganz besonderer Laden, nur für Ausländer (Diplomaten und Gäste) und wichtige Regierungsbeamte. Müßten sie denn nicht wissen, daß solche Privilegien ›unkommunistisch‹ sind? Aber vielleicht beweise ich mit dieser Überlegung nur, wie ›amerikanisch‹ ich bin.

Auch bei den Mahlzeiten im Thong Nhat ist mir nicht recht wohl. Jedes Mittag- und Abendessen besteht aus mehreren köstlichen Fisch- und Fleischgängen (wir essen ausschließlich vietnamesisch), und sobald eine der großen Schüsseln geleert ist, kommt die Kellnerin und stellt uns eine neue hin. Neunundneunzig Prozent der Vietnamesen jedoch essen heute abend Reis mit Bohnen und sind glücklich, wenn sie einmal im Monat Fleisch oder Fisch bekommen. Selbstverständlich habe ich nichts gesagt. Sie wären wahrscheinlich verwirrt oder sogar gekränkt, wenn ich vorschlüge, man solle uns nicht so viel größere Rationen vorsetzen als dem Durchschnittsbürger. Verschwenderische und oft (wie es uns scheint) auf-

opfernde Gastfreundschaft gehört nun einmal zur Kultur der Asiaten. Wie kann ich also erwarten, daß sie gegen ihr Gefühl für Dekorum verstoßen. Und doch stört es mich . . . Ebenso macht es mich oft ungeduldig, daß wir immer Auto fahren müssen, selbst bei ganz kurzen Entfernungen. Das Friedenskomitee hat zwei Wagen – Wolgas – gemietet, die mit den Fahrern vor dem Hotel auf uns warten, wenn immer wir uns auf den Weg machen wollen. Das Büro der Nationalen Befreiungsfront in Hanoi, das wir neulich aufsuchten, war ganze zwei Häuserblocks vom Hotel entfernt; und auch unsere anderen Ziele sind oft nicht weiter als fünfzehn oder zwanzig Blocks entfernt. Warum läßt man uns nicht zu Fuß gehen? Bob, Andy und ich würden uns dabei erheblich wohler fühlen. Gibt es vielleicht eine Regel: Nur das Beste für die Gäste? Auf solche Floskeln könnte eine kommunistische Gesellschaft verzichten. Oder müssen wir deshalb mit dem Wagen fahren, weil sie uns für schwächliche Ausländer (Westler? Amerikaner?) halten, denen man ja auch beibringen muß, daß sie sich vor der Sonne in acht nehmen? Es beunruhigt mich, daß sie vielleicht meinen, zu Fuß zu gehen sei unter unserer Würde (als offizielle Gäste, Prominente oder sonstwas). Was immer sie denken: es hilft nichts, hier geben sie nicht nach. Wir rollen in den großen häßlichen Wagen durch die überfüllten Straßen, die Fahrer hupen möglichst laut, damit Fußgänger und Radfahrer aufpassen, ausweichen . . . Das beste wäre natürlich, wenn wir Fahrräder bekommen könnten. Wir haben das Oanh gegenüber schon mehrmals angedeutet, aber er ist offensichtlich nicht gewillt, unsere Bitte ernst zu nehmen. Ob sie sich vielleicht amüsieren? Oder halten sie uns einfach für albern oder unhöflich oder töricht?«[15]

Der einzige Reisende, von dem ich weiß, daß er das Problem des »radikalen Tourismus« konsequent zu Ende gedacht hat, ist der Schwede Jan Myrdal. Mit einer Gewissenhaftigkeit, die angesichts der üblichen Schlamperei in diesen Dingen nachgerade puritanisch anmutet, hat er im Nachwort zu seinem Buch *Bericht aus einem chinesischen Dorf* (geschrieben 1962 und publiziert im folgenden Jahr) über die inneren und äußeren Umstände seiner Reise und über seine eigene Situation Rechenschaft abgelegt. Seine Überlegungen haben also Seltenheitswert. Ihr Modellcharakter rechtfertigt einige längere Zitate.

a) Zur Frage der Ökonomie des Reisens:

»Finanziell wurde die Reise durch zwei größere Stipendien aus dem schwedischen Schriftstellerfonds ermöglicht, durch Vorschüsse meines schwedischen Verlages Norstedt & Söner und der Wochenzeitschrift *Vi*, dem Organ der schwedischen Genossenschaften und Konsumvereine, sowie durch verschiedene andere Wochenzeitschriften und Herausgeber.

Außerdem borgten wir. Auf diese Weise finanzierten wir unsere Reise nach China und unsere Reisen in China mit eigenen Mitteln. Wir hätten wahrscheinlich ›invitees‹ – geladene Gäste – werden können; denn die Chinesen legten uns dies bei mehreren Gelegenheiten nahe, als wir von der Reduzierung unserer Unkosten sprachen. Daß wir dieses Angebot nicht annahmen, geschah weniger, weil wir befürchteten, bestochen zu werden – ich habe mich eigentlich nie für leicht bestechlich gehalten und glaube auch nicht, daß ich meine Meinung um kleiner ökonomischer Vorteile willen ändern würde –, aber ich verabscheue aufrichtig alle internationalen Spritztouren und Vergnügungsreisen, die aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Die großen Mächte wie die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten, China, Frankreich und Großbritannien setzen die Autoren kleinerer Staaten wie Schweden (und aller anderen) durch verschiedene Arten freien Reisens ›with all expenses paid‹ einem wohlgemeinten wirtschaftlichen Druck aus. Selbst wenn ich nicht glaube, daß man mich bestechen könnte, bin ich doch gegen das System als solches. Es hat einen verderblichen Einfluß auf die geistige Moral eines Schreibenden, der einer freien Entfaltung seiner Ideen zuwiderläuft. Ich kann diese Tendenz nicht aufhalten, aber ich kann zumindest für meinen Teil dankend ablehnen. Ich mißtraue nun einmal allen großzügigen Angeboten, gleich ob sie von Kapitalisten, Kommunisten, Liberalen, Konservativen, Anarchisten oder auch nur von einfachen Wortverkäufern stammen. Es ist mir nie angenehm gewesen, jemandem Dank zu schulden. Und ich kann nicht verstehen, wie das Publikum – das doch letzten Endes alles bezahlen muß – sich mit all diesen Politikern, Autoren und sonstigen ›public figures‹ abfindet, die mit hohlen Phrasen von einem Festgelage zum anderen ziehen.

Aber weil unsere Mittel keineswegs unbegrenzt waren und weil es nur wenige Erleichterungen in China für Touristen mit magerer Brieftasche gab und gibt, führte dies zu gewissen Schwierigkeiten. [. . .] Doch will ich die Chinesen deswegen nicht tadeln: in jedem Land, in dem ich bisher gelebt habe, mußte ich mich mit der Bürokratie auseinandersetzen, um meiner Arbeit in Frieden nachgehen zu können. Die chinesischen Beamten waren durchaus vernünftig, und es nahm weitaus kürzere Zeit in Anspruch, mit ihnen einig zu werden, als es in vielen anderen Ländern der Fall war – ganz abgesehen davon, daß es keine Korruption gab. Sie befolgten ganz einfach ihre Vorschriften, und ich hatte ja versucht, sie zu umgehen.«

b) Zur Frage der Überwachung und zur Rolle der Dolmetscher:

»Eine der unerläßlichsten Voraussetzungen für eine Reise durch das heutige China ist die Arbeit mit Dolmetschern und Führern. Sie wurden uns

durch die Vereinigung des Chinesischen Volkes für Kulturelle Verbindungen mit dem Ausland zugewiesen. Ich werde noch auf das Problem des Dolmetschens zurückkommen und möchte hier nur kurz zum Ausdruck bringen, daß man entweder diese Voraussetzung als gegeben hinnehmen muß oder sich nicht außerhalb von Peking, Kanton und Shanghai bewegen kann, und häufig nicht einmal dort. Das gefällt mir ganz und gar nicht. Aber es ist eine Entwicklung, die sich von Land zu Land ausbreitet. Sogar in Schweden geht man jetzt dazu über, ›invitees‹ zu gängeln, indem man ihnen Führer zuteilt und aufpaßt, daß sie sich hübsch brav all das ansehen, was man ihnen gern zeigen möchte. Mich beunruhigt diese Entwicklung. Sie nährt meine Sorge, daß wir uns in der Welt von morgen eine immer gründlichere Überwachung gefallen lassen müssen. Aber in diesem Fall konnte ich nicht gut nein sagen, einen Ausweg finden oder meine Absichten ändern. Entweder mußte ich mich mit der Überwachung meiner Reise abfinden – oder zu Hause bleiben, wo ich höchst wahrscheinlich auf die eine oder andere Weise gleichfalls überwacht worden wäre. Sosehr es mir auch zuwider war, ich mußte diese Bedingung wohl oder übel akzeptieren. [. . .]

Unsere Hauptdolmetscherin war Pei Kwang-li. Wir hatten sie aus Peking mitgebracht. Sie war die anpassungsfähigste, sprachgewandteste und fleißigste Dolmetscherin, die ich in China angetroffen habe. Ich hatte mehrere Dolmetscherinnen ausprobiert, bevor ich mit ihr in Verbindung kam, und wir hatten schon ungefähr zwei Wochen miteinander gearbeitet, als wir im Dorf eintrafen. Sie hätte eigentlich von Yenan aus nach Peking zurückgehen sollen, und es gelang mir erst nach ziemlich hartnäckigen Bemühungen, sie nach Liu Ling mitzunehmen. Sie war dort im Dorf eine große Hilfe für mich, freundlich und fröhlich und sehr an der Arbeit interessiert. Ich erfuhr, daß sie später wegen ihrer Arbeit mit mir kritisiert worden ist. Als wir nach Peking zurückkamen, ging sie auf Urlaub, und danach war sie nicht mehr so freundlich, natürlich und gelockert wie während des Monats in Liu Ling. Später – nach Fertigstellung des Buches – dolmetschte sie für uns auf unserer Fahrt nach Yünnan, aber während dieser Reise war sie kalt, förmlich und dogmatisch und stritt sich sogar heftig mit uns (was in China sehr viel sagt), daß wir ›antichinesische‹ Meinungen geäußert hätten. Weil es sich hierbei nur um unsere Ansichten über die Mühe, den Schweiß und den Hunger der Bauern handelte, die sie in Liu Ling so gut verstanden hatte, kann ich mir diese Veränderung ihres Verhaltens nicht anders erklären, als daß sie durch ›Kritik und Selbstkritik‹ veranlaßt wurde, uns und unsere Arbeit plötzlich anders zu bewerten und ihre Meinung über unsere Arbeitsweise zu ändern. Deswegen erhielt ich auch in Yünnan viel weniger Informationen, als ich gehofft hatte.«

c) Zur Frage der Gastfreundschaft und der Privilegien:

»Die Behörden in Yenan waren sehr eifrig darauf bedacht, daß wir nicht im Dorf übernachteten. Sie versprachen uns zu arrangieren, daß wir jeden Tag dorthingebracht und wieder abgeholt werden sollten. Wir wollten natürlich lieber im Dorf selber wohnen und baten auch um die Erlaubnis dazu. Der Alt-Sekretär des Dorfes unterstützte uns darin nach Kräften. Für ihn war das eine Ehrensache. Nach einigem Hin und Her machten sich die Behörden in Yenan (mit einigem Widerstreben) unseren Standpunkt zu eigen. (Dieses Widerstreben könnte auf verschiedene Art und Weise ausgelegt werden, zum Beispiel, daß wir es so bequem wie möglich haben sollten. Sie wollten wahrscheinlich nur freundlich zu uns sein. Es war ja nicht ihr Fehler, daß ihre Freundlichkeit dieses Buch dann unmöglich gemacht hätte.) Wir wohnten in einer Steinhöhle (die sonst der Dienstraum des Parteisekretärs war), und ich arbeitete in einer anderen (dem Konferenzraum der Brigade). Da wir in einer Höhle in einem Höhlendorf wohnten, die gleichen Speisen wie die Dorfbewohner aßen und ständigen Umgang mit ihnen hatten, würde es uns ein leichtes sein zu sagen, daß wir wie die Leute selber gelebt hätten. Aber das wäre eine romantische und damit verlogene Umschreibung der Wirklichkeit. Wir waren die ersten Fremden, die in dem Dorf leben sollten, und die Ehre des Dorfes erforderte, daß unsere Höhle getüncht wurde und daß wir gut aßen. Wir lebten bedeutend besser als die Dorfbewohner. [. . .]
Als Gast eines Dorfes ißt man gut, man ißt sogar mit einer gewissen Ehrerbietung, weil man weiß, daß man die Früchte des Fleißes seiner Gastgeber verzehrt. Aber man sagt es ihnen niemals. Es liegt so viel Stolz in ihren Bemühungen. Es gibt keine ›Objektivität‹ in bezug auf das Essen in einem armen Bauerndorf. Es kommt nicht aus einer Büchse, und man trägt es auch nicht mit sich, wenn man aus der Stadt kommt. Aber ich war kein Dorfbewohner. Und ich lebte nicht wie ein chinesischer Bauer.«

d) Zur Frage der Klassenzugehörigkeit der Gesprächspartner:

»Die Entscheidung, die Interviews nach oben hin zu begrenzen, d. h. sie nicht zu weit auf die bürokratischen Schichten oberhalb des Dorfes auszudehnen, war schon in der Grundidee des Buches enthalten gewesen. Allerdings hatte ich ursprünglich beabsichtigt gehabt, zumindest einen Funktionär von Yenan, der einen etwas weiteren Überblick über das Dorf in seiner Zusammensetzung geben konnte, in die Gespräche miteinzubeziehen. Ich habe auch versucht, dieses Interview durchzuführen und verbrachte einen Vormittag in Yenan, wo ich mich mit dem örtlichen Parteisekretär, einem jungen Manne, unterhielt. Unglücklicherweise war er aber

so dogmatisch und amtlich, daß seinen Aussagen keinerlei Wert beizumessen war. (Dies ist übrigens ein typisches Problem in ganz Asien: die mittlere Schicht der Bürokratie ist meist jung und dogmatisch und mangels Erfahrung engstirnig. Die alten erfahrenen Bauern sind des Lesens und Schreibens unkundig, die gescheiten jungen Verwaltungsbeamten sind schon ziemlich obenauf, und die alte geistig führende Revolutionärsgeneration mit ihren ›nationalen Helden‹ tritt allmählich in den Hintergrund.) Ich mache dem jungen Bürokraten von Yenan keine Vorwürfe. Er war eben linientreu, aber als er so rundheraus bemerkte: ›Wir hier in unserem Teil des Landes haben niemals Schwierigkeiten gehabt, nie einen Irrtum begangen, nie einen Fehler gemacht, und es gibt auch heute keinerlei Probleme‹, brach ich das Gespräch mit ein paar netten, höflichen Phrasen ab und beschloß, es nicht in mein Buch aufzunehmen, sondern lieber in das Dorf zurückzugehen und mit den Bauern zu sprechen.«[16]

So sorgfältig Myrdal die Problematik durchdacht hat, die jede »Besichtigung« einer Übergangsgesellschaft aufwirft, und so überzeugend sein Bericht anmutet – eine allgemeine Lösung dieser Schwierigkeiten kann er nicht angeben. Sie setzt nicht nur eine veränderte Einstellung des Reisenden, sondern auch eine Änderung der objektiven Bedingungen voraus. Erst wenn die Isolation der sozialistisch regierten Länder überwunden, erst wenn im Sozialismus die Freizügigkeit nicht nur der ausländischen Gäste, sondern der arbeitenden Bevölkerung vollkommen hergestellt ist, wird das *Delegacija*-System verschwinden. Wenn jeder sich seine Begleiter frei wählen oder auch auf sie verzichten kann, wenn die Infrastruktur hinreichend entwickelt ist, um jedem, der unterwegs ist, Unterkunft, Transport und Ernährung zu sichern, wenn die totale Abhängigkeit von betreuenden und kontrollierenden Institutionen verschwunden ist – dann wird das *Delegacija*-Wesen zwar nicht notwendigerweise aufhören, doch werden Unmündigkeit, Bestechung, Segregation von der arbeitenden Bevölkerung, Realitätsverlust und kritiklose Anbiederung samt der Privilegien, die ihr materielles Substrat sind, zu Zwangsjacken, die jeder abwerfen kann, der sich darin nicht wohlfühlt.
Eine solche Entwicklung ist absehbar, und zwar als ungeplante und vielleicht unerwünschte, doch notwendige Begleiterscheinung einer Politik der globalen Koexistenz – deren fragwürdige Seiten im übrigen kein Geheimnis sind. Ihre positiven Momente festhalten heißt nicht den platten Konvergenz-Theorien in die Arme sinken, die bei bürgerlichen Beobachtern so beliebt sind. Allerdings ist es denkbar, daß die Linke der westlichen Länder die neuen Möglichkeiten, die sich hier abzeichnen, ungenutzt läßt. Wenig spricht bisher dafür, daß diejenigen, die hierzulande dem Sozialismus anhängen, die Konfrontation mit den Versuchen seiner Verwirkli-

chung aufnehmen werden. Jetzt, wo die objektiven Schwierigkeiten abnehmen, wo in vielen Ländern von einer Gefährdung der Gesprächspartner immer weniger die Rede sein kann, wo das Reisen aufhört, ein individuelles Privileg zu sein, wäre es möglich, sich massenhaft an eine überfällige Arbeit zu machen, die bisher niemand geleistet hat: die Analyse sozialistischer Gesellschaften oder solcher, die sich so nennen. Von einzelnen reitenden Boten kann diese Untersuchung nicht unternommen werden. Die Gründe für ihr Versagen haben wir ausfindig zu machen versucht. Wer aber heute auf den »radikalen Tourismus« der letzten fünfzig Jahre schimpft, nur um sein eigenes Desinteresse zu kaschieren, der wird auf die Frage, die ihm beim Bier, an der Straßenecke, auf Versammlungen und Demonstrationen nach wie vor gestellt wird, nämlich warum er nicht »in den Osten« gehe, so leicht keine Antwort finden.

Zusammengestellt und kommentiert von Hans Magnus Enzensberger

Anmerkungen

1 Heberto Padilla, *Außerhalb des Spiels*. Deutsch von Günter Maschke. Frankfurt am Main 1971. S. 113-115.
2 Lev Davidovič Trockij, *Verratene Revolution*. Deutsch von Walter Steen. Frankfurt am Main 1968. S. 5-7.
3 Victor Serge, *Beruf: Revolutionär*. Erinnerungen. Deutsch von Cajetan Freund. Frankfurt am Main 1967. S. 122 f., 167.
4 Franz Jung, *Der Weg nach unten*. Neuwied 1961. S. 169 f.
5 Victor Serge, a.a.O., S. 265-267.
6 Arthur Koestler, *Frühe Empörung*. Gesammelte Autobiographische Schriften. Erster Band. Deutsch von Eduard Thorsch und Franzisska Becker. Wien 1970. S. 363-365.
7 Panait Istrati, a.a.O. Zitiert nach Jürgen Rühle, *Literatur und Revolution. Die Schriftsteller und der Kommunismus*. München 1960. S. 402.
8 André Gide, *Retuschen zu meinem Rußlandbuch*. Deutsch von Ferdinand Hardekopf. In: *Reisen*. Stuttgart 1966. S. 413-415.
9 »Kraft und Schwäche der Utopie«. In: *Gesammelte Werke* VIII. Frankfurt am Main 1967. S. 434-437.
10 André Gide, a.a.O., S. 404. Gide zitiert hier eine Schrift von M. Yvon, *Ce qu'est devenue la Révolution Russe*.
11 *Nouvelle Revue Française*, März 1936. Zitiert nach *Reisen*. *A.a.*O., S. 330.
12 André Gide, a.a.O., S. 388.
13 Lev Davidovič Trockij, a.a.O. S. 8.
14 Umberto Melotti in *Terzo Mondo*, Mailand, März 1972. S. 93 f. Deutsch von H. M. E. Das hier kritisierte Buch von Maria Macciocchi ist unter dem Titel *Dalla Cina, dopo la rivoluzione culturale* 1971 in Mailand erschienen.
15 Susan Sontag, *Reise nach Hanoi*. Deutsch von Anne Uhde. Reinbek 1969. S. 33 f.
16 Jan Myrdal, *Bericht aus einem chinesischen Dorf*. Deutsch von Gustav Adolf Modersohn. München 1966. S. 254–266.

Anmerkungen der Redaktion:

Rossana Rossanda war lange Jahre Mitglied des Zentralkomitees der KPI. Mitbegründerin der Gruppe ›Il Manifesto‹ und Mitherausgeberin der gleichnamigen Zeitung.
Sibylle Plogstedt war 1968 – während der Intervention – in der ČSSR. Arbeitete seit Mitte 1969 in Prag an der Akademie der Wissenschaften. Im Dezember wurde sie wegen »antisozialistischer Tätigkeiten und Untergrabung des Staates« verhaftet und zu $2^1/_2$ Jahren verurteilt; im Mai 1971 aufgrund einer internationalen Solidaritätskampagne vorzeitig entlassen und aus der ČSSR ausgewiesen.
Horst Kurnitzky studierte Architektur, Philosophie, Soziologie und Religionswissenschaften. 1971 besuchte er auf Einladung von Funktionären die Koreanische Volksdemokratische Republik (KVDR).
K. D. Wolff, Mitherausgeber der Zeitschrift *Antiimperialistischer Kampf*, besuchte im September/Oktober 1970 die KVDR.
Günter Maschke suchte im Frühjahr 1968 als Bundeswehrdeserteur politisches Asyl in Cuba. Im Herbst 1969 wurde er ausgewiesen und nach Madrid abgeschoben.
In diesem Sommer wurde Günter Amendt verurteilt, an die Frankfurter Societätsdruckerei (Auftragsdruckerei der Axel Springer AG) DM 72 000 zu zahlen: – Späte Rache für die Aktionen Ostern 1968 gegen die Auslieferung der Springer-Zeitungen. Eine Spendenaktion ›Solidarität mit Günter Amendt‹ bittet alle Genossinnen und Genossen um Solidarität. Der volle Erlös aus der Kursbuch-Anzeige des Ullstein-Verlags (Axel Springer AG) wird dem Solidaritätskonto für Günter Amendt gutgebracht. Für weitere Spenden: Postscheckkonto Frankfurt/Main, Nr. 1724 80; Girokonto 174 399 61-11 bei Bank für Gemeinwirtschaft Niederlassung Offenbach/Main.

Bilanzübersicht 1970/71 (= Heft 21–25); netto, ohne Mehrwertsteuer

Kosten

Autorenhonorare (mit Nebenrechten)	96 600.-
Herstellung (Material, Satz, Druck, Bindung)	297 500.-
Verbreitungskosten	305 700.-
(davon: Vertrieb: 74 200.-; Vertreter: 15 900.-; Gehälter: 78 800.-; Miete/Strom/Versicherung/Beratung/Frachten: 22 100.-; Werbung/ Leserinformation: 78 100.-; Post: Büromat./Invest.: 27 900.-; Sonstiges: 8 700.-)	
Anzeigenverwaltung	16 600.-
Ausbuchungen, Spenden und Darlehen, ca.	28 500.-
Gewerbesteuer	21 300.-
Einkommensteuer, ca.	62 000.-
Beiträge, Literatur, Reisen etc.	6 700.-
	834 900.-

Erträge		*Gewinn und Verlust*	
Umsatz Buchverkauf	757 600.-	Umsatz insges.	871 300.-
Anzeigen/Nebenrechte	113 700.-	-/- Kosten	834 900.-
	DM 871 300.-	Überschuß:	DM 36 400.-
		+ Lagerzuwachs	44 300.-

Zur Erläuterung der Bilanzübersicht

Die Bilanzübersicht entspricht nicht den Vorschriften, sondern ist gemeinverständlich: sie enthält nur die tatsächlich entstandenen Kosten und Erträge, aufgeschlüsselt nach Sachgruppen (von denen zwei geschätzt werden mußten).
Seit der Neugründung im Sommer 1970, die das *Kursbuch* in die Hände der Produzenten brachte, ist dies die erste Bilanz; sie umfaßt das zweite Halbjahr 1970 und das volle Jahr 1971 (= Heft 21-25).
Die *Autorenhonorare* enthalten alle Autoren-, Übersetzer- und Lizenzhonorare; sie betragen 12% vom Umsatz. Der Anteil der Nebenrechte ist gering (DM 3 600,–).
Die *Herstellungskosten* sind im Verhältnis zum Umsatz extrem hoch (39% vom Umsatz). Das hat zwei Gründe: 1. Redaktions- und Verlagsapparat arbeiten billig; 2. die Investitionen in das Lager (= erhöhte Herstellungskosten) sind in den ersten anderthalb Jahren höher als später.
Alle an den Verlag Klaus Wagenbach gezahlten Beträge wurden als *Verbreitungskosten* bezeichnet. Die Aufschlüsselung dieser Kosten soll Hinweise für den Verwendungszweck geben; genaueres enthält die Bilanz des Verlags Wagenbach, die jährlich im Almanach »Das schwarze Brett« veröffentlicht wird (allen Lesern des *Kursbuchs*, die ihn beim Verlag verlangen, wird der Almanach kostenlos zugesandt).
Anzeigenverwaltung: Provisionen für die Anzeigenvermittlung.
Ausbuchungen betreffen Verluste durch Konkurse o. ä.; Spenden und Darlehen wurden für die ›Rote Hilfe‹ und für Pakete in den Knast verwandt.
Die *Erträge* wurden aufgeteilt in Einnahmen aus dem Verkauf der Zeitschrift und Einnahmen für Anzeigen und Beilagen.

Wirtschaftliche Entwicklung seit 1970:

Als das *Kursbuch* im Juni 1970 aus dem Suhrkamp Verlag ausschied, erklärte dieser in einer Pressemitteilung: »In fünf Jahren stieg die durchschnittliche Erstauflage auf 20 000 Exemplare, damit ist die ökonomische Basis für die Selbständigkeit der Zeitschrift gegeben.«
Innerhalb eines Jahres nach der Gründung des *Kursbuch Verlags* stieg die Erstauflage auf 45 000 Exemplare; die Gesamtauflagen von *Kursbuch* 21 bis 25 sind bisher (per 31. 12. 1972):
Heft 21 – 60 000 Expl.; Heft 22 – 37 000 Expl.; Heft 23 – 40 000 Expl.; Heft 24 – 77 000 Expl.; Heft 25 – 52 000 Expl.
Die Rentabilität der Zeitschrift war schon bei 20 000 Exemplaren gegeben – dies erlaubte auch eine sofortige Ladenpreissenkung –, die ›ökonomische Basis‹ hingegen hat nicht allein mit Auflage und Rentabilität zu tun, sondern auch mit Betriebskapital, und daran fehlte es vollständig.
Der in der Bilanzübersicht ausgewiesene *Überschuß* ist deswegen trotz seiner objektiven Höhe eher zu gering; er bleibt noch unter der Summe der im Buchlager festgelegten Gelder, d. h. die Liquidität des *Kursbuch Verlags* konnte erst in rund zwei Jahren gesichert werden (bis dahin ging sie auf Kosten des Verlags Klaus Wagenbach); an eine Rückzahlung der von Freunden aufgebrachten Darlehen für das Betriebskapital kann erst etwa ab 1973 gedacht werden.

Index Kursbuch 21 - 30

Amendt, Gerhard: Schwarzer Kapitalismus. Dekolonisation und Klassenkampf *Kursbuch 22*, 1970; S. 117

Anklageschrift gegen das Sozialistische Patientenkollektiv *Kursbuch 28*, 1972; S. 140

Autobiographie eines Entkommenen *Kursbuch 28*, 1972; S. 150

Bachmann/Föhn/Frank: Kapitalistischer Wohnungsbau in der Schweiz: Zum Beispiel Volketswil *Kursbuch 27*, 1972; S. 184

Bettelheim, Charles: Zur Analyse neuer Gesellschaftsformationen *Kursbuch 23*, 1971; S. 1

Beyer, Jochen/Wieser, Harald: Psychoanalyse, Kapitalmystifikation und Ideologie *Kursbuch 29*, 1972; S. 125

du Bois-Reymond, Manuela: Zur Strategie kompensatorischer Erziehung am Beispiel der USA *Kursbuch 24*, 1971; S. 17.

Bruder, Klaus-Jürgen: Taylorisierung des Unterrichts. Zur Kritik der Instruktionspsychologie *Kursbuch 24*, 1971; S. 113

Brückner, Peter: Debray und andere. Drei Versuche über die Ratlosigkeit *Kursbuch 25*, 1971; S. 143

Ciafaloni, Francesco: Die Gewerkschaften und der Kampf der Arbeiter in Turin *Kursbuch 26*, 1971; S. 51

Cleaver, Eldridge: siehe Lee Lockwood, *Kursbuch 22*, 1970; S. 61.

Daneo, Camillo: Die Entwicklung der ökonomischen Widersprüche im Nachkriegsitalien *Kursbuch 26*, 1971; S. 7

Dossier: Täglicher Faschismus. Evidenz aus fünf Monaten (zusammengestellt von Reinhard Lettau) *Kursbuch 22*, 1970; S. 1

Dossier: Seize The Time. Sozialrevolutionäre Gruppen in den USA. Eine Dokumentation *Kursbuch 22*, 1970; S. 87

Dossier: Übergangsbestimmungen. Zitate aus 130 Jahren (zusammengestellt von Karl Markus Michel) *Kursbuch 23*, 1970; S. 6

Dossier: Was Arbeiter sagen. Zwei Protokolle mit Facharbeitern aus einer Studenteninitiativgruppe (aufgezeichnet von Helga Reidemeister) *Kursbuch 25*, 1971; S. 37

Dossier: Abriß der politischen Geschichte Italiens seit 1945 *Kursbuch 26*, 1971; S. 21

Dossier: Chronologie der Kämpfe in Italien (1967-1970) *Kursbuch 26*, 1971; S. 72

Dossier: Die Häuserbesetzung in der Via Tibaldi (Mailand) *Kursbuch 26*, 1971; S. 109

Dossier: Patientenselbstorganisation und Staatsapparat (siehe auch Jürgen Roth und IZRU) *Kursbuch 28*, 1972; S. 107

Dossier: Revolutions-Tourismus (zusammengestellt von Hans Magnus Enzensberger) *Kursbuch 30*, 1972; S. 155

Ehlich/Hohnhäuser/Müller/Wiehle: Spätkapitalismus – Soziolinguistik – Kompensatorische Spracherziehung *Kursbuch 24*, 1971, S. 33

Faßbinder, Helga: Bürgerinitiativen und Planungsbeteiligung im Kontext kapitalistischer Regionalpolitik *Kursbuch 27*, 1972; S. 68

Föhn: siehe Bachmann u. a., *Kursbuch 27*, 1972; S. 184

Frank: siehe Bachmann u. a. *Kursbuch 27*, 1972; S. 184

Funken, Klaus/Steffen, Monika: Die einfache Kaderproduktion. Thesen zur Studentenbewegung als kleinbürgerlicher Massenbewegung *Kursbuch 25*, 1971; S. 123

Goffman, Erving: Insassen *Kursbuch 28*, 1972; S. 167

Hartung, Klaus/Wolff, Renate: Psychische Verelendung und die Politik der Psychiatrie *Kursbuch 28*, 1972; S. 1
Heinrich, Brigitte: Die Bundesrepublik im System des Imperialismus *Kursbuch 21*, 1970; S. 160
Herzog, Marianne: Akkordarbeiterinnen bei AEG-Telefunken *Kursbuch 21*, 1970; S. 110
Hohnhäuser: siehe Ehlich u. a. *Kursbuch 24*, 1971; S. 33
Huffschmid/Joachim/Koenigs/Krüger/Mänike/Vorberg: Die Widersprüche des westdeutschen Kapitalismus und die Wirtschaftspolitik der SPD *Kursbuch 21*, 1970; S. 37.

Illich, Ivan: Plädoyer für die Abschaffung der Schule *Kursbuch 24*, 1971; S. 1
IZRU (Informationszentrum Rote Volksuniversität) für das ehemalige SPK: Zum Problem Widerstände, die sich der praktischen Kritik entgegenstellen, wenn die Widersprüche des Systems Krankheit/Kapitalismus/Knast durch die Patientenselbstorganisation entfaltet werden *Kursbuch 28*, 1972; S. 121

Jansen, Bernd: Wohnungspolitik, Leitfaden durch ein kalkuliertes Chaos *Kursbuch 27*, 1972; S. 12
Joachim: siehe Huffschmid u. a. *Kursbuch 21*, 1970; S. 37

Kammerer, Peter: Ausbeutung im italienischen Wohnungsbau *Kursbuch 27*, 1972; S. 168
Karsunke/Marx/Wallraff: Fragebogen für Arbeiter 1880/1970 *Kursbuch 21*, 1970; S. 2
Koenigs: siehe Huffschmid u. a. *Kursbuch 21*, 1970; S. 37
Krüger: ibid.
Kurnitzky, Horst: Chollima Korea: Ein Besuch im Jahre 23 *Kursbuch 30*, 1972; S. 87

Langer, Elinor: Täglicher Kapitalismus. Die Frauen in der New Yorker Telefongesellschaft *Kursbuch 22*, 1970; S. 168
Lethen, Helmut/Schneider, Peter: Ratschlag zweier Deutschlehrer an ihre zurückbleibenden Schüler *Kursbuch 24*, 1971; S. 133
Lockwood, Lee: Gespräch mit Eldridge Cleaver *Kursbuch 22*, 1970; S. 61

Mänicke: siehe Huffschmid u. a. *Kursbuch 21*, 1970; S. 37
Magri, Lucio/Maone, Filippo: Die Kommunistische Partei Italiens – Aufbau und Führungsmethoden *Kursbuch 26*, 1971; S. 34
Mandel, Ernest: USA wohin? Eine politökonomische Prognose *Kursbuch 22*, 1970; S. 130
Mandel, Ernest/Nicolaus, Martin: Eine Kontroverse über die Zukunft der USA *Kursbuch 22*, 1970; S. 145
Maone, Filippo/Magri, Lucio: Die Kommunistische Partei Italiens – Aufbau und Führungsmethoden *Kursbuch 26*, 1971; S. 34
Marcuse, Herbert: USA – Organisationsfrage und revolutionäres Subjekt. Fragen an H. Marcuse *Kursbuch 22*, 1970; S. 45
Maschke, Günter: Entfremdung – Herrschaft – Produzentendemokratie. Bemerkungen zum Problem der Übergangsperiode *Kursbuch 23*, 1971; S. 85
Maschke Günter: Cubanischer Taschenkalender *Kursbuch 30*, 1972; S. 129
Mende, Klaus/Thomas, Helga: Die Schulsysteme der DDR und der Bundesrepublik *Kursbuch 24*, 1971; S. 83
Michel, Karl Markus: Wer wann politisch wird – und wozu. Ein Beispiel für die Unwissenheit der Wissenschaft *Kursbuch 25*, 1971; S. 1
Müller: siehe Ehlich u. a. *Kursbuch 24*, 1971; S. 33

Neef, Rainer: Die Bedeutung des Grundbesitzes in den Städten *Kursbuch 27*, 1972; S. 32
Neef, Rainer: Wie können Mieter die Profite ihrer Haus- und Grundbesitzer berechnen? *Kursbuch 27*, 1972; S. 57
Neumann, Philip: Der »Sozialismus als eigenständige Gesellschaftsformation«. Zur Kritik der politischen Ökonomie des Sozialismus und ihrer Anwendung in der DDR *Kursbuch 23*, 1971; S. 96
Nicolaus, Martin/Mandel, Ernest: Eine Kontroverse über die Zukunft der USA *Kursbuch 22*, 1970; S. 145

Parin, Paul: Der Ausgang des ödipalen Konflikts in drei verschiedenen Kulturen. Eine Anwendung der Psychoanalyse als Sozialwissenschaft *Kursbuch 29*, 1972; S. 179
Projektgruppe Branchenanalyse TU Berlin: Industrialisierung des Bauens unter den Bedingungen des westdeutschen Kapitalismus *Kursbuch 27*, 1972; S. 99
Przytulla, Horst: Über die Benutzung einer bürgerlichen Wissenschaft *Kursbuch 29*, 1972; S. 102
Plogstedt, Sibylle: Am Beispiel der ČSSR *Kursbuch 30*, 1972; S. 51

Rabehl, Bernd: Eine Reise in die DDR. Gespräche und Notizen *Kursbuch 30*, 1972; S. 37
Rademacker, Hermann/Zimmer, Jürgen: Modellschule Solingen *Kursbuch 24*, 1971; S. 154
Reiche, Reimut: Ist der Ödipuskonflikt universell? *Kursbuch 29*, 1972; S. 159
Reidemeister, Andreas: Zur Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse im Bauwesen der DDR *Kursbuch 27*, 1972; S. 139
Reidemeister, Helga: »Schöner Wohnen«. Protokoll aus dem Märkischen Viertel Berlin *Kursbuch 27*, 1972; S. 1
Ribeiro, Darcy: siehe Heinz Rudolf Sonntag: Gespräch mit Darcy Ribeiro *Kursbuch 23*, 1971; S. 167
Rossanda, Rossana: Die sozialistischen Länder: ein Dilemma der westeuropäischen Linken *Kursbuch 30*, 1972; S. 1
Roth, Jürgen: Psychiatrie und Praxis des Sozialistischen Patientenkollektivs *Kursbuch 28*, 1972; S. 107
Runge, Erika: Schüler, Lehrer, Schulen. Tonbänder aus dem Bezirk Rostock. Siehe: Mende/Thomas: Die Schulsysteme der DDR und der Bundesrepublik *Kursbuch 24*, 1971; S. 83

Scharf, Alfons: Antworten eines lesenden Arbeiters – auf Fragen von Yaak Karsunke *Kursbuch 25*, 1971; S. 55
Schickel, Joachim: China 1970 – Die Selbsterziehung der Massen oder die Pädagogik revolutionieren *Kursbuch 24*, 1971; S. 181
Schilling, Barbara/Unger, Karl: Die Bundesrepublik und das südliche Afrika. Ökonomische und militärische Aspekte des westdeutschen Neokapitalismus *Kursbuch 21*, 1970; S. 129
Schneider, Michael: Gegen den linken Dogmatismus, eine »Alterskrankheit« des Kommunismus *Kursbuch 25*, 1971; S. 73
Schneider, Peter: Die Frauen bei Bosch *Kursbuch 21*, 1970; S. 83
Schneider, Peter: Bericht über eine Berliner Volksschule *Kursbuch 24*, 1971; S. 61
Schneider, Peter/Lethen, Helmut: Ratschlag zweier Deutschlehrer an ihre zurückbleibenden Schüler *Kursbuch 24*, 1971; S. 133
Schneider, Peter: Können wir aus den italienischen Klassenkämpfen lernen? *Kursbuch 26*, 1971; S. 1

Schneider, Peter: Die Massen, die Gewerkschaften und die politischen Avantgarden *Kursbuch 26*, 1971; S. 135
»Schöner Wohnen«. Protokoll aus dem Märkischen Viertel Berlin. *Kursbuch 27*, 1972; S. 1
Schulz, Til: Zum Beispiel Eppsteiner Straße 47. Wohnungskampf, Hausbesetzung, Wohnkollektiv *Kursbuch 27*, 1972; S. 85
Serafini, Massimo: Die Einheit der revolutionären Linken herstellen *Kursbuch 26*, 1971; S. 186
Sohn-Rethel, Alfred: Die soziale Rekonsolidierung des Kapitalismus (September 1932) – Ein Kommentar nach 38 Jahren *Kursbuch 21*, 1970; S. 17
Sonntag, Heinz Rudolf: Gespräch mit Darcy Ribeiro *Kursbuch 23*, 1971; S. 167
Steffen, Monika/Funken, Klaus: Die einfache Kaderproduktion. Thesen zur Studentenbewegung als kleinbürgerlicher Massenbewegung *Kursbuch 25*, 1971; S. 123

Thomas, Helga/Mende, Klaus-Dieter: Die Schulsysteme der DDR und der Bundesrepublik *Kursbuch 24*, 1971; S. 83

Unger, Karl/Schilling, Barbara: Die Bundesrepublik und das südliche Afrika. Ökonomische und militärische Aspekte des westdeutschen Neokolonialismus *Kursbuch 21*, 1970; S. 129

Varga, Evgenij Samojlovic: Der russische Weg zum Sozialismus und seine Ergebnisse. Mit Kommentaren von Tamara Deutscher, Philip Neumann und Hans Magnus Enzensberger *Kursbuch 23*, 1971; S. 41
Vo Nhân Tri: Der Neokolonialismus der USA. Eine Übersicht *Kursbuch 22*, 1970; S. 153
Vorberg: siehe Huffschmid u. a. *Kursbuch 21*, 1970; S. 37

Wallraff/Marx/Karsunke: Fragebogen für Arbeiter 1880/1970 *Kursbuch 21*, 1970; S. 2
Wiehle: siehe Ehlich u. a. *Kursbuch 24*, 1971; S. 33
Wieser, Harald/Beyer, Jochen: Psychoanalyse, Kapitalmystifikation und Ideologie *Kursbuch 29*, 1972; S. 125
Wolff, K. D.: Korea und Korea *Kursbuch 30*, 1972; S. 119
Wolff, Renate/Hartung, Klaus: Psychische Verelendung und die Politik der Psychiatrie *Kursbuch 28*, 1972; S. 1
Wulff, Erich: Psychoanalyse als Herrschaftswissenschaft? *Kursbuch 29*, 1972; S. 1

Zimmer, Jürgen/Rademacker, Hermann: Modellschule Solingen *Kursbuch 24*, 1971; S. 154

Kursbogen: Kapitalverflechtung in der Bundesrepublik *Kursbuch 21*, 1970
Kursbogen: Trashman (Kursbuch-Kommix) *Kursbuch 22*, 1970
Kursbogen: Lebenszeichen aus Ungarn (Kurszettel) *Kursbuch 23*, 1971
Kursbogen: Lo-po, die Rote Rübe *Kursbuch 24*, 1971
Kursbogen: Der breite und der schmale Weg *Kursbuch 25*, 1971
Kursbogen: Das Große Hoffmans-Comic-Gesellschafts-Spiel »Wem gehört die Stadt?« *Kursbuch 27*, 1972
Kursbogen: Ein Rückblick auf den Fortschritt *Kursbuch 28*, 1972
Kursbogen: Politischer Profiltest (PPT) *Kursbuch 29*, 1972
Kursbogen: Die Pyramide der Unterdrückung *Kursbuch 30*, 1972

Kritische Gesellschafts-Wissenschaft

Kritische Wissenschaft

Hans Albert
Konstruktion und Kritik
Aufsätze zur Philosophie des kritischen Rationalismus
Ln. DM 29,80/Pb. DM 22,–

Werner Becker
Kritik der Marxschen Wertlehre
DM 16,–

Rudolf Hamann
Armee im Abseits?
Das Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft
DM 19,80

Sontheimer/Bleek
Die DDR – Politik, Gesellschaft, Wirtschaft
DM 17,80

Wolfgang Wickler
Verhalten und Umwelt
DM 18,–

Standpunkt

Manfred Koch
Die Deutschen und ihr Staat
Ein Untersuchungsbericht
Vorwort: Conrad Ahlers
DM 8,–

Adelbert Reif (Hrsg.)
Interviews
u. a. mit Hannah Ahrendt, Ernst Bloch, Irenäus Eibl-Eibesfeldt, Werner Heisenberg, Georg Lukács und Alexander Mitscherlich
DM 10,–

Wolfgang Schmidbauer
Die sogenannte Aggression
Die kulturelle Evolution und das Böse
DM 10,–

Bodo Zeuner
Veto gegen Augstein
Der Kampf in der Spiegel-Redaktion um Mitbestimmung
DM 12,80

Reader

Dirk Berg-Schlosser (Hrsg.)
Die politischen Probleme der Dritten Welt
DM 28,–

Holzer/Steinbacher (Hrsg.)
Sprache und Gesellschaft
DM 29,50

Stephan Voets (Hrsg.)
Sozialistische Erziehung
Texte zur Theorie und Praxis
DM 16,80

Hoffmann und Campe

Schwerpunkte Romanistik
Herausgegeben von Leo Pollmann

Peter Bürger
Der französische Surrealismus
Zum Problem der avantgardistischen Literatur
1971, 207 Seiten, kartoniert, 12.80 DM

Werner Krauss
Französische Frühaufklärung
1971, 230 Seiten, kartoniert, 14.80 DM

Wolfram Krömer
Die französische Novelle im 19. Jahrhundert
1972, 219 Seiten, kartoniert, 14.80 DM

Jürgen von Stackelberg
Literarische Rezeptionsformen
Übersetzung, Supplement, Parodie
1972, etwa 180 Seiten, kartoniert, etwa 14.80 DM

Heinz Willi Wittschier
Die Lyrik der Pléjade
1971, 217 Seiten, kartoniert, 14.80 DM

Athenäum Verlag GmbH
6000 Frankfurt/Main

Passagen

Anita Albus et al.
Maskulin – Feminin
272 Seiten, 8 Bildseiten, Preis DM 15

Diese Beiträge hat im Unterschied zu der Flut einschlägiger Traktate, die behagliche Wohnhöhle der Sinntradition verlassen.

Franz Böckelmann
Aspekte der Männlichkeit

Bazon Brock
Eine Zukunft des Geschlechts im unaufhörlichen Abschied von Ödipus

Peter Gorsen
Intersexualismus und Subkultur

Hazel E. Hazel
Wer emanzipiert wen wohin?

Anita Albus
Neue psychoanalytische Theorien der weiblichen Sexualität

Rita Mühlbauer
Strategiemodelle der neuen Frauenbewegung

Rogner & Bernhard

Ullstein Materialien

Wissenschaft im Taschenbuch

MARX

Karl Marx · DAS KAPITAL I
Der Produktionsprozeß des Kapitals
Mit einem Geleitwort von Karl Korsch
[2806] DM 9.80
Karl Marx · DAS KAPITAL II
Der Zirkulationsprozeß des Kapitals
Mit einer Leseanleitung von Rudolf Hickel
[2805] DM 9.80
Karl Marx · DAS KAPITAL III
Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion
Mit einem Nachwort von Harald Gerfin und Rudolf Hickel
[2807] DM 9.80

In Vorbereitung:
Karl Marx · STAATSTHEORIEN
Herausgegeben und eingeleitet von Helmut Reichelt u. a.

NIETZSCHE

Friedrich Nietzsche · WERKE IN 5 BÄNDEN
Herausgegeben von Karl Schlechta
Friedrich Nietzsche · WERKE I
[2907] DM 9.80
Friedrich Nietzsche · WERKE II
[2908] DM 9.80
Friedrich Nietzsche · WERKE III
[2909] DM 9.80
Friedrich Nietzsche · WERKE IV
[2910] DM 9.80
Friedrich Nietzsche · WERKE V
[2911] DM 9.80

In Vorbereitung:
Dokumentation (Rezeptions- und Interpretationsgeschichte) zu Nietzsches Philosophie

HEINE

Heinrich Heine · BEITRÄGE ZUR DEUTSCHEN IDEOLOGIE
Mit einer Einleitung von Hans Mayer
[2822] DM 9.80

MEHRING

Franz Mehring · DIE LESSING-LEGENDE
Mit einer Einleitung von Rainer Gruenter
[2854] DM 9.80

MAKARENKO

Anton S. Makarenko
EIN PÄDAGOGISCHES POEM
»Der Weg ins Leben«
Mit einer Einführung von Oskar Anweiler
[2871] DM 9.80

HEGEL

Georg Wilhelm Friedrich Hegel
PHÄNOMENOLOGIE DES GEISTES
Mit einem Nachwort von Georg Lukács
[2762-65] DM 9.80
Januar 1973: **Georg Wilhelm Friedrich Hegel**
GRUNDLINIEN DER PHILOSOPHIE DES RECHTS
Herausgegeben und eingeleitet von Helmut Reichelt [2929] DM 9.80

BAKUNIN

Michail Bakunin · STAATLICHKEIT UND ANARCHIE und andere Schriften
Herausgegeben und eingeleitet von Horst Stuke [2846] DM 9.80

ROCHAU

Ludwig August von Rochau
GRUNDSÄTZE DER REALPOLITIK angewendet auf die staatlichen Zustände Deutschlands
Herausgegeben und eingeleitet von Hans-Ulrich Wehler [2915] DM 9.80

SCHREBER

Mai 1973: **Daniel Paul Schreber**
DENKWÜRDIGKEITEN EINES NERVENKRANKEN
Herausgegeben und eingeleitet von Samuel M. Weber [2957] DM 9.80

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTE FAHNE

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD)

Die ROTE FAHNE erscheint seit dem 17. Mai 1972 wöchentlich.

Die ROTE FAHNE, das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands, dient der Agitation und Propaganda der Ziele der Kommunisten unter den Massen der Werktätigen.

Oberstes Ziel und Richtschnur der Arbeit der ROTEN FAHNE ist die Propaganda der sozialistischen Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Sie propagiert den Kampf der KPD für die Einheit der Arbeiterklasse und für deren festes Bündnis mit allen unterdrückten Schichten des Volkes.

In grundsätzlichen Artikeln legt die ROTE FAHNE die strategisch wichtigen Einschätzungen der Partei dar und erläutert die praktischen Schritte des Kampfes. In Berichten der Zellen, mit den Mitteln der Arbeiterkorrespondenz und der Reportage enthüllt sie die Lage der arbeitenden Klasse und entlarvt exemplarisch einzelne Arbeiterverräter und Werkzeuge der herrschenden Klasse, indem sie berichtet, greift sie ein in die täglichen Kämpfe der arbeitenden Menschen gegen das Kapital und seinen Staatsapparat.

Die ROTE FAHNE analysiert die Klassenkämpfe des internationalen Proletariats und die bewaffneten Kämpfe der nationalen Befreiungsfronten und kämpft für deren aktive Unterstützung unter den Hauptparolen:

- **Nieder mit dem USA-Imperialismus, dem Hauptfeind der Menschheit!**
- **Nieder mit dem Imperialismus und dem Sozialimperialismus!**
- **Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!**

Der Kampf der KPD gegen das BRD-Monopolkapital und seine SPD-Regierung ist nicht zu trennen vom Kampf gegen die Interessenvertretung des sowjetischen Sozialimperialismus — DKP und SEW — in der BRD und Westberlin. Für die ROTE FAHNE heißt das, den Einfluß der reaktionären Monopolpresse, der reformistischen und revisionistischen Wochenblätter zurückzudrängen!

Die Bestellung ist zu richten an: ROTE FAHNE-Redaktion, 46 Dortmund, Zimmerstraße 19.

Politik Gesellschaft Geschichte

Sozialanthropologie
Hrsg.: H. G. Gadamer, P. Vogler
4071 / DM 12,80

Frans van der Ven:
Sozialgeschichte der Arbeit
3 Bände
4082-84 / je DM 4,80 u. 5,80

Frits Kool, Werner Krause:
Die frühen Sozialisten
2 Bände
4102, 4103 / je DM 4,80

Flugblätter der Revolution
1848/49
Hrsg.: Karl Obermann
4111 / DM 5,80

George Lichtheim:
Imperialismus
4112 / DM 4,80

Arbeiterdemokratie
oder Parteidiktatur
Hrsg.: Frits Kool, E. Oberländer
2 Bände
4114, 4115 / je DM 5,80

Robert F. Lamberg:
Die Guerilla in Lateinamerika
Theorie und Praxis eines
revolutionären Modells
4116 / DM 5,80

Karl Herman Tjaden:
Soziales System
und sozialer Wandel
4127 / DM 9,80

Hans Peter Dreitzel:
Die gesellschaftlichen Leiden
und das Leiden an der Gesellschaft
Vorstudien zu einer Pathologie
des Rollenverhaltens
4128 / DM 10,80

dtv

Deutscher Taschenbuch Verlag

Wolf Biermann
Das Märchen
vom kleinen Herrn Moritz
der eine Glatze kriegte
Die berühmt gewordene Geschichte
als Kinderbilderbuch mit Bildern von
Kurt Mühlenhaupt
32 Seiten, DM 14.-
Wo Gewalt auftritt, schwinden Blumen
und Fröhlichkeit.

Yaak Karsunke
Die Apotse kommen
24 Seiten, DM 12.80
Die Geschichte einer knallbunten Minderheit, als Bilderbuch von
Riki Hachfeld

Prospekt beim
Parabel Verlag 8 München 22,
Postfach 228

SOZIAL-
PSYCHIATRISCHE
INFORMATIONEN

geben Antwort auf die Fragen:

- wie vertrete ich die Interessen der psychischen Leidenden?
- wie organisiere ich progressive Einrichtungen und Aktionen?
- wie nütze ich die Gesetze aus?
- wie kriege ich eine sinnvolle Ausbildung?
- wie treibe ich praxisorientierte Wissenschaft?

Abo = DM 15,– für 6 Hefte

bei Redaktion, Hannover, K.-Wiechert-Allee 9 nach Überweisung auf Stadtsparkasse Hannover, Nr. 412147

Probleme des Klassenkampfs

Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik

Aus dem Inhalt der letzten Hefte:

Zur Arbeitsintensifikation in der BRD – Klassenkämpfe in Westeuropa in den 60er Jahren (J. Hoffmann, C. Neusüss, W. Semler) – **Die gegenwärtige Krise in Italien** (Michele Salvati) – **Zur Kritik der Theorie der neuen Mittelklasse – Materialien zur Rolle der Bundeswehr im Gesellschaftssystem der BRD – Zur Geschichte und Theorie der Bündnispolitik der KPD und DKP** (C. Möcklinghoff) – **Thesen zu Problemen des Staatsinterventionismus** (E. Altvater) – **Der Streik der Bergarbeiter in England** (P. Böhmer, J. Clark) – **Die Entwicklungstendenzen in der westdeutschen Landwirtschaft** (Monika Baumgartner)

Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Die Einzelhefte haben ca. 150 Seiten Umfang. Ein Heft kostet DM 4,00. Das Abonnement für 4 Hefte kostet inkl. Versand DM 15,00. Es ist nur über den Verlag beziehbar. Einzelhefte gibt es im Buchhandel.

Heft 1 (Nov. 71), 2 (Februar 72), 3 (Mai 72) und 4 (September 72), sowie alle Sonderhefte (1,3,4) sind lieferbar. Heft 5/6 erscheint im Dezember 72!

*** Buchhandlung und Verlag POLITLADEN GmbH, Erlangen, Hindenburgstr.17**

Klaus Stiller
Tagebuch eines Weihbischofs

Wegweiser in den Untergrund katholischer Glaubenspraxis
Quartheft 56. 84 Seiten. DM 5.80

Wolfgang Deichsel
Frankenstein

Aus dem Leben der Angestellten
53 Geschichten über den täglichen Irrsinn (das heißt über die Normalität)
Quartheft 57. 72 Seiten. DM 5.80

Erich Fried
Die Freiheit den Mund aufzumachen

Haben wir nun eine Freiheit, oder haben wir keine?
Durch wieviel Größen ist die Freiheit teilbar für eine kleinere Diktatur?
Quartheft 58. 72 Seiten. DM 5.80

F. C. Delius
Unsere Siemens-Welt

Eine Festschrift zum 125jährigen Bestehen des mächtigsten deutschen Konzerns und größten privaten Arbeitsplatzanweisers
Quartheft 59. 108 Seiten. DM 5.80

Spielplatz 1

Jahrbuch für Theater 71/72
Herausgegeben von Karlheinz Braun und Klaus Völker
Quartheft 60/61. Zusammen mit dem Verlag der Autoren. 216 Seiten. DM 9.80

Wolf Biermann
Für meine Genossen

Hetzlieder, Gedichte, Balladen
Quartheft 62. 96 Seiten. DM 5.80

Deutschland.
Ein Wintermärchen

Ein Poem Biermanns über die Reise 1964 aus seinem Vaterland DDR in seine Vaterstadt Hamburg
Quartheft 63. 72 Seiten. DM 5.80

Quarthefte

zeitgenössische Literatur
in Erstausgaben im
Verlag Klaus Wagenbach
Berlin

Hubert Selby: Mauern Roman. 288 Seiten. DM 25,– ● Der neue Roman des Autors von »Letzte Ausfahrt Brooklyn« ist ein Alptraum! Ein Mann – von der Polizei willkürlich aufgegriffen und verhaftet – sitzt in einer Gefängniszelle. Seine Wachträume und Rachephantasien sind von gewalttätiger Wut und brutaler Sexualität. Ein Werk voll dichterischer und sittlicher Kraft, geprägt durch die Vertrautheit des Autors mit dem Leiden.

Albert Camus: Der glückliche Tod Roman. 192 Seiten. DM 20,– ● Das erste – jetzt endlich veröffentlichte – Prosawerk von Camus ist ein literarisches Ereignis! Die beharrliche, hartnäckige Suche nach Glück, die auch das Verbrechen nicht scheut, ist das Thema dieses Romans, der mit einem Mord beginnt und mit dem Tod der Hauptgestalt endet.

Otto F. Walter: Die ersten Unruhen Ein Konzept. 204 Seiten. DM 18,50 ● In seinem neuen Werk macht Otto F. Walter die fiktive Stadt Jammers in der Nordwestschweiz zum Gegenstand des Erzählens. Die Zeit ist heute, die letzten Wochen vor den städtischen Wahlen. Eine Minderheit zieht die Irration der Mehrheit auf sich. Es kommt zu schweren Unruhen.

Georges Bataille: Das obszöne Werk 358 Seiten. DM 30,– ● »Es gibt wohl kaum einen Schriftsteller, in dessen Werk eine dunklere Auffassung vom Erotischen, von den Gefahren der Faszination und der Demütigung, die es umgeben, zum Ausdruck kommt als in den Büchern Batailles. Seine Werke zeigen deutlicher als irgendwelche anderen Bücher, die ich kenne, die ästhetischen Möglichkeiten der Pornographie als Kunstform«. Susan Sontag

bei Rowohlt